IV. Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung

1. Wirtschaftlicher Lagebericht (Forts.)

d) Die Außenhandelsbilanz

Kann man die Außenhandelsbilanz eines Staates nicht in jedem Fall als das Spiegelbild für seine Wirtschaftsentwicklung ansehen, so läßt sie für die Tschechoslowakei mit ihrer Exportindustrie doch weitgehende Schlüsse zu, betrug doch der Ausfuhrüberschuß bisher rund 40 Milliarden Kronen, d. s. rund ein Viertel der gesamten Staatseinnahmen.

Die Ziffern der Außenhandelsbilanz der Tschechoslowakei (Siehe Anhang Tabelle VI) geben ein gutes Bild von den Konjunkturentwicklungen. Ebenso wie der Ein- und Ausfuhrrückgang im Jahre 1923 nur zu rund je 10 Milliarden auf die Aufwertung der Krone zurückzuführen ist, so verdankt die Tschechoslowakei andererseits der im Jahre 1934 vorgenommenen Devalvation der Krone das Anziehen der Ausfuhr und Einfuhr im gleichen Jahre. Die absteigende Tendenz des Jahres 1934 zeigt, daß die durchgeführten Währungsmaßnahmen nicht den erwarteten Erfolg zeitigten.

Zur wertmäßigen Beurteilung der Außenhandelsbilanz sei im folgenden eine Übersicht der amtlichen Gesamtindices der Großhandelspreise in der Tschechoslowakei in Gold (1914 = 100) nach dem Kurs des amerikanischen Dollars an der Prager Börse angedeutet:

Jahr	Jahresdurchschnitt
1922	145,2
1923	139,6
1924	141,3
1925	145,0
1926	137,5
1927	141,5
1928	141,6
1929	133,5
1930	118,6
1931	117,5
1932	108,2
1933	101,3
1934	98,2
1935	100,2

In den Jahren 1920 bis einschließlich 1929, dem Jahrzehnt wirtschaftlicher Konjunkturentwicklung, betrug

die Einfuhr	177.847	Millionen
die Ausfuhr	207.075	"

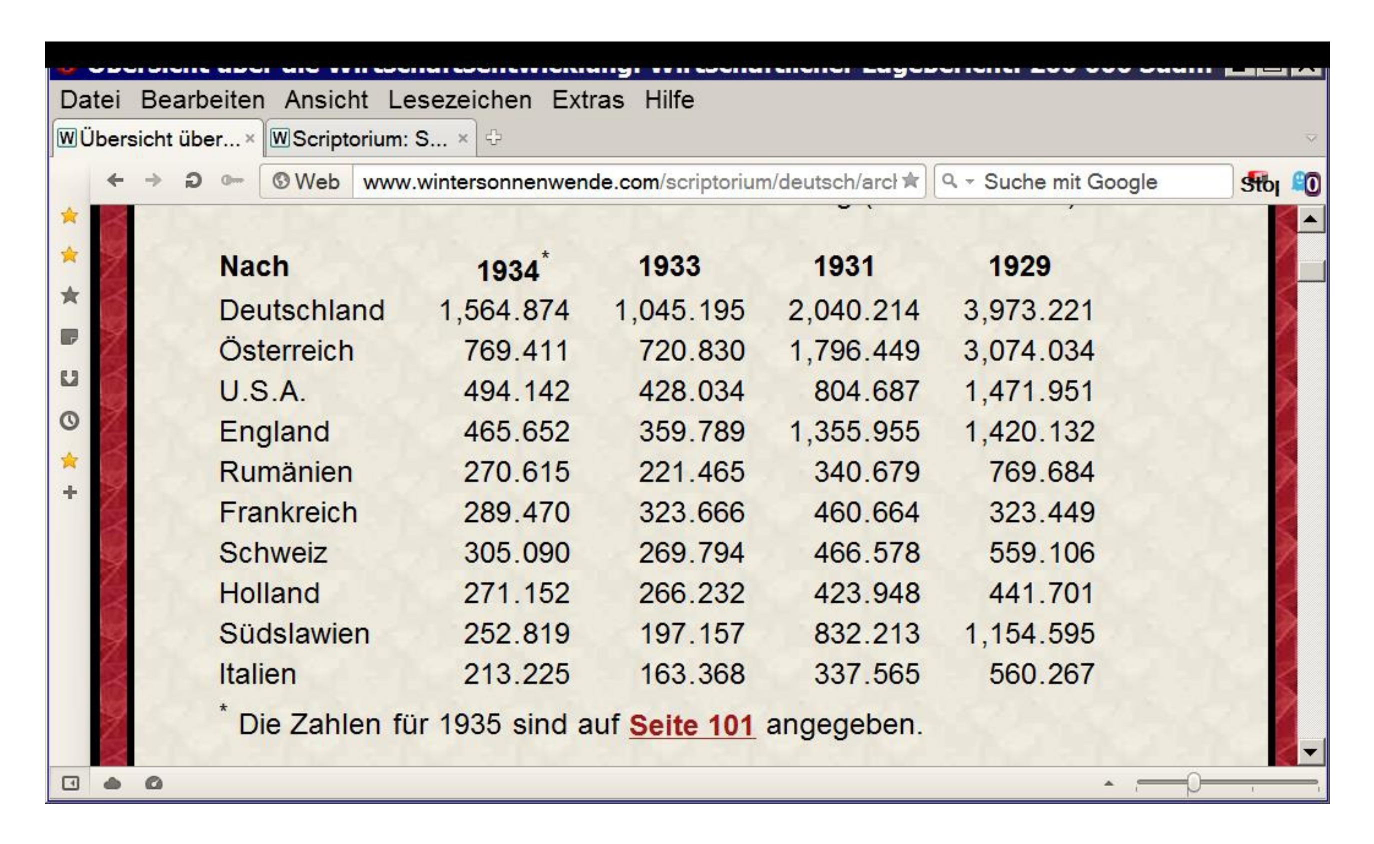
Die Handelsbilanz war mit 29.228 Millionen —.— aktiv.

[200] Mit dem Jahre 1930 begann der katastrophale Rückgang:

Einfuhr	54,919	Millionen
Ausfuhr	57.955	"

Die Zahlen beziehen sich auf 6 Jahre, also auf rund zwei Drittel des obigen Zeitraumes, und weisen auf, daß die Einfuhr- und Ausfuhrwerte in den letzten 6 Jahren um 1/3 bezw. ¼ gesunken sind. Der Einfuhrüberschuß aber ist auch 1/6 zurückgegangen.

Innerhalb der letzten Jahre hat sich aber auch eine wesentliche Verschiebung in der Reihenfolge jener Staaten vollzogen, die als Abnehmer tschechoslowakischer Waren in Betracht kommen. Über die diesbezügliche Entwicklung gibt die nachstehende Zusammenstellung, die jene 10 Staaten umfaßt, die gegenwärtig die besten Abnehmer der CSR sind, hinreichend Aufschluß. Die tschechoslowakische Ausfuhr betrug (in Tausend Kc):



Nach	1934*	1933	1931	1929
Deutschland	1,564.874	1,045.195	2,040.214	3,973.221
Österreich	769.411	720.830	1,796.449	3,074.034
U.S.A.	494.142	428.034	804.687	1,471.951
England	465.652	359.789	1,355.955	1,420.132
Rumänien	270.615	221.465	340.679	769.684
Frankreich	289.470	323.666	460.664	323.449
Schweiz	305.090	269.794	466.578	559.106
Holland	271.152	266.232	423.948	441.701
Südslawien	252.819	197.157	832.213	1,154.595
Italien	213.225	163.368	337.565	560.267

* Die Zahlen für 1935 sind auf Seite 101 angegeben.

Der vorstehenden Zusammenstellung kann man mit aller Deutlichkeit

entnehmen, wie stark sich der tschechoslowakische Außenhandel verschoben hat.

Wohl führt Deutschland noch immer, aber die Ausfuhr dahin ist seit 1925 um mehr als 2 Milliarden zurückgegangen trotz der 1934 vor Einführung des "Neuen Planes" stark gesteigerten Ausfuhr.

Die Gruppe Deutschland - Österreich - Ungarn war in den letzten Jahren an der tschechoslowakischen Ausfuhr durchschnittlich mit 45 v. H. beteiligt, während die Weststaaten Frankreich und England trotz der eifrigsten Propaganda kaum 11% der tschechischen Ausfuhr aufnahmen.

Die Handelsbeziehungen nach dem Südosten, der die Tschechoslowakei seit der Schaffung der "Kleinen Wirtschaftsentente" ihre besondere Aufmerksamkeit widmet, zeigen folgendes Bild:

	Einfuhr aus:			**Ausfuhr** nach:		
	1935	*1934*	*1933*	*1935*	*1934*	*1933*
	in Millionen Kronen			in Millionen Kronen		
Jugoslawien	362,5	199,8	230,9	318,2	252,9	197,4
Rumänien	260,0	185,7	176,7	383,3	271,1	222,2
Kleine Entente	622,5	385,5	407,6	701,5	524,0	419,6
Bulgarien	70,7	28,5	47,1	91,7	23,7	19,5
Griechenland	55,1	51,7	41,6	63,6	51,8	23,0
Türkei	74,4	35,4	83,0	77,8	154,6	69,8
Balkanländer insgesamt	822,7	501,1	579,3	934,6	754,1	531,8

Der größte Ausfuhrzweig ist die Ausfuhr in Textilien. Sie ist fast doppelt so groß wie die Ausfuhr von Metallen und Metallfabrikaten, mehr als dreifach so groß wie die Ausfuhr von Nahrungsmitteln aller Art. Aufsteigende Tendenz hatten bis zur Weltkrise in erster Linie Textil, Leder, Keramik und Metalle, also Industriezweige, die Teile der sudetendeutschen Industrie bilden.

Ausfuhren.

In Milliarden Kc heutigen Goldwerts

Jahres-durchschnitt	Textil	Leder	Metalle	Holz u. Papier	Keramik	Kohle	Ernährung
1920/23	4,3	0,4	1,9	1,2	1,3	0,9	---
1924/26	5,9	0,6	2,1	1,5	1,6	1,0	3,4
1927/29	7,1	1,5	3,1	1,6	1,8	1,0	2,8
1930	5,9	1,4	3,2	1,2	1,6	0,8	1,8
1933	1,3	0,3	0,8	0,4	0,1	0,4	0,6
1934	1,7	0,4	1,1	0,7	0,2	0,5	0,6
1935	1,5	0,4	1,2	0,6	0,1	0,3	0,5

Dieser katastrophale Rückgang in diesen Hauptexportzweigen der Industrie gibt ein erschütterndes Bild des Exportverfalles überhaupt. Bedenkt man, daß in all den letzten Jahren fast ausschließlich nur die tschechische Exportindustrie staatlich gestützt und gefördert wurde, so spiegeln diese Zahlen bereits deutlich die Lage der sudetendeutschen Industrie.

e) Gewerbe und Kleinhandel

Ein anschauliches Bild von der Lage des Gewerbes und Kleinhandels vermittelt die folgende Darstellung des Brüxer Handelsgremiums für sein Amtsbereich im nordwestböhmischen Braunkohlengebiet, die aber bei der vorwiegend industriellen Struktur des Sudetendeutschtums auch für die anderen Siedlungsbereiche Geltung hat:86

[202] "Die traurige Lage des Handelsstandes wird insbesondere dadurch verschärft, daß nach wie vor der Zustrom unglücklicher, eine neue Existenz suchender Krisenopfer zum Handelsgewerbe anhält. Im Jahre 1934 betrug z. B. die Zahl der im Bereich des Brüxer Handelsgremiums neu angemeldeten Handelsgewerbe 198, die der Abmeldungen 130. Etwa zwei Drittel der Neuanmeldungen sind als Versuch zu werten, eine neue Existenz zu gründen. Solche der Verzweiflung entspringende Versuche sind zu baldigem Scheitern verurteilt und haben nur zur Folge, daß die bedauernswerten Rettungsuchenden noch tiefer ins Verderben gestürzt werden, nachdem sie den berufenen Kaufleuten nicht nur durch ihre auf kalkulationsloser Preisschleuderei beruhenden ungesunden Konkurrenz, sondern auch dadurch enormen Schaden zugefügt haben, daß sie deren Ruf schädigen und eine ersprießliche Unternehmertätigkeit vereiteln.

Der unbefugte Hausierhandel, gleichfalls eine Folgeerscheinung der bestehenden Arbeitslosigkeit, hat bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß er für den legitimen Handel nicht nur eine unberufene Konkurrenz, sondern eine ausgesprochene Gefahr darstellt, welche ihn um die letzte Verdienstmöglichkeit zu bringen droht. Zieht man ferner in Erwägung, daß die bestehenden Einheitspreisgeschäfte, das dicht gelegte Netz der Fabriksverkaufsstellen sowie die sich nicht immer in den Grenzen ihrer Befugnisse haltenden Konsumvereinsfilialen unter weitaus günstigeren Bedingungen als der legitime Handel den Wettbewerb aufnehmen können, und daß ein diesbezüglicher Schutz der Kaufmannschaft trotz aller Bemühungen bisher nicht zu erzielen war, so kommt man zu der Erkenntnis, daß die Existenz des Handelsstandes erstlich in Frage gestellt ist.

Sehr ungünstig wirkte sich auch die Kürzung der Bezüge der Staatsangestellten aus, deren jetziges Einkommen vielfach kaum für die notwendigsten Lebensbedürfnisse ausreicht.

Eine weitere einschneidende Maßnahme ist für die Kaufmannschaft die Getreidezwangswirtschaft, der zufolge Konsumvereine und landw. Lagerhäuser das ganze Geschäft an sich reißen, wie denn überhaupt die Konkurrenz der Lagerhäuser für den Handel immer fühlbarer wird, zumal auch diese ihren Berechtigungsumfang nicht selten überschreiten.

Die Textilbranche hat eine äußerst ungünstige Lage aufzuweisen. Besondere Erwähnung verdient der Umstand, daß vorwiegend den billigen Warensorten der Vorzug gegeben wurde, weil das gesamte kaufende Publikum an der bestehenden Krise mehr oder weniger beteiligt ist. Außerdem ist es zu einer beträchtlichen Lagerentwertung gekommen.

Die überaus schlechte Beschäftigung im Baugewerbe ist zum nicht geringen Teil auf den hohen Debetzinssatz der Banken und die Unmöglichkeit, Kredite auf Realitäten zu erlangen, zurückzuführen. Hierdurch wurden auch die mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Handelsgewerbe, Eisen- und Baumaterialge- [203] schäfte, stark in Mitleidenschaft gezogen, deren Umsatz mitunter bis 40 Prozent unter Normal zurückgegangen ist.

Weitere Branchen weisen annähernd folgende Umsatzrückgänge auf: Lebensmittel 9 Prozent. Der Rückgang in Handarbeitsgeschäften beträgt an die 50 Prozent, in Bijouterie und Parfümerie 40 Prozent, Glas- und Porzellanwaren 25 Prozent, Kanditen mit Rücksicht auf die Konkurrenz der Fabriksfilialen 30 Prozent, Spielwaren 25 Prozent. Daß der Schuhwarenhandel infolge des Vorgehens einer Anzahl von Schuhfabriken (vor allem Bata) dem Aussterben nahe ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Nach der Einführung des Schuldenmoratoriums an die Landwirtschaft hat obendrein die Mißernte im Jahre 1934 dem Handel schweren Schaden zugefügt. Landwirte, die bisher noch imstande und gewillt waren, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Handel und Gewerbe nachzukommen, sind hierzu infolge des katastrophal geringen Ernteertrages nicht mehr in der Lage.

Der anhaltende wirtschaftliche Stillstand bringt es mit sich, daß heute bereits alte, angesehene und ehedem gut fundierte Firmen sich entschließen, das Feld jahrzehntelanger Arbeit zu räumen. So werden dem Vernehmen nach zu den bereits leerstehenden Geschäftslokalen in allernächster Zeit weitere hinzukommen, ein Beweis dafür, wie schwer es heute manchem Kaufmann fällt, sich im aufreibenden Existenzkampf zu behaupten.

Ungeachtet dieser trostlosen Lage der Kaufmannschaft erfolgt deren Besteuerung, vielfach abweichend vom eingebrachten Bekenntnis, höher, ohne daß das im Gesetz vorgesehene Vorhaltsverfahren angewendet würde. Zwangseintreibungen werden durchgeführt, ohne daß auf die Gefährdung der Existenz Rücksicht genommen wird. Bei einer Anzahl zwangsweiser Verkäufe wurden ganze Warenlager zu einem Bruchteil des tatsächlichen Wertes verschleudert. Dadurch wurden die betroffenen Kaufleute ruiniert, während die betreibenden Parteien kaum die Kosten des Verfahrens decken konnten. Andererseits wurde der ortsansässigen soliden Kaufmannschaft durch die Verschleuderung der Waren beträchtlicher Schaden zugefügt."

Im nordböhmischen Industriegebiet aber haben sich die Verhältnisse so verschlechtert, daß an eine Beseitigung der aufgetretenen Schäden überhaupt nicht geglaubt wird. Das nördlichste Böhmen war eines der allerersten Gebiete im ganzen Lande, das sich durch Fleiß und Tüchtigkeit eine Industrie schuf, die mit ihren Erträgnissen maßgebliche Zuschüsse an die kommunalen Kassen abführen konnte und in gleicher Weise zur Rentabilität der staatlichen kaufmännischen Betriebe beitrug.

Nach Jahrzehnten wirtschaftlichen Aufstieges liegen die Dinge heute so, daß der größte Teil der Erzeugungen wohl fast aller Branchen auf unabsehbare Zeit gänzlich überflüssig bleiben wird. Auch eine nach und nach zunehmende Besserung [204] der Weltwirtschaftslage läßt Industrie- und Gewerbefriedhöfe zurück. Man braucht nur an die beträchtlichen Abwanderungen zu denken, an die tatsächliche Verschleppung

bodenständiger Industriezweige, an die Industrialisierung rein landwirtschaftlicher Gebiete. Was das Ausland früher nur in Nordböhmen kaufen konnte, das kann es heute selbst herstellen. In der Textilbranche z. B. wurden Samtfabriken und solche für andere Stoffe in Polen, Ungarn, Südslawien, Rumänien, in der Türkei, in England mit allen seinen Kolonien und Dominions errichtet, die heute so weit sind, daß die Industrie ihrer Konkurrenz selbst bei flottem Geschäftsgange nicht mehr begegnen kann. Genau so ist es in der Metallindustrie. In Staaten, die früher kaum eine gleichwertige Fabrik besaßen, wird mit Ausnahme verschiedener Qualitäts- und Spezialware schon der ganze Bedarf gedeckt, und es wird nicht mehr lange dauern, dann erwachsen auch hier nicht ernst genug zu nehmende Konkurrenten. Sparterie und Stoffmalerei, noch 1929 fast Monopol des Niederlandes, sind in Rußland, Skandinavien, England usw. zu Hause. Heute gibt es keine Erzeugungsmöglichkeiten und später bestimmt nur allzu geringe, und es werden Jahre um Jahre vergehen müssen, ehe ein solches Risiko einen fühlbaren Erfolg zu bieten vermag.

Von ausschlaggebender Bedeutung aber war die Umschichtung im Staate selbst. Im Inneren Böhmens und in Mähren gibt es seit einigen Jahren Konkurrenzfabriken. Sie versorgen ihre engere und weitere Umgebung, und sie liefern ins Ausland und befinden sich fast durchwegs in tschechischem Besitze. Die deutsche Industrie des Niederlandes ist nebensächlich geworden, sie hat keinen entscheidenden Einfluß mehr, sie ist - verdrängt! Ein Kampf ist aussichtslos.

Der Übergang zur Kurzarbeit und Schichtenturnus, Aussteuerungen und die kaum über die Unterstützungen der Ernährungsaktion hinausragenden Verdienste der Blumenarbeiter, kleine Notstandsarbeiten der Gemeinden und ähnliche Erscheinungen sind allein die Ursache, daß ziffernmäßig weniger Arbeitslose als in den Vorjahren in Erscheinung treten. Maßgebend für den tatsächlichen Zustand unseres Wirtschaftslebens kann heute nur die Kaufkraft der Bevölkerung bleiben. Es ist absolut keine Besserung, wenn bei angenommen 100.000 Einwohnern 2 bis 3000 Arbeitslose weniger vorhanden sind, aber der Gesamtverdienst aller Arbeitenden bis zu 35% gegenüber Jahresende 1933 zurückgegangen ist. Stundenlöhne von 1 Kc (10 Pfennig) sind keine Seltenheit. Die Beamten und Angestellten beziehen heute mitunter kaum 50% ihres früheren Einkommens. Die Umsätze im Handwerk und Handelsgewerbe blieben ausnahmslos weit zurück. Neben der fortschreitenden Verschuldung der Landwirtschaft, die sich aus derselben unmöglich befreien kann, schreitet die buchstäbliche Verarmung und Verelendung des Mittelstandes unaufhaltsam vor.



[205] Walzwerk in Mähren. Im alten Österreich lag der größte Teil der Eisen- und Stahlindustrie auf dem jetzigen tschechoslowakischen Staatsgebiet. 1913 wurden 1,3 Millionen Tonnen Roheisen und 1,4 Millionen Tonnen Rohstahl verarbeitet. Heute nützen die Werke in Böhmen und Mähren kaum dreißig vom Hundert ihrer Erzeugungsmöglichkeiten aus, im Vollbetrieb sind nur die Kriegsmaterial erzeugenden Betriebe.

[205] Die Wirtschaftsnot im sudetendeutschen Gebiet ist ungeheuer groß. Hunderte von Fabriken und Betrieben sind zum Stillstand gekommen. Mit Fug und Recht darf behauptet werden, daß das sudetendeutsche Gebiet ein einziger großer Industriefriedhof geworden ist. Eine nähere Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der rein deutschen Stadt Graslitz im Erzgebirge ergibt z. B., daß dieser Industrieort gegenwärtig bei rund 13.800 Einwohnern nahezu 2600 erfaßte Arbeitslose zählt. Von 30 größeren, gegenwärtig noch in Beschäftigung stehenden Betrieben vermochten im Zeitraume von 1928 bis 1935 nur 4 die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu steigern. In allen übrigen Betrieben trat eine wesentliche Verminderung der Belegschaft ein. In 7 Betrieben der Instrumentenerzeugung waren beispielsweise im Jahre 1928 noch 655, derzeit sind jedoch nur noch 211 Arbeiter beschäftigt. In allen 30 Betrieben standen im Jahre 1928 noch 3125, gegenwärtig dagegen stehen in denselben nur noch 1618 Arbeiter in Beschäftigung. Somit nur wenig mehr als die Hälfte der im Jahre 1928 Beschäftigten. Die Zahl der Heimarbeiter läßt sich natürlich sehr schwer erfassen, sie ist jedoch außerordentlich stark zurückgegangen. So beschäftigten z. B. 6 Betriebe der Stickerei- und Gardinenerzeugung 1928 noch 1310, heute dagegen nur noch 436 Heimarbeiter. Vollständig eingestellt [206] wurden im Jahre 1934 drei Betriebe, die 1928 noch 606 Arbeitern und 1800 Heimarbeitern Beschäftigung boten. 1929 waren bei der Bezirkskrankenversicherungsanstalt Graslitz noch 10.561, davon aus der Stadt Graslitz allein rund 5000 Personen versichert. Am 31. Dezember 1934 dagegen nur noch 4095, davon aus Graslitz selbst 2313. Katastrophal ist vor allem der Niedergang der Instrumentenindustrie, die in Graslitz ihren Hauptsitz hat, oder - besser gesagt - hatte. Der starke Beschäftigungsrückgang in dieser Industrie ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß es sich bei ihr um eine ausgesprochene Exportindustrie

handelt, die ungeheuerlich unter den herrschenden Devisenschwierigkeiten leidet. Im deutschen Erzgebirge, im Graslitzer Industriezentrum wurden dadurch tausende und abertausende arbeitsfreudige und arbeitswillige Menschen auf das schwerste in ihrer Existenz bedroht. Sie sind seit Jahren der größten Not und dem größten Elend, damit aber auch der ärgsten Verzweiflung preisgegeben.

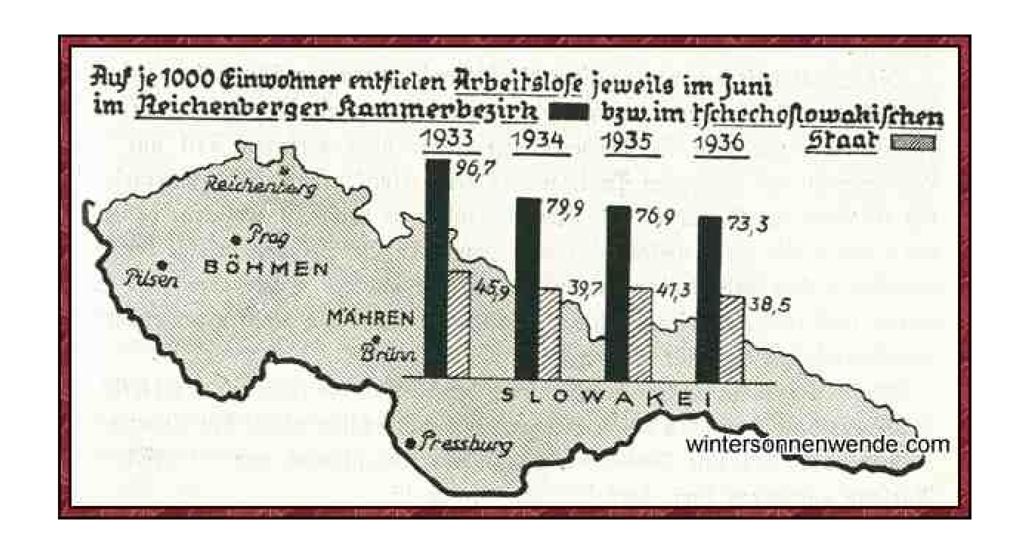
Als einer der industriereichsten Teile des sudetendeutschen Gebietes ist die rein deutsche Stadt Aussig mit ihrer ganzen Umgebung anzusehen. Obwohl einige Industriezweige (die Weltfirma Schicht, verschiedene chemische Industrien u. a.), die von der Krise nicht so schwer betroffen wurden, hier ihren Wohnsitz haben, so macht sich trotzdem der ungeheuere Wirtschaftsverfall in Industrie und Gewerbe genau so bemerkbar wie in den anderen sudetendeutschen Gebieten.

Gänzlich stillgelegt wurden die Betriebe: Nestomitzer Zuckerfabrik (mit 800 Arbeitsnehmern), Aussiger Malzfabrik (20), Vereinigte Färbereien A. G. (18), Aussiger Eschebachwerke (40), Chem. Werke Color (207), A. G. für chem. Industrie Schreckenstein (16), Union-chem. Werke (120), Breitfeld & Danek (236) und mehrere kleinere.

Sehr stark eingeschränkt wurden die Betriebe "Union"-Glasindustrie A. G. (frühere Jahreserzeugung 50 Mill. Flaschen, jetzt 15 - 20 Mill.), Schulz G. m. b. H. Putzmittel (20 Mill. Dosen - ungef. 10 Mill.), Bürgerliches Bräuhaus (100.000 hl - 40.000 hl), Verein f. chem. und metall. Produktion (früher 4000 Arbeitnehmer, jetzt 1800), Zuckerfabrik Aussig-Schönpriesen (1200 - 650) und eine große Anzahl kleinerer Betriebe.

In diesem Zusammenhange muß auch die Schrumpfung des Güterumschlages im Aussiger Hafen erwähnt werden. In Aussig besorgten den Umschlagverkehr früher 7 Krane, in Schönpriesen 10, heute ist der letztere Platz vollkommen aufgelassen, und in Aussig genügen zur Löschung der Güter 3 - 4 Krane. Dies ist nicht verwunderlich. Denn früher wurden nach Deutschland von 200 Männern und 400 Frauen täglich 1000 bis 1800 Waggons Kohle umgeschlagen, heute selten mehr als 10 - 20 und das gleiche Verhältnis gilt auch für die anderen Güter. Der gleiche Verfall wie in der Industrie ist aber auch im Gewerbe eingetreten.

[207] Unter Berücksichtigung all dieser Umstände nimmt es nicht wunder, daß die Kohlendiebstähle am Aussiger Rangierbahnhof und auf der Seilschwebebahn derartige Formen annehmen, daß bewaffnete Wachen eingestellt werden mußten. Auch den eingestellten Flurwächtern ist es beinahe unmöglich, Diebstähle auf den Feldern zu verhindern.



[207] Die Arbeitslosigkeit im Reichenberger Kammerbezirk vs. im tschechoslowakischen Staat.

Im August 1936 besuchte Staatspräsident Dr. Benesch die Metropole des nordböhmischen Industriegebietes Reichenberg. Zur Ergänzung der unmittelbaren Eindrücke, die der tschechische Staatspräsident von dem Besuch des deutsch-böhmischen "Manchester" gewinnen sollte, hat ihm der Präsident der Handelskammer für das nordböhmische Industriegebiet, der Großindustrielle Theodor Liebig im Namen der Kammer sowie der industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Organisationen eine Denkschrift überreicht, in der die katastrophaler Wirtschaftslage des fast vorwiegend deutschen Nordböhmens wie folgt dargestellt wird:

"Das hohe Niveau, das die Wirtschaft des Reichenberger Kammersprengels erreicht hat, ist das Ergebnis angestrengter und zielbewußter Arbeit vieler Generationen. Ein technisch und kaufmännisch durchgebildetes, ernstes und erfinderisches Unternehmertum, eine Armee arbeitsamer und hervorragend tüchtiger Angestellter und Arbeiter haben es in erfolgreichem Wettbewerb mit den fortgeschrittensten und reichsten Industriestaaten zustande gebracht, daß die heimischen Erzeugnisse der verschiedensten Art in der ganzen Welt leicht und gern Abnehmer gefunden haben.

Um so beklagenswerter ist der Niedergang, den unsere Wirtschaft im Verlauf der Krisenjahre erfahren hat. Am sinnfälligsten tritt uns diese Rückbildung in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit vor Augen. Nach der amtlichen Statistik [208] ergibt sich für die Arbeitslosigkeit im Gebiete der Republik im Juni der Jahre 1933 bis 1936 das folgende Bild:

1933	1934	1935	1936
675.933	582.810	605.596	565.970

Die Arbeitslosigkeit im Reichenberger Kammerbezirk veranschaulichen für die gleichen Zeitpunkte die folgenden Ziffern:

1933	1934	1935	1936
121.629	96.637	96.788	92.324

Auf je 1000 Einwohner entfielen im Monat Juni der Jahre 1933 bis 1936:

	1933	1934	1935	1936
Im ganzen Staatsgebiet	45,9	39,7	41,3	38,5
Im Kammerbezirk	96,7	79,9	76,9	73,3

Noch entscheidender und ernster als die Arbeitslosenziffern sind die Daten über die im Lauf der Krisenjahre stillgelegten Betriebe, denn hier handelt es sich um einen Teil unersetzlichen Verlustes am Volksvermögen und an wichtigen Voraussetzungen für die Wiedereinschaltung der beschäftigungslosen Arbeiter in den Produktionsprozeß. Es sind beispielsweise in den politischen Bezirken Reichenberg, Gablonz, Friedland und Deutsch-Gabel seit dem Jahr 1922 insgesamt 153 fabriksmäßige Betriebe dauernd stillgelegt worden."

Die Denkschrift veranschaulicht weiter den Rückgang der Industrieproduktion, insbesondere den Rückgang des Exportes. Sie beklagt ferner das vollständige Brachliegen der Bautätigkeit, wobei besonders bedrückend empfunden wird, daß im Kammerbezirk die zur Gänze aus staatlichen Mitteln bestrittenen Bauten ausnahmslos und auch die staatlich subventionierten Bauführungen zu einem großen Teil an auswärtige Firmen vergeben werden, die auch auswärtige Arbeiter zur Durchführung dieser Bauten mitbringen. ("Auswärtige Firmen" sind tschechische - der Verf.)

Die Denkschrift behandelt weiter die Rückwirkungen der Depression auf den Handel, das Gewerbe und den Fremdenverkehr. Sie verweist dabei darauf, daß die Gewerbetreibenden Nordböhmens zu einem nicht geringen Teil auf das Lebensniveau des darbenden Proletariats herabgesunken sind. Die Hauptursache der Notlage des Gewerbe- und Handelsstandes ist darin zu erblicken, daß auf der einen Seite die Kaufkraft der nordböhmischen Bevölkerung infolge der Industriekrise sehr bedeutend gesunken ist, auf der anderen Seite aber viele Gewerbe- und Handelszweige durch das Hinzuströmen aus den Kreisen der erwerbslos Gewordenen überfüllt worden sind.

Was den Fremdenverkehr betrifft, wird der Ausfall der früher sehr zahlreichen Gäste aus dem Deutschen Reich beklagt, der hauptsächlich infolge der Anordnung Deutschlands, daß eine Person ohne besondere Bewilligung nur 10 RM. ins Ausland ausführen darf, herbeigeführt worden ist.

[209] Die Schilderung der Tatsachen faßt die Denkschrift wie folgt zusammen:

"Von dem in der Weltwirtschaft bemerkbaren Aufschwung und auch von der in den zentraler gelegenen Gebieten unseres Staates zu beobachtenden Besserung ist in Nordböhmen noch so gut wie nichts zu merken. Seit rund zwei Jahren ist die Depression in keinem anderen Gebiet Europas so nachhaltig, wie im nordböhmischen Industriegebiet. Diese Auswirkungen sind nicht allein wirtschaftlicher Natur. Die jahrelange Ausschaltung aus der Arbeit hat viele Tausende von Menschen an Leib und Seele zugrunde gerichtet. Die Erwachsenen verlernen ihre Fertigkeit und sind, selbst wenn sie Beschäftigung finden, von Hunger und Entbehrungen aller Art zermürbt, keine vollwertigen Arbeitskräfte mehr.

Schlimmer noch ist das Schicksal der heranwachsenden Jugend. Nach den Feststellungen der Ärzte sind in manchen Bezirken bis 80 v. H. der Schuljugend unterernährt. Fälle des Hungerödems sind nicht selten. Rachitis und Tuberkulose greifen in schrecklicher Weise um sich. Die jungen Leute, die keinen Beruf finden können, verzweifeln an der herrschenden Gesellschaftsordnung, die sie für ihre Lage verantwortlich machen und werden so eine immer mehr anwachsende Gefahr für den Staat."



[209] Durch die Dörfer und Städte ziehen hungernde Kinder als Musikanten und Bettler. Bilder wie wir sie nur aus Sowjetrußland kennen. Tausendfache Anklagen gegen die brutalen haßerfüllten Maßnahmen der tschechischen Staatsgewalt.

[210] Bei der hieran anschließenden Erörterung der Wege zur Besserung beschränkt sich die Denkschrift darauf, eine ganz knappe Übersicht dessen

zu geben, was allgemein für das wichtigste gehalten wird.

Darnach muß die Wirtschaft unbedingt von zweckwidrigen Einwirkungen einer wirtschaftsfremden Gesetzgebung und Verwaltung und von Einflüssen der Politik, insbesondere der ausgesprochenen Parteipolitik, befreit werden. Wenn das System, daß sich die jeweils an der Macht befindlichen Parteien gegenseitig auf Kosten der Industrie, des Handels und Gewerbes Vorteile zuschanzen, beibehalten wird, so kann die Situation niemals besser, sondern immer nur noch schlechter werden. Ähnliches gilt auch hinsichtlich der internationalen Politik. Die große Politik arbeitet, anstatt die zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern bestehenden tiefen Gegensätze auszugleichen, immer noch auf der unheilschwangeren Grundlage der Freund-Feind-Ideologie der ersten Nachkriegszeit weiter. Sie sät Mißtrauen und Nervosität aus und erstickt alle großzügigen Gedanken, die zu einer Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft führen könnten, im Keim. Die Gläubigerstaaten sollten hingegen von der eigentlich selbstverständlichen Erkenntnis ausgehen, daß ihre eigenen Wirtschaften auf die Schuldnerstaaten als Abnehmer nicht verzichten können und sie müßten aus dieser Erkenntnis alle Folgerungen ziehen.

Die Handelsvertragsverhandlungen sollten von höheren Gesichtspunkten aus als bisher geführt werden, um einen wirklich gegenseitigen Abbau der vielgestaltigen Handels- und Zahlungshemmnisse zu erreichen und so einen möglichst umfangreichen internationalen Güteraustausch wieder herzustellen. Die inländische Handelspolitik soll vor allem die überragende Bedeutung der Nachbarstaaten für unseren Güteraustausch berücksichtigen und bestrebt sein, die naturgegebenen engen Wirtschaftsbeziehungen mit allen Grenznachbarn wieder herzustellen.

In dem Abschnitt über die so überaus notwendige Erleichterung der Produktionsbedingungen verweist die Denkschrift zunächst darauf, daß die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland nicht erlangt werden kann, wenn die öffentlichen Lasten das erträgliche Maß, so wie dies gegenwärtig der Fall ist, bei weitem übersteigen.

Die Steuerreform schreckt nicht davor zurück, bei den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften m. b. H. konfiskatorische Formen anzunehmen und dadurch die für das Wirtschaftsleben so überaus wichtige Kapitalbildung zu verhindern. Leider kann auch der staatlichen Verwaltung der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie auf vielen Gebieten gerade das Gegenteil davon tut, was notwendig wäre, um den Unternehmer in der Erfüllung seiner gerade jetzt so außergewöhnlich schwierigen Aufgaben zu ermuntern und ihm die Zuversicht zu erhalten, die allein [211] auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens bestehen kann. Die Gesetzgebung und Verwaltung stehen

manchen Lebensbedingungen eines gesunden Unternehmertums nicht mit dem nötigen Verständnis, ja sogar mit einer gewissen Abneigung gegenüber. Parlament und Regierung sind zu einer die Bedürfnisse der Privatwirtschaft vielfach verkennenden oder sogar deutlich gegen sie gerichteten Reglementierung übergegangen, die das Wirtschaftsleben zu bürokratisieren droht und auf den staatlichen Verwaltungsapparat eine ihm wesensfremde und tatsächlich untragbare Verantwortung überwälzt.



[211] Die Teichniederungen mit den prächtigen Wäldern um Hirschberg in Böhmen laden ebenso gastlich zur Erholung ein wie die weltberühmten Bäder, die Berge im Norden, Westen und Süden. Früher kamen im Sommer Tausende Deutsche aus dem Reich - es sollte wieder so werden.

Im Ceske Slovo, dem Organ der tschechischen Nationalsozialisten, schildert Redakteur Jiri Hejda die Not im deutschen Grenzgebiet wie folgt:

"Das Grenzgebiet von Asch bis Grulich und weiter bis Mährisch-Ostrau ist sicher eines der schönsten und romantischsten der ganzen Republik. Es ist touristisch gut ausgebaut und war früher immer zahlreich von Reichsdeutschen besucht. Dem Reiz der Gegend konnten auch die vielen Industrieunternehmen nichts anhaben. Aber der Fremdenverkehr ist heute fast völlig am Erliegen. Leitmeritz verzeichnete 1932 noch 14.389 Fremde, die übernachteten, 1934 nur noch 3972, Böhmisch-Leipa 1932 noch 14.572, 1934 7194, Braunau 5408, bezw. 2877. In Tetschen sank [212] die Zahl der Fremden von 91.860 auf 33.814, in Daubau von 27.134 auf 9840, in Trautenau von 143.762 auf 89.608, in Hohenelbe von 73.401 auf 59.029. Der katastrophale Rückgang ist freilich vor allem auf die Schließung der deutschen Grenze zurückzuführen. Früher waren alle diese Gebiete auch im Winter von reichsdeutschen Besuchern besetzt.

Sonntagsausflüge über die Grenze waren allgemein in Schwung.

Ganz Nordböhmen ist ausgesprochenes Industriegebiet, Landwirtschaft gibt es wenig. Dieses Gebiet war einst die Fabrik der Republik, die Fabrik Europas, sogar eines großen Teiles der Welt, war ein blühendes Gebiet. Gablonz war die Stadt der Millionäre, man zählte ihrer dort mehr als 200. Diese Metropole einer eigenartigen Industrie mit ihrem Theater, ihren Bädern, den Luxushotels und Restaurants, den prächtigen Villen zeugt von einstigem Wohlstand. Und welche Stadt der Republik liegt schöner inmitten hoher Berge und tiefer Wälder als Reichenberg? Einer solche Promenade, wie sie Reichenberg zwischen dem Hauptplatz und der Liebighöhe besitzt, kann sich nicht einmal Prag rühmen.

Der größte Teil der Textilindustrie, die ganze Flachsindustrie, alle Seidenwebereien, die Jutenindustrie, fast die gesamte Glasindustrie, die Spitzenerzeugung, die Erzeugung von Wirk- und Strickwaren, die Porzellanindustrie, die Erzeugung von Spielzeug und Musikinstrumenten, das alles konzentriert sich fast ganz in Nordböhmen. Gablonz z. B. versorgte einst monopolartig die ganze Welt mit Perlen, Glasbungles und imitiertem Schmuck. Schönbach, das böhmische Cremona genannt, versorgt noch heute die Welt mit Streich- und Blasinstrumenten, ebenso wie Graslitz und Weipert. Hier lebte der Musikinstrumentenerzeuger Sax, der schon vor 100 Jahren jenes Instrument erfunden hatte, das erst in der Gegenwart ungeahnte Verbreitung gefunden hat: das Saxophon. Und wenn Sie in England ein reizendes, original typisch englisches Spielzeug kaufen, können Sie sicher sein, daß es aus der Gegend von Graslitz stammt, wie auch die Skarabäen und Amulette, die die Fellachen im Schatten der Pyramiden anbieten, Gablonzer Erzeugnis sind.

Heute herrscht in diesem einst blühenden Gebiet endloses Elend."

So stellt sich die Wirtschaftslage in Industrie und Handel dar. Schon die gedrängte Darstellung läßt die ungeheure Notlage erkennen.

f) Der Verfall der Landwirtschaft

In der Entwicklung der Landwirtschaft lassen sich äußerst interessante Erscheinungen feststellen. Das Ziel der Agrarpolitik lief, wie in allen Staaten, die einen Ernährungszuschuß brauchen, darauf hinaus, die Ernährung der Staatsbevölkerung durch eigene Produktion sicherzustellen. Die allgemeine Kreditkrise hat diese Entwicklung sehr gefördert. Die Rekordernte 1932 hatte die Tschecho- [213=Foto] [214] slowakei der Autarkie bereits sehr nahe gebracht, obwohl 75% der Anbaufläche reformbedürftig sind.88 Die Viehzucht hat ebenfalls bedeutende Fortschritte gemacht. Trotz der Intensivierung der agrarischen Produktion ist die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten

gesunken und die Verschuldung landwirtschaftlicher Betriebe hat erschreckend zugenommen, ganz abgesehen davon, daß die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebsführung fast dem Nullpunkt gleichkommt.

Nach Angaben des statistischen Staatsamtes gehörten 1930 bei der letzten Volkszählung 5,101.614 Personen der Landwirtschaft an, d. s. 34,64 v. H. Im Jahre 1921 war der Hundertsatz 39,53.

Die Verschuldung der Landwirtschaft hat eine Höhe erreicht, die für die meisten Betriebe untragbar geworden ist. So betrug allein die Verschuldung der landwirtschaftlichen Industrie 2.535 Millionen Kc, die der landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten [215] 1.468,7 Millionen Kc, die landwirtschaftliche Gesamtverschuldung 16.215,6 Millionen Kc. Hiervon entfallen 5.937,5 Millionen Kc auf Hypotheken und 10.278,1 Millionen Kc auf sonstige Verbindlichkeiten. Rechnen wir hiezu die Vorschüsse des Staatlichen Bodenamtes im Betrage von 542,3 Millionen Kc mit Ende 1932, so gelangen wir zu einer statistisch festgestellten Gesamtverschuldung der Landwirtschaft von 16.757,9 Millionen Kc. Berücksichtigt man, daß in diesem Betrag die Hypotheken, die nicht durch Geldanstalten gewährt wurden, sowie die außerbücherlichen Schulden, Verbindlichkeiten für geleistete Arbeiten und Waren usw. (landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger usw.) nicht inbegriffen sind, wie auch die Verschuldung, welche aus Anlaß der Erbteilung entstanden ist, ferner die Steuer- und Gebührenrückstände, so können wir sagen, daß die Annahme eines Betrages von 22 Milliarden für die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft Ende 1932 eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist. Da im Jahre 1919 die Verschuldung der Landwirtschaft 4 Milliarden betrug, so bedeutet dies eine Mehrverschuldung mit 31. Dezember 1932 von 18 Milliarden.

Im Jahre 1933, wie auch im Jahre 1934, welches ein ausgesprochenes Mißjahr war, machte die Verschuldung der Landwirtschaft noch weitere erhebliche [216] Fortschritte und wird Ende 1934 mit 24 Milliarden angegeben. Inzwischen dürfte sie sich um weitere Milliarden vergrößert haben.

Der Landbundführer Dr. Adolf Schreitter-Schwarzenfeld hat in einer ausgezeichneten Arbeit89 die Gründe untersucht, die zur Verschuldung der Landwirtschaft geführt haben, und hat damit zugleich eine treffende Charakteristik der Lage der tschechoslowakischen Landwirtschaft gegeben. Er führt u. a. aus:

"Historisch gesehen liegen die Ursachen für die Verschuldung der Landwirtschaft darin, daß das System des wirtschaftlichen Liberalismus, welches von der Annahme ausgeht, daß jeder Landwirt sein Interesse am

besten erkenne, diesen deswegen noch nicht in die Lage versetzte, sein Interesse auch entsprechend zu wahren. So hat sich gezeigt, daß die Maßregeln und verwaltungspolitischen Maßnahmen, welche unter dem Namen Grundentlastung und Bauernbefreiung bekannt sind, den Landwirten nur scheinbar die volle Freiheit brachten. Das sogenannte freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, das Schlagwort der liberalen Aera, führte, auf die Landwirtschaft übertragen, dazu, daß der Boden wie eine Ware gehandelt wurde und der Bauer vielfach in eine neue Schuldknechtschaft fiel, nur daß an Stelle des Grundherrn das Großkapital und der Großhandel trat und die Fron nicht mehr in Naturalien, sondern in untragbaren Schuldzinsen besteht.

Wirtschaftlich gesehen liegt der Urgrund für die Verschuldung immer in einem Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Einzelnen. Die Gründe hiefür sind teils allgemeiner, teils individueller Art.

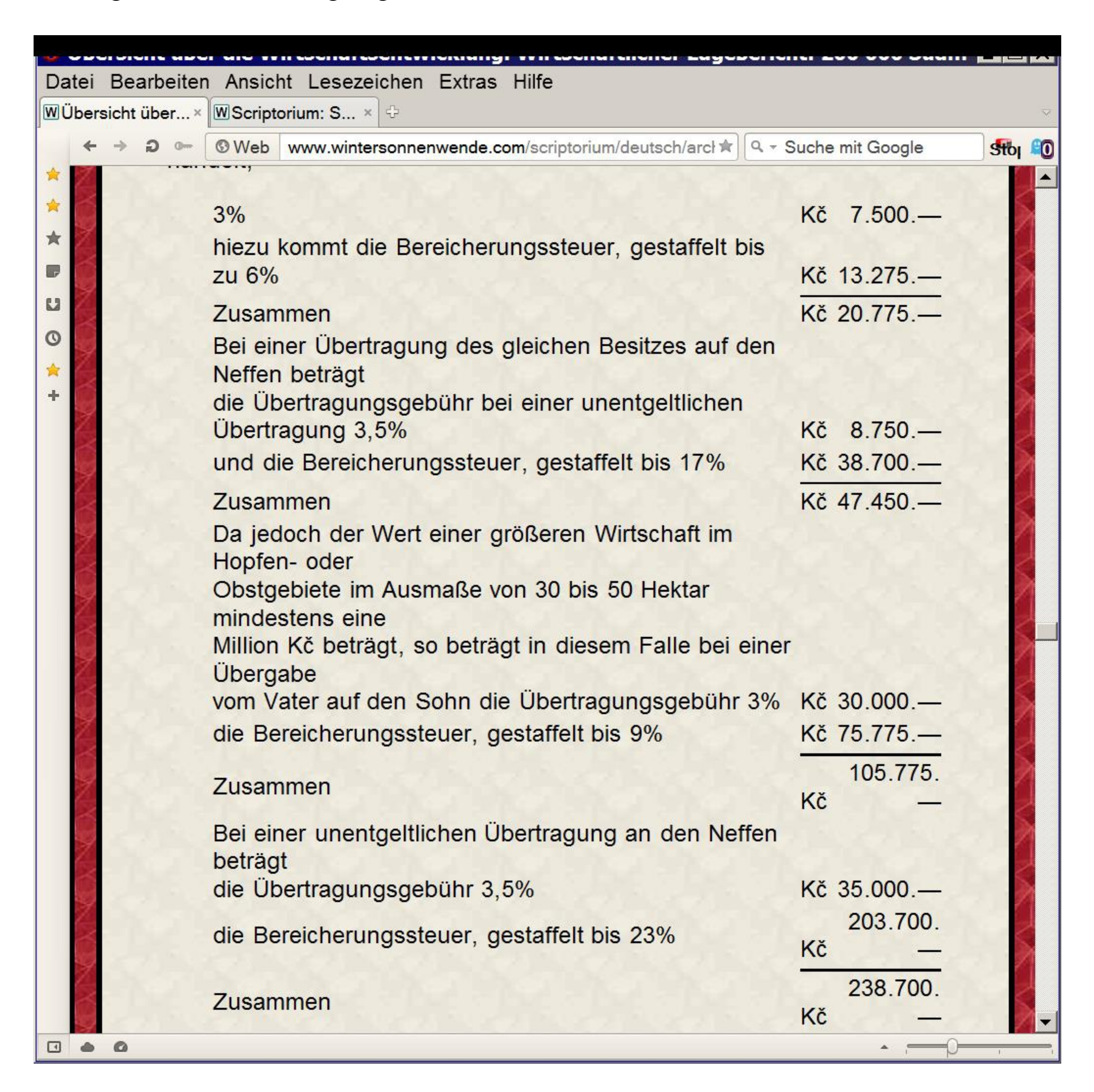
Auf der Einnahmenseite liegen die Gründe für die Verschuldung in dem Rückgange der Einnahmen durch den Preisverfall der Agrarprodukte, der durch die Weltmarktkonkurrenz, die Autarkiebestrebungen der einzelnen Staaten und die durch sie bedingte Erschwerung der Ausfuhr hervorgerufen wurde. Während die Preise der Industrieprodukte durchschnittlich den zehnfachen Preis gegenüber den Vorkriegspreisen betragen, erfolgte ein Preissturz bei Weizen, der im Jahre 1922 einen durchschnittlichen Preis von 271,25 Kc hatte und noch im Jahre 1927 236,87 Kc kostete, bis auf 148,92 Kc im Jahre 1931. Noch katastrophaler war der Preissturz bei Roggen, der 1922 einen Durchschnittspreis von 222,08 Kc hatte und 1930 bereits auf 99,88 Kc gestürzt war, um 1933 noch weiter auf 87,40 Kc herunterzugehen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt Gerste, welche 1922 einen Durchschnittspreis von 207,71 Kc hatte und 1933 auf 86,85 Kc stürzte. Hafer notierte 1922 durchschnittlich 230,62 Kc und ging bis auf 71,25 Kc im Jahre 1933 zurück.

Ein weiterer Grund der Verschuldung liegt darin, daß der Landwirt meist nicht in der Lage ist, sich ein genaues Bild über die Höhe seiner voraussichtlichen [217] Einnahmen zu machen, da die landwirtschaftlichen Produkte ständigen Preisschwankungen unterliegen. Das gleiche gilt für unsere obstbautreibenden Gebiete, welche schwer unter dem enormen Preisrückgang zu leiden haben. Ähnlich liegen die Verhältnisse am Viehmarkte, wo der Landwirt heute vielfach zu Verlustpreisen verkaufen muß, während der Zwischenhandel gleichbleibende Gewinne erzielt.

Der mangelnde Schutz gegen Elementarschäden ist ein weiterer Grund für unverschuldete Verschuldung des Landwirtes.

Die Mehrzahl der Gründe für die Verschuldung der Landwirtschaft liegt jedoch auf der Ausgabenseite. Schon bei der Übernahme der Landwirtschaft von seinen Eltern wird der Landwirt mit öffentlichen Abgaben belastet, die einer Vermögensabgabe, bzw. einer teilweisen Enteignung gleichkommen. Die in bäuerlichen Kreisen üblichen Übergabsverträge werden nur bei den kleinsten Betrieben im Werte bis 20.000 Kc wesentlich begünstigt. Selbst bei Übergabe von Eltern an Kinder wird neben der Übertragungsgebühr auch die

Bereicherungssteuer vorgeschrieben. Nimmt man den Wert eines mittleren landwirtschaftlichen Betriebes von 10 bis 15 Hektar mit Gebäuden, Geräten und Vieh mit durchschnittlich 250.000 Kc an, so betragen die Gebühren ohne Unterschied, ob es sich um eine entgeltliche oder gänzlich oder teilweise unentgeltliche Übertragung handelt,



3%	Kč 7.500.—
hiezu kommt die Bereicherungssteuer, gestaffelt bis zu 6%	Kč 13.275.—
Zusammen	Kč 20.775.—
Bei einer Übertragung des gleichen Besitzes auf den Neffen beträgt die Übertragungsgebühr bei einer unentgeltlichen Übertragung 3,5%	Kč 8.750.—
und die Bereicherungssteuer, gestaffelt bis 17%	Kč 38.700.—
Zusammen	Kč 47.450.—
Da jedoch der Wert einer größeren Wirtschaft im Hopfen- oder Obstgebiete im Ausmaße von 30 bis 50 Hektar mindestens eine Million Kč beträgt, so beträgt in diesem Falle bei einer Übergabe vom Vater auf den Sohn die Übertragungsgebühr 3%	Kč 30.000.—
die Bereicherungssteuer, gestaffelt bis 9%	Kč 75.775.—
Zusammen	Kč 105.775.—
Bei einer unentgeltlichen Übertragung an den Neffen beträgt die Übertragungsgebühr 3,5%	Kč 35.000.—
die Bereicherungssteuer, gestaffelt bis 23%	Kč 203.700.—
Zusammen	Kč 238.700.—

Zu diesen enormen Gebühren treten die Belastungen hinzu, welche eine Folge der unzulänglichen gesetzlichen Regelung für die Erbteilungen bei landwirtschaft- [218] lichen Objekten sind. Die heute geltende unbeschränkte Erbteilung hat zur Folge, daß der Unternehmer der Liegenschaft durch die Auszahlung an seine Geschwister untragbare Lasten übernimmt. Man übersieht, daß zwischen der Bodenrente und der Kapitalsrente ein Mißverhältnis besteht und daß selbst die Belastung des Hofes mit dem Pflichtteile, d. h. bis zur Hälfte des Wertes des Hofes, für diesen untragbar ist,

da die Bodenrente niemals soviel tragen kann, um das für eine Auszahlung in dieser Höhe notwendige Kapital aufzubringen. Während man die Rente vom landwirtschaftlichen Boden nicht höher als zwei bis drei Prozent annehmen kann, betragen die Zinsen, welche der Landwirt für ein Darlehen zu zahlen hat, selbst bei Nichtberücksichtigung der in den zu zahlenden Annuitäten enthaltenen Amortisationsquoten, mindestens 6%, bei Kassen und Banken bis zu 10%, so daß theoretisch schon bei einer Belastung von über einem Drittel, aber sicher dann, wenn die Belastung bis zur Hälfte des Wertes geht, mit einer Unterbilanz gerechnet werden muß.

Hierzu kommen noch in allen Fällen die Kosten der Notare oder Advokaten für die Durchführung der Übergabe oder Verlassenschaft, welche mindestens 1 bis 2% betragen, so daß der Neubesitzer des Hofes selbst dann mit Schulden belastet ist, wenn er gar keine Geschwister auszuzahlen hat und die Eltern in der Lage sind, aus sonstigen Ersparnissen zu leben und auf ein die Wirtschaft belastendes Ausgedinge zu verzichten.

Dieser Idealfall tritt jedoch im täglichen Leben nie ein, denn bei allen Übergaben sind nicht nur die Eltern in Form von Ausgedingen zu versorgen, sondern auch Auszahlungen an die Geschwister zu leisten.

Hierzu kommt eine Reihe von Umständen, welche die Ausgabenseite des Landwirtes in unverhältnismäßiger Weise belasten. Die Grundsteuer samt Umlagen trifft den Landwirt ohne Rücksicht darauf, ob die Landwirtschaft einen Ertrag abwirft, während der Gewerbetreibende und der Fabrikant, im Falle sein Betrieb keinen steuerpflichtigen Ertrag abwirft, eine ganz unbedeutende Minimalsteuer zu entrichten hat. Während das Gesetz dem Industriellen die Möglichkeit gibt, sich im Wege großer Amortisationsabschreibungen wesentliche Steuererleichterungen zu verschaffen, bereiten die Steuerämter dem Landwirte bei der Amortisation insbesondere der landwirtschaftlichen Gebäude große Schwierigkeiten. Besonders ungerecht ist die Erhöhung des Steuervielfachen aus Waldbesitz, welcher bekanntlich in den letzten Jahren meist überhaupt keinen Reinertrag abwarf und in vielen Fällen passiv ist.

Ungünstig wirkt sich auch der Umstand aus, daß die Steuervorschreibungen jahrelang nicht erfolgten und daß dann Steuervorschreibungen für einige Jahre auf einmal herausgegeben wurden.

[219] In diesem Zusammenhange muß auch auf die reformbedürftigen Bestimmungen des geltenden Grundbuchrechtes und Zwangsversteigerungsverfahrens verwiesen werden, durch welche eine Verschleuderung landwirtschaftlichen Bodens geradezu begünstigt wird.

Der Grund hiefür liegt darin, daß heute für die Einschuldung keine Grenze gesetzt ist und daß auch kündbare Kapitalschulden eingetragen werden können.



[213] Zwangsversteigerungen bringen um ein Schandgeld solche prächtigen Höfe in tschechischen Besitz. Die riesigen Steuerlasten und die zerbrochene Kaufkraft der sudetendeutschen Bauern machen allen Fleiß zunichte.

Fast bei jedem Zwangsversteigerungsverfahren landwirtschaftlicher Objekte ereignet sich der Fall, daß die Zwangsversteigerung von Gläubigern eingeleitet wird, welche mangels Deckung nicht zum Zuge gelangen. Den Gläubigern, welche in sicherer Rangordnung sind, werden ihre Forderungen sozusagen aufgedrängt, wobei die Gläubiger selbst Schaden erleiden und der landwirtschaftliche Besitz meistens zu einem Preis versteigert wird, der einer Verschleuderung gleichkommt.



[219] Egerländer Bauernhof.

In vielen Fällen ist die Verschleuderung des Landbesitzes auf Investitionen zurückzuführen. Der Hang des Bauern an seine Scholle und die Liebe zu seinem Hofe bringen es mit sich, daß der Bauer trachtet, in guten Zeiten seinen Hof zu vergrößern und zu verbessern. Dazu kommt, daß bei der seit dem Kriegsausbruch auf dem Geldmarkte herrschenden Unsicherheit vielfach die Ansicht vorherrscht, daß Investitionen im eigenen Betriebe die sicherste Kapitalanlage darstellen. Die [220] Zusammenbrüche einiger Geldanstalten trugen nicht dazu bei, das Vertrauen der Landwirte in unsere Geldanstalten zu verstärken.

Hierzu kamen die vielen unkontrollierbaren Gerüchte über die allgemeine außenpolitische Lage und eventuelle Abwertungsbestrebungen, welche Unruhe stifteten. Die Investitionen hatten zur Folge, daß der Landwirt heute meistens über keine Reserven verfügt, wobei infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise die erhoffte Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Besitzes nicht eingetreten ist, jedenfalls steht sie in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln für Investitionen. Dazu kommt der Umstand, daß diese Investitionen auf der Idee aufgebaut waren, daß die Landwirtschaft bis zur Erreichung des höchsten Bodenertrages intensiviert werden kann, während heute die Verhältnisse den Landwirt zwingen, zu einer weniger intensiven Betriebsform zurückzukehren, wodurch eine Reihe von Investitionen überflüssig und wertlos geworden ist, ja geradezu eine Belastung des Betriebes bedeutet."

Von den sudetendeutschen Agrargebieten gehört das Saazer Land zu den fruchtbarsten und ertragreichsten. Aus diesem Gebiete liegen genaue Untersuchungen90 der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe vor, die auf Grund einer gewissenhaften Buchführung in 150 Betrieben angestellt wurden. Ihr Ergebnis ist erschütternd: danach beträgt der Arbeitsstundenlohn einer Bauernfamilie im Saazerland 25 Heller, d. s. 2,5 Pfennige! Stammen auch die Erhebungen aus den Jahren 1930/32, so wird doch ausdrücklich betont, daß sich die Erzeugungsverhältnisse seit 1932 nicht gebessert haben, so daß die Darstellung für die gegenwärtige Lage volle Geltung hat. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Betriebsleistung und Aufwand
je 1 Hektar landwirtschaftlicher Fläche.

	Betriebsleistung aus der				
	Feldwirtschaft	*Viehwirtschaft*	*Insgesamt*	*Betriebsaufwand*	*Reinertrag*
	je 1 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche				
	Kč	Kč	Kč	Kč	Kč
1930	2283,30	1033,30	3316,90	3683,70	— 366,80
1931	2219,30	1220,20	3439,50	3502,—	— 62,50
1932	2193,90	1191,60	3385,50	3279,20	+ 106,30

Betriebsaufwand = Wirtschaftsausgaben, plus Inventarverminderung, plus Abschreibungen, plus Geldwert der Naturaldeputate, plus Geldwert der marktgängigen als Futter und Saatgut verwendeten Eigenerzeugnisse. Die Arbeitsleistungen der Besitzerfamilie bleiben unberücksichtigt.

Betriebsleistungen = Rohertrag = Wirtschaftseinnahmen, plus Inventarvermehrung, plus unbare Leistung des Betriebes an die Besitzerfamilie, plus Geldwert der als Futter und Saatgut verwendeten Eigenerzeugnisse. (Der Mietwert der Wohnung wurde nicht berücksichtigt.)

[221] Der Rohertrag in der Felderwirtschaft ist ungefähr doppelt so groß wie in der Viehwirtschaft. Im allgemeinen weisen diese beiden Roherträge sowie ihre Summe im Verlauf der drei Jahre keine besonderen Änderungen auf.

Im Reinertrage sind die Arbeiten, welche die Bauernfamilie für den Betrieb im Laufe des Jahres leistet, nicht bewertet.



[221] Hart und schwer ist die Arbeit der Gebirgsbauern; prächtige aufrechte Menschen sind es, ob sie auf den Hängen des Böhmerwaldes, des Erzgebirges, des Riesengebirges, in Nordmähren, Schlesien oder in der Zips ihre Felder bestellen.

Bei der Wertung dieser Zahlen gilt weiters zu bedenken, daß das Zahlenmaterial aus den Buchführungen der fortschrittlichen Landwirte stammt.

Die Berechnung der Entlohnung der Bauernfamilien für die geleisteten körperlichen Arbeiten in der Landwirtschaft soll von einem 20 Hektar großen, unverschuldet gedachten Betrieb ausgehen. Übertragen wir den Hektarreinertrag z. B. von 106 Kc, so ergibt dies einen Gesamtreinertrag von 2120 K. Angenommen, es arbeiten 3 Familienmitglieder mit, so würde jedes Mitglied 706 Kc Entlohnung verrechnet erhalten.

Man kann annehmen, daß im Durchschnitt in den Bauernbetrieben des Saazerlandes 9 Stunden täglich (also jährlich 3200 Stunden), von 3 Personen 9600 Stunden jährlich gearbeitet wird. Es entfallen daher auf 1 Stunde Arbeitszeit 25 Heller Entlohnung.
Prof. Dr. Brdlik, der frühere Landwirtschaftsminister, welcher derartige Erwägungen sehr oft anstellt, gab in einem Vortrag bei der Ceska Spolecnost [222] Národohospodárská die Stundenentlohnung der Mitglieder der Bauernfamilien mit 2,37 Kc im Jahre 1927 und mit 0,35 Kc im Jahre 1931 an.

Was hier für das fruchtbarste sudetendeutsche Agrargebiet geschildert ist, gilt für die übrige sudetendeutsche Agrarwirtschaft, in der die Lage zumeist

noch viel schlechter ist.

Der Bauer ist heute auf dem Binnenmarkt als Käufer ausgeschaltet. Seine Kaufkraft ist gebrochen, er ist verarmt. Die Höfe sind verschuldet und stehen vor der Vernichtung. Nach einer vom Prager Justizministerium angestellten Erhebung wurden in den ersten 10 Monaten des Jahres 1934 allein 163.000 Exekutionen aufgeschoben bei rund 400.000 landwirtschaftlichen Betrieben. In diesen Ziffern spiegelt sich die Katastrophe der tschechoslowakischen Landwirtschaft.
91

g) Staats-, Finanz- und Gemeindewirtschaft

Ein Bild von der Staatswirtschaft, wenn auch nicht ein ganz genaues, bieten die Ziffern der Staatsvoranschläge. Darnach gestalteten sich die staatlichen Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

	in Millionen Kč	
	Ausgaben **92**	Einnahmen
1919	8.615	3.709
1920	11.604	7.804
1921	18.026	17.299
1922	19.813	18.884
1923	19.371	18.812
1924	16.994	16.391
1925	9.573	9.301
1926	9.710	10.086
1927	9.704	9.724
1928	9.536	9.562
1929	9.534	9.570
1930	9.367	9.420
1931	9.839	9.844
1932	9.318	9.323
1933	8.502	8.202
1934	7.631	7.632
1935	7.983	7.985

Der Einnahmen- und Ausgabenstand ist also in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte gesunken und in den letzten Jahren sogar geringer als im Jahre 1919.

Die Rechnungsabschlüsse des staatlichen Kontrollamtes zeigen, daß die tschecho-slowakische Staatswirtschaft mit bedeutenden Defiziten arbeitet, die durch Inanspruchnahme der Barschaften der Sozialversicherungsanstalt und der Einlagen der Postsparkasse und durch Ausgabe von Kassenscheinen gedeckt werden.

[223] Einschließlich der nichtpräliminierten Ausgaben ergibt sich nachstehendes Bild der Abgänge im Staatshaushalt:

1930	425,5	Mill. Kč,
1931	125,7	Mill. Kč,
1932	1.748,0	Mill. Kč,
1933	1.680,3	Mill. Kč,
1934	1.030,9	Mill. Kč,

oder in fünf Jahren 6.141,8 Mill. Kc.
93

Die Postsparkasse führt die Überweisungen am Ende des Monats um einige Tage Verspätung durch, weil der Staat die verfügbaren Beträge in Anspruch nimmt. Die Gehälter der Staatsbeamten werden erst bis zum 15. des Monates ausbezahlt.

Die Regierung führt auch Transaktionen mit den sogenannten Landesbanken und den Versicherungsgesellschaften durch, über die sich vorläufig keine Klarheit verschaffen läßt. So findet sich z. B. in der Bilanz der Landesbank für Böhmen (Zemská banka) vom Jahre 1933 ein Posten

bankmäßige Depots 9,768.268

und bei der Hypotecna Banka Ceská

ein Betrag von 1,979.315,

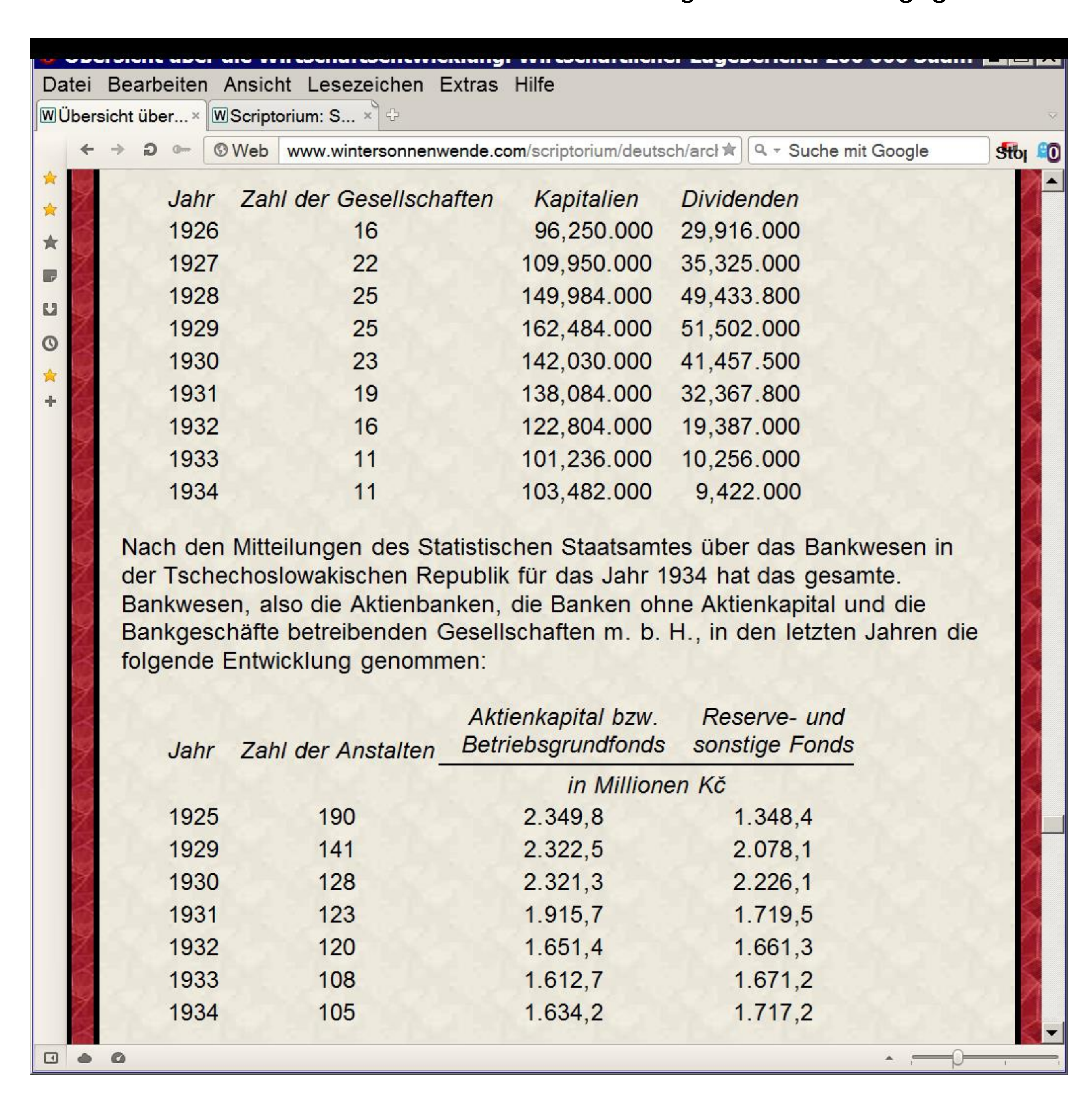
welcher zum großen Teil aus lombardierten Kassenscheinen besteht.

Daß sich die staatliche Finanzlage immer mehr verschlechtert, kann bei den erhöhten Ausgaben und den verringerten Einnahmen nicht wundernehmen. Ein Staat kann eben nur aus dem Nationaleinkommen wirtschaften, und das ist in den letzten 6 Jahren um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Allein im Jahre 1933 betrug der Ausfall an staatlichen Einnahmen 1119 Millionen Kronen, im Jahre 1934 1466 Millionen Kronen.

Dabei sind die Defizite der staatlichen Betriebe nicht mit berücksichtigt. Allein bei den Staatsbahnen betrug das Defizit 819 Millionen im Jahre 1933 und war für die Jahre 1934/35 nicht viel geringer. Dazu kommt die Verlustwirtschaft auf den staatlichen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, die allein an nicht bezahlten Übernahmepreisen 872 Millionen schulden.

Die schwebende Staatsschuld wird mit 11 Milliarden beziffert.

Nicht anders ist die Lage in der übrigen Finanzwirtschaft des Staates. Die Industrien arbeiten heute mit 30 bis 40 v. H. ihrer Kapazität, Kapitalien und Dividenden gehen zurück. In einem Bulletin der tschechoslowakischen Nationalbank über die Bewegung der Kapitalien und Dividenden der Aktiengesellschaften [224] der Baumaterialienindustrie als der Schlüsselindustrie der Volkswirtschaft werden folgende Ziffern angegeben.



Jahr	*Zahl der Gesellschaften*	*Kapitalien*	*Dividenden*
1926	16	96,250.000	29,916.000
1927	22	109,950.000	35,325.000
1928	25	149,984.000	49,433.800
1929	25	162,484.000	51,502.000
1930	23	142,030.000	41,457.500
1931	19	138,084.000	32,367.800
1932	16	122,804.000	19,387.000
1933	11	101,236.000	10,256.000
1934	11	103,482.000	9,422.000

Nach den Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes über das Bankwesen in der Tschechoslowakischen Republik für das Jahr 1934 hat das gesamte. Bankwesen, also die Aktienbanken, die Banken ohne Aktienkapital und die Bankgeschäfte betreibenden Gesellschaften m. b. H., in den letzten Jahren die folgende Entwicklung genommen:

Jahr	*Zahl der Anstalten*	*Aktienkapital bzw. Betriebsgrundfonds*	*Reserve- und sonstige Fonds*
		in Millionen Kč	
1925	190	2.349,8	1.348,4
1929	141	2.322,5	2.078,1
1930	128	2.321,3	2.226,1
1931	123	1.915,7	1.719,5
1932	120	1.651,4	1.661,3
1933	108	1.612,7	1.671,2
1934	105	1.634,2	1.717,2

Demnach hat sich die Zahl der Banken und Geldinstitute in der Tschechoslowakei seit 1925 ständig verringert.

Die durch die Wirtschaftskrise und Verluste bei eingegangenen Industrien ruinierten Banken sollen ihr Dasein mit Hilfe der Reeskomptestelle fristen. Es soll die Auflockerung des Geldmarktes dadurch erfolgen, daß das neue Institut das Wechselportefeuille der den Regierungsparteien nahestehenden Banken eskomptiert und einen 75 - 85prozentigen Lombard auf Staatspapiere gewährt.

Die Annahme, daß es sich um ein auf Staatskonto durchgeführtes Geschäft der tschechischen politischen Parteien handelt, wird dadurch bekräftigt, daß es den Sudetendeutschen nicht gelang, im Verwaltungsrate dieses Institutes eine Vertretung zu erlangen, trotzdem ihre Vertreter in der Regierung sitzen.

Nach einer Darstellung der Finanzwirtschaft in der Tschechoslowakei des Volkswirtschaftlers Oedön Tarjan wird das Kapital für die Reescomptestelle [225] durch eine Einlage des Staates in der Höhe von hundert Millionen Kronen und die Pflichteinlagen der Geldinstitute und Versicherungsanstalten aufgebracht. Die Geldinstitute sind verpflichtet, vom Zuwachs der Einlage 10% der Reescomptestelle zur Verfügung zu stellen, ebenso wie die Zentral-Sozialversicherungsanstalt und Pensionsanstalt, solange, bis ihre Einlagen beim neuen Institut 5% ihres Gesamteinlagenstandes erreichen. Außerdem wurde der Finanzminister ermächtigt, für anderweitig zu beschaffende Kredite eine Staatsgarantie bis zu einem Betrage von fünfhundert Millionen Kc zu übernehmen.
Wie man sieht, handelt es sich hier um eine großzügige Finanztransaktion auf Staatskosten, um die Mobilmachung eingefrorener dubioser Forderungen, durch welche die Unterstützung der Banken auf Grund der Bankgesetze eine Ergänzung erfährt.

Die Belehnung der Staatspapiere erfolgt mit 75 - 80% ihres Kurswertes. Wie diese Kursentwicklung durch die Regierung selbst beurteilt wird, läßt sich aus der Begründung für die Bilanzierung der fest verzinslichen Papiere entnehmen. Um nämlich das Fortwursteln den Banken zu ermöglichen, gestattet die Regierung durch Regierungsverordnung die Bilanzierung zum Ankaufs- und Vorjahrskurse mit der Begründung, daß "die richtige Kursentwicklung der Anleihen entstellt wird". Die Aufstellung falscher Bilanzen erfolgt demnach mit Zustimmung der tschechoslowakischen Regierung.

Auch die Ausweise der Nationalbank werden im selben Geiste zusammengestellt. Es wurde bis zum letzten Moment von allen kompetenten Faktoren die Kc als die unerschütterliche Währung der Welt hingestellt. Auch nach der Devalvation des englischen Pfundes und des Dollars vertritt die

Prager Regierung diesen Standpunkt, bis es ganz unverhofft zur Devalvation kam.

Die Deckung der Kc wurde so aufrechterhalten, daß man das Münzgeld bis 1200 Millionen Kc als deckungsfrei erklärte, wodurch eigentlich eine Verschiebung von ca. 25% in der Deckung der Banknoten zum Ausdruck gebracht wird. Die französische Anleihe vom Jahre 1932 im Betrage von ca. 800 Millionen Kc ermöglichte im kritischesten Moment die Stützung der Währung. Es war also nicht die aktive Zahlungsbilanz, sondern ein finanztechnischer Kunstgriff nebst der unter beschämenden Bedingungen erworbenen französischen Anleihe, durch welche der Kurs der Kc gehalten wurde.94

Die innere Staatsschuld erreicht eine Höhe von 30,773 Milliarden (davon 23,312 Milliarden langfristig und 7,462 Milliarden kurzfristig), die äußere Schuld eine solche von 8,161 Milliarden und die Banknotenschuld eine solche von 2 Milliarden, zusammen also eine Höhe von 40,934 Milliarden.

[226] Tilgung, Verzinsung und Verwaltung erfordern zusammen einen Betrag von 1,988 Milliarden (1,976).

Auf die Tilgung, die durch das Finanzgesetz neuerlich um 1 Jahr aufgeschoben ist, entfallen 292 Millionen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus einem Betrag von 100 Millionen für die Tilgung der Arbeitsanleihe, die nach dem Arbeitstilgungsgesetz getilgt werden muß, und einem Betrag von 150 Millionen, der pauschal dazu dient, Staatspapiere unter ihrem Nominalwert auf freiem Markte zu kaufen. Ein Betrag von 41 Millionen dient zur Tilgung der Auslandsschuld.

Der Betrag, der für die Verzinsung aufzuwenden ist, erreicht die Höhe von 1,689 Milliarden. Zieht man von ihm einen Betrag von 186 Millionen ab, den die Verzinsung der Auslandsschuld erfordert, bleiben für die Inlandszinsen 1,503 Milliarden übrig. Dieser Aufwand aber ist nur fiktiv. Er ermäßigt sich insgesamt um 266 Millionen auf 1,237 Milliarden. Von dieser Ersparnis entfallen 172 Millionen auf die Kuponsteuer und 83 Millionen auf die Ersparungen, die durch die Herabsetzung des Zinsfußes erwartet werden.

Die der Tschechoslowakei aus einem gleichzeitig mit dem Friedensvertrage unterschriebenen Vertrag auferlegten Schulden sind im Budget für 1936 mit 1,405 Milliarden eingesetzt. Von der gesamten Auslandsverschuldung der Tschechoslowakei mit 8,161 Milliarden entfallen beinahe 5 Milliarden auf die Befreiungskredite!

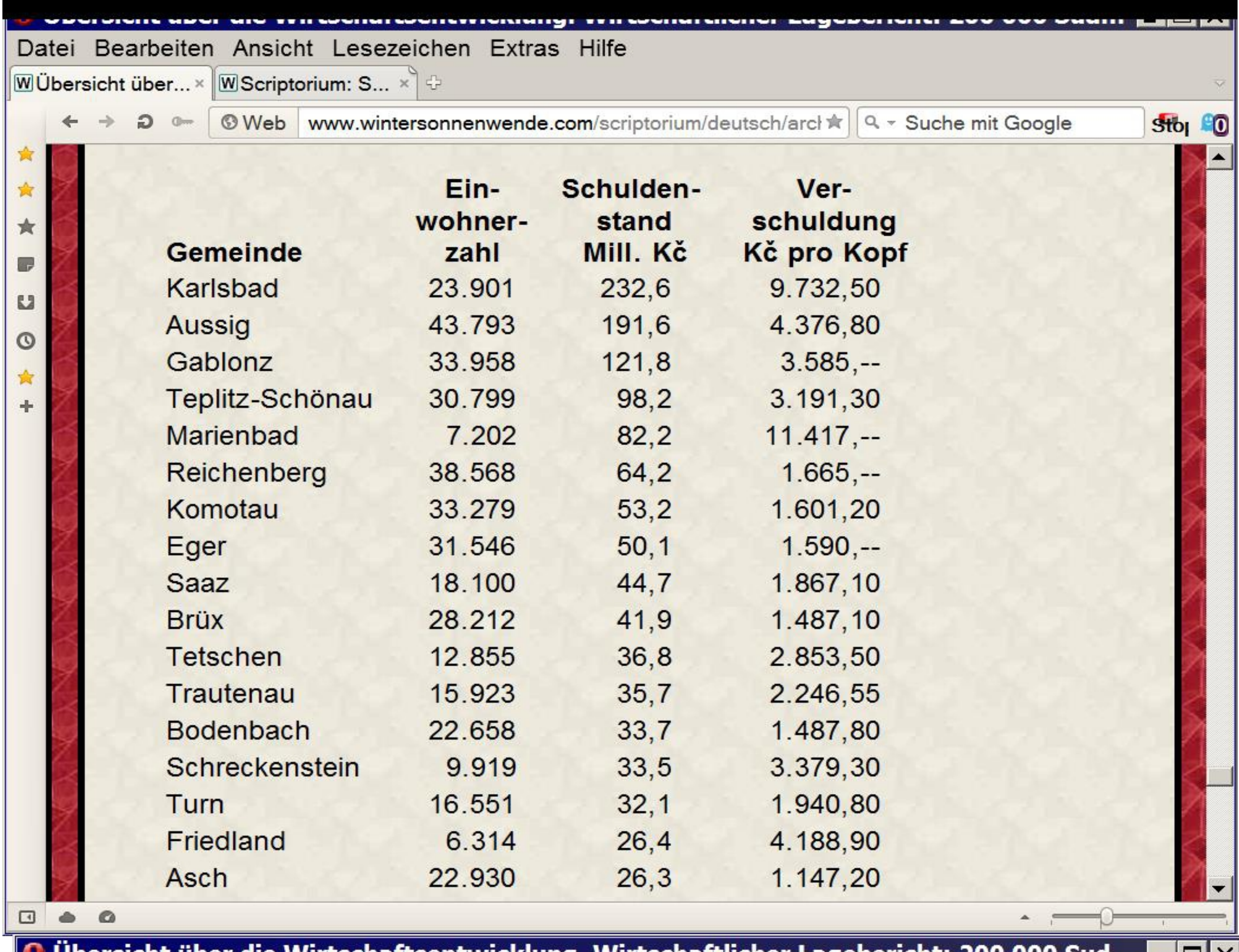
Wenn man also in Betracht zieht, daß weder die deutsche Industrie, noch die deutsche Landwirtschaft in den Jahren seit dem Bestand der

Tschechoslowakei irgendwelche Förderung durch den Staat genossen hat, so wird die Schätzung der gesamten Privatverschuldung der sudetendeutschen Privatwirtschaft mit 30 bis 35 Milliarden nicht zu hoch gegriffen sein!95

Man sieht, daß die Finanzlage der Tschechoslowakei alles andere als rosig ist!

Noch trostloser aber ist die Finanzlage der Gemeinden, besonders im sudetendeutschen Gebiet.

Das Prager Statistische Staatsamt hat in seinen Veröffentlichungen über Gemeindefinanzen im Jahr 1935 auch einige sudetendeutsche Städte berücksichtigt. Daraus geht hervor, daß die Finanzgebarung dieser Städte ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Die Einnahmen wurden zu 33 bis 50 v. H. aus Zuschlägen, Abgaben und Beiträgen gedeckt. Die nächstwichtige Einnahmesumme waren Anleihen, die auf die ungeheuere Not in den Städten zurückzuführen sind, die es unmöglich macht, die unbedingt erforderlichen Geldbeträge auf andere [227] Art zu erhalten. Dabei ist die Verschuldung der sudetendeutschen Städte bereits so groß, daß bis 45 v. H. aller Ausgaben für den Schuldendienst erforderlich sind. In weitem Abstande erst folgen die Ausgaben für Schulwesen, Verwaltung, soziale Fürsorge usw. In manchen Städten erreicht die Verschuldung bis 86 v. H. des gesamten Kommunalvermögens. In der nachfolgenden Zusammenstellung sind angeführt: Die Einwohnerzahl, die Gesamtverschuldung der Städte in Millionen, die Verschuldung je Kopf der Bevölkerung in Kc.



Gemeinde	Einwohnerzahl	Schuldenstand Mill. Kč	Verschuldung Kč pro Kopf
Karlsbad	23.901	232,6	9.732,50
Aussig	43.793	191,6	4.376,80
Gablonz	33.958	121,8	3.585,--
Teplitz-Schönau	30.799	98,2	3.191,30
Marienbad	7.202	82,2	11.417,--
Reichenberg	38.568	64,2	1.665,--
Komotau	33.279	53,2	1.601,20
Eger	31.546	50,1	1.590,--
Saaz	18.100	44,7	1.867,10
Brüx	28.212	41,9	1.487,10
Tetschen	12.855	36,8	2.853,50
Trautenau	15.923	35,7	2.246,55
Bodenbach	22.658	33,7	1.487,80
Schreckenstein	9.919	33,5	3.379,30
Turn	16.551	32,1	1.940,80
Friedland	6.314	26,4	4.188,90
Asch	22.930	26,3	1.147,20
Leitmeritz	18.489	24,9	1.348,30
Weipert	11.751	24,7	2.102,80
Fischern	11.769	22,7	1.934,60
Warnsdorf	22.793	19,1	839,30
Tachau	7.075	18,6	2.640,--
Rumburg	10.466	17,7	1.692,40
Dux	13.040	17,6	1.335,--
Böhm.-Leipa	14.338	14,5	1.016,55
Joachimsthal	7.316	14,5	1.990,50
Falkenau	11.381	13,6	1.202,60
Kaaden	8.641	11,1	1.292,50
Graslitz	13.936	11,1	799,20
Drahowitz	6.198	11,1	1.793,80

Nach der amtlichen Statistik betrugen Ende 1935 die Schulden von 27 größeren Städten der Tschechoslowakei fast 4,5 Milliarden Kc. Davon waren 4230 Millionen langfristige und 120 Millionen kurzfristige Schulden. Die Neuverschuldung im Jahre 1933 war infolge der geringen Kreditmöglichkeiten verhältnismäßig niedrig und betrug nur 32 Millionen Kc. Bei einer Reihe von Städten erfordert der Schuldendienst mehr als ein Drittel der ordentlichen Verwaltungsausgaben. So in Pardubitz 49, in Eger 45, Kolin 44, Gablonz 43, Preßnitz 42, Jungbunzlau 37, Königgrätz 36 und Teplitz-Schönau 33%. In Prag selbst erfordert der Schuldendienst 23% der ordentlichen Verwaltungsausgaben. Am günstigsten lagen die Verhältnisse in Zlin, wo der Schuldendienst nur 4% erfordert.

Von den deutschen Gemeinden Böhmens mit mehr als 5000 Einwohnern haben 51 ihren Voranschlag für das Jahr 1935 fertiggestellt. Der Gesamtbedarf dieser Gemeinden beträgt 400 Millionen Kc. Auf den Schuldendienst entfällt mehr als ein Viertel des Gesamterfordernisses, nämlich 109 Millionen Kc. Geht man von einer durchschnittlichen Annuität von 8,18% aus, so [228] entspricht dies bei den 51 Gemeinden einer Schuldensumme von 1,3 Milliarden Kc. Mehr als die Hälfte dieser Schulden entfallen aber auf rentable Einrichtungen. Der ungedeckte Abgang aller Voranschläge der 51 Gemeinden beträgt 142 Millionen Kc. Davon sind 70 Millionen Kc durch Zuschläge gedeckt, die andere Hälfte wird aus dem Ausgleichsfond beansprucht. Von den erwähnten 51 Gemeinden haben nur 13 einen ausgeglichenen Voranschlag: Schluckenau, Niemes, Röchlitz, Landskron, Maffersdorf, Nixdorf, Georgswalde, Schreckenstein, Rumbach, Asch, Reichenberg, Nikolsburg und Zwittau.

Über die Verschuldung der Gemeinden und der kommunalen Selbstverwaltungskörper gibt ein Bericht, der am 19. Februar 1935 auf der Tagung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper erstattet wurde, Aufschluß. Darnach sind die deutschen Gemeinden nicht mehr imstande, ihren Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Bei den mehr als 5000 Einwohner zählenden sudetendeutschen Gemeinden entfällt durchschnittlich ein Viertel aller Ausgaben auf Annuitätenleistungen. Nach einer amtlichen Statistik betragen die Darlehen aller Selbstverwaltungskörper zum 31. Dezember 1933 nicht weniger als 1212 Millionen Kc Landesdarlehen, 1664 Millionen Kc Bezirksdarlehen, und 9527 Millionen Kc Gemeindedarlehen, insgesamt 12.403 Millionen Selbstverwaltungsschulden. Das Erfordernis für Zinsen und Tilgung betrug für diese Schuldsumme 1033 Millionen, die eigene Deckung 316 Millionen, so daß 717 Millionen aus eigenen Mitteln aufgebracht werden mußten. Der Stand der Gemeinde- und Bezirksdarlehen ist folgender:

Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung. Wirtschaftlicher Lagebericht: 200 000 Sud...

Gemeinden:

Böhmen Schuldenstand	6300 Millionen
Mähren-Schlesien Schuldenstand	2435 "
	8735 Millionen

Bezirke:

Böhmen Schuldenstand	1380 Millionen
Mähren-Schlesien Schuldenstand	256 "
	1636 Millionen

Der Schuldendienst der Gemeinden in Böhmen betrug 509, in Mähren-Schlesien 202 Millionen, die durchschnittliche Annuität 8,18 Prozent. Bei den Bezirken betrug der Schuldendienst in Böhmen 135, in Mähren-Schlesien 6,3 Millionen Kc, die durchschnittliche Annuität 8,6 Prozent. Bei allen Kommunalgläubigern kann mit einem Annuitätenrückgang von 300 bis 400 Millionen Kc gerechnet werden.

Wie kraß die Finanznot der sudetendeutschen Städte ist und wie schwierig sich daher auch Investitionsarbeiten selbst kleineren Umfangs gestalten, zeigt das [229] Beispiel der Stadt Dux. Die über Dux führende Staatsstraße Brüx - Teplitz verengt sich bei der Duxer Stadtkirche auf kaum 3 Meter. Dieses kurze Straßenstück ist eine ständige Gefahr für den Autoverkehr, die durch Demolierung eines einzigen vorspringenden und sehr alten Gebäudes beseitigt werden könnte. Die Angelegenheit wird nun schon seit Jahren betrieben und ist nun endlich so weit, daß mit den Arbeiten sofort begonnen werden könnte, falls die Stadt Dux in der Lage wäre, den auf sie entfallenden Anteil im Betrage von 50.000 Kc (d. s. 5000 RM) aufzubringen. Aber bisher sind alle Bemühungen des Stadtrates gescheitert. Nun hat der Hausbesitzerverein eine Aktion eingeleitet, um diese 50.000 Kc zustandezubringen. Von den über 1000 Hausbesitzern soll jeder der Stadtgemeinde auf zehn Jahre zinslos je 50 Kc leihen.



86Brüxer Zeitung, Brüx, 4. Januar 1935.

87Sudetendeutsche Tages-Zeitung, 29. Dezember 1934.

88Die Landwirtschaftliche Akademie hat auf Anregung des

Ministerpräsidenten Dr. Hodza eingehende Erhebungen über die Zweckmäßigkeit der Bodenbearbeitung in der Tschechoslowakei angestellt und ist zu dem überraschenden Ergebnis gelangt, daß bloß ein Viertel der gesamten Ackerfläche zweckmäßig, also den geonomischen Bedingungen entsprechend, bebaut wird. Auf drei Vierteln der Anbaufläche wäre eine Reform im Anbau notwendig. Durch diese Erkenntnis wird die bisher aus volkswirtschaftlichen Gründen erhobene Forderung nach einer Planung der landwirtschaftlichen Erzeugung wesentlich unterstützt. Es wird allerdings nun notwendig sein, bei der Durchführung der Planwirtschaft in der landwirtschaftlichen Produktion eine Übereinstimmung zwischen den geonomischen und den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu erzielen. Dies dürfte nicht immer leicht sein, da sich bereits jetzt erhebliche Unterschiede erkennen lassen.

So sollte auf Grund der geonomischen Untersuchungen der Landwirtschaftlichen Akademie die Gerstenanbaufläche um 102.400 Hektar eingeschränkt werden, während der bisherige, auf volkswirtschaftlichen Überlegungen aufgebaute Plan eine Anbauverringerung um nur 40.000 Hektar vorsah. Bei Hafer fordern die Geonomen eine Kürzung der Anbaufläche um 76.900 Hektar, der ursprüngliche Planungsvorschlag rechnete mit 60.000 Hektar; bei Roggen ist der Unterschied am kleinsten (92.000 Hektar gegenüber 100.000 Hektar). Die Erhebungen der Landwirtschaftlichen Akademie erstrecken sich vorläufig bloß auf das Jahrfünft 1924/1928, so daß sich nicht unbedeutende Korrekturen ergeben werden, wenn auch die Untersuchungsergebnisse des nächstfolgenden Jahrfünfts bekannt sein werden, in dem die Anbauflächenverteilung starken Verschiebungen unterlegen ist. Die Untersuchungen wurden für die 6 wichtigsten Anbauarten (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Zuckerrübe und Kartoffeln) in insgesamt 426 Bezirken durchgeführt. In 90 Bezirken, die 162,6 Mill. Hektar oder 18,79% der in Betracht kommenden Anbaufläche umfassen, wurde eine geonomisch richtige Bewirtschaftung des Bodens festgestellt. Es sind dies hauptsächlich die westböhmischen Bezirke Pilsen, Klattau und Prestiz, die Bezirke um das linke Elbeufer Aussig, Melnik, weiters Jungbunzlau, Böhm.-Brod., die nördlich von Brünn gelegenen Bezirke Boskowitz, Tisnov, ferner in Mähren die Bezirke Weißkirchen und Bilowetz. Die meisten Gebiete mit unzweckmäßigem Anbau befinden sich in der Slowakei und Karpathenrußland, jedoch fallen in diese Gruppe auch zahlreiche Bezirke in Südmähren und im westlichen Mittelböhmen. (Sudetendeutsche Tageszeitung.) .

89Siehe Deutsche Landpost, 27./28. November 1934.

90Bericht des Rentmeisters Wieninger, Leiter der Wirtschaftsberatungsstelle in Saaz, auf der Tagung landwirtschaftlicher Verbände in Podersam am 23. Dezember 1934.

91Nach einem Bericht des Abg. Dr. Zadina in der Ausschußsitzung der tschechischen Sektion des Landeskulturrates am 2. 12. 1934.

92Nicht berücksichtigt sind die staatlichen Investitionen, Nachtragsvoranschläge und die bestehenden Schuldabkommen.

93Aus dem Bericht des Referenten des Budgetausschusses des Prager Abgeordnetenhauses über die Berichterstattung des Obersten Rechnungskontrollamtes, Abg. Remesch (tschech. Sozial.) am 13. Februar 1936.

94Oedön Tarjan: Die Tschechoslowakei, Budapest.

95So wurde z. B. in einer Sitzung des Verbandes landwirtschaftlicher Maschinenfabriken festgestellt, daß dieser Industriezweig durch das Moratorium für Landwirte, bei denen Forderungen in der Höhe von 70 Millionen Kc außenstehen, schwer geschädigt ist. Die Industrie wurde um ihr Betriebskapital gebracht, so daß ihr Weiterbestand gefährdet ist..

200 000 Sudetendeutsche zuviel! Der tschechische Vernichtungskampf gegen 3,5 Millionen Sudetendeutsche und seine volkspolitischen Auswirkungen.

Kurt Vorbach

IV. Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung

2. Sozialpolitischer Lagebericht

Der allgemeine Wirtschaftsaufschwung der Sudetenländer in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege brachte der Bevölkerung ganz allgemein ausreichende Verdienstmöglichkeiten, ja man kann sagen Wohlstand und Reichtum. Gewiß, die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer entsprachen nicht den großen Einkünften der Industrieunternehmer, auch das Bauerntum zeigte nicht im ganzen Lande den gleichen Wohlstand, und Handel und Gewerbe mußten bei dem fortschreitenden Ausbau der Handelsbeziehungen und der jede Konkurrenz schlagenden Industrie einen schweren Existenzkampf führen.

In den Gebirgsdörfern setzten die klimatischen und Bodenverhältnisse dem allgemeinen Wohlstand Grenzen. Aber nirgends herrschte Hunger und Elend, Not und Verzweiflung, überall verriet schon das äußere Bild der Dörfer und Städte jenen soliden Wohlstand, der durch rührige Arbeit in zähem Fleiß und wohlüberlegter Sparsamkeit erworben wird. Die Anspruchslosigkeit der tschechischen Landbevölkerung mit ihren oft geradezu primitiven Wohnstätten ist ebenso wenig bedingt durch ihre Vermögensverhältnisse, wie andererseits die gepflegten und sauberen Häuschen der sudetendeutschen Arbeiter ihr nettes Aussehen nicht so sehr ihrem Einkommen zu verdanken haben, als vielmehr ihrer grenzenlosen Sparsamkeit und opferbereiten Liebe zum eigenen Heim. Es ist das bäuerliche Blut, das in ihren Adern pulsiert und in ihnen die Sehnsucht nach dem eigenen Grund und Boden, den sie verlassen mußten, weil der Boden zu klein wurde, der sie ernähren sollte, wacherhielt. Und diese Sehnsucht, die in einem kleinen Häuschen Erfüllung fand, ließ sie freudig auch alle sonstigen Entbehrungen tragen. Der Wohlstand und Reichtum verleitete nicht zu jener verschwenderischen Glanzentfaltung, wie sie sonst eine Begleiterscheinung ist, sondern fand seinen Ausdruck in einem gepflegten Lebensstil und in einem gesteigerten Kunst- und Kulturleben. Fast jede größere sudetendeutsche Stadt hatte [230] ihr eigenes Theater, das die berühmtesten Schauspieler und Sänger, Ensembles und Orchester zu Gast hatte. Dabei zählen die sudetendeutschen Städte durchschnittlich nicht viel mehr als 15 000 bis 20 000 Einwohner, sind also Kleinstädte im wahrsten Sinne des Wortes.

Diese in wenigen Strichen skizzierte sozialpolitische Lage in den Sudetenländern, vornehmlich bei den Sudetendeutschen, erfuhr in der Nachkriegszeit, besonders in den letzten Jahren, eine große Veränderung. Die ersten Finanzmaßnahmen des neuen Staates, die an anderer Stelle angeführt wurden, brachten dem sudetendeutschen Wirtschaftsleben ungeheuere Verluste, die niemals mehr eingebracht worden sind. Die

Nichteinlösung der Kriegsanleihe bedeutete eine weitere Schwächung des Volksvermögens und traf besonders die kleinen Sparer und Gewerbetreibenden. Dazu kam die planmäßige Stillegung der sudetendeutschen Industrieunternehmen, deren Tempo durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigt wurde. Die unmittelbare Folge der Prager Regierungsmaßnahmen und Auswirkungen der Krise waren Lohnkürzungen und Erwerbslosigkeit und damit eine allgemeine Schwächung der Kaufkraft. Je größer die Zahl derer wurde, die aus dem Konsumentenkreis ausschieden, und je länger ihr Fernbleiben andauerte, desto geringer wurde der allgemeine Geldumsatz, was zu einer Verschuldung der Landwirtschaft und zum völligen Untergang des Kleinhandels und des Gewerbes führen mußte. Man kann heute bereits von einer Verproletarisierung des Sudetendeutschtums sprechen, das nicht nur seine Ersparnisse aufgezehrt hat, sondern bereits die Substanz angreift.

In dem nachstehend auszugsweise wiedergegebenen Bericht der Gewerbeinspektoren an das Prager Fürsorgeministerium spiegelt sich in aller Klarheit das erschütternde Bild von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer.

Es zeigt sich, daß der starke Absatzrückgang und die Zunahme der Arbeitslosigkeit dazu führte, an die Leistungsfähigkeit der beschäftigten Personen wesentlich erhöhte Ansprüche zu stellen und fast gleichzeitig die Löhne zu senken, so daß die tatsächliche Arbeitsleistung von zwei Seiten aus gesteigert wurde. Dazu kommt noch die Tatsache, daß trotz der großen Zahl der Arbeitslosen die Überstundenarbeit zugenommen hat und der Preisrückgang durch eine weitere Rationalisierung der Betriebe durch Einstellung arbeitskraftsparender Maschinen paralysiert werden sollte. Der Bericht führt zahlreiche Beispiele dafür an, wie die Arbeitsleistung durch Aufhebung der Stundenlöhne und Einführung von Akkordlöhnen und Prämien für besondere Leistungen gesteigert wurde, der Kampf um den Arbeitsplatz einen außerordentlichen Rückgang der Löhne verursachte und die Rationalisierung zur Ausbeutung der Arbeitnehmer führte. So hat eine Fahrradfabrik im Karlsbader Bezirk gleichzeitig mit der Lohn- [231] senkung Entschädigungen für die einzelnen Arbeitseinheiten eingeführt. (Leistungssteigerung um 25 Prozent.) Zur Förderung der Arbeiterleistungen hat eine Gummiwarenfabrik im Königgrätzer Bezirk durch Anschlag die Leistung der einzelnen Arbeiter und deren Lohnhöhe bekanntgegeben. In der Vorweihnachtssaison wurden die Verkäufer in den Filialen einer großen Schuhfabrik dadurch zur höchstmöglichen Leistung angeregt, daß Prämien in der Höhe von 20 bis 50 Mark jenen Verkäufern versprochen wurden, die in zehn Tagen die größte Zahl von Schuhen verkaufen. Aus diesem Wettrennen gingen acht Verkäufer als Sieger hervor, die überdies umsonst für acht Tage zur Erholung ins Riesengebirge geschickt wurden. In einer Möbelfabrik im Bezirke Königgrätz wurde die Arbeitsleistung durch Einführung der

Erzeugung am laufenden Band um volle 100 Prozent erhöht. Die Gewerbeinspektoren haben festgestellt, daß die Leistung der Arbeiterschaft auch ohne bewußte Rationalisierungsmaßnahmen gestiegen wäre, weil die Lohnkürzungen und die unzulänglichen Arbeitsmöglichkeiten die gleichen Auswirkungen zeigen. Die übersteigerte Rationalisierung hat jedoch bereits zu einem Rückschlag geführt, weil die übermäßige physische Anspannung der Arbeitnehmer zu Massenerscheinungen von Überarbeitung und zu raschem Verbrauch der Arbeitskräfte führt, der überdies durch die gleichzeitige Senkung des Lebensstandards verschärft wird. Aus diesem Grunde hat sich in einigen hochrationalisierten Betrieben die Leistung der Arbeiterschaft vermindert.

In einigen kleingewerblichen Betrieben in den Bezirken Prag und Budweis wurde festgestellt, daß die Arbeiter gezwungen werden, bloß für freie Wohnung und Verköstigung zu arbeiten. Einer von diesen Arbeitern mußte sogar die sozialen Lasten aus der eigenen Tasche tragen. Die Verwaltung einer Dampfmühle im Bezirk Budweis hat ihren 10 Arbeitern stündlich 15 Pfennige ausgezahlt. Ein Damenschneider im selben Bezirk beschäftigte einen Lehrjungen und zwei Näherinnen, wobei er allen drei Angestellten einen Tageslohn von insgesamt nur 1 Mark zahlte. Eine kleine Weberei im Bezirke Jungbunzlau beschäftigte Weber für einen Wochenhöchstlohn von 5 Mark. Im Pardubitzer Bezirke bezahlte eine Tuchfabrik den Arbeitern täglich 1.— bis 1.50 Mark und den Frauen gar nur 60 Pfennige. Eine Zuckerwarenfabrik im Bezirke Neutra entlohnte ihre erwachsenen Arbeiterinnen mit 6 Pfennig für die Stunde, jugendliche Kräfte erhielten nur 4 Pfennige. Nur in wenigen Fällen konnte die Arbeiterschaft eine Aufbesserung ihrer Löhne durchsetzen. Eine Ausnahme bilden u. a. einige Steinbrüche in der Gegend von Hlinsko, eine Metallgießerei bei Troppau und eine Kabelfabrik im Bezirke Teplitz-Schönau.

Die schärfsten Lohnkämpfe spielten sich in der Textilindustrie ab. Die Löhne wurden um 5 bis 15 Prozent herabgesetzt, wobei eine Fabrik die andere zu übertrumpfen bestrebt war.

[232] Im Olmützer Bezirke ersetzte eine Zementfabrik ihre alten Kessel durch neue Schachtkessel, System Gruber, wodurch die Erzeugung von 5500 auf 7500 Waggons erhöht und dreißig Arbeiter überflüssig wurden. Maschinen zum Massenschleifen und Schmelzen von Glasringen erzeugen im Bezirke Jungbunzlau 3000 Dutzend Ringe in acht Stunden, wodurch dreißig Heimarbeitern die Arbeitsmöglichkeit genommen wird. Am stärksten war die Rationalisierung in der Textilindustrie. Eine große Baumwollspinnerei im Bezirke Königgrätz hat ihre Spindelanzahl verdoppelt, wodurch 70 Arbeiterinnen arbeitslos wurden. Eine Jute-Spinnerei und -Weberei hat die Belegschaft bei der Spindelbedienung halbiert und alle Arbeiter von mehr als sechzig Jahren entlassen.

Die 48-stündige Arbeitszeit wurde nur in den wenigsten Fällen eingehalten. Entweder wurde sie stark unterschritten oder durch eine starke Ausnützung der Arbeitskräfte erheblich überschritten. Besonders in den kleinen Gewerbebetrieben häufen sich die Verstöße gegen die Arbeitszeitbestimmungen. Doch wurde auch in einigen Industriebetrieben die Arbeitszeit übermäßig verlängert, so in einer Fahrradfabrik im Tetschener Bezirk bis auf 70 Stunden in der Woche. Der Besitzer einer Bahnhofsrestauration im Bezirke Olmütz hat trotz Verwarnung seinen Lehrjungen jeden zweiten Tag 24 Stunden hindurch beschäftigt!

[233] Am 10. September 1935 hat der Prager Fürsorgeminister Ing. Necas - ein Sozialdemokrat - im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses ein Exposé über die sozial- und wirtschaftspolitische Lage in der Tschechoslowakei erstattet, das zu einer vernichtenden Anklage des Prager Systems wird. Der Minister führte aus:

"Es zeigt sich also immer klarer, daß die Wirtschaftskrise bei uns eine Depression im Gefolge hat, aus der man auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Mitteln nicht herauskommt. Wenn wir nicht den ganzen Staat in einen dauernden Zustand der Verarmung treiben wollen, müssen wir andere und durchgreifendere Wege gehen. Die außerordentliche Zeit erfordert unbedingt außerordentliche Maßnahmen und außerordentliche Opfer!

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt nicht so, wie es das wirtschaftliche und finanzielle Interesse des Staates erfordern würde und wie wir es beim Vergleich mit anderen Staaten erwarten könnten.

Wenn wir nicht die militärische Dienstzeit verlängert hätten, so hätten wir heute noch um einige zehntausende Arbeitslose mehr. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird auch dadurch verschlechtert, daß der Arbeitsmarkt die starken Nachkriegsjahrgänge aufnehmen muß, die jetzt mit 16 und 17 Jahren in die Arbeit kommen.

Außerdem scheidet die Rationalisierung ständig neue Lohnarbeiter aus. Ungünstig wirkt sich ferner auch der Umstand aus, daß die Auswanderung so gut wie völlig unterbunden ist.

Daß überdies unsere Arbeitslosenstatistik, d. h. die Ziffern über die Zahl der nicht untergebrachten Bewerber um Arbeit, die Zahl der Arbeitslosen nicht richtig erfaßt, geht daraus hervor, daß von Jänner bis Ende Juli 1935 die Zahl der nicht untergebrachten Arbeitsbewerber nur um 212.446 Personen sank, während die Zahl der Versicherten bei allen Krankenkassen in derselben Zeit von 2,269.776 auf 2,692.030, also um 322.254 Personen stieg. Daraus geht hervor, daß Zehntausende Arbeit erhalten, die nicht in den Verzeichnissen der Arbeitsvermittlungsanstalten enthalten sind.

Auch wenn wir heuer zu Ende August die niedrigste Arbeitslosenziffer zu diesem Zeitpunkt seit 1932 haben, müssen wir uns doch die Tatsache vor

Augen halten, daß es uns mit den bisherigen Mitteln seit Oktober 1932 nicht gelungen ist, die Arbeitslosenziffer unter 500.000 zu senken.

Wir müssen uns vor Augen halten, daß die schleppende Wirtschaftskrise in beträchtlichem Maße auch durch unsere eigenen Verhältnisse verursacht wurde. Die Erfahrungen zeigen, daß der gegenseitige Wirtschaftskampf der Staaten untereinander, die Zoll- und Devisenmaßnahmen usw. die Folgen der Krise ungewöhnlich verschärft haben. Die überspannte Schutzpolitik und die wirtschaftliche Absperrung haben weder der eigenen Industrie und Landwirtschaft der betreffenden Staaten, noch den Konsumenten genützt, sondern sie haben Staat und Bevölkerung verarmt und neben anderen Ursachen zu Kredit- und Währungsschwierigkeiten und anderen unheilvollen Konsequenzen geführt.

[234] Eines der Haupthindernisse der Wirtschaftsbelebung sind bei uns die Lohn- und Gehaltsverhältnisse, die heute die Kaufkraft eines großen Teiles der Bevölkerung untergraben.

Die breiten Massen der Angestellten sind in ihrer Gesamtheit der größte Konsument auf dem heimischen Markt, und sie könnten in einer Zeit, wo unserem Export oft unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen, wirksam beitragen zur Belebung unserer Wirtschaft. Statt dessen waren wir Zeugen, daß es zur Herabsetzung der Löhne und Gehälter nicht nur in jenen Betrieben kam, die ihre Produktion verringern mußten, sondern auch dort, wo in den letzten Jahren eine merkliche Produktionsbelebung zu verzeichnen ist.

Wie rapid die Löhne bei uns gefallen sind, zeigt ein Vergleich der Versicherten in der Zentralsozialversicherungsanstalt vom Juni 1930 und vom Juni 1935. Im Jahre 1930 waren 39,17 Prozent aller Versicherten in den drei niedrigsten Klassen (bis zu 14 Kc täglich), im Juni 1935 dagegen 53,35 Prozent. In den drei höchsten Lohnklassen waren im Juni 1930 24,08 Prozent, im Juni 1935 nur 14,10 Prozent aller Versicherten.

Nicht anders ist es bei der Allgemeinen Pensionsanstalt. Ende 1929 waren von 213.803 männlichen Versicherten in den drei höchsten Klassen 31.255, Ende 1934 von 227.482 nur 27.473. Bei den Frauen ist das Verhältnis noch schlechter. Insgesamt haben die Jahresbezüge aller 297.719 Pensionsversicherten Ende 1929 4720 Millionen betragen. Ende 1934 bei einem um 19.020 höheren Versicherungsstand nur 4512 Millionen. Dabei ist zu bemerken, daß eine Gehaltsherabsetzung bis auf 42.000 Kc sich in dieser Statistik nicht widerspiegelt.

Die Beispiele für niedrige Löhne, die der Minister anführte, müssen direkt als unfaßbar bezeichnet werden.

Früher erhielten z. B. die Glasarbeiter bei der Herstellung von Gablonzer Ware Stundenlöhne von 5 bis 7 Kc, heute 1,50 Kc. Ein Heimarbeiter in der Glasbranche verdient bei 14stündiger Arbeitszeit in der Woche 30 bis höchstens 40 Kc. Junge Arbeiterinnen erhalten in der Glasschleiferei 50 bis höchstens 70 Heller pro Stunde.

Auch bei den Bauarbeitern erreichen die Stundenlöhne in einzelnen Gebieten nur 1,25 Kc oder gar nur 1 Kc, bei Erdarbeiten werden für die

schwere Arbeit 75 Kc wöchentlich gezahlt. Bei der Überprüfung der Rechnungen für Notstandsarbeiten kam das Ministerium darauf, daß bei achtstündiger Arbeitszeit den Erdarbeitern nur 6 oder 8 Kc täglich gezahlt werden. Auch in der Metallindustrie sind die Löhne sehr niedrig; es gibt Fälle, daß ein qualifizierter Metallarbeiter nur 1,50 Kc pro Stunde erhält! In den Ziegeleien ist ein derartiger Stundenlohn fast allgemein üblich.

Von 33.533 Heimarbeitern, die bei der Reichenberger Bezirkskrankenkasse versichert sind, erreichen 15.626 nicht einmal einen Monatslohn von 120 Kc, und dabei arbeiten sie mit ihren Familien. Auf dem Böhm.-mährischen Höhenzug verdient eine ganze Webersamilie bei 14stündiger Arbeitszeit nicht mehr als 160 Kc monatlich.

[235] Was für Milliardenverluste für den Konsum durch die sinkenden Lohnsummen entstehen, ist daraus ersichtlich, daß die Zahl der bei der ZSVA. Versicherten seit 1929 von 2,505.537 auf 1,877.994, der Durchschnittsverdienst von 5979 Kc auf 5097 Kc zurückgegangen ist.

Die versicherten Löhne betrugen im Jahre 1929 14 Milliarden 982 Millionen, im Jahre 1934 nur noch 9 Milliarden 573 Millionen.

Nur an Löhnen der Versicherten der ZSVA. beträgt der Rückgang gegenüber 1929 fünfeinhalb Milliarden Kc pro Jahr!

Neben der Glasindustrie ist die Textilindustrie am meisten betroffen, die angesichts des Exportrückganges in den letzten Jahren zum überwiegenden Teil auf den heimischen Markt angewiesen ist. Dabei sind die Löhne in den Betrieben, die am Kollektivvertrag beteiligt sind, mit 120 Kc wöchentlich noch bedeutend höher als in den vertragslosen Betrieben, wo 40 Kc wöchentlich gezahlt werden.

Auch die Rationalisierung verursacht noch weitere Entlassungen von Lohnarbeitern und eine ständige Verschlechterung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.

Die Berichte der Gewerbeinspektoren führen für 1934 weitere krasse Beispiele an, vor allem aus der Textilindustrie. Aber auch bei den Staatsbahnen führte die Einführung der durchlaufenden Bremse für Güterzüge dazu, daß die Zahl der Bremser bei Lastzügen seit 1931 um 40 Prozent zurückgegangen ist. In diesen Aufzählungen könnte man lange fortfahren. Ständig wird die Zahl jener vermehrt, die unwiderruflich aus ihrer bisherigen Tätigkeit ausgeschaltet sind, selbst wenn die früheren Absatzverhältnisse wiederkehren sollten.

Den technischen Fortschritt kann man nicht aufhalten. Die menschliche Gesellschaft muß aber daraus die Konsequenzen ziehen und Mittel und Wege suchen, um die unschuldig Betroffenen wieder zu fruchtbringender Arbeit zurückzuführen.

Die infolge der Krise unterbundene Kaufkraft hat einen Rückgang der Kaufkraft zur Folge, den der Minister an zahlreichen Daten nachwies, und zwar beim Fleischkonsum, beim Konsum von Tierfetten, wo der Rückgang fast 20 Prozent beträgt, ferner beim Bierkonsum, der ebenfalls um 20 Prozent zurückgegangen ist, beim Konsum von Getränkespiritus, wo der Rückgang

rund 50 Prozent beträgt, und beim Zuckerkonsum, wo er fast 10 Prozent erreicht hat.

Der Rückgang im Mehl- und Brotverbrauch läßt sich mit 30 bis 40 Prozent gegenüber dem Jahre 1929 veranschlagen. Beim Brot beträgt der Preisanstieg gegenüber dem ersten Halbjahr 1934 per Kilo 30 bis 50 Heller und auch mehr. Der Preisanstieg bei Weizenmehl beträgt gegen das Vorjahr 30 bis 50 Heller.

Wenn Arbeiterfamilien volle drei Fünftel aller ihrer Ausgaben auf die Ernährung verwenden, dann sehen wir die Gefahr im vollen Lichte: die Ausgaben für die Ernährung einschränken, heißt direkt die Existenz bedrohen. Die überwiegende Mehrheit unserer Arbeiter arbeitet nur für die allernotwendigsten Lebensmittel und die Wohnungsmiete. Wir können infolgedessen unter den heutigen Wohnverhältnissen unsere Konsumenten nicht weiter [236] belasten, denn die Folge wäre ein weiterer Rückgang des Verbrauchs mit allen seinen Konsequenzen für die anderen Schichten."

Der amtliche Bericht bedarf keiner Ergänzung. Alle ernsthaften Bemühungen, die wirtschaftliche und soziale Lage im Staate zu bessern, erfolgten auf Kosten des Sudetendeutschtums, in dem die Notlage unerträglich geworden ist.

a) Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei setzte - wenn man von der saisonmäßig bedingten auch in wirtschaftlichen Konjunkturzeiten vorhandenen Arbeitslosenzahl absieht - mit der planmäßigen Verdrängung der Angehörigen der nationalen Volksgruppen von ihren staatlichen und privaten Arbeitsplätzen aus rein nationalpolitischen Gründen ein. Dadurch ergab es sich begreiflicher Weise, daß in ihren Gebieten die Arbeitslosigkeit relativ und absolut größer sein mußte als im tschechischen Siedlungsgebiet.

Wie wir bereits dargestellt haben, bot das Sprachengesetz vom Jahre 1919, in dem u. a. verlangt wird, daß in der öffentlichen Staatsverwaltung ausschließlich die tschechische Sprache als Staatssprache zu gelten hat, eine hinreichende Handhabe, die deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter bei den Eisenbahnen, Post, Steuerämtern, Gerichten, Bezirksverwaltungen und Gemeindeämtern im sudetendeutschen Gebiet, die die tschechische Sprache nicht beherrschten, aus ihren Stellen zu entfernen und sie durch tschechische zu ersetzen. Der größte Teil der von dem Abbau betroffenen Beamten erhielt nur eine unzureichende Abfertigung oder Pension.



[232] Entsetzliches Wohnungselend im sudetendeutschen Industriegebiet. Seit Jahren arbeitslos - ausgesteuert - zwangsweise wegen rückständiger Miete aus der früheren Wohnung entfernt - irgend eine Notwohnung, feucht und ungesund - Tuberkulose - Tod - das sind die Elendsstationen dieser fleißigen, tüchtigen sudetendeutschen Arbeiter.

[237] Sie suchten also Unterschlupf bei der Industrie, wo sie auch mit einem kleinen Gehalt, das ihren Verlust durch die staatliche Pensionierung ausglich, als qualifizierte Arbeitskräfte gern aufgenommen wurden. In dem gleichen Augenblick aber, in dem sie hier Einstellung fanden - und das war nur möglich zur Zeit einer Konjunkturperiode, die eine Mehreinstellung von Arbeitskräften bedingte - versperrten sie jenem Teil von jungen Stellenanwärtern, der sich für eine Verwendung im industriellen wirtschaftlichen Leben vorbereitet hatte, die Möglichkeit einer Existenzgründung. So stießen zu dem Teil der von ihren staatlichen Arbeitsplätzen Verdrängten, die in der Industrie keine Aufnahme fanden, jene jungen Menschen, denen der Zutritt zu den staatlichen Arbeitsplätzen durch die tschechischen Nationalitäten völlig verwehrt ist und deren eigentliche Arbeitsplätze in der Industrie von abgebauten Staatsbeamten besetzt wurden. Sie bildeten zusammen also den Grundstock der von Jahr zu Jahr anwachsenden Arbeitslosenarmee der Sudetendeutschen.

Die Praxis der Durchführung der Bodenreform hat es nun unmöglich gemacht, daß ein Teil der von ihrem Beamtenposten oder industriellen Arbeitsplatz Verdrängten in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß überführt werden konnten. Durch die Bodenreform sind ja selbst 66.944 Arbeitsplätze verloren gegangen, darunter 35.000 deutsche. Von den Betroffenen erhielten als Entschädigung 2491 Personen Bodenzuweisungen in der Größe von 4 - 66 Hektar, unter ihnen befinden sich kaum 20 Deutsche! Der Großteil mußte sich mit einer geldlichen Abfertigung begnügen. 30.000 gingen überhaupt leer aus und unter ihnen der größte Teil Deutsche.

Die aus dem beschlagnahmten Gebäudekapital gebildeten Restgüter bezifferten sich auf 1972, die an 1762 Bewerber zugeteilt wurden. Und von ihnen befinden sich 32 in deutschem Besitz.

Der Innenkolonisation standen 36.055 Hektar zur Verfügung. Errichtet wurden 2857 Siedlungen, die in allen Fällen an Tschechen und Slowaken kamen.

Was sich die Sudetendeutschen an beschlagnahmtem Boden retteten, waren 85.000 Hektar, die sich bei der Bodenbeschlagnahme bereits im Pachtbesitz von 107.000 Kleinpächtern befanden.

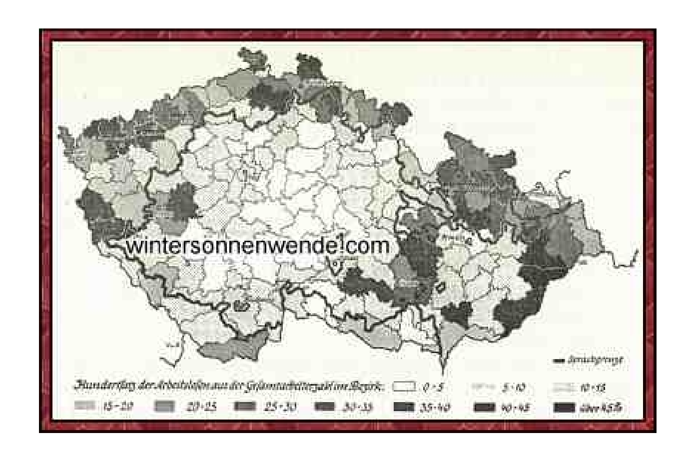
Durch das Zertifikatistengesetz vom Jahre 1928 wurde die Industrie gezwungen, 1/3 ihrer Beamtenstellen für die längerdienenden Unteroffiziere frei zu machen. Bei dabei eventuell notwendig werdenden Entlassungen dürfen Tschechen nicht betroffen werden. Da es fast keine längerdienenden deutschen Unteroffiziere gibt, wirkt sich das Gesetz in der Praxis so aus, daß die deutsche Industrie oder [238] utraquistische Unternehmen die tschechischen Unteroffiziere aufnehmen und deutsche Angestellte entlassen müssen.

Es sind bereits an anderer Stelle die Maßnahmen und täglichen Erscheinungen geschildert und charakterisiert worden, die durch Verkleinerung der Zahl der deutschen Arbeitsplätze im Staatsdienst und im Industrieleben und durch die Verengung des agrarischen Bodenraumes die Arbeitslosigkeit bedingten. Die durch die staatlichen Maßnahmen dem Sudetendeutschtum bisher verlorengegangenen Arbeitsplätze werden annähernd 200.000 erreichen, so daß selbst bei normaler wirtschaftlicher Entwicklung fast 10 v. H. der Sudetendeutschen für unabsehbare Zeit zur Arbeitslosigkeit gezwungen sein werden.

Die einzige amtliche sogenannte Arbeitslosenstatistik vermittelt, wie Minister Necas selbst ausdrücklich zugibt, kein genaues Bild der wirklichen Zahl der Erwerbslosen im Staate, sondern lediglich der bei den staatlichen Arbeitsämtern nicht untergebrachten Bewerber. Diese Arbeitsämter, genauer bezeichnet Arbeitsvermittlungen, vermitteln im allgemeinen nur an Taglöhner, Hilfs- und Landarbeiter, Maurer u. dgl. Arbeitsplätze. Die angeführte Arbeitslosenstatistik enthält nicht, oder nur teilweise, die erwerbslosen Kleinhäusler und Heimarbeiter in den Gebirgsgegenden, die Erwerbslosen in den einzelnen Intelligenzberufen und den Fachgewerben und Handwerken. Trotzdem steht die Tschechoslowakei mit der erschreckend hohen Zahl von mehr als ¾ Millionen Arbeitslosen relativ an erster Stelle unter den europäischen Staaten. Während in Frankreich etwa 0,83% der Gesamtbevölkerung, in Polen 1,5%, in England 3,5%, ja selbst in dem verarmten Österreich nur 5,2% ohne Arbeit sind, müssen in der

Tschechoslowakei 5,7% der Gesamtbevölkerung feiern und darben.

In Wirklichkeit aber ist die Zahl der Menschen, die vor dem Nichts stehen, noch bedeutend höher, als diese trockenen Ziffern besagen können. Denn zum ersten werden, wie erwähnt, viele Arbeitslose durch die amtlichen Statistiken gar nicht erfaßt, zum zweiten sind die Angehörigen der Arbeitslosen aber auch meist genau so von der Not betroffen, wie diese selbst, so daß man ohne Übertreibung mit 3½ Millionen Menschen rechnen kann, die in der Tschechoslowakei aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet worden sind.



[239] Hundertsatz der Arbeitslosen aus der Gesamtarbeiterzahl im Bezirk.

Daß unter den Auswirkungen der Dauerkrise die deutsche Bevölkerung des Staates am schwersten zu leiden hat, ist eine leicht erklärbare Tatsache, die heute selbst von den Tschechen nicht mehr geleugnet werden kann. Von den 16 Bezirken, die den Rekord der höchsten Arbeitslosenziffer halten (auf 1000 Einwohner mehr als 100 Arbeitslose), sind, wie wir noch sehen werden, 15 Bezirke deutsch und nur einer tschechisch. Die Karte der Notstandsgebiete deckt sich fast genau mit der Sprachenkarte. Die Zahl der sudetendeutschen Ar- [239] beitslosen wird aber noch erschreckender, wenn man sie mit der Arbeitslosenziffer anderer Staaten vergleicht.

Im Kratzau-Grottauer Bezirk fand im Herbst 1935 ein Parlamentarierbesuch statt, an dem auch der tschechische Minister Necas teilgenommen hat. Nach einer Besichtigung der sudetendeutschen Krisengebiete erklärte der Minister Necas:

"Von 755.000 Arbeitslosen in der ganzen Tschechoslowakei entfallen mehr als 400.000 auf das sudetendeutsche Gebiet. Das ist so viel, wie Frankreich bei seinen 42 Millionen Einwohnern als Gesamtzahl der Arbeitslosen verzeichnet. Flächenmäßig stellt das sudetendeutsche Gebiet aber nur ein Zweiundzwanzigstel Frankreichs dar. Das Bild, das dieses einst

blühende sudetendeutsche Industriegebiet zeigt, läßt sich heute nur mit den Leiden der Bevölkerung des karpathenrussischen Berglandes in den bösesten Zeiten vergleichen."

Bei einem nordböhmischen Volkstage wurde über die Lage in dem weltberühmten Haidaer-Steinschönauer Glasgebiet, in dem vor dem Kriege kaum 3% Tschechen wohnten, berichtet. Aus dem Bericht ist zu entnehmen: In dem 40.000 Menschen umfassenden Gebiet können heute kaum noch 30% der vorhandenen Arbeitskräfte beschäftigt werden. In den 22 deutschen Gemeinden dieses Glasgebietes mit 40.000 Einwohnern waren im Sept. 1935 7671 arbeitslos (inzwischen ist die Arbeitslosenzahl weiter gestiegen!). Dazu kommen 10.879 Familienangehörige, so daß 18.550 Menschen oder 46% der Bevölkerung dieses Gebietes Not und Elend leiden. 1929 waren in den 22 Orten noch 28 Öfen der Rohglashütten in Betrieb, im Herbst 1935 noch 8. Die [240] Ausfuhr ist in dieser Zeit von rund 250 Millionen Kronen auf 50 Millionen gesunken. In 7 Orten dieses Gebietes mit einer Bevölkerungsziffer von 10.600 wurden 2.287 Arbeitslose gezählt. Davon waren aber nur 1.079 in Gewerkschaften organisiert, die ihnen über die ärgste Not hinweghelfen, nur 609 bezogen Lebensmittelkarten und 599 waren jeder Unterstützung bar. Beispielsweise müssen in Ober-Preschkau von 519 Arbeitslosen 322 ihr Dasein ohne jede Hilfe fristen! Am 1. 1. 1933 teilte der Staat dem Gebiet wöchentlich noch 11.700 Lebensmittelkarten zu. Am 30. August 1934 betrug die Zuteilung nurmehr 4.075 Lebensmittelkarten. 1936 wurden nurmehr 2873 ausgegeben, obwohl die Erwerbslosenzahl größer geworden ist.

Die im Anhang beigefügte Übersicht VII gibt ein Bild von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Staate seit 1920. Ihre Auswirkung im Sudetendeutschtum sei im folgenden behandelt.

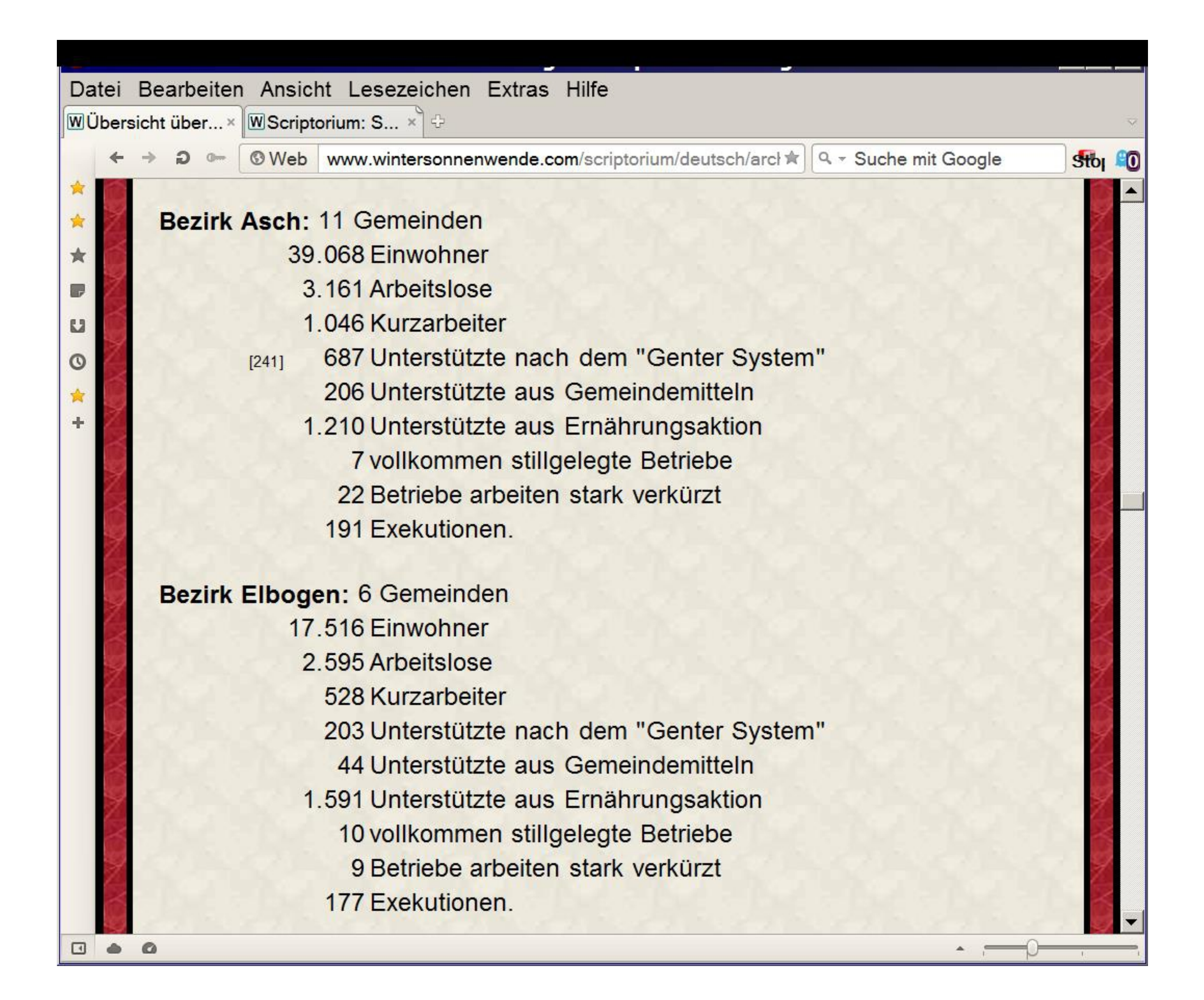
Der sudetendeutsche Abgeordnete und nationalsozialistische Arbeiterführer Rudolf Kasper hatte im Jahre 1932 eine Erhebung über die wirtschaftliche Notlage und Arbeitslosigkeit im sudetendeutschen Industriegebiet gepflogen, die folgendes interessante Bild ergab:

Bezirk Graslitz: 9 Gemeinden

29.269	Einwohner
5.284	Arbeitslose
528	Kurzarbeiter
1.208	Unterstützte nach dem "Genter System"
3.885	Unterstützte aus Ernährungsaktion
33	Unterstützte aus Gemeindemitteln
46	vollkommen stillgelegte Betriebe
35	Betriebe arbeiten stark verkürzt
1.918	Exekutionen!

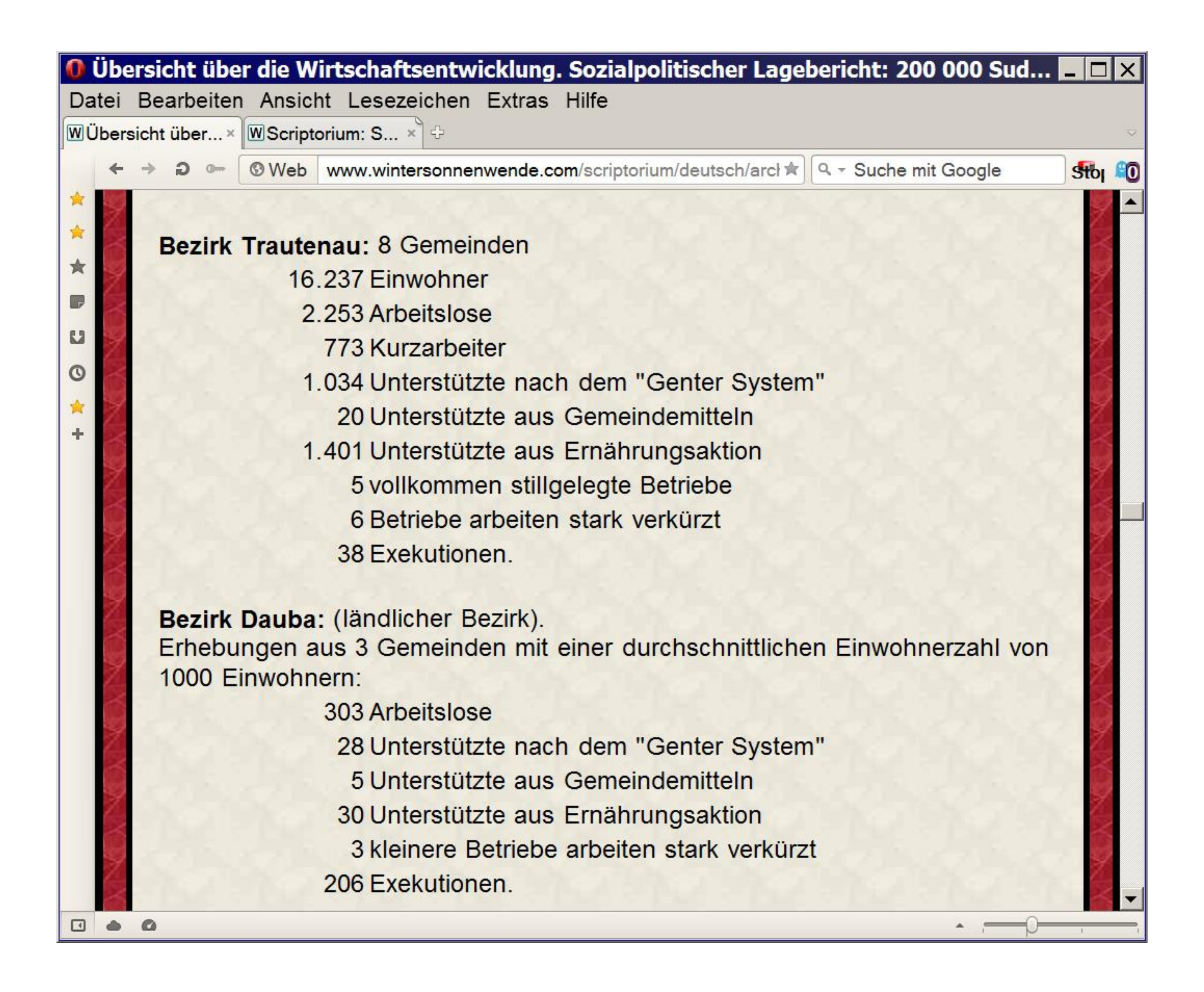
Bezirk Gablonz: 6 Gemeinden

16.743	Einwohner
5.084	Arbeitslose
2.800	Kurzarbeiter
14	vollkommen stillgelegte Betriebe
18	Betriebe arbeiten stark verkürzt
2.044	Exekutionen!



Bezirk Asch: 11 Gemeinden
39.068 Einwohner
3.161 Arbeitslose
1.046 Kurzarbeiter
[241] 687 Unterstützte nach dem "Genter System"
206 Unterstützte aus Gemeindemitteln
1.210 Unterstützte aus Ernährungsaktion
7 vollkommen stillgelegte Betriebe
22 Betriebe arbeiten stark verkürzt
191 Exekutionen.

Bezirk Elbogen: 6 Gemeinden
17.516 Einwohner
2.595 Arbeitslose
528 Kurzarbeiter
203 Unterstützte nach dem "Genter System"
44 Unterstützte aus Gemeindemitteln
1.591 Unterstützte aus Ernährungsaktion
10 vollkommen stillgelegte Betriebe
9 Betriebe arbeiten stark verkürzt
177 Exekutionen.

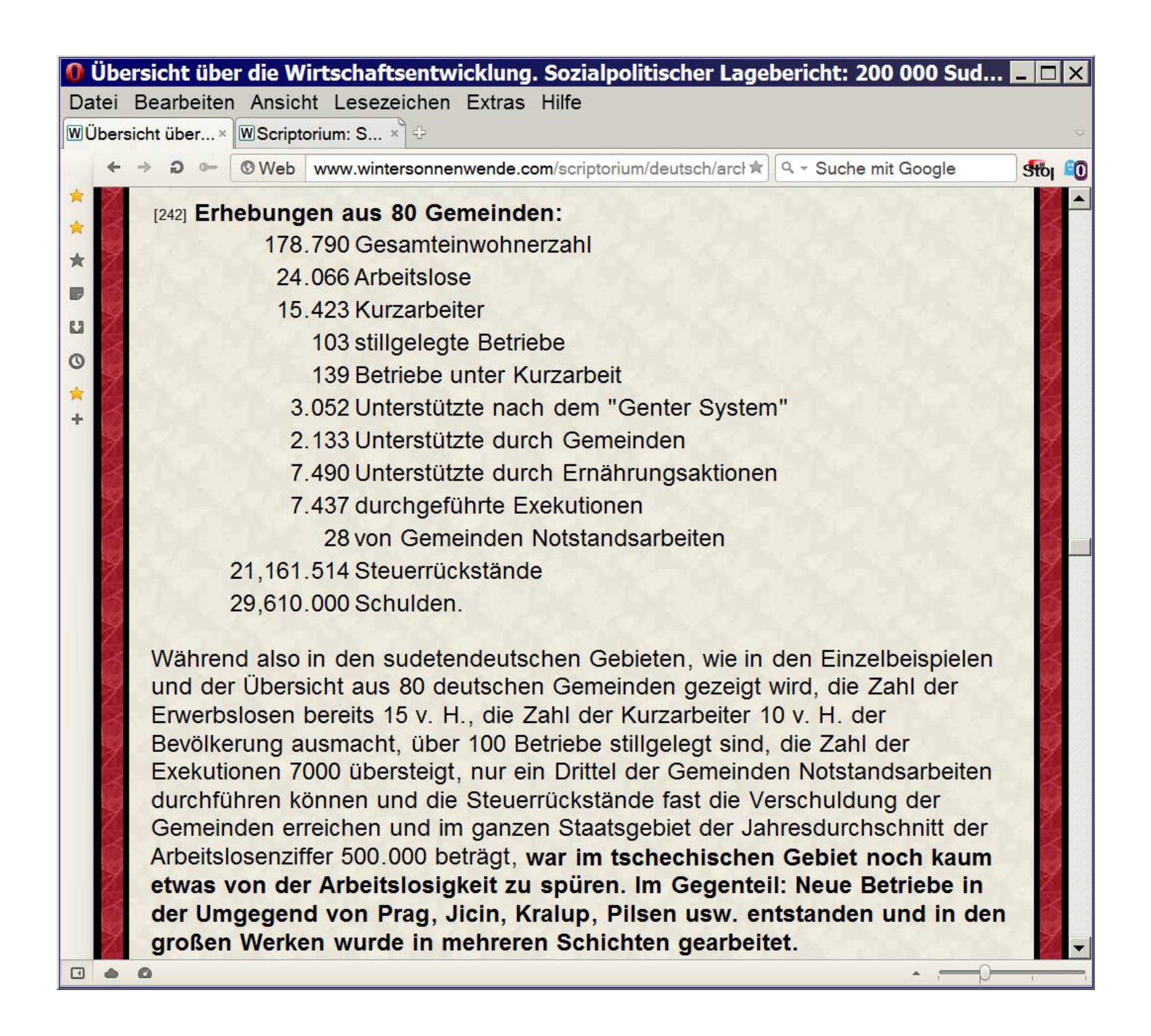


Bezirk Trautenau: 8 Gemeinden

16.237 Einwohner
2.253 Arbeitslose
773 Kurzarbeiter
1.034 Unterstützte nach dem "Genter System"
20 Unterstützte aus Gemeindemitteln
1.401 Unterstützte aus Ernährungsaktion
5 vollkommen stillgelegte Betriebe
6 Betriebe arbeiten stark verkürzt
38 Exekutionen.

Bezirk Dauba: (ländlicher Bezirk).
Erhebungen aus 3 Gemeinden mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 1000 Einwohnern:

303 Arbeitslose
28 Unterstützte nach dem "Genter System"
5 Unterstützte aus Gemeindemitteln
30 Unterstützte aus Ernährungsaktion
3 kleinere Betriebe arbeiten stark verkürzt
206 Exekutionen.


Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung. Sozialpolitischer Lagebericht: 200 000 Sud...

[242] **Erhebungen aus 80 Gemeinden:**

178.790	Gesamteinwohnerzahl
24.066	Arbeitslose
15.423	Kurzarbeiter
103	stillgelegte Betriebe
139	Betriebe unter Kurzarbeit
3.052	Unterstützte nach dem "Genter System"
2.133	Unterstützte durch Gemeinden
7.490	Unterstützte durch Ernährungsaktionen
7.437	durchgeführte Exekutionen
28	von Gemeinden Notstandsarbeiten
21,161.514	Steuerrückstände
29,610.000	Schulden.

Während also in den sudetendeutschen Gebieten, wie in den Einzelbeispielen und der Übersicht aus 80 deutschen Gemeinden gezeigt wird, die Zahl der Erwerbslosen bereits 15 v. H., die Zahl der Kurzarbeiter 10 v. H. der Bevölkerung ausmacht, über 100 Betriebe stillgelegt sind, die Zahl der Exekutionen 7000 übersteigt, nur ein Drittel der Gemeinden Notstandsarbeiten durchführen können und die Steuerrückstände fast die Verschuldung der Gemeinden erreichen und im ganzen Staatsgebiet der Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenziffer 500.000 beträgt, **war im tschechischen Gebiet noch kaum etwas von der Arbeitslosigkeit zu spüren. Im Gegenteil: Neue Betriebe in der Umgegend von Prag, Jicin, Kralup, Pilsen usw. entstanden und in den großen Werken wurde in mehreren Schichten gearbeitet.**

In seiner Rede im sozialpolitischen Ausschuß des Prager Abgeordnetenhauses im Herbst 1934 machte der Fürsorgeminister Dr. Meißner über die Entwicklung und den Stand der Erwerbslosigkeit folgende interessante Angaben:

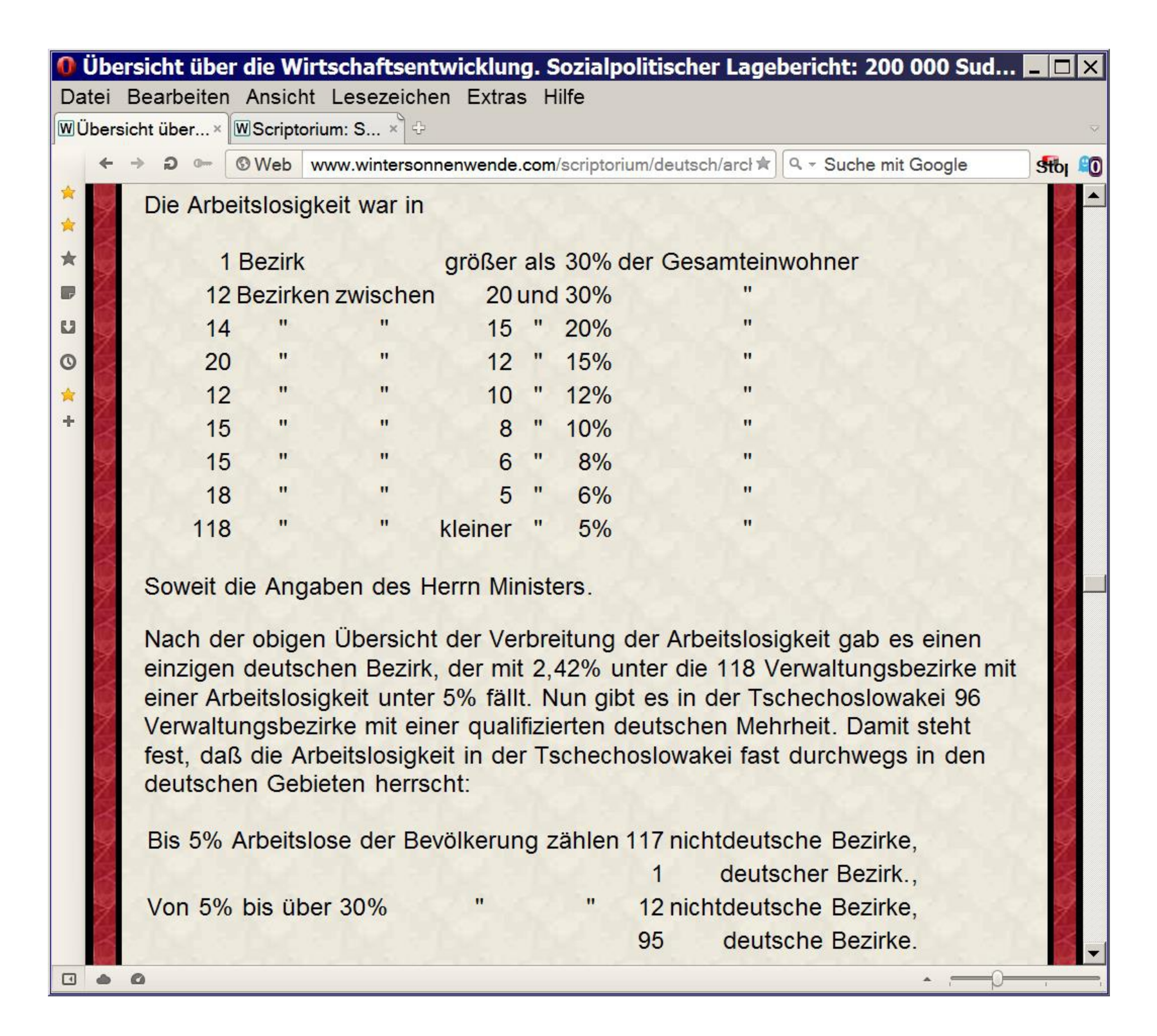
Am 31. Juli wiesen die absolut größte Arbeitslosigkeit Brünn, Groß-Prag, Reichenberg, Karlsbad auf.

Von den 225 Verwaltungsbezirken des Staates zählten

5	Bezirke	mehr als	10.000	Arbeitslose
10	"	8.000bis	10.000	"
8	"	6.000bis	8.000	"
17	"	4.000bis	6.000	"
18	"	3.000bis	4.000	"
27	"	2.000bis	3.000	"
41	"	1.000bis	2.000	"
99	"	weniger	als 1.000	"

[243] Den verhältnismäßig größten Prozentsatz Arbeitslose weisen auf der

Bezirk Graslitz	36,1
Bezirk Sternberg	30,0
Bezirk Rumburg	29,1
Bezirk Neudek	25,4
Bezirk Friedland	23,4
Freudenthal	22,7
Elbogen	21,4
Karlsbad	21,3.



Die Arbeitslosigkeit war in

1 Bezirk		größer als 30% der Gesamteinwohner	
12 Bezirken	zwischen	20 und 30%	"
14 "	"	15 " 20%	"
20 "	"	12 " 15%	"
12 "	"	10 " 12%	"
15 "	"	8 " 10%	"
15 "	"	6 " 8%	"
18 "	"	5 " 6%	"
118 "	"	kleiner " 5%	"

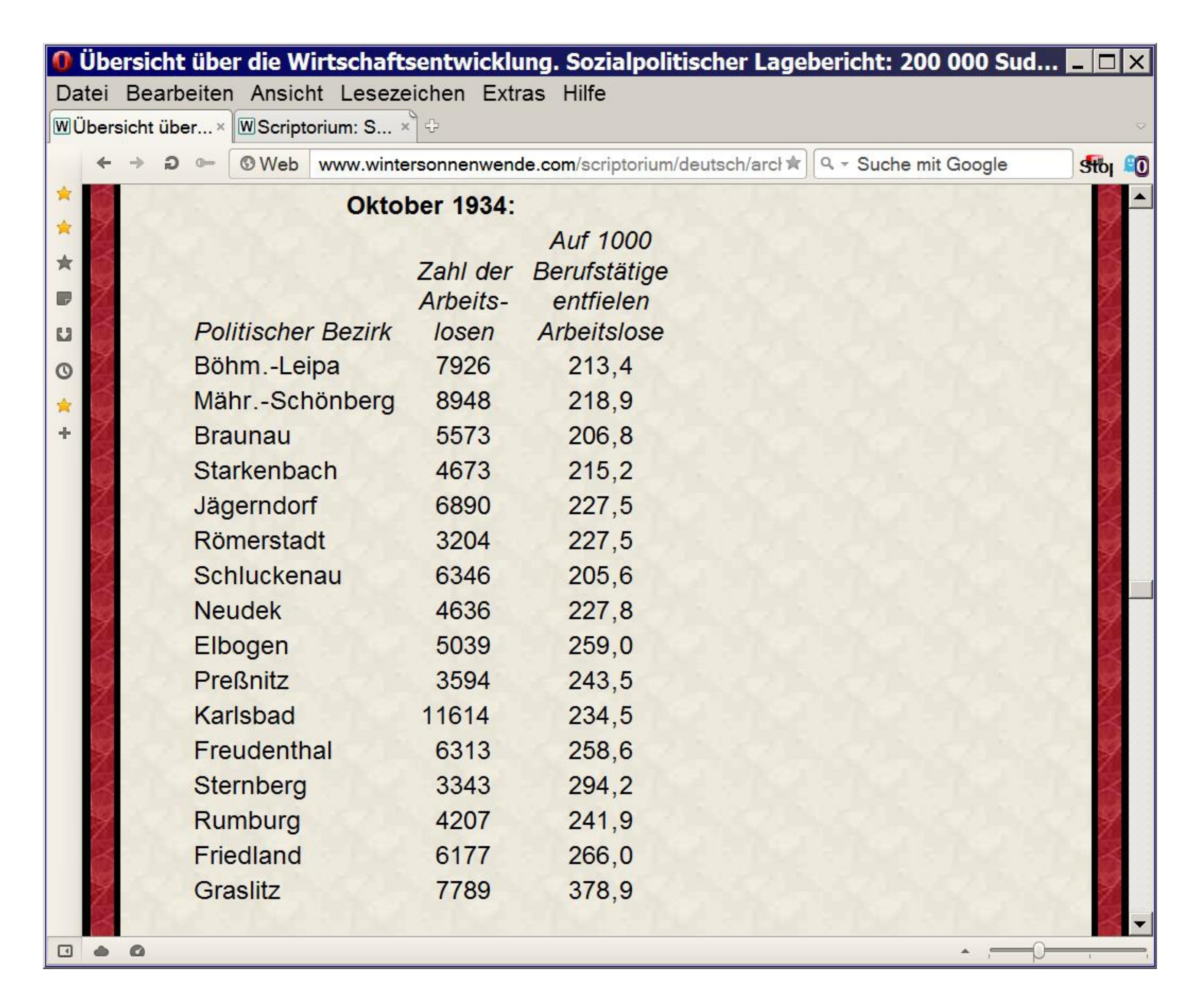
Soweit die Angaben des Herrn Ministers.

Nach der obigen Übersicht der Verbreitung der Arbeitslosigkeit gab es einen einzigen deutschen Bezirk, der mit 2,42% unter die 118 Verwaltungsbezirke mit einer Arbeitslosigkeit unter 5% fällt. Nun gibt es in der Tschechoslowakei 96 Verwaltungsbezirke mit einer qualifizierten deutschen Mehrheit. Damit steht fest, daß die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei fast durchwegs in den deutschen Gebieten herrscht:

Bis 5% Arbeitslose der Bevölkerung zählen	117	nichtdeutsche Bezirke,
	1	deutscher Bezirk.,
Von 5% bis über 30% " "	12	nichtdeutsche Bezirke,
	95	deutsche Bezirke.

In den deutschen Gebieten (wobei nur solche Bezirke als deutsch gezählt werden, deren Einwohnerschaft nach der Volkszählung 1930 zu mehr als 50 v. H. aus Deutschen besteht) waren Ende Oktober 1934 von 1000 Einwohnern 78,71 (September 75,95), in den tschechischen Gebieten dagegen 30,74 (September 29,28) arbeitslos. Daraus ist zu ersehen, daß die deutschen Grenzgebiete von der Arbeitslosigkeit bedeutend schwerer betroffen werden als die tschechischen Bezirke.

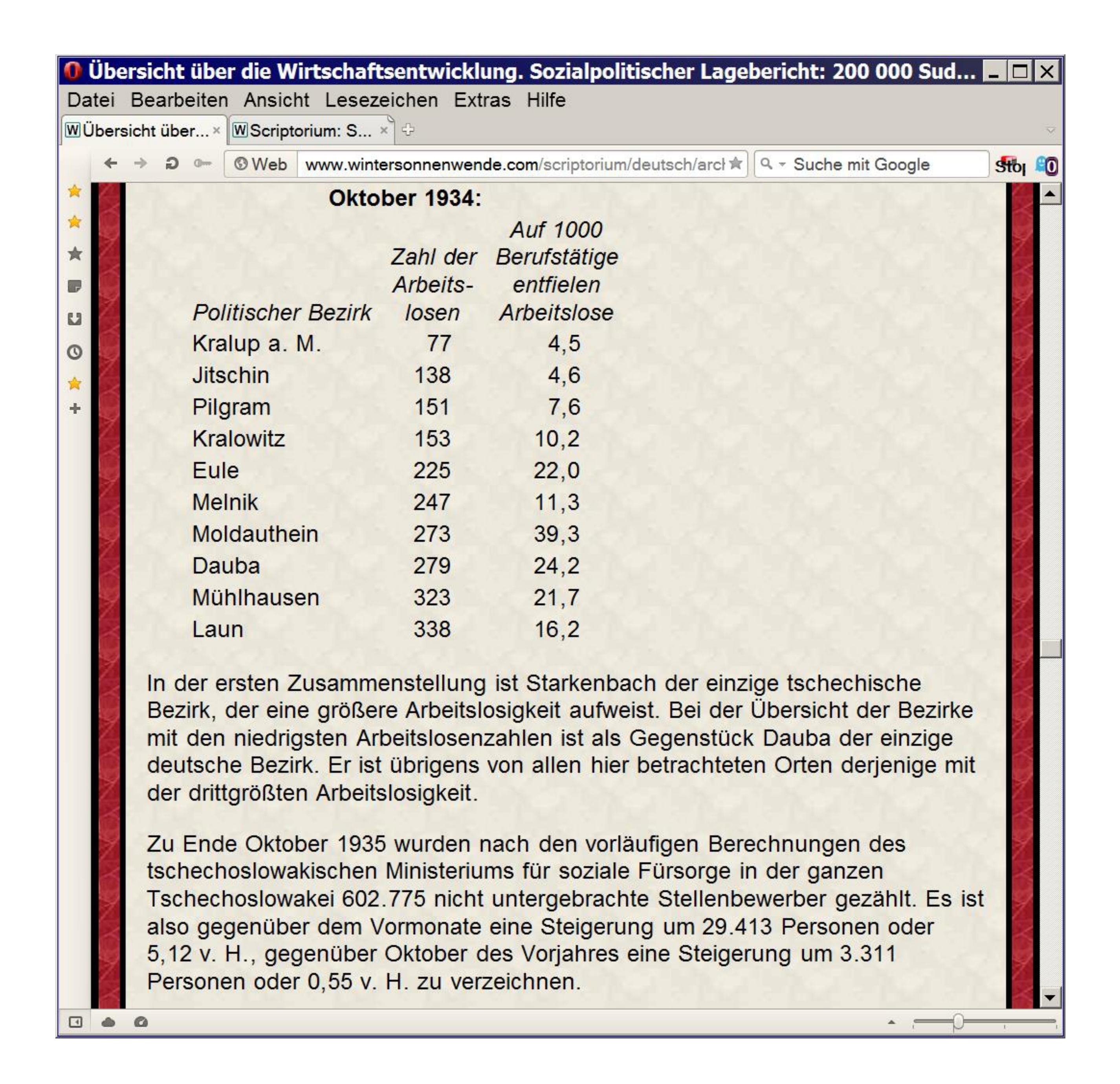
[244]



Oktober 1934:

Politischer Bezirk	*Zahl der Arbeits-losen*	*Auf 1000 Berufstätige entfielen Arbeitslose*
Böhm.-Leipa	7926	213,4
Mähr.-Schönberg	8948	218,9
Braunau	5573	206,8
Starkenbach	4673	215,2
Jägerndorf	6890	227,5
Römerstadt	3204	227,5
Schluckenau	6346	205,6
Neudek	4636	227,8
Elbogen	5039	259,0
Preßnitz	3594	243,5
Karlsbad	11614	234,5
Freudenthal	6313	258,6
Sternberg	3343	294,2
Rumburg	4207	241,9
Friedland	6177	266,0
Graslitz	7789	378,9

Noch deutlicher geht dies aus der Übersicht der politischen Bezirke in Böhmen mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen hervor:


Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung. Sozialpolitischer Lagebericht: 200 000 Sud...

Oktober 1934:

Politischer Bezirk	Zahl der Arbeits- losen	Auf 1000 Berufstätige entfielen Arbeitslose
Kralup a. M.	77	4,5
Jitschin	138	4,6
Pilgram	151	7,6
Kralowitz	153	10,2
Eule	225	22,0
Melnik	247	11,3
Moldauthein	273	39,3
Dauba	279	24,2
Mühlhausen	323	21,7
Laun	338	16,2

In der ersten Zusammenstellung ist Starkenbach der einzige tschechische Bezirk, der eine größere Arbeitslosigkeit aufweist. Bei der Übersicht der Bezirke mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen ist als Gegenstück Dauba der einzige deutsche Bezirk. Er ist übrigens von allen hier betrachteten Orten derjenige mit der drittgrößten Arbeitslosigkeit.

Zu Ende Oktober 1935 wurden nach den vorläufigen Berechnungen des tschechoslowakischen Ministeriums für soziale Fürsorge in der ganzen Tschechoslowakei 602.775 nicht untergebrachte Stellenbewerber gezählt. Es ist also gegenüber dem Vormonate eine Steigerung um 29.413 Personen oder 5,12 v. H., gegenüber Oktober des Vorjahres eine Steigerung um 3.311 Personen oder 0,55 v. H. zu verzeichnen.

In der ganzen Tschechoslowakei waren zu Ende Oktober 1935 von 1000 Einwohnern 40,9, von 1000 Einwohnern in den deutschen Gebieten 80,9 und von 1000 Einwohnern in den tschechischen Gebieten 30,5 arbeitslos. Als deutsche Gebiete werden nur jene gezählt, deren Einwohnerschaft nach der letzten Volkszählung zu mehr als 50% aus Deutschen besteht. Nachstehend eine Zusammen- [245] stellung der Bezirke mit der größten und mit der geringsten Arbeitslosigkeit zu Ende Oktober 1935:

Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung. Sozialpolitischer Lagebericht: 200 000 Sud...

Datei Bearbeiten Ansicht Lesezeichen Extras Hilfe

Übersicht über... | Scriptorium: S...

Web www.wintersonnenwende.com/scriptorium/deutsch/arcl | Suche mit Google

Bezirke mit der ***größten*** *Arbeitslosigkeit*	*auf 1000 Berufs-tätige*	*Bezirke mit der* ***geringsten*** *Arbeitslosigkeit*	*auf 1000 Berufs-tätige*
Mähr.-Schönberg	217,2	Jitschin	4,2
Komotau	219,2	Kralup a. M.	7,4
Wsetin	222,2	Mühlhausen	11,9
Jägerndorf	230,6	Melnik	12,8
Elbogen	245,5	Laun	14,0
Neudek	247,4	Strakonitz	17,2
Rumburg	249,7	Časlau	19,0
Karlsbad[97]	256,0	Beneschau	22,4
Freudenthal	265,9	Blatna	22,4
Friedland	270,3	Holleschau	22,4
Römerstadt	271,5	Chotěboř	23,0
Preßnitz	279,5	Jilové	23,0
Sternberg	302,7	Tabor	23,1
Graslitz	356,8	Neustadtl i. M.	25,0

Im Jahre 1936 setzte ein bedeutender Rückgang der Arbeitslosigkeit ein. Doch spielte sich dieser Rückgang vornehmlich in den tschechischen Gegenden ab. Die deutschen Gebiete spüren kaum etwas von einer erwachenden Konjunktur. Im *Prager Börsenkurier* veröffentlichte ein sudetendeutscher Fabrikbesitzer die nachfolgende interessante Übersicht:

Im Jahre 1936 setzte ein bedeutender Rückgang der Arbeitslosigkeit ein. Doch spielte sich dieser Rückgang vornehmlich in den tschechischen Gegenden ab. Die deutschen Gebiete spüren kaum etwas von einer erwachenden Konjunktur. Im Prager Börsenkurier veröffentlichte ein sudetendeutscher Fabrikbesitzer die nachfolgende interessante Übersicht:

Arbeitslose im:

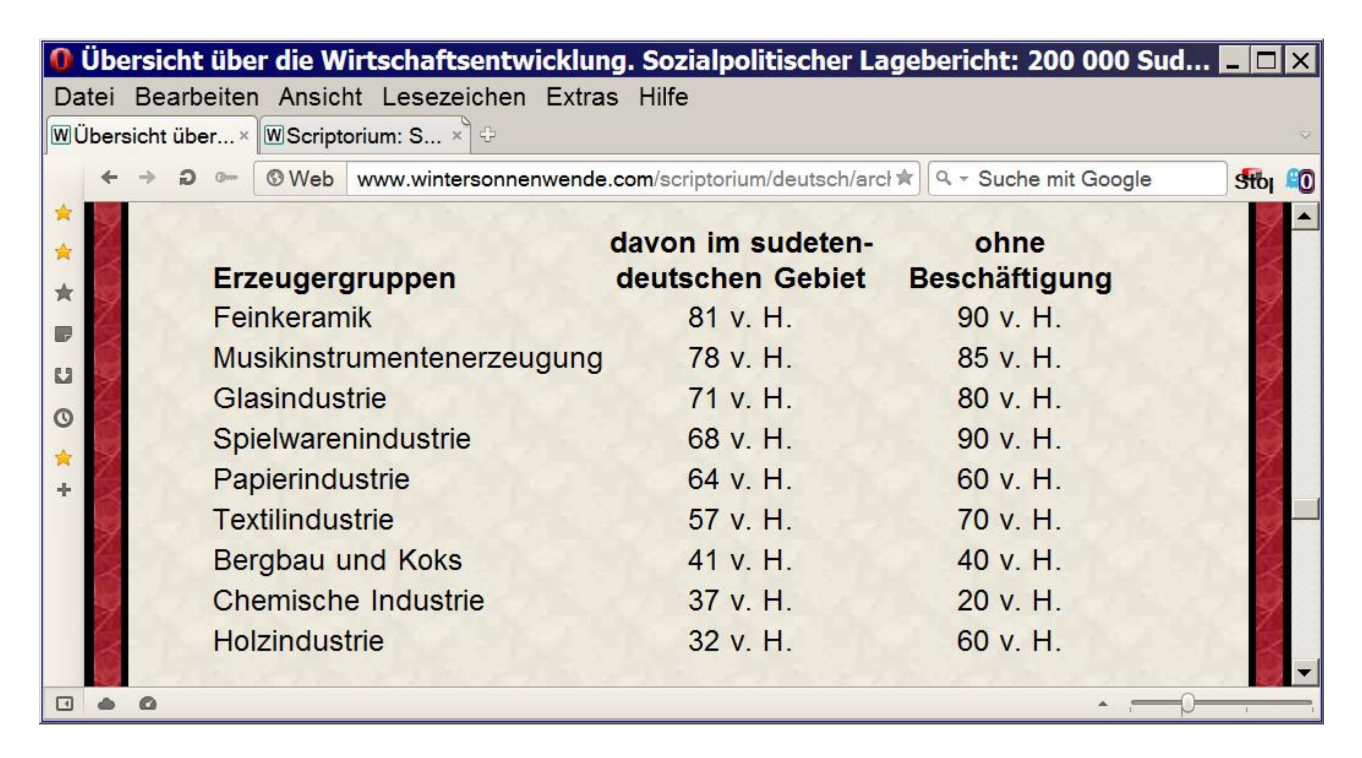
1936	Gesamtgebiet der Republik			deutschen Gebiet			tschechischen Gebiet		
	Arbeitslose	von 1000 Ein-wohnern	von 1000 Berufs-tätigen	Arbeitslose	von 1000 Ein-wohnern	von 1000 Berufs-tätigen	Arbeitslose	von 1000 Ein-wohnern	von 1000 Berufs-tätigen
		waren arbeitslos			waren arbeitslos			waren arbeitslos	
I	850.010	57,7	130,0	297.251	97,5	192,4	552.759	47,3	110,7
II	860.239	58,4	131,1	294.201	96,5	190,5	566.038	48,5	113,4
III	797.770	54,2	122,0	278.639	91,4	180,4	519.131	44.4	103,9
IV	719.166	48,8	110,0	261.300	85,7	169,2	457.866	39,2	91,7
V	637.385	43,2	97,4	248.748	81,6	161,0	388.638	33,2	77,8
VI	565.799	38,4	86,5	234,601	76,9	151,9	331.198	28,3	66,3
VII	504.750	34,3	77,2	224.168	73,6	145,2	280.582	24,0	56,2

[246] Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Konjunktur, die in der Hauptsache eine Staatskonjunktur ist, weil sie durch Staatsaufträge angefacht und erhalten wird, daß also diese Konjunktur in der Hauptsache die tschechischen Gebiete befruchtet. In den tschechischen Gebieten ist die Zahl der Arbeitslosen seit Beginn des Jahres beinahe um die Hälfte zurückgegangen, nämlich von 552.000 auf 280.000. In den tschechischen Gebieten konnten in dieser Zeit 272.000 Menschen in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. In den deutschen Gebieten, die doch weitaus stärker industrialisiert sind, konnten in der gleichen Zeit nur 73.000 Menschen Arbeit finden, denn die Zahl der Arbeitslosen ist in diesen Gebieten von 297.000 nur auf 224.000 gesunken. Im Januar waren von je 1000 berufstätigen Personen im deutschen Gebiet 192 Menschen arbeitslos, Ende Juli immer noch 145. In den tschechischen Gebieten waren im Januar von je 1000 Berufstätigen 110 Menschen arbeitslos. Ende Juli aber waren es nur mehr 56. Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten ist also dreimal so groß wie in den tschechischen Gebieten. Anders gerechnet: Anfang des Jahres gab es in der ganzen Republik 850.000 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit fiel um 40 v. H. auf 504.000. Vierzig v. H. der Arbeitslosen kamen also in die Arbeit, aber nur 8 v. H. davon in den deutschen Gebieten und volle 32 v. H. in den tschechischen Gebieten. Im August, für welchen Monat die obige Tabelle noch nicht die Ziffern enthält, setzt sich die gleiche Entwicklung fort.98

[247] Der überwiegende Teil der Arbeitslosen gehört industriellen Erzeugungsgruppen an; der Anteil der Berufsangehörigen von Landwirtschaft und Forstwesen an der gesamten Arbeitslosigkeit ist gering, er beträgt nicht

einmal 5 v. H.

Aus der folgenden Aufstellung ist ersichtlich, mit welcher Verhältniszahl einzelne Erzeugungsgruppen im sudetendeutschen Gebiet liegen und wie groß davon der mutmaßliche Anteil der Beschäftigungslosen ist. Angeführt werden alle Industriegruppen, bei denen ihre Lage im sudetendeutschen Gebiet dem Anteil nach größer ist als der Anteil der Bevölkerung des sudetendeutschen Gebietes an der Gesamtbevölkerung des Gebietes der historischen Länder; der sudetendeutsche Bevölkerungsanteil beträgt 31 v. H.



Erzeugergruppen	davon im sudeten-deutschen Gebiet	ohne Beschäftigung
Feinkeramik	81 v. H.	90 v. H.
Musikinstrumentenerzeugung	78 v. H.	85 v. H.
Glasindustrie	71 v. H.	80 v. H.
Spielwarenindustrie	68 v. H.	90 v. H.
Papierindustrie	64 v. H.	60 v. H.
Textilindustrie	57 v. H.	70 v. H.
Bergbau und Koks	41 v. H.	40 v. H.
Chemische Industrie	37 v. H.	20 v. H.
Holzindustrie	32 v. H.	60 v. H.

Von der Arbeitslosenstatistik sind nicht oder nur zu einem ganz geringen Teil die Heimarbeiter erfaßt. Als Heimarbeiter bezeichnet das tschechoslowakische Gesetz diejenigen Personen, welche sich mit der Herstellung oder Bearbeitung von Waren außerhalb der Betriebsstätte ihrer Arbeitgeber regelmäßig in ihren Wohnstätten beschäftigen und kein Gewerbe nach der Gewerbeordnung ausüben. Diese Beschäftigungsart ist besonders in Nordböhmen und in den sudetendeutschen Randgebieten daheim und damit eine typisch sudetendeutsche Erscheinung. Nach der letzten amtlichen Erhebung gibt es in der Tschechoslowakei 63.539 Betriebe, d. h. Werkstätten, die auf Heimarbeit eingestellt sind, in denen mehrere Familienmitglieder beschäftigt sind. Die Lage der Heimarbeiter ist besonders hart.

Eine der Arten von Heimarbeit, z. B. im nordböhmischen Niederlande, ist die Kunstblumenindustrie, welche zwar immer noch eine große Anzahl Heimarbeiter beschäftigt, aber bei derzeit nicht als menschenwürdig zu bezeichnenden Löhnen. Die einst blühende Spaterieindustrie ist infolge der polnischen und japanischen Konkurrenz fast ganz verschwunden. Der Hauptsitz dieser Industrie befand sich in Alt-Ehrenberg, Bezirk Schluckenau.

Erhebungen bezüglich der Löhne bei dem noch krankenversicherten Heimarbeiter aller Kategorien haben einen durchschnittlichen Bruttolohn von 184 Kc, d. s. 18,4 RM, monatlich ergeben, oder pro Stunde 50 Heller, d. s. 5 Pfennige. In der Knopfindustrie (Knopfhefterei) sind [248] Monatsverdienste von 90 Kc, d. s. 9 Mark, zu verzeichnen. Die Heimindustrie des Adlergebirges besteht in der Hauptsache aus Verarbeitung von Holzwaren, welche heute Absatzschwierigkeiten hat. Die Spitzenklöppelei ist im ostböhmischen Gebiet nur wenig vertreten. Die Filetstickerei beschäftigte einmal im Rokitnitzer Bezirke 1600 bis 1800 Personen. Derzeit fehlen die notwendigen Absatzgebiete. Die Löhne betrugen einmal 6 bis 7 Kc pro Tag.

Dagegen ist die Benischer Heimweberei eine der ältesten in Böhmen, Mähren und Schlesien. Die Webergenossenschaft Benisch geht bis in das Jahr 1686 zurück. Im Jahre 1933 bestanden noch 13 Handweberfaktoreien und sechs selbständige Heimerzeuger. Diesen standen allerdings 25 mechanische Kleinbetriebe mit 500 Webstühlen gegenüber. In Benisch waren im Jahre 1933 noch 820 Personen in den Webereien beschäftigt, d. s. 62 Prozent der Gesamtbevölkerung, die immer mehr zum Feiern gezwungen worden sind.

Im Böhmerwald stellt außer der Florspinnerei und Spitzenklöppelei hauptsächlich die Hausweberei, weiter die Herstellung von Zwirnknöpfen, die Holzbearbeitung, Spielwarenerzeugung, Anfertigung von Hausgeräten, Drechsler-und Tischlerarbeiten und Kistenerzeugung, Perlmutterindustrie, die Sieb-Erzeugung, Korbflechterei und Bürstenerzeugung die Heimarbeit dar. Vielerorts wurde die Toledostickerei betrieben, infolge ihres starken Rückganges mußten Umstellungen auf Heftelstickerei vorgenommen werden. Der Hauptort für die Holzbearbeitung in der Heimindustrie im Böhmerwalde ist Wallern.

Im Erzgebirge ist die Heimarbeit besonders hoch entwickelt. Die Instrumenten- und Spielwaren-Erzeugung, weiter die Knopfindustrie, die Stickerei, die Handschuherzeugung und Perlstickerei hatten einen Weltruf. Die große Weltwirtschaftskrise hat die einstmals weit über 10.000 Heimarbeiterinnen beschäftigende Spitzenklöppelei fast ganz zum Stillstand gebracht. Im Landstriche Falkenau bis Petschau wird die Nähspitzenerzeugung, im Graslitzer Bezirke verschiedene Zweige der Stickerei betrieben. Im Ascher Bezirke ist die Hausweberei und Stoffhandschuhindustrie maßgebend. Die Musikinstrumenten-Erzeugung hat, soweit es sich um die Herstellung von Streich- und Zupfinstrumenten handelt, ihren Hauptsitz in Schönbach. Die Blasinstrumentenindustrie in Graslitz. Mit der Einführung des Tonfilmes begann der unaufhaltsame Niedergang der Instrumentenindustrie. Die Erzeugung von Spielwaren wird vornehmlich in Katharinaberg, Gebirgsneudorf und Umgebung betrieben. In Katharinaberg hat die Handelskammer von Eger ein Haus der erzgebirgischen

Spielwarenindustrie errichtet, wo auch die staatliche Lehrwerkstätte für Holz- und Spielwaren untergebracht ist.99

[249] Da an der Heimarbeit in einem Betriebe zumeist die ganze Familie mit 6 bis 8 Personen teilhatte (einschließlich der Kinder) und nur dadurch für 2 bis 3 Heimarbeiter überhaupt der festgesetzte Lohn zu erzielen war, von dem eine Familie oder Hausgemeinschaft leben mußte, so muß man mit ungefähr 180- bis 200.000 erwerbslosen Heimarbeitern im sudetendeutschen Gebiet rechnen, von denen nur ein ganz geringer Teil in der amtlichen Arbeitslosen-Statistik erscheint.

Was für die Heimarbeiter gesagt ist, gilt entsprechend auch für die Angehörigen der sogenannten Intelligenzberufe und die Gewerbetreibenden.

Statistisch nicht erfaßt sind die stellungslosen Mittel- und Hochschulabsolventen, die Angehörigen freier Berufe, die durch die Krise um ihren Besitz und ihr Unternehmen gekommenen Handels- und Gewerbetreibenden. Auch ihre Zahl geht in die Zehntausende, so daß die Zahl der insgesamt von der Erwerbslosigkeit unmittelbar betroffenen Sudetendeutschen allein die Zahl der amtlichen Statistik erreicht!

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei ist ein nationales und wirtschaftliches Problem zugleich. Ebenso wenig man in Prag jemals den Vorstellungen und Forderungen der sudetendeutschen Wirtschaft Rechnung trug oder nachkam, die auf eine Erhaltung oder Stärkung der sudetendeutschen Industrie, die ja im Interesse des Staates selbst gelegen war, abzielte, ebensowenig dachte man an Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten. Es hat an wohldurchdachten Vorschlägen und Plänen nicht gefehlt, die von allen wirtschaftlichen und politischen Organisationen erstattet wurden. Es sei unter den vielen nur an den sogenannten "3-Milliarden-Antrag" der Abgg. Krebs, Kasper und Jung im Prager Parlament im Jahre 1932 erinnert, der einen großen Arbeitsbeschaffungsplan ausführte, durch den Hunderttausende Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert worden wären. Einige Jahre später wurde von den Abgeordneten und Senatoren der Sudetendeutschen Partei nach eingehender Beratung mit den sudetendeutschen Wirtschaftskreisen ein Wirtschaftsplan aufgestellt zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er wurde abermals abgelehnt. Und die staatlichen Maßnahmen erwiesen sich für die Lage im sudetendeutschen Gebiet als unzulänglich.

[250] Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, was soll und könnte für diese Arbeitslosen geschehen?

Vom Fürsorgeministerium wird die Verkürzung der Arbeitszeit angekündigt,

wodurch man 150.000 Erwerbslose in den Arbeitsprozeß einzugliedern hofft. Durch das Gesetz über die Arbeitsvermittlung soll die Vermittlung von Arbeitsplätzen gefördert und die am längsten Erwerbslosen sofort eingestellt werden. Hoffnung setzt man auch auf die vom Verteidigungsministerium durchzuführenden Bauten von Grenzbefestigungen.

Von diesen und ähnlichen geplanten Maßnahmen ist nicht zu erwarten, daß die Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten vermindert wird. Die noch arbeitende sudetendeutsche Industrie ist ohnehin schon auf Kurzarbeit eingestellt, so daß die 40- oder noch geringere Stundenwoche bereits eingeführt ist. Es handelt sich bei all diesen Maßnahmen also lediglich um Vorkehrungen, die das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den tschechischen Gebieten zu verhindern geeignet sind. Die an anderer Stelle mitgeteilte Spezifizierung des staatlichen Investitionsprogramms für 1935 zeigt, daß kaum 5 v. H. von der veranschlagten Summe im deutschen Gebiet investiert werden wird. Nicht anders war es früher und wird es weiterhin sein. Und der Bau von Grenzbefestigungen? Die Praxis in den letzten 16 Jahren hat gezeigt, daß zu Staatsbauten im Grenzgebiet stets tschechische Arbeiter herangeholt wurden und die Bau-, Lieferungs- und Zufuhraufträge fast ausnahmslos tschechischen Unternehmen und Gewerbetreibenden erteilt wurden. Grenzbefestigungen sind strategische Bauten, die man nur von "verläßlichen" Elementen, d. h. tschechischen Arbeitern, ausführen läßt!

In tschechischen Kreisen wird sehr ernsthaft die Urbarmachung und Kolonisierung der Ödländereien und unbebauten Böden erörtert. Man denkt da an die vom Bergbau verheerten Gebiete Nordwestböhmens in einem Ausmaße von 13.000 Hektar und an die Trockenlegung des sogenannten "Schwarzen Sumpfes" im Ausmaße von 20.000 Hektar. Insgesamt stehen über 30.000 Hektar Ödland zur Rekultivierung für 50.000 Arbeitslosenfamilien zur Verfügung.100 Äuße- [251] rungen tschechischer Politiker lassen über die Tendenz dieser Kolonisation keinen Zweifel: sie sollen in Nordwestböhmen und in der Slowakei dazu dienen, Tschechen hier und dort bodenständig zu machen.

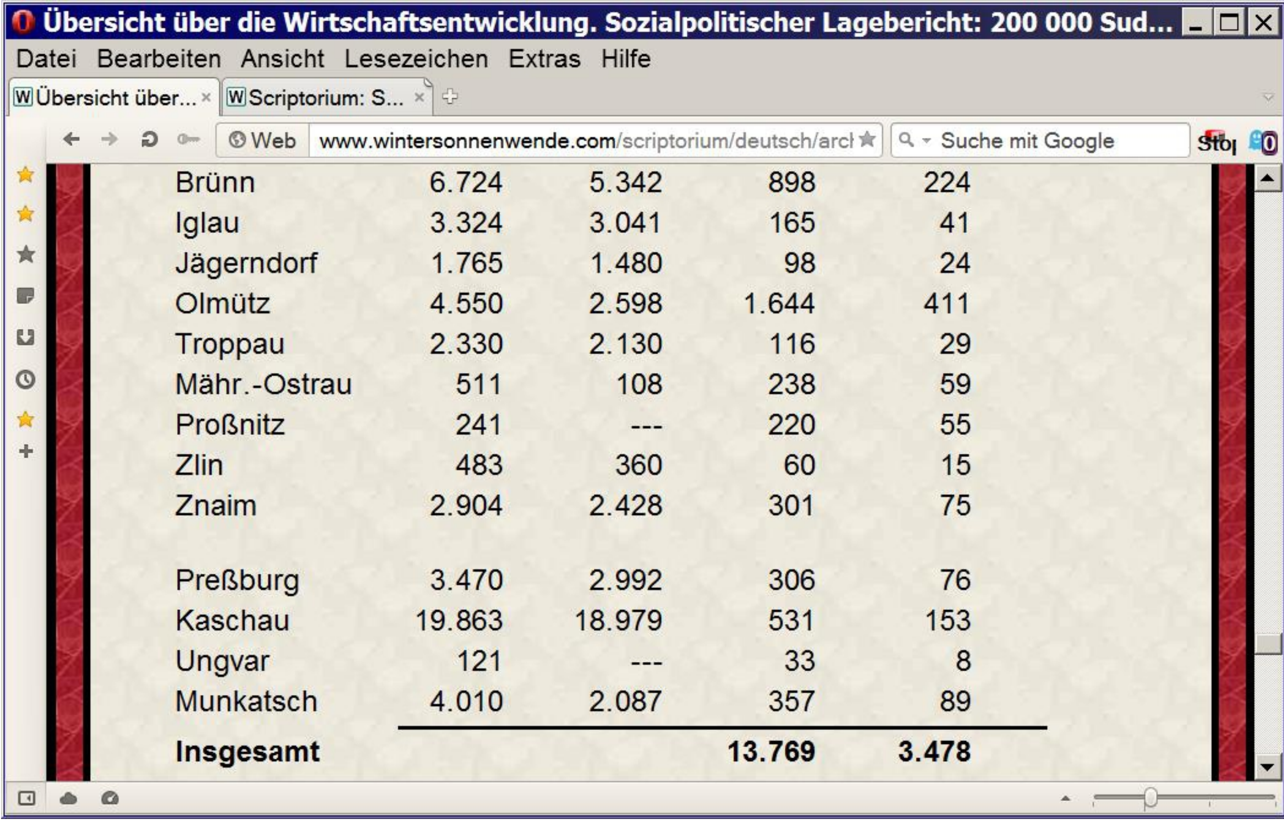
[252] Die sudetendeutschen Arbeitslosen gehen einer hoffnungslosen Zukunft entgegen. Wenn heute in tschechischen Regierungskreisen offen davon gesprochen wird, daß 200.000 Erwerbslose nicht mehr in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können,101 dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß es 200.000 Sudetendeutsche sein werden!

In deutschen Kreisen wird vielfach gefordert, daß die Städte ihren Siedlungsboden an die Arbeitslosen aufteilen mögen. Nach der amtlichen Städte-Statistik ließen sich in den großen Städten mit über 25.000 Einwohnern im ganzen 3.478 Siedlerstellen, davon 1.345 mit je 4 ha schaffen.

Gesamtgrundbesitz

Davon

	Insgesamt	*Wald*	*Acker u. Wiesen*	*Siedlerstellen*
	in Hektar			**à 4 ha**
Prag	5.133	597	3.533	888
Jungbunzlau	873	762	47	12
Böhm.-Budweis	2.918	1.612	512	128
Königgrätz	4.185	3.725	272	68
Eger	2.913	2.070	623	156
Komotau	3.203	2.823	285	71
Kolin	172	115	38	9
Reichenberg	330	114	150	37
Brüx	4.602	2.680	1.660	415
Pardubitz	500	273	137	34
Pilsen	4.990	3.280	1.180	295
Teplitz-Schönau	185	24	87	22
Aussig	639	279	258	64



Brünn	6.724	5.342	898	224
Iglau	3.324	3.041	165	41
Jägerndorf	1.765	1.480	98	24
Olmütz	4.550	2.598	1.644	411
Troppau	2.330	2.130	116	29
Mähr.-Ostrau	511	108	238	59
Proßnitz	241	---	220	55
Zlin	483	360	60	15
Znaim	2.904	2.428	301	75
Preßburg	3.470	2.992	306	76
Kaschau	19.863	18.979	531	153
Ungvar	121	---	33	8
Munkatsch	4.010	2.087	357	89
Insgesamt			**13.769**	**3.478**

[253] "In diesen 27 größeren Städten ließen sich", so schreibt Karl Matzker im

Prager Börsenkurier vom 17. 1. 1935, "also bei Aufteilung des gesamten im Gemeindebesitz befindlichen Acker- und Wiesenbodens nur 3.478 Siedlerstellen schaffen. Für die Praxis würde sich aber diese Ziffer verringern, denn es handelt sich wohl zum guten Teile um Zweckvermögen, und zudem dürfte auch das angenommene Ausmaß von vier Hektar nur unter den allergünstigsten Bedingungen ausreichen, um den Bedarf einer Familie an Lebensmitteln zur zur Not sicherzustellen. Dazu kommt noch, daß die Zahl der Arbeitslosen in diesen Städten rund 150.000 beträgt, so daß also nur etwa 2 Prozent mit einer Siedlungsstelle beteilt werden könnten, in den deutschen Industriestädten nicht einmal ein Prozent, denn von ihnen verfügen nur Brüx, Eger, Komotau und Aussig über ein nennenswertes Ausmaß an siedlungsfähigem Boden. Nicht weniger schwierig ist die Frage der Finanzierung, denn für die 3.400 Siedlungen wären mindest (10.000 Kc pro Siedlung) 35 Millionen notwendig, ein Betrag, der ausreicht, um 60.000 Arbeitslose ein Jahr lang mit Lebensmittelkarten zu beteilen."

Alle die von staatlicher Seite bisher getroffenen Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten müssen sich solange als unzulänglich und überhaupt wirkungslos erweisen, als der Wille zur Vernichtung der deutschen Volksgruppe im Sudetenraum besteht. Und daß er besteht und nach ihm gehandelt wird, darüber dürfen auch alle Versicherungen von maßgebender Seite, daß nun ernsthaft das wirtschaftliche Problem in den sudetendeutschen Gebieten aufgegriffen und die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden wird, nicht täuschen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht deutsche Arbeitsmenschen wegen ihrer politischen Einstellung oder überhaupt nur wegen ihrer deutschen Abstammung von ihrem Arbeitsplatz vertrieben werden, deutschen Gewerbetreibenden und Unternehmen Aufträge vorenthalten oder entzogen werden, aus dem tschechischen Gebiet zur Durchführung der Festungsbauten und Ausführung staatlicher Aufträge tschechische Arbeiter herangezogen werden. Durch alle diese Maßnahmen aber wird die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft, sondern nur vergrößert. Diese Erscheinungen stehen daher im ärgsten Gegensatz zu den Versicherungen der tschechischen Staatsmänner von der "Gleichberechtigung" der Deutschen im Staate, die von der sudetendeutschen Bevölkerung nur mehr als ein Lippenbekenntnis gewertet werden.



96Reichenberger Zeitung am 25. 1. 1935: "Durch das sogenannte Abbaugesetz wurden im Jahre 1925 30.000 Staatsbeamte, zumeist deutscher Nationalität, abgebaut. Aus Ersparungsrücksichten! In der Folge wurden jedoch 68.000 Staatsbeamte, meist tschechischer Nationalität,

aufgenommen. Im Jahre 1926 kam ein neues Gesetz, mit welchem die Ruhegenüsse nach dem neuen Gehaltsgesetze geregelt wurden. Der Unterschied in den Bezügen gegenüber dem Jahre 1925 war ein ganz beträchtlicher. Er betrug bei einem Beamten oder Offizier der 7. Rangklasse 7200 Kč jährlich. Bei der Herausgabe des neuen Gehaltsgesetzes wurde jenen abgebauten Staatsangestellten des Jahres 1925 versprochen, daß auch ihre Bezüge nach dem neuen Gesetze ehestens gleichgestellt werden würden. Aber erst das Jahr 1930 brachte nur eine teilweise Erfüllung des vor vier Jahren abgegebenen Versprechens. In den Durchführungsbestimmungen wurden von der Regierung vier Etappen geschaffen, die in den folgenden Jahren reguliert werden sollten. Die vierte, die letzte Etappe, welche die jüngsten Ruheständler umfaßte, d. i. die nach dem Jahre 1875 und später geborenen, sollten im Jahre 1933 an die Reihe kommen. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wurde diese Regulierung auf zwei Jahre, also bis 1935, verschoben. Wieder wurden die Ruheständler der vierten Etappe auf das grausamste enttäuscht. In der vierten Etappe sind 99 Prozent deutscher Nationalität. 1925 wurde kein Tscheche der vierten Etappe in den Ruhestand versetzt, es wäre denn, daß er sich freiwillig gemeldet hätte, oder daß es aus Gründen der Disziplin geschehen ist. Dann sind vielleicht einige wenige Witwen von Staatsangestellten, die vor 1925 gestorben und jünger als 50 Jahre alt waren. Tschechische, pensionsreife Beamte wurden nicht 1925, sondern erst im folgenden Jahre in den Ruhestand versetzt. Deutsche Offiziere mit 31. Dezember 1925, tschechische im Jänner 1926, tschechische Lehrer, die 1925 pensioniert wurden, wurden 1926 nochmals zur Dienstleistung einberufen."

97Die katastrophale Arbeitslosigkeit in den Bezirken Karlsbad, Graslitz, Neudek, Elbogen usw. ist teilweise auch auf den starken Rückgang des Besuches der deutschböhmischen Kurorte Karlsbad, Franzensbad und Marienbad zurückzuführen. So zeigen die Besucherlisten folgenden Rückgang:

	1928	1935
Karlsbad	67.675 (1911: 70.935)	40.312
Franzensbad	18.402	9.512
Marienbad	39.632	25.125

98Die Zeitung Bohemia vom 8./9. 36 schreibt: "Geht man, von Röchlitz angefangen bis Gablonz und noch weiter hinauf durch die ehemals blühenden Ortschaften, dann sieht man nur ganz vereinzelt rauchende Fabrikschlote, und ebensowenig Kamine auf den Häuschen der Arbeiter und

Unternehmer... Straßen, - andere öffentliche Bauten?! - O ja, den Jeschken hinauf und herunter, die Staatsstraße lang - Aber - wer hinhorcht, im deutschen Notstandsgebiet mit seinen Tausenden von Arbeit- und Brotlosen - hört kein Wort Deutsch, weder aus Arbeitgeber-, noch Arbeitnehmer-Mund!" - Am 12./9. berichtet das gleiche Blatt: "An der Asphaltierung der Straße Kuschwarda - Winterberg arbeiten110 Personen, darunter 20 Tschechen, die in dieser rein deutschen Gegend von weit her bezogen werden mußten... Während der fremde tschechische Arbeiter rund 280 Kc in der Woche verdient, bekommt der einheimische Deutsche höchstens 100 Kc...." - Der Heimatruf vom 9./9. 36 meldet: "Zur Zeit wird im rein deutschen Gebiet im nördlichen Böhmerwald von Muttersdorf bis nach dem Grenzorte Schwarzbach über Waier eine Telephonverbindung gebaut. Bei diesem Bau sind... ein Dutzend Arbeiter beschäftigt, jedoch... lauter tschechische, die aus.. anderen Gebieten herangebracht wurden ..." - Im Teplitz-Schönauer Anzeiger konnte man am 12./9. 36 lesen: "Unsere Stadt (Teplitz-Schönau) hat mehr als 2000 Arbeitslose aufzuweisen und es zeigt sich hier kein Schimmer einer Besserung der Verhältnisse. Bei uns liegt das Baugewerbe am ärgsten darnieder, wir haben 50 Baumeister und nicht für einen von ihnen eine Arbeit. Die Arbeiten am Teplitzer Bahnhofsgebäude aber wurden einer ortsfremden Firma vergeben, und diese beschäftigt dort nur ortsfremde tschechische Arbeiter."

99Nach den Richtlinien der Zentralsozialversicherungsanstalt über die Versicherung der Heimarbeiter für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters ist eine Versicherungspflicht nur dann gegeben, wenn der Heimarbeiter einen Nettoverdienst von mindestens 120 Kč monatlich erreicht. Infolge der herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht nur ein kleiner Bruchteil der Heimarbeiter des Erzgebirges diese bescheidene Einkommensgrenze. So werden in der Musikinstrumentenindustrie Löhne von Kč 63.- bis Kč 91.- erreicht. In der Spielwarenindustrie beträgt der Höchstlohn Kč 100.- monatlich. In der Stickerei schwanken die Verdienste der Heimarbeiter zwischen Kč 80.- und Kč 90.- pro Monat. Nur in der Handschuherzeugung wird die vorgesehene Grenze von Kč 120.- erreicht und zum Teil auch überschritten. Rund 90 v. H. aller Heimarbeiter kommen nicht mehr auf den vorgeschriebenen Mindest-Nettolohn

100Zu dieser Frage veröffentlicht die Deutsche Presse am 31. 1. 1935 einen interessanten Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

"Der Bergbau hat besonders in Böhmen, aber auch in Mähren-Schlesien weite Flächen, die einst bester landwirtschaftlicher Kulturboden waren, zu Wüsteneien gemacht. Bei den großen Gewinnen, welche die Bergbaubesitzer und Gesellschaften aus dem Boden gezogen haben, ist es nur berechtigt, wenn sie auch zur Wiedernutzbarmachung dieser Bodenflächen beitragen, am besten selber energisch und initiativ das Werk im großen Rahmen beginnen und so der Agitation der Grubenverstaatlichung das einzig

berechtigte Argument entziehen. Ein fertiger Plan ist schon über 10 Jahre alt und heute mehr als reif zur Durchführung. Nach den Erhebungen im Brüxer und Duxer Kohlenrevier im Jahre 1924 ist von der Deutschen Sektion des Landeskulturrates im Jahre 1925 ein umfassender Rekultivierungsvorschlag gemacht worden, dessen Grundzüge auch in den meisten tschechischen Plänen erscheinen. Die finanziellen [251] Mittel wären durch die Kohlengruben, die Eigentümer der Gruben und der Grubenrechte, die Urheber der Bodenvernichtung, in Form einer Grubensteuer wenigstens zu 50 Prozent ohne Anlastung für den Kohlenkonsum zu tragen, der Rest könnte durch die produktive Arbeitslosenfürsorge und durch die anfallenden Kaufpreise und Pachtzinse für die rekultivierten Flächen bezahlt und gedeckt werden.

Die Rekultivierungskosten sind nicht klein. Nach gemachten Erfahrungen kam in der Gemeinde Tschöppern bei Brüx die Rekultivierung von 8.14 Hektar Boden im Jahre 1931 auf 160.000 Kč, also 1 Hektar auf 19.656 Kč, in einem anderen Falle wurden 18.5 Hektar mit einem Aufwande von 133.000 Kč, also um 7.190 Kč per 1 Hektar, wieder kulturfähig gemacht. Rechnen wir mit einem Durchschnittsbetrag von 10.000 Kč für 1 Hektar, so würden 14.000 Hektar Ödland, welches wieder kulturfähig gemacht werden kann, 140 Millionen erfordern. Der Boden liegt hauptsächlich in den Bezirken Brüx, Dux, Oberleutensdorf, Teplitz, Bilin, Aussig, Komotau, Karlsbad, Falkenau, Elbogen, Kladno, Pilsen, aber auch zum Teil in Mähren-Schlesien, durchwegs aber in Gebieten, wo wenigstens früher die konzentriertesten Arbeitsmöglichkeiten waren und wo die Bevölkerung am dichtesten beieinander wohnt. Beträgt doch die Bevölkerungsdichte im Bezirke Falkenau 211, Brüx 364, Oberleutensdorf 360, Dux 360, Teplitz 565, Aussig 511 auf einen Quadratkilometer gegen 105 im ganzen Staatsgebiete.

Der rekultivierte Boden wird bei Wiederkehr des normalen Wirtschaftslebens im Werte bedeutend steigen, als Bau- und Kleinsiedlungsboden gut Verwendung finden, und die aufgewendeten Kosten werden sich sicher gut lohnen. Wenn die Gruben ihre technischen Erfahrungen in den Dienst der Sache stellen, die Durchführung nicht nach partei- und nationalpolitischen, sondern rein wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten erfolgt, kann ein nachahmenswertes Wert zum allgemeinen Wohl geschaffen werden.

Dasselbe gilt auch von der Trockenlegung und Urbarmachung des sogenannten »Schwarzen Sumpfes« in Karpathenrußland, einem Projekt, das gleichfalls schon bei Entstehung des Staates in Angriff genommen wurde, bezw. fortgesetzt werden sollte, da schon Anlagen der ungarischen Regierung entstanden. In Karpathenrußland beträgt die Bevölkerungsdichte trotz größten Bevölkerungszuwachses erst 57 auf einen Quadratkilometer, in einzelnen Distrikten nur 23. Der »Schwarze Sumpf« liegt im Gebiet der Latorica bei Munkacs, mißt als zusammenhängendes Sumpfgebiet ungefähr 5500 Hektar und ist ein Bestandteil des ehemaligen Schönborn-Buchheimschen Großgrundbesitzes im Gesamtausmaße von 135.000 Hektar,

wovon 115.000 Hektar im Wege der Bodenreform im Jahre 1926 an den Kapitalskonzern »Latorica« fielen. Aus dem Sumpf und dem umliegenden Wald sind wenigstens 20.000 Hektar besten Kulturbodens zu gewinnen, so daß hier ganze Dörfer und kleine Städtchen entstehen können. Der Staat hat die Kultivierung der landwirtschaftlichen Flächen gescheut, weil hiezu Investitionen von 200 Millionen notwendig gewesen wären, worauf die »Latorica«, an der aber der Staat auch beteiligt ist, die Aufgabe im Jahre 1926 übernahm, ohne in den 9 Jahren wesentlich weitergekommen zu sein. Wir haben inzwischen schon mehr als 4 Milliarden für unproduktive Arbeitslosenfürsorge ausgegeben, also 20 mal mehr, als diese Investitionen erfordert hätten, und wir haben es so versäumt, ein Werk zu schaffen, das sich neben der Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe sehen lassen könnte." .

101Venkov, das Blatt des tschechischen Ministerpräsidenten, zitiert in der Sudetendeutschen Tageszeitung. .



IV. Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung (Forts.)

2. Sozialpolitischer Lagebericht (Forts.)

b) Arbeitslosenfürsorge

Die verantwortlichen Staatsmänner der tschechoslowakischen Republik preisen die Prager Demokratie als das Prinzip der Humanität. Die Staatsphilosophie [254] Masaryks und Beneschs ist auf diesem Humanitätsprinzip aufgebaut, und in diesem Geist der Nächstenliebe werden angeblich alle Maßnahmen des Staates getroffen. Die staatliche "Fürsorge" für die zum größten Teil unverschuldet um Arbeit und Brot gekommenen Arbeitnehmer kündet von einem anderen Geist! Mag sein, daß die

Arbeitslosenfürsorge in erster Linie deutschen Arbeitsmenschen zuteil werden muß und daß man für sie das Gebot der Menschlichkeit ausschließt. Jedenfalls können die auf die staatliche Fürsorge angewiesenen Erwerbslosen diesen Geist der Menschlichkeit nicht spüren. Aber auch der Geist der von den Marxisten gepredigten Brüderlichkeit berührt sie nicht. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, wie wenig die Marxisten soziale Probleme und Arbeiterfragen zu lösen vermögen, die Arbeitslosenfürsorge in der Tschechoslowakei würde ihn liefern. Von 1918 bis 1926 und von 1929 bis zum heutigen Tage sitzen vier marxistische Minister in der Prager Regierung, und einer von ihnen verwaltete stets das Ministerium für soziale Fürsorge, in dessen Kompetenz auch die Betreuung der Erwerbslosen fällt. Sie erweist sich als völlig unzulänglich und unsozial. Die staatlichen Hilfsmaßnahmen sind so unzureichend, daß die deutschen [255] Erwerbslosen schon alle Hungers gestorben wären, wenn ihnen nicht durch einen deutschen Sozialismus der Tat geholfen würde. Wenn man sich vor Augen hält, daß der Staat einem verheirateten Erwerbslosen ohne Anrechnung der Kinder RM 2.— pro Woche in Form von Lebensmittelanweisungen auszahlt und mehr als 500.000 Sudetendeutsche Opfer des tschechischen Wirtschaftskrieges geworden sind, dann wird die Ungeheuerlichkeit der sicher nicht im Geiste der Humanität getroffenen Maßnahmen so klar erkenntlich, die das sudetendeutsche Winterhilfswerk, das auf dem völkischen Selbsthilfeprinzip aufgebaut dort helfen will, wo der Staat untätig zusieht, in seiner Tätigkeit einschränkt und für einzelne Staatsgebiete verbietet! Hier wird der brutale Vernichtungswille kund, der kein Erbarmen und kein Mitleid für Deutsche kennt.



[254] Arbeitslose erhalten Lebensmittel durch die Sudetendeutsche Volkshilfe. Die staatliche Arbeitslosenunterstützung ist so gering, daß sie dem Hunger nicht steuern kann. Bei Verheirateten beträgt sie wöchentlich 20 Kronen (2 RM). Da setzt, soweit die Mittel reichen, die Eigenhilfe der Volksgenossen ein. Die Sudetendeutsche Volkshilfe brachte im Winter 1936 über 1,5 Millionen Mark auf.

Die Arbeitslosenfürsorge in der Tschechoslowakei wird auf Grund des Gesetzes vom 19. Juli 1921 Slg. 267 und der Kundmachungen des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 23. Dezember 1924 nach dem "Genter System" durchgeführt. In die "Fürsorge" für den Erwerbslosen teilen sich Staat und eine staatlich anerkannte Arbeitnehmergewerkschaft! Der Arbeitslose gewinnt einen Anspruch auf die Unterstützung, somit auch auf den Staatsbeitrag zu dieser, nur dann, wenn er Mitglied einer Arbeitnehmergewerkschaft ist, die nach ihren Satzungen und Vorschriften den Mitgliedern Unterstützungen während der Dauer der Arbeitslosigkeit auszahlt.

Der Staatsbeitrag betrug zuerst ebensoviel wie die Unterstützung, welche die Gewerkschaften den Arbeitslosen aus eigenen Mitteln auszahlten. Seit dem Gesetz vom 5. Juni 1930 Slg. 74 ist das Verhältnis zu Gunsten der Gewerkschaften auf 1 : 4 abgeändert worden. Verheiratete Mitglieder, die wenigstens die einjährige Mitgliedschaft nachweisen können und solche Ledige, die fünf Jahre Mitglieder sind, erhalten die vierfache Gewerkschaftsunterstützung als Staatsbeitrag. Die Gewerkschaftsunterstützung darf nicht weniger als 0,75 Kronen, d. s. 7,5 Pfennige, täglich betragen. Die oberste Grenze des Staatsbeitrages ist 18 Kronen, d. s. 1,8 Mark täglich. Beide Beträge dürfen zusammen nicht mehr als zwei Drittel des letzten Lohnes ausmachen. Die Unterstützung wurde nach den früheren Gesetzen für 26 Wochen im Jahre gewährt und ist jetzt auf 39 Wochen verlängert, wobei die Unterstützung der letzten 13 Wochen niedriger ist.

Für die ausgesteuerten Arbeiter und die nicht gewerkschaftlich Organisierten zahlte der Staat pro Woche einem Verheirateten ohne Rücksicht auf die Kinderzahl 20 Kc, später 16 Kc und für den Ledigen 10, bezw. 8 Kc in der Form von Lebensmittelanweisungen (die sogenannten "Czechkarten", genannt nach dem sozialdemokratischen Minister Czech, der sie einführte) in der genannten Geld-Höhe, wofür die Arbeitslosen in den Gemeinden über Aufforderungen Hilfs- [256] arbeiten leisten mußten!102 Wer nicht gewerkschaftlich organisiert ist, erhält daher seit 1. April 1925 keine staatliche Arbeitslosenunterstützung. Dadurch schied mit Einführung des "Genter Systems" der Großteil der Arbeitslosen des Staates aus dem Bezuge einer ordentlichen Arbeitslosenunterstützung aus. Heute erhält nicht einmal ein Drittel aller Erwerbslosen eine Unterstützung nach dem "Genter System". Die anderen zwei Drittel bleiben unberücksichtigt, bezw. erhalten bestenfalls Zuwendungen von 10,— bezw. 20,— Kc pro Woche aus der sogenannten Ernährungsaktion.

Der staatliche Aufwand für die Arbeitslosenhilfe war folgender:

Vom 15. Dezember 1918 bis Ende 1919 zahlte sie 260,532.480 Kc, im Jahre

1920 - 91,856.514 Kc an Arbeitslosenunterstützungen aus. Nach amtlichen Mitteilungen betrugen die reinen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen im Jahre 1921 (bei einem Jahresdurchschnitt von 71.511 Arbeitslosen) 69,085.438 Kc; 1922 (bei 127.177) 194,851.258 Kc; 1923 (bei 207.288) 348,129.295 Kc und 1924 (bei 96.819) 91,947.160 Kc. Demgegenüber betrug der Staatszuschuß zur Arbeitslosenunterstützung nach dem "Genter System" für neun Monate des Jahres 1925 (bei 43.703 Erwerbslosen) nur 3,265.718 Kc, 1926 (bei 67.850) 20,032.423 Kc; 1927 (bei 52.869) 17,815.457 Kc; 1928 (bei 38.635) 13,972.784 Kc; 1929 (bei 41.630) 18,788.696 Kc; 1930 (bei 105.441) 44,855.657 Kc; 1931 (bei 291.332) 171,415.559 Kc; 1932 (bei 554.059) 359,331.762 Kc; 1933 (bei 738.267) rund 515 und 1934 (bei 676.993 Arbeitslosen) nur rund 310 Millionen Kc. [257] Die Staatskassa zog somit aus der Einführung des "Genter Systems" wesentliche Vorteile.

Der gewaltige Unterschied in den staatlichen Aufwendungen vor und nach Einführung des "Genter Systems" tritt am sichtbarsten in Erscheinung, wenn man die ausbezahlten Beträge auf die Durchschnittszahl der Arbeitslosen in den einzelnen Jahren aufteilt. Hiebei entfallen auf die einzelnen Jahre folgende Kopfquoten, u. zw. - im Jahre 1921 - 966 Kc; 1922 - 1.532 Kc; 1923 -1.679 Kc; 1924 - 950 Kc. Sie machte dagegen im Jahre 1926 - also nach Einführung des "Genter Systems" - nur 295 Kc; 1927 - 337 Kc; 1928 - 362 Kc; 1929 - 451 Kc; 1930 - 425 Kc; 1931 - 588 Kc; 1932 - 648 Kc; 1933 - 697 Kc und 1934 - wiederum nur 458 Kc aus.

Nach einer Feststellung des sudetendeutschen Arbeiterführers Rudolf Kasper wurden im Jahre 1932

im Januar	von 583.000	Arbeitslosen	186.000 gewerkschaftlich
im Februar	" 631.000	"	197.000

unterstützt, d. h., daß der Staat seinen Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung im Verhältnis 1 : 4 leistete.

Wenn man nun annehmen würde, daß durchschnittlich ein Viertel der Arbeitslosen gewerkschaftlich unterstützt werden, und zwar mit dem staatlichen Höchstzuschuß von 18 Kc, dann ergäbe sich für das Jahr 1932 das nachstehende Bild, das sich in den nachfolgenden Jahren nur relativ verändert haben dürfte:

130 000 Erwerbslose à 100 Kč wöchentlich . . .	376 Millionen
Rest . . .	16 "

Es zeigt sich also, daß dieser Unterstützungsschlüssel unmöglich anwendbar ist. Wenn man den staatlichen Zuschuß für die gewerkschaftlich Unterstützten auf 50 Kc wöchentlich herabsetzt, ergibt sich für den Staat eine

Ausgabe von 338 Millionen im Jahre, so daß ihm für die restlichen drei Viertel Erwerbslose 354 Millionen verblieben wären, was bedeutet hätte, daß die durchschnittliche wöchentliche Unterstützung 17 Kc betragen hätte, die ungefähr dem Mittel gleichkommen würden der wöchentlichen Beihilfe von 10 bzw. 20 Kc für die ausgesteuerten und nichtorganisierten Arbeiter, vorausgesetzt, daß die Zahl der Ledigen und Verheirateten gleich groß ist. Daraus ergibt sich, daß für drei Viertel der erfaßten Arbeitslosen die Unterstützungsbasis 15 Kc wöchentlich ist, d. s. 1,75 RM.

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse aber viel schlechter!

Einer in tschechischen Tageszeitungen veröffentlichten Statistik nach ist die Höhe der Arbeitslosenunterstützung vom Jahre 1919 bis zum Jahre 1935 von 5,56 Kc auf 2,45 Kc je Kopf und Tag gesunken.

Jahr	Arbeitslose	Unterstützungs-gelder Kč	Durchschnitt täglich je Kopf Kč
1919	169.000	344,000.000	5,56
1923	202.000	392,000.000	5,30
1932	553.800	591,000.000	3,42
1933	758.000	820,000.000	3,04
1934	677.000	643,000.000	2,60
1935	696.000	625,000.000	2,45

Auch diese Berechnung bezieht sich auf Unterstützung von Gewerkschaftsmitgliedern.

In diesem Zusammenhang ist die folgende Darstellung des Gewerkschaftswesens in der Tschechoslowakei von Interesse:

In der Tschechoslowakei wird das Existenzminimum mit 5.000 Kc angegeben. Der Lohnausfall betrug in der Zeit von 1929 bis 1933, wenn man die angeführten unvollständigen Arbeitslosenziffern als Grundlage der Berechnung nimmt, 5,5 Milliarden. Die staatliche Hilfe 1,2 Milliarden, so daß der Verlust an Volksvermögen 4,3 Milliarden beträgt.

Auch diese Berechnung erreicht die tatsächliche Höhe nicht!

Nach dem Stand der Arbeitslosigkeit im Februar 1935 waren von 844.000 gemeldeten Erwerbslosen nur 294.000, also nur 35 v. H., denen eine Unterstützung nach dem "Genter System" zugute kam. Volle 65 v. H. erhalten

überhaupt keine Unterstützung oder müssen sich mit den Lebensmittelkarten, den sogenannten Czechkarten, abfinden, und dabei hat der Staat bisher nach Angaben des Senators Johannes im sozialpolitischen Ausschuß des Senates 4.126,245.000 Kronen an staatlicher Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt.

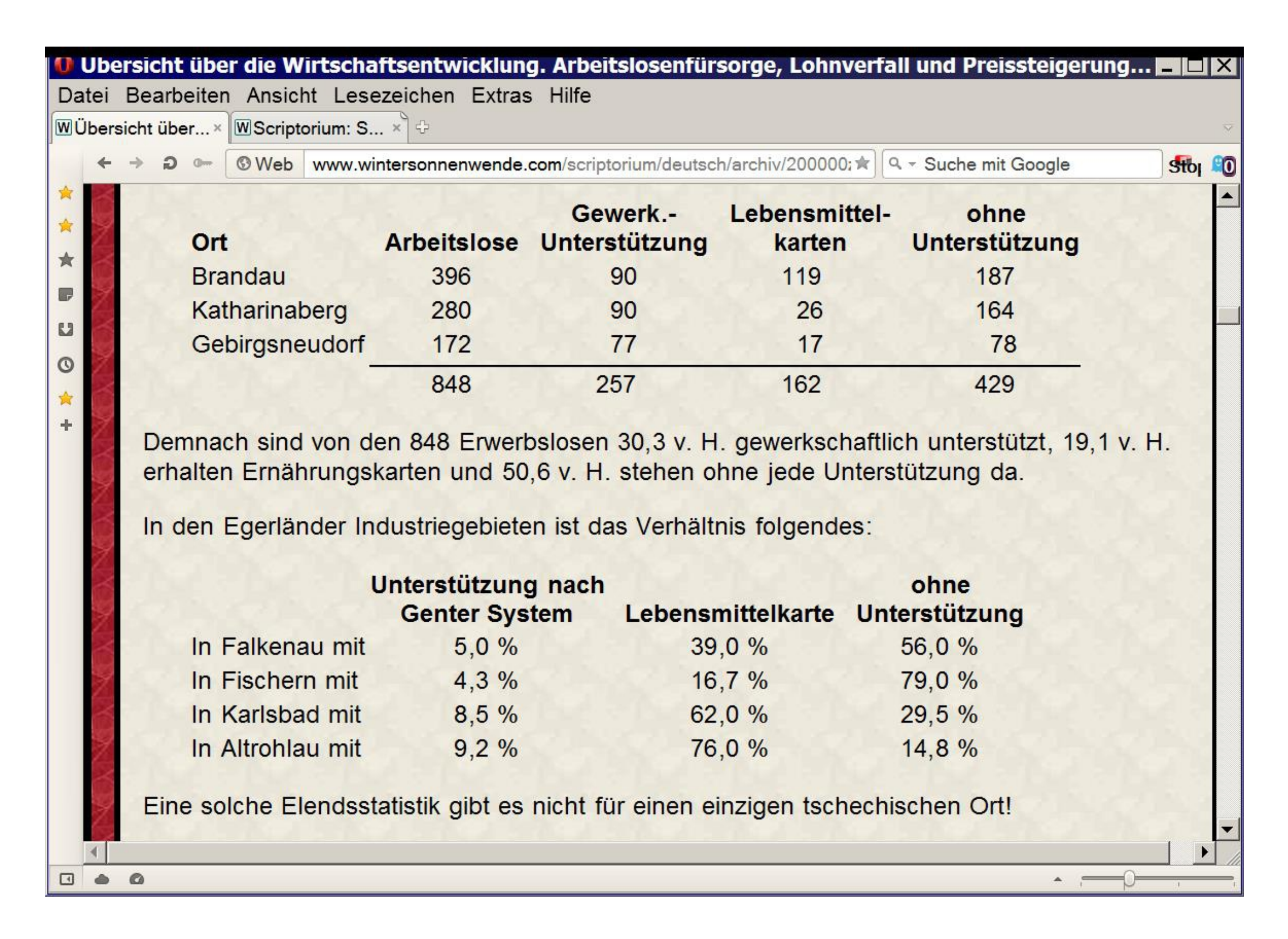
Von der staatlichen "Fürsorge" für die Erwerbslosen in den sudetendeutschen Gebieten gibt ein Bericht des Vizepräsidenten des Prager Abgeordnetenhauses, Abg. Siegfried Taub, im sozialpolitischen Ausschuß einen bezeichnenden Überblick.

In Brandau waren am 14. November 396 Arbeitslose. 90 von diesen beziehen die Unterstützung nach dem Genter System, 119 erhielten Ernährungskarten, 187 haben keinerlei Unterstützung erhalten. Dazu kommen noch 14 Personen, die aus der Ernährungsaktion ausgeschieden wurden, so daß 200 Personen in Wirklichkeit ohne jede Unterstützung sind. Die Schule in Brandau hat 418 Kinder, 46% davon sind Arbeitslosenkinder!

In Katharinaberg zählen wir 280 Arbeitslose. Davon erhalten 90 Personen die Unterstützung nach dem Genter System, 26 Personen beziehen Ernährungs- [259] karten, die übrigen 164 erhalten überhaupt keine Unterstützung. Es wurden Leute von der Ernährungsaktion ausgeschlossen, die im bittersten Elend leben. Wer ein kleines Häuschen hat, bekommt keine Ernährungskarte. Dasselbe trifft zu, wenn jemand in der Familie eine kleine Rente hat oder sonst jemand noch ein paar Kronen verdient.

In Gebirgsneudorf wurden 172 Arbeitslose gezählt. 77 Personen beziehen Unterstützung nach dem Genter System, 17 erhalten Ernährungskarten, die übrigen 78 haben überhaupt keine Unterstützung.103

Diese Beispiele sind typisch für die Verhältnisse im Erzgebirge und geben folgende Übersicht:



Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung. Arbeitslosenfürsorge, Lohnverfall und Preissteigerung...

Ort	Arbeitslose	Gewerk.-Unterstützung	Lebensmittel-karten	ohne Unterstützung
Brandau	396	90	119	187
Katharinaberg	280	90	26	164
Gebirgsneudorf	172	77	17	78
	848	257	162	429

Demnach sind von den 848 Erwerbslosen 30,3 v. H. gewerkschaftlich unterstützt, 19,1 v. H. erhalten Ernährungskarten und 50,6 v. H. stehen ohne jede Unterstützung da.

In den Egerländer Industriegebieten ist das Verhältnis folgendes:

	Unterstützung nach Genter System	Lebensmittelkarte	ohne Unterstützung
In Falkenau mit	5,0 %	39,0 %	56,0 %
In Fischern mit	4,3 %	16,7 %	79,0 %
In Karlsbad mit	8,5 %	62,0 %	29,5 %
In Altrohlau mit	9,2 %	76,0 %	14,8 %

Eine solche Elendsstatistik gibt es nicht für einen einzigen tschechischen Ort!

Mit welchen Schikanen die tschechischen Bezirksbehörden bei der Verteilung von Lebensmittelkarten vorgehen, zeigen die Beispiele aus Graslitz, die Vize-Präsident Taub anführt:

Die Bezirksbehörde Graslitz a. B. teilt Lebensmittelkarten zu, wenn in einer Familie das Gesamteinkommen nicht 15 Kc pro Erwachsene und 10 Kc für ein Kind erreicht. Der Versuch der Bezirkssozialkommission, diese Grenze mit 25 [260] und 15 Kc festzulegen, ist am Widerstande der Bezirksbehörde gescheitert. Praktisch sieht es nach den Mitteilungen aus Graslitz folgendermaßen aus:

Eine Familie: beide Elternteile und ein Kind unter 14 Jahren; Vater arbeitslos, ausgesteuert; Mutter verdient als Wäscherin 40 Kc. Vater erhält keine Karte. Er könnte sie nur dann erhalten, wenn die Frau nur 39 Kc verdienen würde! Ein zweiter Fall: Familie, bestehend aus Vater, Mutter und einer erwachsenen Tochter: Vater ausgesteuert, Mutter arbeitslos. Tochter verdient 45 Kc. Vater erhält keine Karten. Er bekommt sie nur, wenn die Tochter nur 44 Kc verdienen würde.

Ein dritter Fall: Familie, bestehend aus beiden Elternteilen und vier der Schule entwachsenen Kindern. Alle vier Kinder sind arbeitslos, nicht organisiert, bzw. ausgesteuert. Vater arbeitet 32 Stunden in der Woche und verdient 95 Kc. Keines der Kinder erhält eine Karte, weil das Einkommen des

Vaters höher ist als 89 Kc. Es werden nun in Graslitz 529 Personen aus der Ernährungsaktion ausgeschieden!

Was der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von Graslitz berichtete, war am 24. Februar 1936 laut Bericht des Prager Regierungsblattes Sozialdemokrat vom 26. Februar Gegenstand einer sozialdemokratischen Vertrauensmännerversammlung in Komotau. In diesem Bericht heißt es unter anderem:

"Montag, den 24. Feber, fand im »Volkshaus« in Komotau eine Konferenz der sozialdemokratischen Partei- und der Gewerkschaftsfunktionäre statt, die sehr gut beschickt war und Delegierte aus dem ganzen Bezirksgebiet umfaßte. Zur Behandlung standen ausschließlich Fragen der Arbeitslosenfürsorge. Die Stellungnahme unserer Funktionäre zu diesem Problem war notwendig geworden, weil die Bezirksbehörde über höherem Auftrag die Richtlinien über die Durchführung der Ernährungsaktion ganz rigoros handhabt und Streichungen weit über das erträgliche Ausmaß vorgenommen hat. So wurden beispielsweise in Neudorf i. Erzgebirge, einer ganz armen, nur von Spitzenklöpplern und einigen wenigen Industriearbeitern besiedelten Gemeinde, 56 Arbeitslose auf einen Schlag von der Ernährungsaktion ausgeschieden.

Diese brutale Maßnahme hat unter den Arbeitslosen des Erzgebirges begreiflicherweise Bestürzung und Empörung hervorgerufen. Aber auch die Arbeitslosen des Industriegebietes sind durch diese Aktionen in große Unruhe versetzt worden, die sich nach dem Referate des Genossen Perner ganz spontan geäußert hat. Zu der durch die Massenstreichungen verursachten Unzufriedenheit kommt noch, daß ein Revisor der Landesbehörde eine Kontrolle der Ernährungsaktion durchführte und Entscheidungen traf, die von keinerlei sozialer Einsicht, sondern ausschließlich von dem Bestreben geleitet waren, für den Staat Ersparungen auf Kosten der hungrigen Arbeitslosen vorzunehmen. Wenn es nach dem Verlangen dieses Beamten ginge, müßten in der nächsten Zeit noch weitere Streichungen von Arbeitslosen aus den Bezieher- [261] listen erfolgen, denn er vertrat den Standpunkt, daß einige hundert Menschen ausgeschieden werden müssen, weil deren Lebensunterhalt »nicht bedroht« sei. Es wurden Fälle angeführt, aus denen klar ersichtlich war, daß man bei diesem rücksichtslosen Vorgehen auf die soziale Lage der betreffenden Familie überhaupt keine Rücksicht genommen hat, sondern ganz willkürlich die Bestimmungen gegen die Bezieher auslegte.

In der dem Referat folgenden Debatte gaben die Funktionäre ihrer tiefen Erbitterung über die unverständlichen und unsozialen Maßnahmen der Behörden, die manchmal geradezu provokatorisch sind, in bewegten Worten Ausdruck. Sie können es ganz einfach nicht verstehen, daß die zentralen Behörden nicht sehen wollen, wie verzweifelt und katastrophal die Lage der Arbeitslosen vor allem in den deutschen Randgebieten dieses Staates ist. Die

Arbeitslosen sind keine minderwertigen Menschen und auch keine Bettler! Sie haben ein Recht, zu fordern, daß für ihren Lebensunterhalt gesorgt wird, denn an ihrer Arbeitslosigkeit sind sie nicht selbst schuld. Wenn der Ausbau der Arbeitslosenfürsorge und die Beschaffung von Arbeit verlangt wird, erwartet man nicht von den reaktionären Parteien eine Gnade oder ein Geschenk für die Opfer des verfehlten Wirtschaftssystems, sondern eine selbstverständliche Pflichterfüllung."

"Von keinerlei sozialer Einsicht geleitet", so nennt das sozialdemokratische Blatt das Vorgehen des tschechischen Beamten, der lediglich von dem Bestreben beseelt ist, "für den Staat Ersparungen auf Kosten der hungernden Arbeitslosen..."

Man kann es verstehen, daß das Blatt nicht deutlich werden kann. Aber gerade diese Feststellung bestätigt ja nur die furchtbare Anklage, die dieses Buch erhebt:

Mit einer brutalen Rücksichtslosigkeit geht der tschechische Beamte im deutschen Gebiet vor, um auf Kosten der hungernden deutschen Arbeitslosen für "seinen" tschechischen Staat Ersparungen zu machen. Es gehört auf ein anderes Blatt geschrieben, daß es die sudetendeutschen Sozialdemokraten sind, die seit Jahr und Tag diese Hungerpolitik der tschechischen Regierung fördern und decken und es ihr Parteivorsitzender, Dr. Julius Czech, ist, der fast 6 Jahre an der Spitze des Ministeriums für soziale Fürsorge gestanden hat. Doch das nur nebenbei.

Einige andere Beispiele:

Die Bezirks-Fürsorgekommission in Hultschin hat beschlossen, daß denjenigen Arbeitslosen, die Anspruch auf Scheine der staatlichen Ernährungsaktion haben und ihre Kinder in deutsche Winkelschulen, bzw. in deutsche Schulen in Troppau schicken, diese Beiträge entzogen werden.104

[262] Eine Henleinanhängerin, Mutter von vier Kindern, wurde von der Gemeindesozialkommission vom Bezuge der staatlichen Ernährungskarten ausgeschlossen, obwohl sie hiezu berechtigt gewesen wäre. In ihrer Verzweiflung wandte sie sich an den zuständigen Referenten der Bezirksbehörde und bat ihn um seine Fürsprache bei der Bezirkssozialkommission. Als Antwort aber erhielt sie folgendes: Wenn sie nicht schaut, daß sie sofort hinauskommt, dann läßt er sie durch die Gendarmerie abführen. So geschehen am 15. September 1936 in Prachatitz im Zeichen demokratischer Gleichberechtigung!105

Die Bezirksbehörde in Plan (Böhmerwald) hat in den letzten Monaten nicht weniger als 900 Verwaltungs-Strafverfahren wegen angeblich

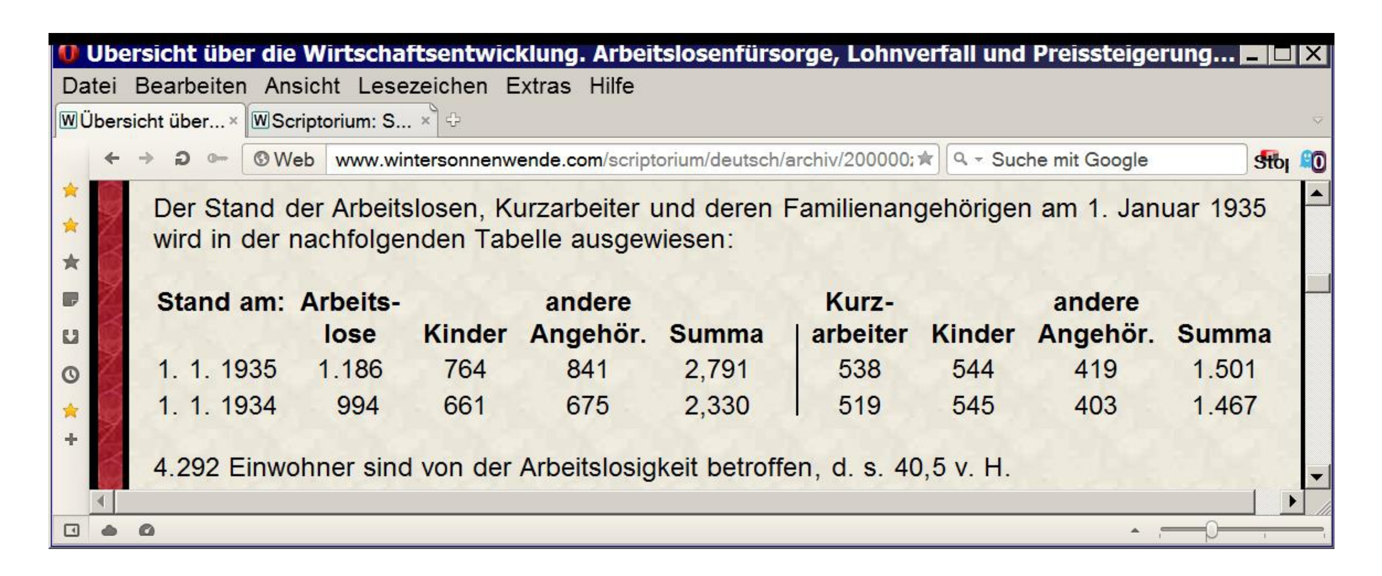
ungerechtfertigter Bewerbung um die Aufnahme in die staatliche Ernährungsaktion eingeleitet. (Zeit.)

Die Bezirksbehörde in St. Joachimsthal erklärte kürzlich: "Da ein Teil der Arbeitslosen bereits Beschäftigung gefunden hat und dem restlichen Teil Gelegenheit geboten ist, sich durch Sammeln von Beeren und Schwämmen einen kleinen Verdienst zu schaffen, wird gegenwärtig überhaupt kein Arbeitslosenbrot ausgegeben."

"Die Frau eines Leiermannes, Mutter von 3 Kindern, wohnhaft im Armenhaus einer kleinen Gemeinde Nordmährens, bewarb sich um eine Lebensmittelkarte der staatlichen Ernährungsaktion. Sie wurde abgewiesen, da sie wegen der Bettellizenz ihres Mannes nicht als unbedingt bedürftig anzusprechen sei..... (Zeit.)

Und so etwas ist möglich im Staate der Humanität!

An der Spitze der Gemeinden des Nordwestböhmischen Braunkohlengebietes, in denen sich die Krise katastrophal ausgewirkt hat, steht die Stadt Dux mit 13.094 Einwohnern. 72,5% der Einwohner sind Industriearbeiter:



Der Stand der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und deren Familienangehörigen am 1. Januar 1935 wird in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesen:

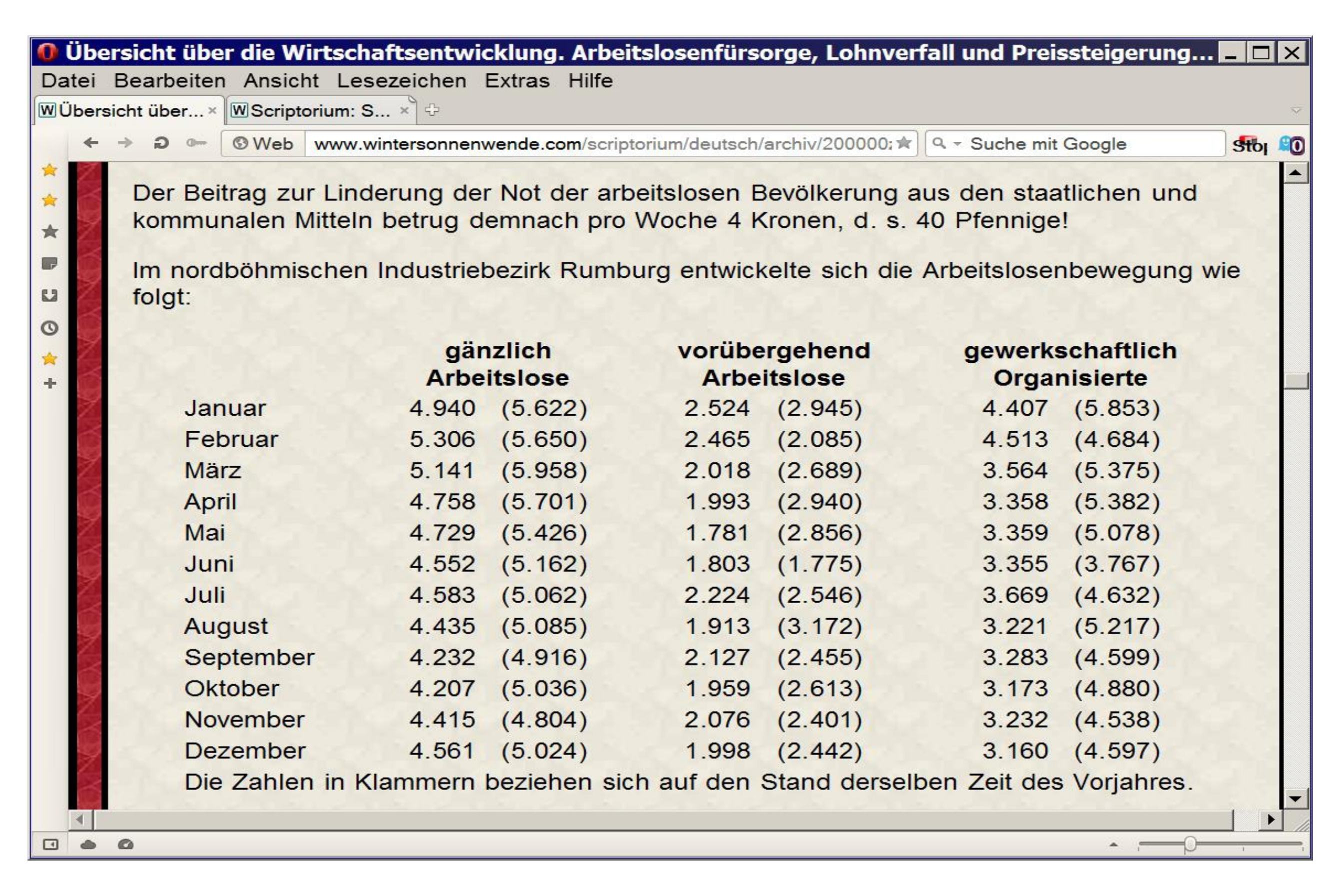
Stand am:	Arbeits-lose	Kinder	andere Angehör.	Summa	Kurz-arbeiter	Kinder	andere Angehör.	Summa
1. 1. 1935	1.186	764	841	2,791	538	544	419	1.501
1. 1. 1934	994	661	675	2,330	519	545	403	1.467

4.292 Einwohner sind von der Arbeitslosigkeit betroffen, d. s. 40,5 v. H.

Von der Gesamtzahl der 1.181 Arbeitslosen sind 794 Personen im Bezuge der staatlichen Lebensmittelkarten, 224 Personen beziehen Unterstützung nach dem Genter System und 168 Arbeitslose sind von der Unterstützungsaktion ausgeschieden.

[263] Die staatlichen Aktionen zur Linderung der Not der Arbeitslosen werden sowohl vom Bezirk als auch von der Gemeinde tatkräftig unterstützt und erforderten im Jahre 1934 folgenden Aufwand:

Staatliche	Ernährungsaktion	557.720,—
"	Milchaktion für Kinder	48.591,90
"	Weihnachtsaktion für Kinder	15.200,—
"	Brotaktion	137.466,—
"	Zuckeraktion	5.340,—
"	Beitrag zur Kartoffelaktion	31.526,—
"	außerordentlicher Beitrag	26.300,—
"	Beitrag für produktive Fürsorge	—,—
Geldwert der gespendeten Kohle		850,—
Beitrag d. Bez. zu den Aktionen		33.334,—
Bezirksausschuß für Heilfürsorge der Arbeitslosen		3.264,—
Weihnachtsspenden für arbeitslose Bergleute		6.748,55
Gemeinde zur	Suppenaktion	—,—
" "	Kartoffelaktion	12.074,—
" "	Brotaktion	11.079,70
" "	Mehlaktion	4.906,—
" "	Heilfürsorge der Arbeitslosen	4.000,—
" "	produktiven Fürsorge	—,—
Privatspenden, welche zur Deckung der oben angeführten Aktionen mit verwendet wurden		2.419,80
Insgesamt		900.819,95



Der Beitrag zur Linderung der Not der arbeitslosen Bevölkerung aus den staatlichen und kommunalen Mitteln betrug demnach pro Woche 4 Kronen, d. s. 40 Pfennige!

Im nordböhmischen Industriebezirk Rumburg entwickelte sich die Arbeitslosenbewegung wie folgt:

	gänzlich Arbeitslose		**vorübergehend Arbeitslose**		**gewerkschaftlich Organisierte**	
Januar	4.940	(5.622)	2.524	(2.945)	4.407	(5.853)
Februar	5.306	(5.650)	2.465	(2.085)	4.513	(4.684)
März	5.141	(5.958)	2.018	(2.689)	3.564	(5.375)
April	4.758	(5.701)	1.993	(2.940)	3.358	(5.382)
Mai	4.729	(5.426)	1.781	(2.856)	3.359	(5.078)
Juni	4.552	(5.162)	1.803	(1.775)	3.355	(3.767)
Juli	4.583	(5.062)	2.224	(2.546)	3.669	(4.632)
August	4.435	(5.085)	1.913	(3.172)	3.221	(5.217)
September	4.232	(4.916)	2.127	(2.455)	3.283	(4.599)
Oktober	4.207	(5.036)	1.959	(2.613)	3.173	(4.880)
November	4.415	(4.804)	2.076	(2.401)	3.232	(4.538)
Dezember	4.561	(5.024)	1.998	(2.442)	3.160	(4.597)

Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf den Stand derselben Zeit des Vorjahres.

[264] Die staatliche Ernährungsaktion zeigte folgende Bewegung:

Januar	2994	davon	ledig	1663	und	Haushaltungsvorstand	1300
Februar	3152	"	"	1816	"	"	1336
März	3208	"	"	1872	"	"	1336
April	3107	"	"	1780	"	"	1327
Mai	3057	"	"	1718	"	"	1339
Juni	2893	"	"	1764	"	"	1129
Juli	2951	"	"	1848	"	"	1103
August	2968	"	"	1858	"	"	1110
September	3051	"	"	1792	"	"	1259
Oktober	2947	"	"	1697	"	"	1250
November	3158	"	"	1939	"	"	1219
Dezember	3253	"	"	1938	"	"	1315

Von allen vorbenannten Zahlen entfallen ungefähr durchschnittlich auf Rumburg 28 v. H., auf Oberhennersdorf 13 v. H., auf Niederehrenberg 10 v. H., auf Schönborn 8 v. H., Schönlinde 20 v. H., Schönbüchel 8 v. H., Khaa 2 v. H., Wolfsberg 8 v. H. und Daubitz 3 v. H.

[265] An diese Arbeitslosen wurden durch die zuständigen Gemeinden außer der staatlichen Lebensmittelanweisung von 10 Kc für Ledige und 20 Kc für Haushaltungsvorstände noch für 167.835 Kc Milchkarten, 2.800 Kilo Zucker, 185 Tonnen Kohle und für 77.000 Kc Kartoffeln vom Staate zugewiesen. Die Zuweisungen durch die städtische Winterhilfe, bzw. Zuschüsse der betreffenden Gemeinden, werden durch diese direkt ausgewiesen werden und sind hier nicht beinhaltet.

Wir können auch in diesem Notstandsgebiet feststellen, daß weit mehr als 60 v. H. aller Erwerbslosen auf die sogenannten Czechkarten angewiesen sind.



[264] Zehntausende Brote, hunderttausende Suppen- und Milchportionen, Kleider und Wäsche verteilte die Sudetendeutsche Volkshilfe an die hungernden Volksgenossen. Aber der Hungernden sind zu viel. Wieviele Hungerjahre stehen dem Sudetendeutschtum noch bevor? Wieviel Elend, wieviel Not muß noch ertragen werden?

Aus der amtlichen Statistik über die Tätigkeit der Konsumvereine erhellt u. a. auch, in welch starkem Maße die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung sinkt. In Bezug auf die gekauften Lebensmittel ist festzustellen, daß sich der Absatz in steigendem Maße auf die qualitativ minderwertigeren konzentriert, es werden mehr Getreidekaffee als Bohnenkaffee, mehr Kartoffeln als Milchprodukte abgesetzt. Statt mit Zucker wird eher mit Ersatzstoffen gesüßt. Am stärksten ist die Kaufkraft der Mitglieder der deutschen Konsumvereine in der Republik zurückgegangen, nämlich von 7,04 auf 4,88 Kc pro Kopf in der Zeit vom Jahre 1929 bis 1934.

Unsagbares Elend und bittere Not ist in die Reihen der deutschen Arbeitsmenschen eingezogen. In dumpfer Verzweiflung stehen sie vor den Toren ihrer einstigen Arbeitsstätten, die sich ihnen kaum mehr öffnen werden. Krankheit und Leid herrscht in ihren Reihen und in ihren Familien, und der Tod hält reichlich Ernte.

Der Staat, der helfen sollte und könnte, sieht dem Niedergang teilnahmslos zu. Er hat das Industriesterben nicht aufgehalten, es liegt ihm auch an deutschen Menschen nichts. Am 1. Oktober 1936 trat eine Verordnung in Kraft, nach der Personen, die Arbeitskräfte suchen, verpflichtet sind, alle freigewordenen oder neuen Arbeitsplätze den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen zu melden. Danach kann kein sudetendeutscher Arbeitgeber selbst einen Volksgenossen einstellen oder sich um Vermittlung an die deutschen Verbände wenden, sondern muß amtlichen (lies tschechisch interessierten) Stellen den Arbeitsplatz melden. Offene Stellen können von der amtlichen Arbeitsvermittlung sogar zwangsbesetzt werden. Gewerkschaftliche Arbeitsvermittlungen werden unter gewissen Bedingungen noch gestattet, wenn sie sich z. B. verpflichten, mit den öffentlichen Arbeitsvermittlungen, vor allem hinsichtlich der Meldung freigewordener Stellen, zusammenzuarbeiten.

Der Sekretär des Arbeitsministers Dr. Křiž hat offen zugegeben, daß sich diese Verordnung gegen das Sudetendeutschtum richtet!

[266] c) Lohnverfall und Preissteigerung

Wie in jedem liberalistischen Wirtschaftssystem die Preisbildung von Nachfrage und Angebot bestimmt wird, so beeinflussen Absatz- und Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit das Lohnniveau. Und so führte auch in der Tschechoslowakei, vor allem aber in den sudetendeutschen Grenzgebieten, die rückläufige Wirtschaftsentwicklung und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu einem Lohnverfall.

Die Tschechoslowakei hat nie gute und hohe Löhne gezahlt, so daß selbst in

wirtschaftlichen Konjunkturzeiten das tägliche Durchschnittseinkommen eines Lohnarbeiters 19 Kc, d. s. 1.90 RM, niemals überschritt und somit das mit 6000 Kc, d. s. 600 RM, festgesetzte jährliche Existenzminimum nicht erreicht wurde. Seither war es auf 15,65 Kc, d. s. 1,56 RM, herabgesunken und erst 1936 ganz unbedeutend auf 15.81 Kc angestiegen. Über den Beschäftigungsumfang und die Lohnbewegung geben die amtlichen Ziffern der staatlichen Sozialversicherungsanstalt, der alle Lohnarbeiter angehören müssen, erschöpfende Auskunft. Die folgenden Zusammenstellungen und Vergleiche (auch die Tabelle VIII im Anhang [Scriptorium merkt an: diese fehlt leider in unserer Vorlage]) beziehen sich immer auf das 1. Vierteljahr des betreffenden Jahres unter Berücksichtigung der 10 Krankenversicherungslohnklassen des täglichen Durchschnittslohnes, der Versichertenzahl und der Vierteljahrsdurchschnitte.106

Darnach ergibt sich zunächst, daß die Zahl der Pflichtversicherten von 2,190.878 am 31. Januar 1929 auf 1,733.000, d. i. um 457.378, zurückgegangen ist. (Siehe Tabelle VIII im Anhang. [Scriptorium merkt an: fehlt leider.]) Zugleich ist der tägliche Durchschnittslohn für jeweils das 1. Vierteljahr von 18,48 im Jahre 1929 auf Kc 15,79 herabgesunken.

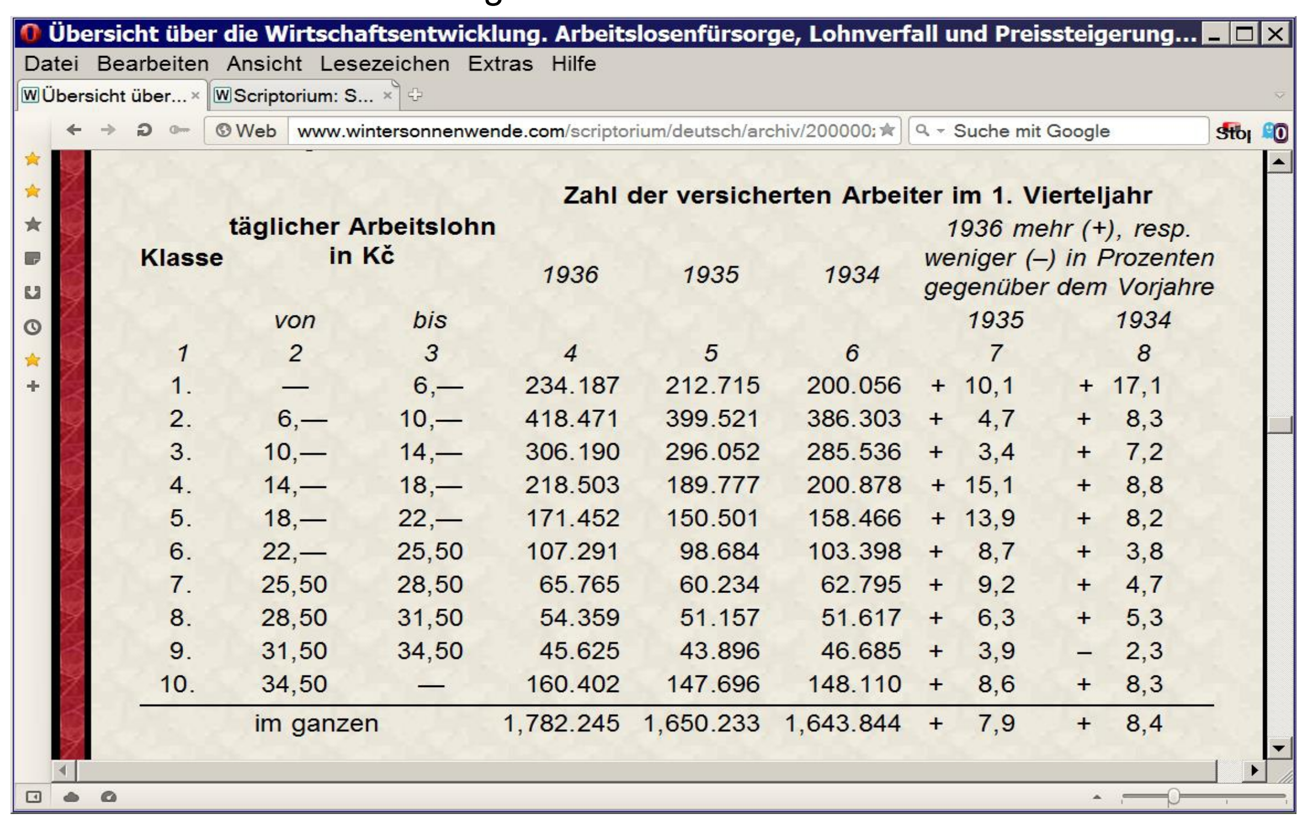
Berechnet man die diesen Durchschnittslöhnen entsprechenden Lohnsummen, ergibt sich bei Zugrundelegung der Versichertenzahl des Jahres 1936 für die ersten drei Monate des heurigen Jahres eine Lohneinbuße von rund 460 Millionen. Mit anderen Worten: während der ersten drei Monate des heurigen Jahres war das Lohneinkommen von 1,782.267 Versicherten gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1929 und der gleichen Versichertenzahl monatlich um rund 153 Millionen und täglich um mehr als 5 Millionen niedriger.

Der Schwund des Lohneinkommens läßt sich auch aus den Zusammenstellungen über die Besetzung der zehn Lohnklassen berechnen. Während noch in [267] den ersten Vierteljahren 1929 und 1930 ein Viertel aller Versicherten in den sechs höheren Lohnklassen eingereiht war, wurde dieser Anteil in den folgenden Jahren immer geringer, und beträgt im heurigen ersten Vierteljahr nur noch ein Siebentel. In Ziffern ausgedrückt bedeutet dies, daß im ersten Vierteljahr 1929 523.346 Versicherte einen 18 Kc übersteigenden Tageslohn hatten, wogegen es im gleichen Zeitabschnitt 1936 nur 261.990 Versicherte mit diesem Lohneinkommen gegeben hat. Die Versichertenzahl mit einem 18 Kc übersteigenden Tageslohn ist daher im heurigen ersten Vierteljahr, verglichen mit dem gleichen Zeitabschnitt 1929, auf die Hälfte gesunken.

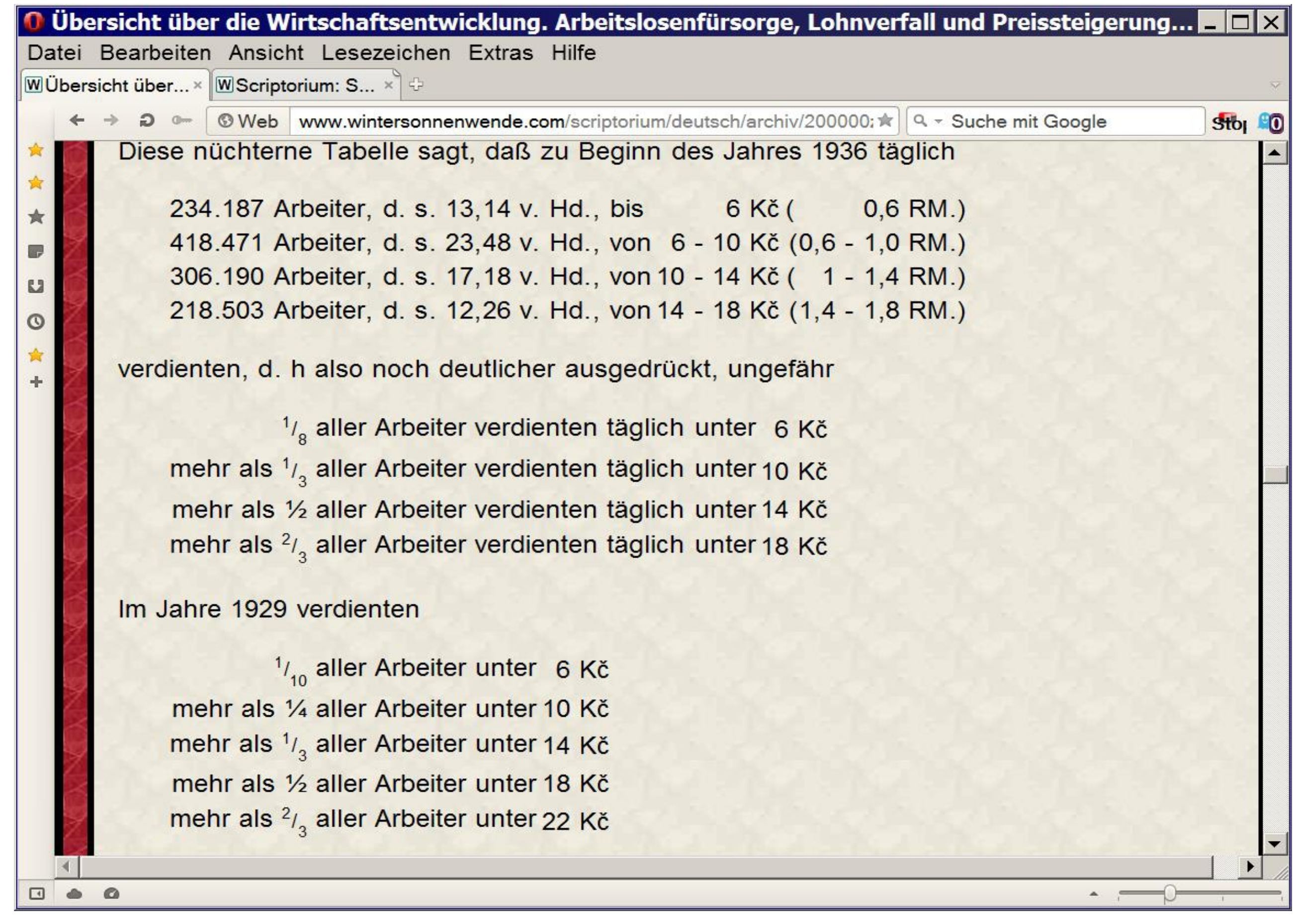
Der Lohnverfall aber kommt am klarsten in dem Anwachsen der Versicherten in den niedrigsten Lohnklassen zum Ausdruck.

Während im 1. Vierteljahr 1930 von 10.000 versicherten Lohnarbeitern nur 997 in die niedrigste Lohnklasse fielen, waren es 1936 1314, d. h. ihr tägliches Lohneinkommen war niedriger als 6 Kc, d. s. 60 Pf.107

[268] In der nachfolgenden Übersicht sind die auf die einzelnen Lohnklassen entfallenden Versicherten angeführt:



Klasse	täglicher Arbeitslohn in Kč		Zahl der versicherten Arbeiter im 1. Vierteljahr			1936 mehr (+), resp. weniger (–) in Prozenten gegenüber dem Vorjahre	
	von	bis	1936	1935	1934	1935	1934
1	2	3	4	5	6	7	8
1.	—	6,—	234.187	212.715	200.056	+ 10,1	+ 17,1
2.	6,—	10,—	418.471	399.521	386.303	+ 4,7	+ 8,3
3.	10,—	14,—	306.190	296.052	285.536	+ 3,4	+ 7,2
4.	14,—	18,—	218.503	189.777	200.878	+ 15,1	+ 8,8
5.	18,—	22,—	171.452	150.501	158.466	+ 13,9	+ 8,2
6.	22,—	25,50	107.291	98.684	103.398	+ 8,7	+ 3,8
7.	25,50	28,50	65.765	60.234	62.795	+ 9,2	+ 4,7
8.	28,50	31,50	54.359	51.157	51.617	+ 6,3	+ 5,3
9.	31,50	34,50	45.625	43.896	46.685	+ 3,9	– 2,3
10.	34,50	—	160.402	147.696	148.110	+ 8,6	+ 8,3
	im ganzen		1,782.245	1,650.233	1,643.844	+ 7,9	+ 8,4



Diese nüchterne Tabelle sagt, daß zu Beginn des Jahres 1936 täglich

234.187 Arbeiter, d. s. 13,14 v. Hd., bis 6 Kč (0,6 RM.)
418.471 Arbeiter, d. s. 23,48 v. Hd., von 6 - 10 Kč (0,6 - 1,0 RM.)
306.190 Arbeiter, d. s. 17,18 v. Hd., von 10 - 14 Kč (1 - 1,4 RM.)
218.503 Arbeiter, d. s. 12,26 v. Hd., von 14 - 18 Kč (1,4 - 1,8 RM.)

verdienten, d. h also noch deutlicher ausgedrückt, ungefähr

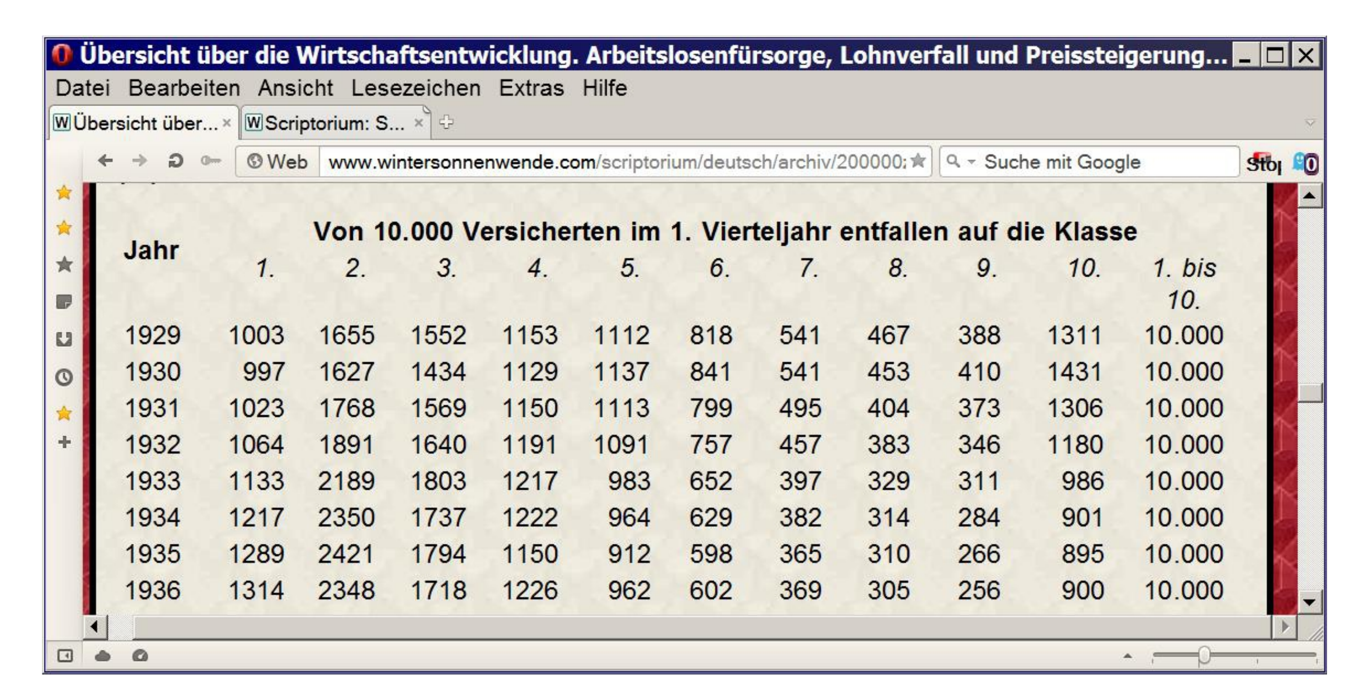
$^{1}/_{8}$ aller Arbeiter verdienten täglich unter 6 Kč
mehr als $^{1}/_{3}$ aller Arbeiter verdienten täglich unter 10 Kč
mehr als ½ aller Arbeiter verdienten täglich unter 14 Kč
mehr als $^{2}/_{3}$ aller Arbeiter verdienten täglich unter 18 Kč

Im Jahre 1929 verdienten

$^{1}/_{10}$ aller Arbeiter unter 6 Kč
mehr als ¼ aller Arbeiter unter 10 Kč
mehr als $^{1}/_{3}$ aller Arbeiter unter 14 Kč
mehr als ½ aller Arbeiter unter 18 Kč
mehr als $^{2}/_{3}$ aller Arbeiter unter 22 Kč

Während also die Zahl der Versicherten in den unteren Lohnklassen zugenommen hat, nimmt sie in den letzten Klassen, wie aus der folgenden Gegenüberstellung klar ersichtlich wird, erheblich ab.

[269]



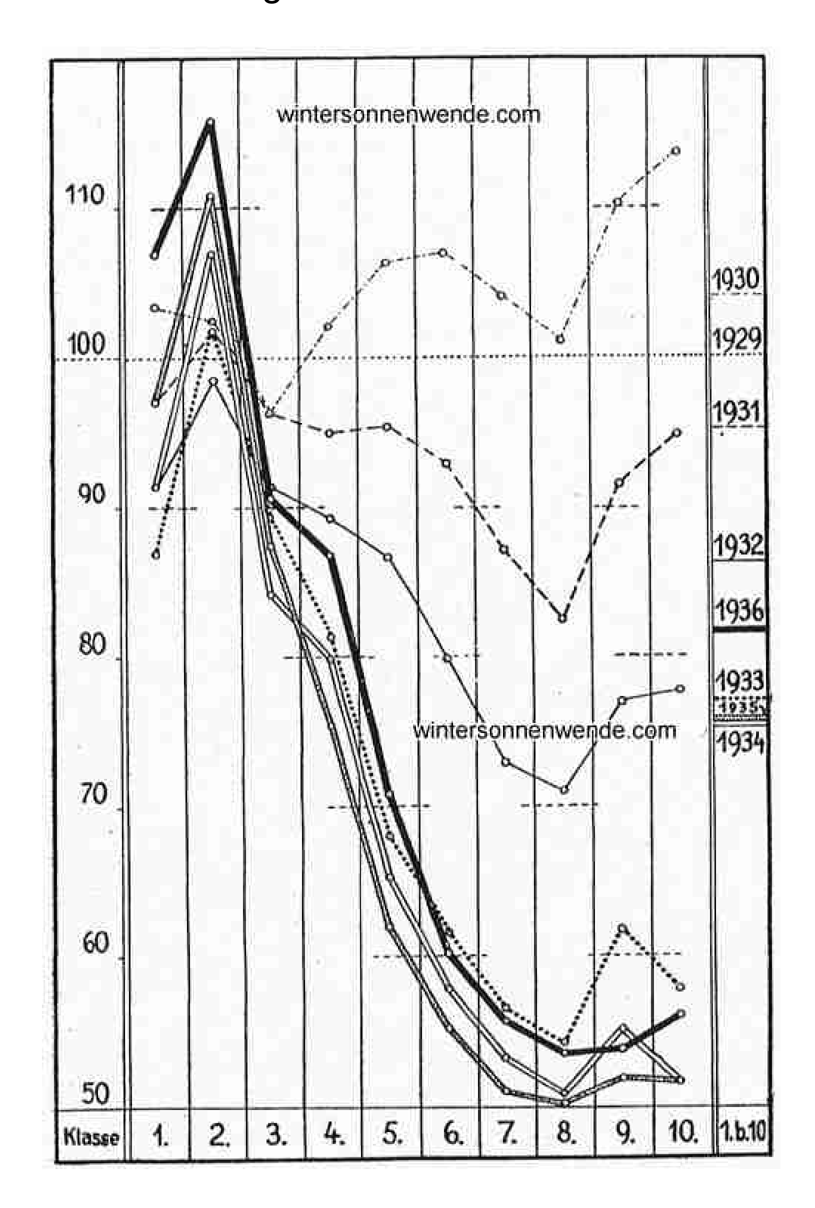
Jahr	Von 10.000 Versicherten im 1. Vierteljahr entfallen auf die Klasse										
	1.	*2.*	*3.*	*4.*	*5.*	*6.*	*7.*	*8.*	*9.*	*10.*	*1. bis 10.*
1929	1003	1655	1552	1153	1112	818	541	467	388	1311	10.000
1930	997	1627	1434	1129	1137	841	541	453	410	1431	10.000
1931	1023	1768	1569	1150	1113	799	495	404	373	1306	10.000
1932	1064	1891	1640	1191	1091	757	457	383	346	1180	10.000
1933	1133	2189	1803	1217	983	652	397	329	311	986	10.000
1934	1217	2350	1737	1222	964	629	382	314	284	901	10.000
1935	1289	2421	1794	1150	912	598	365	310	266	895	10.000
1936	1314	2348	1718	1226	962	602	369	305	256	900	10.000

Die Lohnbewegung der pflichtversicherten Arbeiter zeigt in der graphischen Darstellung folgendes Abwärtsgleiten: [Scriptorium merkt an: rechts.]

[270] Nicht besser, eher schlechter, liegen die Lohnverhältnisse bei den Privatangestellten in Handel und Industrie, bei den Arbeitern und Angestellten im Staatsdienst, in der Landwirtschaft und Heimarbeit.

Nach den Erhebungen der Allgemeinen Pensionsanstalt stellen sich die Gehaltsverhältnisse der Privatangestellten wie folgt: Der Rückgang der Dienstbezüge ist bisher nicht zum Stillstand gekommen. Die Bezüge wurden in den Jahren der Krise fortschreitend herabgesetzt, und zwar im Jahre 1931 gegenüber dem Stande von 1929 um 4,55 Prozent, 1933 gegen 1929 um 10,72 Prozent und 1934 gegen 1929 um 12,96 Prozent, 1935 gegen 1929 um 13,88 Prozent. Die jährlichen Dienstbezüge der bei der Pensionsanstalt pflichtversicherten Personen haben sich im Jahre 1935 im Durchschnitt auf 13.650, 1934 auf 14.280 gesenkt, sie beliefen sich 1933 auf 14.648, 1931 auf 15.660 und 1929 auf 16.405 Kc.
Die weiblichen Angestellten wurden von den Gehaltskürzungen stärker betroffen als die männlichen. Bei diesen hat sich der Versicherungsbeitrag gegen 1929 bloß um 8,5 Prozent, bei jenen dagegen um 12,4 Prozent gesenkt. Die Dienstbezüge sind bei den männlichen Privatangestellten in den Jahren 1930 bis 1936 um 13,8 Prozent, bei den weiblichen Angestellten um 14,6 Prozent gesenkt worden. Der Gesamtrückgang ist größer als der

Einzelrückgang bei Männern und Frauen, da die relative Anzahl der schlechter entlohnten Frauen gewachsen ist.

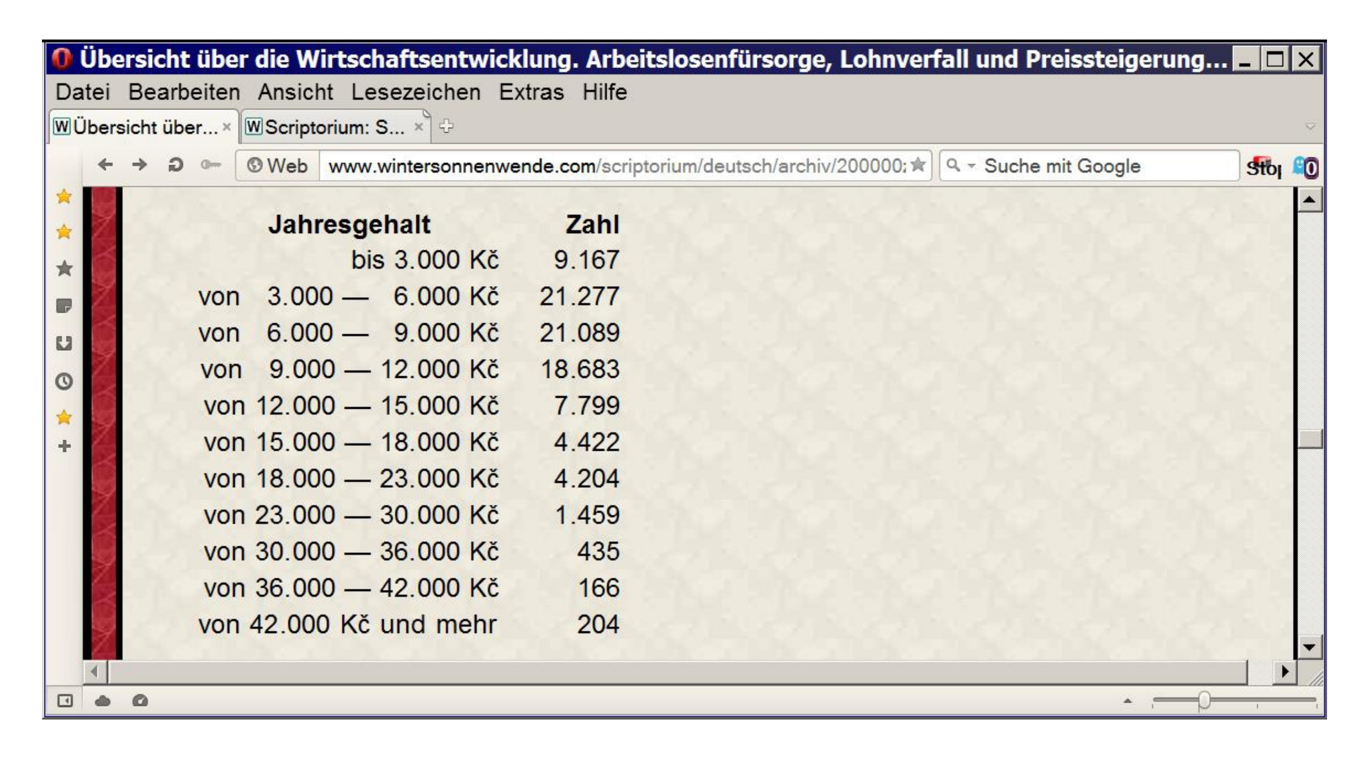


[269] Löhne der pflichtversicherten Arbeiter.

Die Durchschnittslöhne der Arbeiter im Staatsdienste erreichen kaum den Durchschnitt der sonstigen Lohnarbeiter, das errechnete Tageseinkommen der Landwirtschaft und Heimarbeiter erreicht kaum 10,6 Kc. Das jährliche Einkommen eines niederen Beamten oder Angestellten im Staatsdienst bewegt sich zwischen 6 - 12.000 Kc. Beamte mit Mittelschulbildung erhalten 9 - 24.000 Kc und Beamte mit Hochschulbildung erreichen, sofern sie nicht im höheren Verwaltungsdienst stehen, kaum mehr als 40.000 Kc.

In diesem Zusammenhang seien auch die Lohnverhältnisse der weiblichen Angestellten in Privatdiensten erwähnt, weil sie zeigen, in welch schamloser Weise die weiblichen Angestellten ausgenützt werden.

Die Zahl der weiblichen Angestellten in Privatdiensten ist in den letzten Jahren bedeutend gestiegen, so daß gegenwärtig allein bei der Allgemeinen Pensionsanstalt fast 90.000 weibliche Versicherte sind. Es handelt sich meist um Töchter von öffentlichen und privaten Angestellten, aber auch um Töchter von Arbeitern, Gewerbetreibenden, kleinen Unternehmern und Landwirten. Nach einer Statistik der Allgemeinen Pensionsanstalt vom Ende des Jahres 1933 waren die weiblichen Versicherten in folgende Gehaltsklassen eingeteilt: [271]



Jahresgehalt	Zahl
bis 3.000 Kč	9.167
von 3.000 — 6.000 Kč	21.277
von 6.000 — 9.000 Kč	21.089
von 9.000 — 12.000 Kč	18.683
von 12.000 — 15.000 Kč	7.799
von 15.000 — 18.000 Kč	4.422
von 18.000 — 23.000 Kč	4.204
von 23.000 — 30.000 Kč	1.459
von 30.000 — 36.000 Kč	435
von 36.000 — 42.000 Kč	166
von 42.000 Kč und mehr	204

Aus dieser Statistik geht hervor, daß 57,9 v. H. der Frauen in privaten Diensten wöchentlich bis 187,5 Kc, d. s. 18,75 RM, verdienen. Die absolut und relativ (23,9 Prozent) größte Zahl der berufstätigen Frauen verdient wöchentlich 64,5 bis 125 Kc, d. s. 6,45 bis 12,50 RM.

Den Auftakt zu diesem rapiden Lohnverfall gab der Staat selbst mit seiner Gehaltsabbauverordnung Nr. 204 vom Jahre 1932, nach der die Gehälter und Pensionen der Arbeiter, Beamten und Lehrer um10 v. H. gekürzt worden sind, und der Verordnung Nr. 252 vom Jahre 1933 über den 50prozentigen Abzug der Nebenerwerbseinkommen der Pensionisten zu Lasten ihrer Ruhegenüsse und jener über die Kürzung der Funktionszulagen und über die Abzüge bei Beförderungen.

Die richtige Vorstellung von den Lohnverhältnissen gewinnt man aus den folgenden Einzelheiten:

Das jährliche Gesamteinkommen ist von 1929 bis 1936 von 14,4 Milliarden auf 7,8 Milliarden zusammengeschrumpft, wobei 60 von Hundert des Ausfalles auf Arbeitslosigkeit und 40 v. H. auf den Verfall des Lohnniveaus

zurückzuführen sind. So ist z. B. das wöchentliche Lohnvolumen

in	Kotten bei Grottau	von	111.000	auf	14.000 Kč
	Oberkratzau	"	172.000	"	33.200 "
	Machendorf	"	91.500	"	1.535 "

herabgesunken, um nur einige Beispiele anzuführen.

Eine Übersicht über die Lohnbewegung in den einzelnen Industriezweigen zeigt, daß sich das Lohnniveau in der Schwerindustrie (Eisen- und Rüstungsindustrie), die also vornehmlich für den Inlandsmarkt arbeitet und in jener Exportindustrie, die sich mit der Herstellung landwirtschaftlicher Produkte beschäftigt, wie die Spiritus- und Zuckerindustrie gut behauptet hat. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß diesen Industriezweigen seitens des Staates eine [272] ausgiebige Förderung zuteil geworden ist und diese fast ausschließlich im tschechischen Sprachgebiet liegen. Um so katastrophaler ist der Lohnverfall in jenem Teil der Exportindustrie, der das weit größere Exportvolumen ausfüllt, nämlich der Textil-, Glas- und Porzellan-Industrie, der Erzeugung von Musikinstrumenten und künstlichen Blumen. Diese Industriezweige aber liegen fast ausnahmslos im sudetendeutschen Gebiet und haben in all den Jahren des wirtschaftlichen Verfalles von seiten des Staates auch nicht die geringste Förderung erfahren. Das Prager Wirtschaftsblatt Der Börsenkurier108 zeigt für den enormen Verfall der Löhne in diesen Industriezweigen einen interessanten Vergleich mit den vom Internationalen Arbeitsamt in Genf im Oktober 1935 ermittelten Durchschnittslöhnen in der Textilindustrie in Japan, das in der Welt bekanntlich als das klassische Land der niedrigsten Löhne gilt. Darnach erhält ein Textilarbeiter im Tagesdurchschnitt 1 Yen 336 Rin, d. s. ca. 9,33 Kc, eine Arbeiterin 0.637 Yen, d. s. 4,46 Kc täglich. In der Tschechoslowakei ist der Kollektivvertragslohn heute das Lohnmaximum. Der qualifizierte Arbeiter verdient durchschnittlich 160 bis 180 Kc wöchentlich, sein jährliches Realeinkommen liegt aber unter diesem Durchschnitt, da es fast keinen Betrieb gibt, der nicht mehrere Wochen im Jahre aussetzt. Vielfach wird aber unter den Vertragslöhnen gezahlt und in der Weberei und Spinnerei nur Wochenlöhne von 43 bis 50 Kc gezahlt, was einem Taglohn von 7,20 bis 8,30 Kc bei achtstündiger Arbeitszeit entspricht.

Kraß ist der Lohnverfall überall dort, wo in der Erzeugung neben Betriebsarbeitern auch Heimarbeitskräfte beteiligt sind. Hier sind Tagesverdienste, die noch weit unter dem Niveau der japanischen Löhne liegen. So bewegen sich die Verdienste einer Heimarbeiterin der Stickerei-Industrie (Asch, Weiperter Gebiet) zwischen 2,60 Kc bis 5 Kc pro Tag bei nahezu unbeschränkter Arbeitszeit. Um 3 Kc täglich bewegt sich auch der

Tagesverdienst der vielen Spitzenklöpplerinnen im Erzgebirge. Das langt für Kartoffeln und vielleicht etwas Kornkaffee, zu mehr auf keinen Fall. In der Hemdenindustrie, in der zumeist in Betrieben nur zugeschnitten wird und Fertigarbeit von Heimarbeiterinnen besorgt wird, werden in manchen Gegenden 80 Heller pro Stück gezahlt, wobei die Arbeiterin noch den Zwirn beistellen muß. Wenn dabei ein Tagesverdienst von 5 Kc heraussehen soll, muß sehr fleißig und mehr als 8 Stunden gearbeitet werden. Dasselbe gilt für die Schürzenindustrie. Hier werden pro Schürzenähen 50 Heller gezahlt. Ebenso sind bei den Heimarbeitern der Kunstblumenindustrie durchschnittlich Tagesverdienste von 4 bis 5 Kc die Regel. Sehr kraß liegen auch die Verhältnisse in der Musikinstrumentenindustrie der Gebiete Graslitz und Schönbach. Die Industrie ist mit nahezu 90 Prozent ihrer Erzeu- [273] gung auf Export eingestellt und der Export ist von ca. 30 Millionen Kc im Jahre 1928 und 1929 auf 3,7 Millionen im Jahre 1933 gefallen und hat sich nach der Devalvation wieder um ca. 25 Prozent erhöht. Gegenüber der Konkurrenz von Deutschland und Japan hat diese Industrie eingesetzt, was sie einsetzen konnte. Der Preisverfall ist enorm und hält mit dem Lohnverfall Schritt. Ein Werkführer, der früher auf 300 bis 500 Kc wöchentlich zu stehen kam, erreicht heute höchstens bis 160 Kc, sein jährliches Realeinkommen kann aber nicht auf dieser Grundlage errechnet werden, da es fast keinen Arbeiter gibt, der ununterbrochen das ganze Jahr beschäftigt wäre. Noch ärger liegen die Verhältnisse in der Holzinstrumentenfabrikation, besonders in der Geigenfabrikation. Die Anfertigung der einzelnen Bestandteile der Geigen geschieht im Heimvertrieb. Die Löhne, die hiefür gezahlt werden, sind fast nicht mehr zu unterbieten. So wird z. B. für die Anfertigung von einem Dutzend Geigenböden aus Ahorn - die mit der Hand geschnitzt werden - nur 10 Kc gezahlt. Das ist gut zwei Tage Arbeit bei 10 - 12stündiger Arbeitszeit. Ein Dutzend Geigendecken, die aus weichem Holz hergestellt werden können, wird mit 5 bis 6 Kc bezahlt. Ein Dutzend geschnitzte Geigenhälse aus hartem Holz mit 10 Kc, das ist ebenfalls zwei Tage harte Arbeit. Und trotzdem können wir nur mit Mühe unseren Export behaupten, verlieren wir einen Markt nach dem anderen. Relativ behauptet hat sich das Lohnniveau in der Porzellanindustrie. Die Gesamtzahl der in dieser Industrie Beschäftigten ist aber in der Zeit von 1929 bis 1935 von 20.000 auf 9.600 gesunken. Während in den Jahren 1928 und 1929 noch gegen 120 bis 127 Millionen Kc jährlich an Löhnen allein ausgezahlt wurden, ist diese Lohnsumme im Jahre 1935 auf 53 Mill. Kc. gesunken. Wer die Verschuldung der Porzellanindustrie kennt, weiß wie weit der Einsatz der Substanz gegangen ist und daß er noch weiter geht. Wohl beträgt heute nach durchgeführter Devalvation der Kilogrammpreis für exportiertes Porzellan nach wie vor ca. 8,40 Kc, doch ist heute in diesem Kilogrammpreis Qualitätsporzellan enthalten, während früher die Kommerzware überwog. Und so zeigt sich weiter ein starker Verfall der Löhne in der Gablonzer Industrie, wo es zum Teil auch schon zu Tagesverdiensten von 3 und 5 Kc gekommen ist, in der Nirdorfer Messerindustrie und der Spielwarenindustrie und auch in der

Handschuhindustrie in Kaaden und Abertham.



[274] Ritschka im Adlergebirge.
Die ärmsten Holzspanschachtelmacher leben hier.

Stundenlöhne von 1 Kc, d. s. 10 Pfg., sind also keine Einzelerscheinung. Im Adlergebirge verdiente ein Hausbetrieb mit 4 Arbeitskräften für die Erzeugung von 10.000 Holzspanschachteln, die bei täglich 16-stündiger Arbeitszeit in einer Woche hergestellt werden können, einen Bruttolohn von 120 Kc, d. s. 12 RM. Davon gehen ab: 65 Kc (6,5 RM) für Holz, 20 Kc (2 RM) für Leim, bleiben 35 Kc (3,5 RM) für vier Personen bei einer 16-stündigen [274] täglichen Arbeitszeit. Der Stundenlohn dieser deutschen Arbeitsmenschen beträgt demnach 8 Heller, d. s. 0,8 Pfennige!

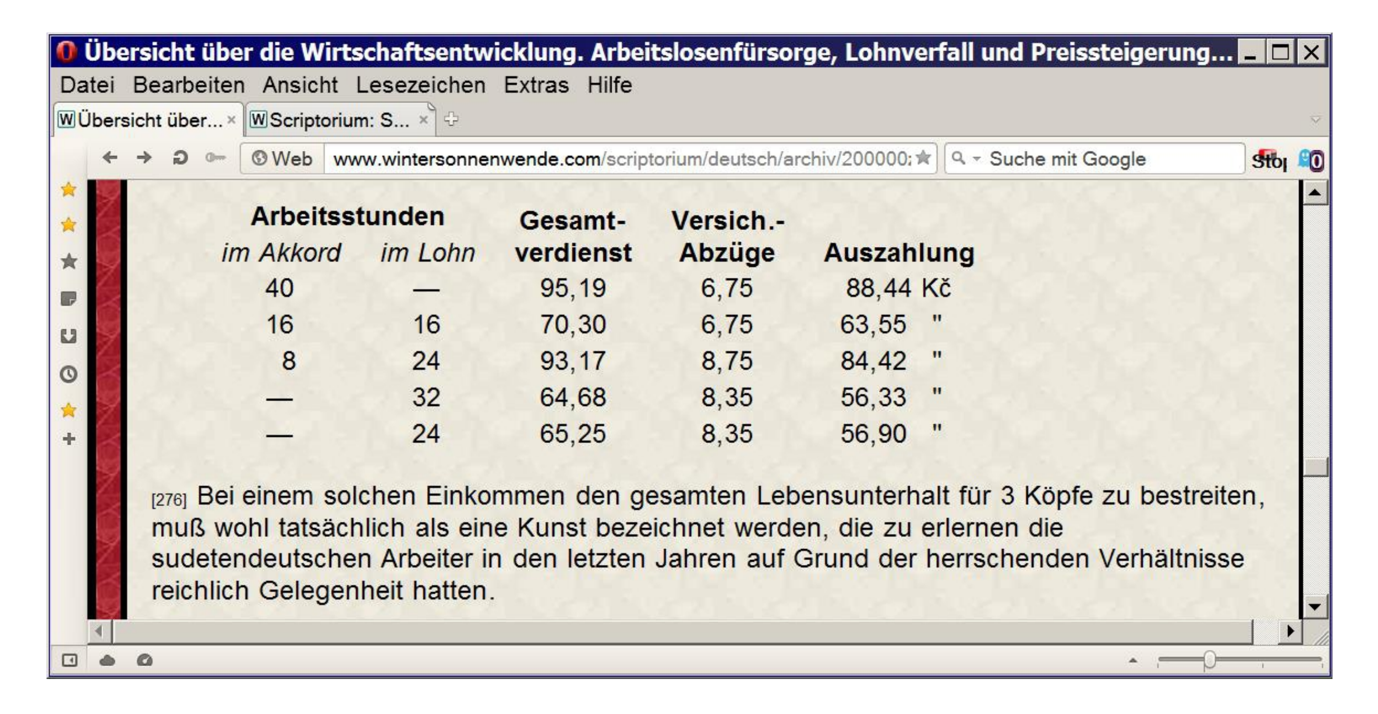
Im rein deutschen Bezirke Graslitz im Erzgebirge bewegen sich die Verdienste der in Beschäftigung stehenden Arbeiter zwischen 80,— Kc bis 180,— Kc wöchentlich. Wie stark die Löhne in diesem Gebiete seit 1928 gefallen sind, geht aus einem Vergleich der gegenwärtigen Durchschnittslöhne in der Stickerei- und Textilindustrie mit jenen des Jahres 1928 hervor. Im Jahre 1934 betrug der Durchschnittslohn für eine Stepperin 1,85 (im Jahre 1928 dagegen noch 2,— Kc), für eine Stickerin 2,60 (3,20) Kc, für eine Hefterin 1,65 (1,80) Kc, für eine Ausschneiderin 1,15 (1,30) Kc, für eine Büglerin 1,70 (1,90) Kc, und für einen Drucker 3,50 (4,50) Kc. Die Verdienste der Heimarbeiter sind sogar viel geringer und bewegen sich häufig zwischen 40,— und 140,— Kc monatlich.

In der Industriestadt Freudenthal, die rund 8000 Einwohner zählt, waren im Jahre 1929 in vier großen Textilbetrieben noch rund 2700 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Der Durchschnittslohn für einen Weber betrug bei 48-stündiger Arbeitswoche (also bei Vollarbeit) 130 bis 150 Kc in der Woche. Die anderen Textilarbeiterkategorien verdienten im Durchschnitt 120 bis 130 Kc wöchentlich. Die bestehenden Baufirmen, Ziegeleien, Säge- und Schotterwerke Freudenthals beschäftigten im Jahre 1929 noch rund 500

Arbeiter bei einem Durchschnittslohn von 140 bis 170 Kc pro Woche für Maurer und 120 bis [275] 150 Kc wöchentlich für die übrigen Kategorien. Zahlreiche kleingewerbliche Betriebe florierten und vermochten ihre Arbeitnehmer so zu entlohnen, daß wenigstens deren Existenz sichergestellt war. Von einer Arbeitslosigkeit war selbst im Jahre 1929 in Freudenthal nicht allzuviel zu spüren.

Wesentlich anders ist es jedoch um die wirtschaftliche Lage Freudenthals im Jahre 1935 bestellt. Von den vier Großbetrieben ist der größte vollständig stillgelegt. Zwei andere Betriebe weisen heute nur noch ein Zehntel, der vierte nur noch zwei Drittel des Belegschaftsstandes vom Jahre 1929 auf. Insgesamt sind heute in der Textilindustrie von Freudenthal nur noch rund 700 Personen beschäftigt. Jedoch auch diese arbeiten in Wirklichkeit nur ein halbes Jahr. Die andere Hälfte des Jahres müssen sie "aussetzen". Die Entlohnung ist erschreckend niedrig. Seit 1929 herrscht in der Freudenthaler Textilindustrie ein vertragsloser Zustand. Weber verdienen heute bei 48-stündiger Arbeitsleistung einen Durchschnittslohn von 40 bis 70 Kc in der Woche, die übrigen Textilarbeiter sogar nur einen solchen von 40 bis 60 Kc wöchentlich. Die Löhne wurden somit seit 1929 um mehr als 50 v. H. gesenkt. Die Bautätigkeit Freudenthals ruht heuer ganz. In einer Stadt mit 8000 Einwohnern ist bisher nicht ein einziger Neubau zu verzeichnen. Lediglich bei der Reparatur von Häusern und Wohnungen ist eine geringe Anzahl von Bauarbeitern beschäftigt. Hiebei handelt es sich allerdings nur um kurzfristige Arbeitsmöglichkeiten. Wohl sind die Bauarbeiterlöhne auf Grund eines Schiedsspruches des Brünner Schiedsgerichtes für Bauarbeiter fast dieselben geblieben wie früher. Was nützen jedoch Lohnziffern auf dem Papier, wenn die Arbeitsmöglichkeiten fehlen, durch die sie ins Verdienen gebracht werden. Das vollständige Ruhen der Bautätigkeit zeitigt natürlich auch katastrophale Auswirkungen auf die Ziegeleien, Säge- und Schotterwerke sowie auf die kleingewerblichen Betriebe der Schlosser, Schmiede, Spengler, Tischler, Installateure, Dachdecker usw. Alles in allem ein Bild des Jammers und der Verelendung. Und doch nur ein Ausschnitt aus der großen sudetendeutschen Not, die kein Winkelchen der einst so industriereichen und arbeitsfreudigen Heimat verschont läßt.

In einer Glasfabrik im rein deutschen Aussiger Bezirke erzielte ein Arbeiter, der Frau und Kind zu versorgen hat und bei anstrengender Arbeit an der Pfanne beschäftigt ist, in 5 aufeinander folgenden Wochen der letzten Zeit den nachangeführten Verdienst:



Arbeitsstunden im Akkord	Arbeitsstunden im Lohn	Gesamt-verdienst	Versich.-Abzüge	Auszahlung
40	—	95,19	6,75	88,44 Kč
16	16	70,30	6,75	63,55 "
8	24	93,17	8,75	84,42 "
—	32	64,68	8,35	56,33 "
—	24	65,25	8,35	56,90 "

[276] Bei einem solchen Einkommen den gesamten Lebensunterhalt für 3 Köpfe zu bestreiten, muß wohl tatsächlich als eine Kunst bezeichnet werden, die zu erlernen die sudetendeutschen Arbeiter in den letzten Jahren auf Grund der herrschenden Verhältnisse reichlich Gelegenheit hatten.

Unter solchen Verhältnissen ist es nicht verwunderlich, daß die Tschechoslowakei in Bezug auf die Lohnhöhe mit an der letzten Stelle marschiert. Das mußte in letzter Zeit selbst von tschechischen Kreisen zugegeben werden. Nach Angaben des tschechischen Metallarbeiterverbandes in Prag betrug der Durchschnittsstundenlohn eines qualifizierten Metallarbeiters im Jahre 1931 - 4,69 Kc; 1932 - 4,49 Kc; 1933 - 4,38 Kc und 1934 - 4,23 Kc. Nach den Ermittlungen des Schweizerischen Konjunkturinstitutes machten die Stundenlöhne der qualifizierten Metallarbeiter in den nachstehend angeführten Ländern im Jahre 1933 (in Kc umgerechnet) folgende Höhe aus:

U.S.A.	16,69 Kč
Schweiz	11,38 Kč
Niederlande	10,04 Kč
Deutschland	9,59 Kč
England	9,36 Kč
Norwegen	8,97Kč
Schweden	8,58 Kč
Frankreich	8,20 Kč
Italien	6,55 Kč
Belgien	6,08 Kč
Österreich	5,61 Kč
Ungarn	4,44 Kč
Tschechoslowakei	4,38 Kč

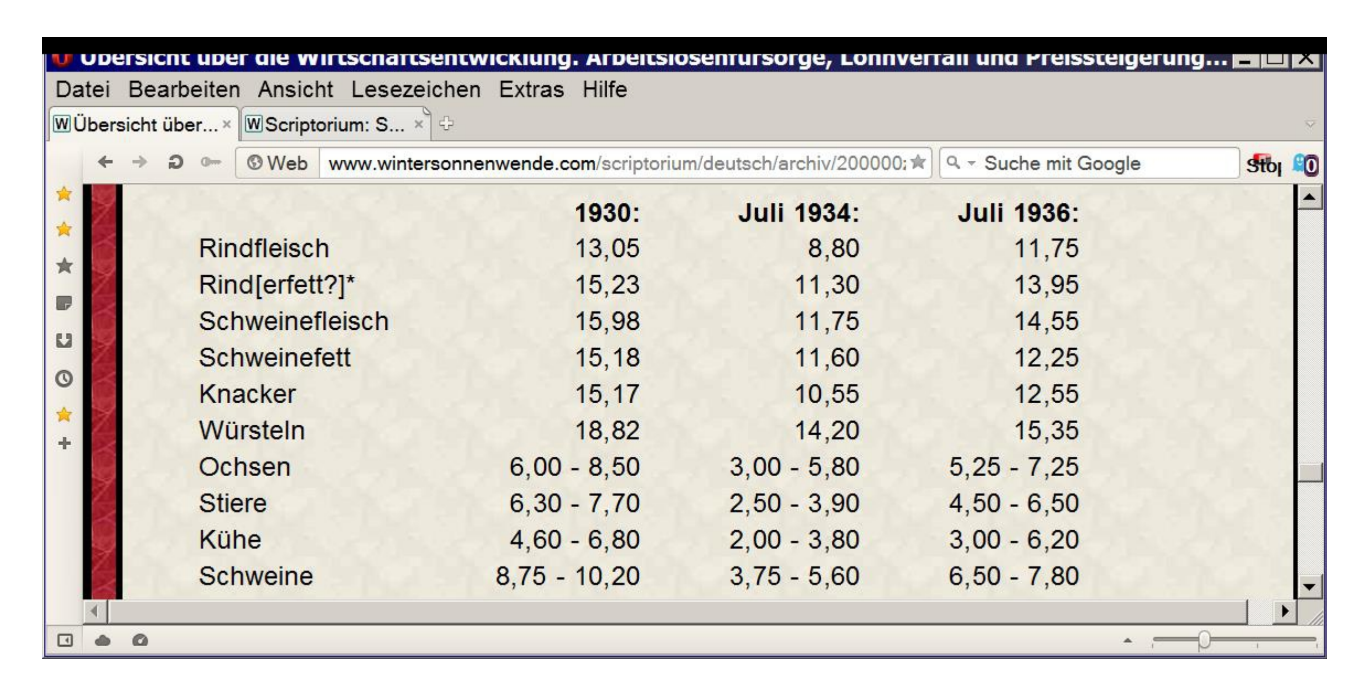
Die Tschechoslowakei steht somit unter diesen Ländern an letzter Stelle, wozu vor allem die niederen Löhne in den sudetendeutschen Gebieten

wesentlich beitragen.**109**

Während die Löhne dauernd abglitten, so daß der Fürsorgeminister Ing. Necas im Verpflegungsausschuß des Abgeordnetenhauses am 24. September 1936 feststellen mußte, daß von der Gesamtzahl von 2,207.818 der bei der Zentralsozialversicherungsanstalt Versicherten 1,317.329 nicht mehr als 18 Kc täglich verdienen, d. h. daß 67 v. H. aller Arbeiter in der Tschechoslowakei nicht einmal das Existenzminimum erreichen und sich somit nicht einmal das Allernotwendigste zum Leben kaufen können, zeigen die Kleinhandelspreise seit 1933 trotz der Devalvation ansteigende Tendenz, so daß sie im Herbst 1936 fast die Höhe der Preise des Jahres 1930 erreichten.

So zeigt sich nach den Erhebungen des Statistischen Staatsamtes in Prag allein nach dem Verhältnis der Preise im August und September 1936 bei Rindfleisch eine Erhöhung um 3,5 v. H., bei Schweinefleisch und Kalbfleisch sogar um 8 v. H., während die Selchwaren eine Verteuerung von 7 - 12 v. H., Schweinefett und Butter von 3 - 4 v. H. aufweisen. Auch der Preis der Braunkohle, die im Winter als das gebräuchlichste Heizmittel Verwendung findet, ist um 4,3 v. H. in die Höhe gegangen.

77] Nach einem Bericht des Innenministers Cerny im Verpflegungsausschuß des Abgeordnetenhauses zeigen die wichtigsten Fleischpreise (pro Kilo in Kc) folgende Steigerung:



	1930:	Juli 1934:	Juli 1936:
Rindfleisch	13,05	8,80	11,75
Rind[erfett?]*	15,23	11,30	13,95
Schweinefleisch	15,98	11,75	14,55
Schweinefett	15,18	11,60	12,25
Knacker	15,17	10,55	12,55
Würsteln	18,82	14,20	15,35
Ochsen	6,00 - 8,50	3,00 - 5,80	5,25 - 7,25
Stiere	6,30 - 7,70	2,50 - 3,90	4,50 - 6,50
Kühe	4,60 - 6,80	2,00 - 3,80	3,00 - 6,20
Schweine	8,75 - 10,20	3,75 - 5,60	6,50 - 7,80

Der Minister für soziale Fürsorge stellte in seinem Exposee fest, daß auf dem Rindviehmarkte sich seit dem Januar des Vorjahres sowohl in Prag als auch in der Provinz ein Anziehen sowohl der Rindvieh- als auch der Fleischpreise feststellen läßt.

Der Durchschnittspreis, der beim Verkauf von Stieren 1935 erzielt wurde, betrug Kc 4,58, im August 1936 5,39. Der Preis für Kühe betrug im August 1935 durchschnittlich Kc 3,91, im August 1936 Kc 4,97. Der größte Preisanstieg ist bei Jungvieh festzustellen, bei einer Ware, die fast ausschließlich von der Selcherindustrie angekauft wurde. Dieser Umstand führte dazu, daß die Selcherindustrie für ihre Produkte schon im heurigen Frühjahr höhere Preise erzielen wollte und ihre Forderung im Sommer wiederholt hat, wobei sie für eine angemessene Approvisionierung des Viehmarktes eintrat.

Hand in Hand mit dem Ansteigen der Viehpreise ging auch der Anstieg der Preise für Rindfleisch. Die statistischen Daten bis zum Schluß des Vorjahres zeigen einen ständigen Rückgang des Fleischverbrauches. Im Januar des Vorjahres entfielen auf den Kopf 3,24 kg, im Januar 1936 nurmehr 2,84 kg. Bei einem Gesamtverbrauch von rund 60.000 Zentnern weniger bedeutet dieser Rückgang fast ein halbes Kilo pro Kopf. Der Rückgang des Fleischkonsums hat seine Ursache zweifellos in der wirtschaftlichen Situation.

Der Rückgang der Kaufkraft insbesondere beim Fleisch- und Fettkonsum ist hauptsächlich durch die Industriekrise hervorgerufen, wobei gerade die Bevölkerung der Städte der entscheidende Fleisch- und Fettkonsument ist.

Die geschwächte Kaufkraft hat hier billigere Kunstfette erzwungen.



An die gesamte Bevölkerung von Nordböhmen.

AUFRUF!

80.000 Waggon unverkauftes Getreide

10.000 Waggon billiges Getreide müssen für Nordböhmen freigegeben werden!

Zucker ist im Ueberfluß vorhanden und doch für Viele ein Luxus!

Wer ist also der Verdiener beim Zucker?

Auch die Margarine soll teurer werden!

Wir wiederholen nochmals die Forderungen:

10.000 Waggon billiges Getreide nach Nordböhmen!

Für die Verbilligung des Zuckers!

Gegen die Verteuerung der Margarine!

Wir rufen die gesamte Bevölkerung auf

[279] Auch dieser Hilferuf verhallte ungehört.
Zur gleichen Zeit verdarben in den ungeeigneten Speichern (frühere Fabriksräume) der Getreidegesellschaft 15.000 Waggons Korn und Weizen!

[278] In Stellungnahme zur Zuckerpreisfrage stellte der Minister fest, daß der Zuckerpreis unangemessen hoch ist und den Sacharinschmuggel begünstigt. Der Minister befaßte sich an Hand der Daten des Staatsamtes für Statistik mit den durchschnittlichen Zuckergroßhandelspreisen und mit dem Kleinhandelspreis, wobei er feststellte, daß der Detailpreis sich permanent über 6 Kc bewegt, in manchen Gebieten sogar über 6,40 Kc hinausgeht.

In Stellungnahme zur Produktionskalkulation stellte der Minister fest, daß fast eine Milliarde Schulden die Produktion belastet, da nur die Zinsen von diesen Schulden pro Jahr über 66 Millionen Kc betragen. Nach einer sehr guten Nachkriegskonjunktur stieg in den letzten Jahren die Zinsenlast auf das Zwanzigfache der Höhe der Vorkriegsjahre, was mit der umfangreichen Rationalisierung und Reorganisation der Zuckerindustrie motiviert wird.

Diesen Kapitalaufwand trage leider zur Gänze aus eigenen Mitteln der Konsument, denn er werde in den hohen Inlandszuckerpreis eingerechnet. Auch auf den Verlustexport zahle der Konsument darauf und zugleich unser ganzes Nationalvermögen, denn in dem Verlustpreis werde auch ein Teil der Substanz des Nationalvermögens in das Ausland transferiert.

In Stellungnahme zu den Lohn- und Gehaltsfragen erklärte der Minister, daß die Wirtschaftsbesserung fortschreitet und hauptsächlich in der Neuaufnahme von Arbeitskräften zum Ausdruck kommt, doch sei die Ansicht falsch, daß sich auch das Lebensniveau des Arbeiters und Angestellten überhaupt bessert. Die Arbeiterlöhne haben sich auch in Branchen nicht geändert, wo die Konjunktur nicht aufgehört hat oder in diesem Jahre die Produktion intensiviert wurde. Gebessert hat sich bloß der Erwerb. Das Lebensniveau des Arbeiters kehrt äußerst langsam in einzelnen Branchen dahin zurück, wo es 1929 oder 1930 war.

Auf Grund von Daten der Zentralsozialversicherungsanstalt, welche die Lohnverhältnisse in diesem Jahre illustrieren, stellte Ing. Necas fest, daß von der Gesamtzahl von 2,207.818 Versicherten 67 Prozent sich nicht einmal das Allernotwendigste zur Bestreitung des Lebensunterhaltes kaufen können.

erfreulich sind auch die Verhältnisse der Privatangestellten. Die Bezüge der Privatbeamten mit Hochschulbildung in der Altersstufe von 28 - 35 Jahren bewegen sich von 900 bis 1200 Kc. Verhältnismäßig anständig gezahlt sind die Privatbeamten, die Fremdsprachen beherrschen, am schlechtesten bezahlt aber Schreibkräfte, die bei Ganztagesbeschäftigung ein Bruttoeinkommen von 300 bis 400 Kc pro Monat beziehen, nur Kräfte mit langjähriger Praxis haben ein Bruttoeinkommen von 700 bis 900 Kc. Bei den öffentlichen Angestellten haben sich die Gehaltsverhältnisse nicht geändert,

und deshalb empfindet man in ihren Kreisen den Anstieg der Lebensmittelpreise äußerst ungünstig.110

[279=Faksimile] [280] Die wichtigsten Lebensmittel zeigen nach den Kleinhandelspreisen pro Kilo und Kc seit 1933 folgende Preissteigerungen:

	1933		August 1936
Brotmehl	1,75	-	2,45
Weißbrot	2,00	-	2,60
Weizenmehl	2,85	-	3,45
Kartoffeln	0,60	-	1,45
Schweinefett roh	12,80	-	16,85
Milch	1,55	-	2,20
Kornkaffee in Paketen	5,00	-	6,80
Bohnenkaffee gebrannt	40,95	-	46,26
Leuchtgas	1,75	-	1,90
Lichtstrom	3,25	-	3,80

Diese Zahlen der Lebensmittelpreise und der Lohneinkommen machen es klar und verständlich, daß die Menschen, um ihren Hunger zu stillen, Hunde und Katzen schlachten und Wurzeln und Rinde auskochen, um nur notdürftig ihren Hunger zu stillen.

Das also ist das Bild der Zerstörung des sudetendeutschen Wirtschaftslebens. Wer aus den nüchternen Zahlen der amtlichen Statistik zu lesen versteht, weiß, daß sie mehr sagen als alle die Berichte aus den sudetendeutschen Grenzgebieten auszudrücken vermögen.

In den letzten Monaten ist eine Belebung der industriellen Produktion und ein Rückgang der Erwerblosigkeit im Staate zu verzeichnen. Aber das Sudetendeutschtum hat daran nur einen geringen Anteil, denn der Motor dieser fühlbaren Wirtschaftsbelebung ist die tschechoslowakische Aufrüstung und die erfolgt unter peinlichster Fernhaltung des Sudetendeutschtums. Wenn also die Zahl der Arbeitslosen unter die ½-Millionengrenze gesunken und besonders die Eisen-, Stahl-, Zement- und Kohlenproduktion gestiegen ist, dann sind die unmittelbaren Nutznießer dieser Entwicklung nur die Tschechen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der relative und absolute Anteil der Sudetendeutschen am Aktivstand des tschechoslowakischen Heeres von Jahr zu Jahr kleiner geworden ist, obwohl in der gleichen Zeit der Aktivstand des Heeres vermehrt worden ist. In den neuaufgestellten Polizei- und Gendarmerietruppen, die in die Grenzgebiete entsandt werden, befindet

sich überhaupt kein Deutscher.

Die innere Grenzlinie der nach dem Staatsenteignungsgesetz unter Ausnahmezustand gestellten sudetendeutschen Grenzgebiete fällt nicht nur mit der Sprachgrenze, sondern auch mit der tschechischen Verteidigungslinie überhaupt zusammen. Nur im Böhmerwald, in den Sudeten und in Nordmähren-Schlesien stößt die Verteidigungslinie auch in das deutsche Grenzgebiet vor. Die Be- [281] festigungsarbeiten an dieser Grenzlinie werden fast ausnahmslos von tschechischen Arbeitern bestritten, soweit sie nicht im sudetendeutschen Gebiet ansässig sind, werden sie aus Innerböhmen und Mähren herangeholt. Das gleiche gilt für die Materiallieferungen, die fast ausnahmslos an tschechische Firmen vergeben sind. Der deutsche Anteil an den staatlichen Straßen- und Befestigungsbauten im sudetendeutschen Gebiet oder an seiner Innengrenze ist also sehr gering. Die wirtschaftliche Lage hat sich vielmehr weiterhin verschlechtert, da aus einer Reihe "staatsnotwendiger Betriebe" deutsche Arbeiter und Beamte entlassen wurden und aus strategischen Gründen eine Reihe anderer Produktionsstätten, ohne daß die Öffentlichkeit darüber informiert wird, stillgelegt und ins Innere des Landes verlegt werden. Die bereits vor 2 Jahren angekündigte Industrieverlagerung ist im vollsten Gange, wobei man allerdings noch so vorgeht, daß man einfach durch Errichtung neuer Betriebe die Produktion der bestehenden im sudetendeutschen Grenzgebiete von Monat zu Monat drosselt. Während man in die grenzdeutschen Gebiete verstärkte Gendarmerieabteilungen legt, denen die bleiernen Kugeln sehr locker im Laufe stecken, wie die Gewehrsalven zeigten, die von der tschechischen Gendarmerie in demonstrierende hungernde Arbeiter in Brüx, Dux, Freiwaldau und anderen Orten gefeuert wurden, werden in Innermähren, besonders aber in der Slowakei, die dorthin "verlegten" Industrien wieder aufgebaut. Durch alle diese Maßnahmen aber, die im Rahmen der tschechischen Aufrüstung getroffen werden, ist nun jene augenblickliche Wirtschaftsbelebung ausgelöst worden, die wie gesagt, nur den Tschechen zugute kommt, auch wenn die neue Wirtschaftsblüte in der Slowakei jetzt aufgeht.

Ein neutraler Beobachter, der auf seiner Reise nach dem Südosten durch die Tschechoslowakei fuhr, bestätigt in seinem interessanten Reisebericht die hier aufgezeigte Entwicklungslinie. Er schreibt unter anderem:

"Ströme von Kapital fließen nach der Slowakei. Die öffentliche und private Investitionstätigkeit ist von riesigem Ausmaß. Allein für Eisenbahnbauten wurden über vier Milliarden Kronen ausgegeben, davon für die eben eröffnete Bündnisbahn oder Bündnisanschlußbahn Margaretenthal - Rothenfels (Margecany - Ceroyna Skala) 256 Millionen Kronen. Die Bautätigkeit ist so stark, daß das Gesicht einzelner Städte vollkommen verändert wurde. Die Häfen in Preßburg und Komorn wurden ausgebaut. Sillein bekommt seinen

neuen Mammuthauptbahnhof. Nicht minder bedeutend ist der Ausbau der Industrie. Neue Fabriken entstehen in großer Zahl, alte werden ausgebaut, stillgelegte wieder in Betrieb gesetzt. Der Strom der Kapitalinvestitionen sichert der Slowakei dauernd gute Beschäftigung und es ist heute schon so, daß die rein agrarische Struktur des Landes in eine industriell-agrarische umgewandelt wurde, in der die Industrieerzeugung die landwirtschaftliche schon stärker überflügelt hat als in Böhmen, Mähren und Schlesien, obschon doch diese Länder die höchstindustrialisierten der alten öster- [282] reichisch-ungarischen Monarchie waren. Aber die slowakische Landwirtschaft ist dabei nicht zu kurz gekommen. Sie ist so gut wie schuldenfrei. Die steigenden Einlagezahlen der Geldanstalten bezeugen den Aufstieg, ja man möchte sagen, den Wohlstand in dieser östlichen Provinz des Staates. Sehr günstige Steuererträge lassen auf höheren Warenabsatz und gehobenen Lebensstandard schließen. Die Zolleinnahmen haben sich in der Slowakei um 29 Prozent gegenüber dem Vorjahresstand gebessert. Der Ertrag der Spiritussteuer stieg um 3,5 Prozent, während er in Böhmen um 4,6 Prozent zurückging. Fleischsteuern wurden um 6,3 Prozent mehr eingenommen. In Böhmen gingen sie um 1,8 Prozent zurück. Allgemein ist der Steuer- und Abgabensatz je Kopf der Bevölkerung in der Slowakei um ein bedeutendes angestiegen. In Böhmen ist er ebenso beträchtlich abgeglitten. Das Verhältnis ist um so beachtlicher, als im Osten die Bevölkerungszunahme wesentlich stärker ist als in den westlichen, den sogenannten historischen Ländern.

So berichten die tschechischen Zeitungen und es ist durchaus wahr, was sie sagen. Ein beinahe ideales Bild der Wirtschaftsankurbelung und des Einsatzes aller Kräfte zur Überwindung der Wirtschaftsnot wird enthüllt. Aber es will doch selbst unter den Neidlosesten, ja nicht einmal im betroffenen Lande selbst eine reine Freude über diese - in mechanischer Rechnung - sehr beachtliche Aufwärtsentwicklung aufkommen. Ja, die Slowaken, die Eingesessenen, erheben nur um so lauter ihre Anklagen gegen Prag und sind doch weit über den Verdacht erhaben, Querulanten zu sein. Es ist nämlich ein Land, das solchermaßen eine wirtschaftliche Blüte erlebt, keineswegs ein Volk. Der Msgre. Hlinka, Führer der Slowakischen Volkspartei hat noch jüngst im Parlament das tschechische System angeklagt, zuerst die Lehrer, die Eisenbahner, die Gendarmen, die Förster und so weiter aus dem tschechischen Gebiet nach der Slowakei gebracht zu haben. Und nun siedele man auch noch massenweise Arbeiter an, während der einheimische Slowake zusehen könne, wie Landfremde - der »slowakische Bruder« sagte: Landfremde - auf ihrem Boden werken. Der slowakische Gebirgsbauer auf kargem Karpathenboden hat nicht teil an der Mehrung des Wohlstandes; wohl aber der tschechische Restgutbesitzer, dem die fruchtbaren Äcker der ungarischen Gentry von dem seiner Durchdringungsaufgabe getreuen Staatsbodenamt zugeschanzt wurden und die Veränderung des Gesichts der Städte wird durch Kasernen- und andere Heeresbauten bewirkt.

Dies ist der eine Schatten: die Slowakei blüht auf, gewiß, nicht aber das slowakische Volk. Es ist ja nur in der Wortfiktion »tschechoslowakisch«

gleichberechtigt. Immerhin, die Slowaken sind nur ausgeschlossen von der Aufwärtsentwicklung. Sie haben kaum Nutzen von ihr. Aber sie geht auch nicht auf ihre Kosten. Sie werden nicht mehr von Arbeitsplätzen verdrängt, sondern nur von neugeschaffenen ferngehalten.

Die aber unmittelbar den Schaden haben und die Lasten tragen, das sind »die historischen Länder«, wie die tschechische Presse selbst zugeben muß, das sind die Sudetendeutschen. Unehrlicherweise Ursache mit Wirkung vertauschend schreiben tschechische Blätter: »In der Slowakei zeigt sich eine industrielle Expansion sondergleichen, während in den historischen Ländern eine Krise zu verzeichnen ist, die zu einer durchgreifenden Beschränkung früher [283] ausgedehnter Erzeugungszweige führen muß.« Daraus könnte man lesen, der industrielle Aufschwung in der Slowakei sei eine Sache für sich. Das ist unrichtig. Im besten Fall könnte man sagen, die Besserung der Arbeitsmarktlage in der Slowakei hängt mit der übrigen Wirtschaftsstruktur des Staates nicht zusammen, soweit es sich um Bahnbauten handelt. Im übrigen ist der Aufstieg dort und der Niedergang hier auf dem einfachst denkbaren Wege zu erklären: Die Industriewerke, die in der Slowakei aufgebaut werden, sind aus den sudetendeutschen Randgebieten dorthin verlegt worden und der Arbeitsminister Dostalek hat vor einigen Tagen erst angekündigt, daß dies in Zukunft in noch weit größerem Umfang geschehen werde als bisher. Man sagt amtlich, strategische Gründe seien dafür maßgebend. Man spricht nicht davon, aber man nimmt es stillschweigend gern zur Kenntnis, daß neben dem strategischen Ziel der Zweck der »Angleichung der Volksgrenze an die Staatsgrenze« erreicht wird. Denn die sudetendeutschen Arbeiter werden natürlich nicht mit ihren Werken mitgenommen nach der Slowakei. Sie werden und bleiben arbeitslos und damit ist ihr Schicksal erfahrungsgemäß schon so gut wie besiegelt. Und nicht nur mit ihren Arbeitsplätzen, sondern auch mit ihrem Geld bezahlen die Sudetendeutschen die Entwicklung. Sie müssen mit ihrem Geld, das sie in Staatsverteidigungsanleihe angelegt haben, den Bündnisbahnbau in der Bukowina ebenso mitbezahlen wie sie jetzt zwar mit ihrem Geld, nicht aber mit ihrer Arbeitskraft dazu beitragen dürfen, daß eine neue doppelgleisige Strecke Prag - Brünn - Slowakei gebaut, daß Ersatzflugplätze in der Slowakei und in Karpathenrußland angelegt werden und so weiter."

Das sudetendeutsche Gebiet hat von diesem wirtschaftlichen Frühling, wie gesagt, bisher nichts verspürt. Die Zahlen des Rückganges der Arbeitslosigkeit und der Zunahme der Produktion haben auf die sudetendeutsche Wirtschaftslage keinen Bezug. Dort liegen die Verhältnisse wie sie geschildert wurden und sind eher schlechter geworden.



102Voraussetzung für den Bezug von Lebensmittelkarten ist der Nachweis eines dreimonatlichen, ununterbrochenen, versicherungspflichtigen Dienstverhältnisses nach dem Jahre 1929. Viele Arbeiter können diesen Nachweis nicht erbringen. Sie werden dadurch nicht nur automatisch aus der ärmlichen Ernährungshilfe ausgeschlossen, sondern können bei den Notstandsbauten keine Beschäftigung finden, weil bei diesen nach den bestehenden Bestimmungen nur solche Arbeiter beschäftigt werden dürfen, die entweder nach dem Genter System Unterstützung beziehen oder die staatliche Ernährungskarte besitzen. Die Verteilung der Lebensmittelkarten erfolgt durch sogenannte Gemeinde-Sozialkommissionen, die von der Behörde ernannt werden. Bei der Zuteilung kommt es, wie wir an anderer Stelle noch zeigen werden, zu allerhand Mißständen; z. B. von den 1446 Einwohnern von Frühbuß im deutschböhmischen Erzgebirge meldeten sich im Winter 1935 über 400 Personen für die Einreihung in die Ernährungsaktion. Viele von ihnen wurden, da sie Heimarbeiter waren und den verlangten Arbeitsnachweis nicht erbringen konnten, von vornherein ausgeschlossen, obwohl ihre Bedürftigkeit gegeben war. Auf Grund der Erhebungen der Gendarmerie wurde die Zahl der Lebensmittelkartenempfänger bis zum Frühjahr auf 206 herabgedrückt.
Es wurde ihnen mitgeteilt, daß diejenigen Personen, die über 60 Jahre alt sind, gar keinen Anspruch auf Karten hätten, und es sei deswegen ganz umsonst, wenn sie sich überhaupt um Karten meldeten. .

103Volkszeitung, Bodenbach vom 8. 12. 1934

104Narodni Politika, 18. 12. 1934.

105Die Zeit. 18. 9. 36

106Soziální Revue, Amtsblatt des Ministeriums für Soziale Fürsorge, Nr. 4, XVII/1936.

107Die Zeit, Prag, v. 28. V. 1936. - Wie gering der Unterschied im Lohnniveau zur Zeit der jeweils größten und niedrigsten Arbeitslosigkeit im Jahre ist, zeigt die folgende Übersicht:

Die tägliche Lohnsumme betrug im

August 1929	52,000.000 Kc
August 1930	49,000.000 Kc

August 1931	47,000.000 Kc
August 1932	39,500.000 Kc
August 1933	34,000.000 Kc
August 1934	32,000.000 Kc
August 1935	33,500.000 Kc und im
Februar 1935	26,000.000 Kc
Februar 1936	27,800.000 Kc

Man muß bei dem Unterschied zwischen den Februar- und Augustzahlen selbstverständlich berücksichtigen, daß im Hochsommer viele Saisonarbeiter (mit teilweise relativ höheren Löhnen) beschäftigt sind.

Bei der täglichen Lohnsumme ist also ein gewisser Aufstieg zu verzeichnen. Inwieweit er nur auf eine Steigerung der Beschäftigtenzahl zurückzuführen ist, zeigt die Entwicklung der Durchschnittslöhne. Diese gestaltete sich folgendermaßen:

August 1929	19,30 Kc
August 1930	19,30 Kc
August 1931	19,05 Kc
August 1932	18,— Kc
August 1933	16,90 Kc
August 1934	16,50 Kc
August 1935	16,10 Kc und im
Februar 1935	15,70 Kc
Februar 1936	15,70 Kc .

108Prager Börsenkurier, 18. Juni 1936.

109Sudetendeutsche Wirtschaftskorrespondenz, Folge 10

110Prager Presse, 25. September 1936.



[284]

V. Die volkspolitischen Auswirkungen im Sudetendeutschtum

1. Allgemeine Übersicht

Im Oktober des vergangenen Jahres unternahmen einige tschechische linkssozialistische Schriftsteller und Wissenschaftler eine Studienreise durch die sudetendeutschen Grenzgebiete. Unter ihnen befanden sich Professor Dr. **Nejedly und Karl Capek,** der bekannte Freund und Biograph des früheren tschechoslowakischen Staatspräsidenten Thomas Masaryk. Diesen Männern kann man ebensowenig Deutschfreundlichkeit vorhalten, wie etwa eine voreingenommene oder gar feindselige Gesinnung dem tschechoslowakischen Staate gegenüber. Sie sind tschechische Demokraten und bekennen sich rückhaltlos zu dem politischen Prinzip ihres Vaterlandes. Daher ist ihr Urteil für uns umso wertvoller. Sie kamen in die grenzdeutschen Gebiete, um die dortigen Verhältnisse aus eigenem Augenschein kennen zu lernen. Was sie dort gesehen und gehört haben, haben sie in den folgenden plastischen Schilderungen wiedergegeben. Damit wird von tschechischer Seite bestätigt, was in den bisherigen Kapiteln dieses Buches dargestellt worden ist. Zugleich aber werden die furchtbaren Auswirkungen der planmäßigen Zerstörung der sudetendeutschen Wirtschaft, der systematischen Benachteiligung der sudetendeutschen Grenzgebiete, der Erwerbslosigkeit und des Lohnausfalles auf das volkspolitische Leben der Sudetendeutschen aufgezeigt. So schreibt einer der Teilnehmer:

"Unsere Delegierten haben die Kreise Friedland, Reichenberg, Gablonz bereist und haben Fabriken, Kommunal-Behörden und Arbeiterwohnungen besucht. Wir haben mit Leuten aller Gesellschaftsklassen gesprochen, mit den lokalen Behörden, mit Ärzten und Lehrern, mit Arbeitern, Landwirten und Beamten sowie den Vertrauensleuten der Arbeiter-Gewerkschaften. Von allen Seiten wurde uns furchtbares Material vorgelegt. Sowohl auf Grund hiervon, wie auf Grund dessen, was wir mit eigenen Augen und Ohren gesehen und gehört haben, erklären wir, daß die Verhältnisse in diesen Gegenden ganz einfach katastrophal sind.
[285] Die Industrie ist zum großen Teil vernichtet. Die Maschinen sind entweder verkauft oder demoliert oder dem Verfall überliefert. Es gibt Fabriken, die alten Burgruinen gleichen. Daher ist die Arbeitslosigkeit unerhört, und infolgedessen herrscht vollständige Hungersnot. 90% aller Kinder sind unterernährt. Die Eltern sind in Verzweiflung verfallen und die Ärzte beben vor dem herannahenden Winter. Die Lehrer berichten, daß die meisten Kinder so ausgehungert zur Schule kommen, daß sie dem Unterricht nicht folgen können. Während des Winters blieb eine große Anzahl von Schülern fort, weil sie vollständig warmer Kleider und Schuhe entbehrten. Die

meisten Bauern sitzen tief in Schulden, in eigenen und fremden. Trotzdem werden fortwährend Steuern erhoben, und da diese nicht bezahlt werden können, kommen Hof und Möbel unter den Hammer. Man hat versucht, Notstandsarbeiten anzuordnen, aber da die Gemeinden infolge des verzweifelten Zustandes ihrer Finanzen die vorgeschriebenen 20% der Arbeitslöhne nicht bezahlen können, so stehen die Arbeiten auf dem Papier. Hilfe ist hier dringend nötig, wenn die Bevölkerung nicht in Verzweiflung untergehen soll. In dieser Situation sehen wir den schlimmsten Feind unseres Landes und unserer demokratischen Rechte."

Ein anderer führt aus:

"Ganz sicher haben wir Schriftsteller und Wissenschaftler schon früher gewußt, daß in den sudetendeutschen Gebieten große Not herrscht, aber ebenso fest steht, daß ihre Vorstellungen von der brutalen Wirklichkeit weit übertroffen worden sind. Die schrecklichen Bilder, die sich vor den Augen der Mitglieder unserer Kommission aufrollten, können nicht mehr mit den Worten Not, Elend und Verzweiflung ausgedrückt werden, sie sind nichts anderes, als das erschütternde Anzeichen einer beginnenden Hungerkatastrophe, die sich in den deutschen Gebieten auszubreiten beginnt. 8 bis 10-köpfige arbeitslose Familien leben von 3 bis 4 Ernährungskarten in der Woche. Wer von den Teilnehmern dieser Kommission könnte das Bild der 80-jährigen Greisin vergessen, die mit erhobenen Händen um eine »Bettlerkarte« bat, da sie sich und ihr verwaistes Urenkel nicht mit einer Unterstützung von 7 Kc wöchentlich ernähren kann. Die Hungersnot beschränkt sich nicht nur auf die Arbeiter, auch die Bauern und kleinen Gewerbetreibenden schilderten auf erschütternde Weise ihre Not. Steuern und Zinsen werden rücksichtslos eingetrieben. Auch in kleinen Orten gibt es 6 bis 8 Versteigerungen täglich. Wenn heute, wo die Ernährungskarte die letzte Möglichkeit einer Lebenserhaltung für viele Tausende ist, die Entscheidung über die Zuteilung letzten Endes bei der Gendarmerie liegt, dann ist es nicht schwer, den Betroffenen die Vorstellung einzuimpfen, daß der Tscheche schuld sei. Wenn die deutschen Arbeitslosen aus den Investition- und Notstandsarbeiten ausgeschlossen werden, weil sich die tschechischen Firmen von weither ihre Arbeitskräfte mitbringen, dann ist es nicht schwer, ihren Haß gegen die Tschechen zu wecken. Wenn die deutschen Kleingewerbetreibenden und [286] Kleinbauern, für die die Steuern eine Frage auf Leben und Tod bedeuten, sich nicht mit dem Steuerbeamten in ihrer Muttersprache verständigen können, dann können sie leicht national entflammt werden. Es muß zumindest die größte Not und die auffälligste nationale Ungleichheit beseitigt werden."

Und wieder ein anderer:

"Wir sahen Arbeiter, die schon 6 Jahre lang keine Arbeit mehr haben. Wir

sahen einen Arbeiter, der schon seit 3 Tagen kein Stück Brot oder sonst etwas gegessen hat. Wir sahen einen 64-jährigen arbeitslosen Schneider, der vor Hunger den ganzen Tag im Bett liegt. Vom Morgen bis in die Nacht arbeitet eine ganze Familie mit ihren Kindern und verdient einschließlich Regie auf Kohle und Petroleum Kc 12 wöchentlich. Die Arbeitslosenunterstützungen sind in jeder Richtung hin unzureichend. Es ist notwendig, diese Gebiete als Notstandsgebiete zu erklären, denn darüber, daß sie es sind, kann auch nicht der geringste Zweifel bestehen. Wir sahen recht sauber gehaltene Kinder in einer vollkommen unzureichenden Stube, die wegen Unterernährung aus der Schule nach Hause geschickt worden sind, weil sie dem Unterrichte nicht mehr folgen konnten. Wir sahen Gemeindespeicher und sogar Sitzungssäle überfüllt mit Möbeln, die wegen Steuerrückständen beschlagnahmt wurden. Im Friedländer Bezirk macht der jährliche Verlust an Löhnen 48 Millionen, im Gablonzer Bezirk 151 Millionen Kc, im Reichenberger Bezirk 34 Millionen Kc aus. Die Krone des ganzen aber ist wie gewöhnlich die Sprachenpraxis. Bei den Finanzämtern muß man sich mit Hilfe von Dolmetschern verständigen, weil dort leider keiner deutsch kann."

Und wieder ein anderer:

"Stellen Sie sich vor, wenn einem Küstenvolke, das aus Fischern und Seefahrern besteht, auf einmal das Meer verloren ginge - dann haben Sie die Lage, wie sie sich heute bei den Reichenberger Webern und Spinnern bietet. In der Grenzstadt Grottau herrscht ausgesprochene Not. Der Arzt in Weißkirchen erklärte, daß die Leute bereits mit 30 Jahren Krebs bekommen. Die Arbeitslosen gehören nicht mehr zur Krankenversicherung und stehen ohne jede ärztliche Hilfe da. Auf unserem Gebiete leben reichsdeutsche Staatsangehörige und erhalten Arbeitslosenunterstützung aus Deutschland. Hitler habe ihnen angeblich 20 Zentner Kohle, dann Bohnen, Erbsen und Mehl geschickt. Zweitausend Kinder hat man in das Reich zur Erholung eingeladen. Unsere Regierung hat das verboten, aber um unsere Kinder kümmert sie sich nicht. Man könnte die Neiße regulieren, die jedes Jahr aus den Ufern tritt und Überschwemmungen verursacht. Das Projekt ist fertig und liegt angeblich bereits 3 Jahre im Arbeitsministerium. Das heurige trockene Jahr wäre für Wasser-Arbeiten wie geschaffen gewesen. Alles war vorbereitet, man wartete nur auf die Bewilligung, aber die Bewilligung ist nicht gekommen. So entgeht den Leuten das Brot. Wenn die Bewilligung gekommen sein wird, sagte einer der Arbeiter mit einem langsamen Lächeln, werden wir keine Kraft mehr zum [287] Arbeiten haben. Wir sind alle wie die Fliegen. Überall, wohin wir kamen, warteten Menschengruppen und empfingen uns immer mit der gleichlautenden Anklage: Es seien schon soviel Kommissionen hier gewesen, hätten geredet, immer sei alles aufgeschrieben und nichts getan worden. Ich bin weit davon entfernt, allgemeine Erscheinungen eines überlebten Wirtschaftssystems als ausschließlich

nordböhmisches Merkmal hinzustellen. Ich habe mich nur davon überzeugt, daß dort die Not ein größeres spezifisches Gewicht besitzt, daß dort mehr Elend in einem Kubikraum zusammengepreßt ist. Arbeitslos zu sein, ist hier nicht mehr eine epidemische Erscheinung, sondern ein natürlicher Zustand und das ist schlimm."

Am 17. Dezember 1935 veröffentlicht der Schwede **Nils Hagström**, der die Verhältnisse in den sudetendeutschen Grenzgebieten ebenfalls aus eigener Anschauung kennengelernt hat, in der Stockholmer konservativen Zeitung **Nya Dagligt Allehanda** eine Darstellung über "Die Tschechoslowakei und ihre Volksminderheiten". In seiner Schilderung der sudetendeutschen Elendsgebiete stützt er sich ebenfalls auf die Berichte der genannten tschechischen Schriftsteller und Wissenschaftler. In diesem Aufsatz heißt es u. a.:

"Derjenige, der sehen will, was wirkliche Not ist, muß nach Nordböhmens schönem Industriegebiet fahren." So schreibt ein Schriftsteller in Ceske Slovo. "Ich kam auf einer Landstraße in der Nähe von Karlsbad daher gefahren", schreibt er, "als meine Aufmerksamkeit auf eine Schar von Menschen fiel, etwa 50, die sich auf einem Kartoffelfeld zu schaffen machten. Auf meine verwunderte Frage, was sie wohl auf einem umgepflügten Kartoffelfeld zu tun hätten, erhielt ich den überraschenden Bescheid, daß es lauter Industriearbeiter waren, von den Textil- und Glasfabriken in der Nähe. Mit ihren Händen durchwühlten sie das Feld, um die eine oder andere übriggelassene Kartoffel zu finden... Menschen fallen auf den Wegen um, die Krankenhäuser sind überfüllt. Vereinzelte Menschenschicksale? - Nein", beteuert der Verfasser, "sie wiederholen sich überall auf einer Fahrt durch den Böhmerwald, bis zu den Karpathen hin. Beinahe in jeder Familie und in jedem Ort."

Der Bezirksarzt in Graslitz, einem Bezirk von etwa 25 000 Einwohnern, schreibt offiziell, in der Verantwortung seines Amtes:

"Schwarzer Malzkaffee, ohne Milch oder Rahm, ist die Nahrung, die die Säuglinge bekommen, und größere Kinder bekommen Kaffee, Brot und Kartoffeln. Die Kinder sind unterernährt und blutarm, sie haben keine Kleider. Ganze Familien wohnen in engen Löchern, in denen der Fußboden die einzige Schlafgelegenheit ist. Während des Winters hat man keine Kohlen, um zu heizen. »Mama, gib mir Wasser, ich bin so hungrig«, so klagen die Kinder, und der Arzt, der deutlich im Gefühl hat, daß man dies vielleicht doch nicht glaubt, sagt, daß er es auf seinen Eid nehmen [288] kann, daß das Wort so gefallen ist, und daß Anlaß dazu vorhanden war.



[288] Hungernde Menschen im Sudetenland. Fast 30.000 Sudetendeutsche machten seit 1918 ihrem Leben ein Ende. Die Tschechoslowakei kann sich rühmen, die höchste Selbstmordzahl in Europa aufzuweisen.

In einer Familie von 6 Köpfen, Eltern, 3 Kindern und einer Schwiegermutter, gehen die Familienmitglieder buchstäblich halbnackend herum. Sie haben weder Strümpfe noch Schuhe, noch Hemden. Sie leben von schwarzem Kaffee mit Brot zum Frühstück, Suppe zum Mittag; Abendessen gibt es nicht. Sie gehen langsam, aber sicher ihrem Untergang entgegen. Im Adlergebirge mischt man Baumrinde ins Brot, während die Regierung Massen von Getreide in die Moldau werfen läßt, um das Sinken der Preise zu verhindern. Zu einem großen Teil hat sich die Bevölkerung von Katzen und Hunden genährt..."

Das Gesagte mag genügen. Die Schilderungen könnte man ins Unendliche vermehren. Und es bleibt zu bemerken: sie stammen sämtlich von Tschechen, die man nicht verdächtigen kann, daß sie übertreiben. Außer einer schmählich geringen Arbeitslosenunterstützung, die nur einer geringen Zahl während einer begrenzten Wochenfolge zugute kommt, ist von den tschechischen Behörden im ver- [289] flossenen Jahre nichts getan worden, um der Not abzuhelfen. Man hat im Gegenteil den Eindruck, daß die Behörden kaltblütig und nicht ohne eine gewisse Befriedigung diese fremden Volkssplitter zugrundegehen sehen. Es ist nämlich so weit gekommen, daß man Hilfsaktionen verhindert hat, die von ihren eigenen, etwas besser gestellten Landsleuten ausgehen sollten. Ebenso hat man jede Hilfsaktion von reichsdeutscher Seite verboten. Nicht einmal der bescheidenste Beitrag in Form von Kleidern und Eßwaren darf die Grenze passieren.

Was man nicht verbieten kann, ist die Klage der Unglücklichen. Wie eine schreiende Anklage steigt sie über die Grenzen und richtet sich wie ein

flammender Notruf an alle zivilisierten Völker. Hier, wenn irgendwo, so sollte man glauben, hätte der Völkerbund eine Aufgabe, wenn dieser Bund nicht eine Karikatur dessen wäre, was er sein wollte und sollte. Von der Seite ist nichts zu erwarten. Aber man wendet sich an das Gewissen glücklicher gestellter Völker, an die, welche noch nicht von dem größten Unglück getroffen worden sind, das ein Volk treffen kann: ein unterjochtes Volk zu sein."

Das also ist sudetendeutsches Schicksal und so zeigen sich die Auswirkungen des tschechischen Wirtschaftskrieges. Während die tschechischen Industrien Tag und Nacht arbeiteten, kam es in den sudetendeutschen Betrieben vielfach schon zu Arbeitszeitverkürzungen. Und mußten, wie es in den letzten Jahren vorkam, auch tschechische Betriebe ihre Produktion einschränken, da war es inzwischen im sudetendeutschen Gebiet bereits zu einer reihenweisen Stillegung der Fabriken gekommen. Wurden in utraquistischen Betrieben Arbeiterentlassungen vorgenommen, dann waren es immer nur deutsche Arbeitsmenschen, die von ihr betroffen wurden, während bei Neueinstellungen größtenteils nur tschechische Arbeiter Berücksichtigung finden.

Die zur Krisenbekämpfung bereitgestellten Mittel (Ausfuhrzuschüsse und Kredite), gewährten Erleichterungen (Steuerabschreibungen, Kreditverlängerungen, Zinsennachlässe) und staatliche Lieferungsaufträge kamen ausschließlich der tschechischen Industrie zugute. Die 1934 aufgelegte "Arbeitsanleihe", die der Ankurbelung der Staatswirtschaft galt und zu der von dem Sudetendeutschtum rund 30 v. H. gezeichnet worden waren, fand bis zu 96 v. H. für Bauten im tschechoslowakischen Gebiet und Lieferungsaufträge an tschechische Firmen Verwendung, während in die sudetendeutschen Gebiete kaum 4 v. H. flossen, so daß das Sudetendeutschtum zu einem Viertel die Arbeitsbeschaffung im tschechoslowakischen Gebiete finanzierte.

Und nicht anders wird die im Jahre 1936 aufgelegte "Wehranleihe" Verwendung finden, die zum Prüfstein der Loyalität der Sudetendeutschen dem tschechoslowakischen Staate gegenüber gemacht worden ist und durch die einem verarmten Volk unter Druck und der Zusicherung der Verwendung der Gelder im sudetendeutschen Gebiet und zur Belebung des sudetendeutschen Arbeits- [290] marktes die letzten Spargroschen ausgepreßt wurden. Hier triumphiert das Unrecht und die Gewalt!

Aber auch die Fürsorge für die von der Erwerbslosigkeit unmittelbar Betroffenen erwies sich als völlig unzureichend. Verarmung der Bevölkerung, völlige Zerrüttung ihres Gesundheitszustandes, Erhöhung der Sterblichkeit, Rückgang der Geburtenzahlen, sind die beabsichtigten Auswirkungen des geschilderten tschechischen Wirtschaftskrieges. Die Not in den

sudetendeutschen Gebieten ist bereits so allgemein geworden, daß man sie fast als einen Normalzustand ansieht. Da veröffentlichte z. B. die Reichenberger Zeitung zu Beginn ds. Js. folgende Notiz:

"Das unbefugte Schlachten von Hunden, das allenthalben Ärgernis erregt, da hierbei die Tiere meist qualvoll leiden, nimmt auch im Gebiete von Röchlitz und Umgebung überhand. Erst kürzlich wurde wieder ein solcher Mann, von Beruf Bäcker, ausgeforscht. Selbstredend will der Mann den fetten Boxer irgendwo gekauft haben; meist aber hängt die Tötung von Hunden mit einem Hundediebstahl zusammen. Das unbefugte Schlachten von Hunden und Katzen trägt auch die Gefahr des Verbrauchs von verseuchtem Fleisch in sich. Es wird ja weder das Tier vor der Tötung untersucht noch das Fleisch desselben. Es gibt in der Umgebung von Röchlitz Leute, die dieses Fleisch sogar verkaufen. Die Polizei ist bereits auf der Spur weiterer solcher Hundefänger und Hundeschlächter."

Das Blatt findet gar nichts mehr daran, daß die Menschen, um ihren Hunger zu stillen, Hunde und Katzen schlachten und ihr Fleisch genießen. Es wendet sich nur dagegen, daß es "unbefugt" geschieht. Der Staat aber, der nichts tut, um für die hungernden Menschen das notwendige Brot zu schaffen, der lieber ganze Waggonladungen von Getreide vernichtet, statt sie hungernden deutschen Menschen zu geben, verfolgt - die Hundefänger!

Der Stadtrat der sudetendeutschen Stadt Aussig hat den Beschluß gefaßt, das Schlachten, den Handel und den Verkauf sowie die Einfuhr von Hunde- und Katzenfleisch im rohen oder im zubereiteten Zustande für menschliche Genußzwecke im Gebiete der Stadt Aussig überhaupt zu verbieten.

Es sind keine Einzelerscheinungen, die im folgenden kurz skizziert sind:

"Ein sechsjähriger Knabe aus dem sudetendeutschen Kohlengebiet wird zum »Auffuttern« bei Bauern untergebracht. Ein Butterbrot ist ihm ein so ungewohnter Genuß, daß er sich sofort übergibt. Er kann überhaupt kein Essen behalten. Nach ärztlicher Verordnung erhält er zunächst nur trockenes Brot, nach einer Woche etwas Butter dazu, endlich nach vier Wochen richtiges Essen. Nachforschungen ergeben, daß er zu Hause überhaupt nichts anderes hatte, als früh und abends je ein kleines Stückchen Brot.

In P. in Nordböhmen war eine schwangere Frau so schwach, daß sie, im Bette liegend, sich kaum noch aufrichten konnte. Ihre Nahrung bestand, bis [291] man sich ihrer annahm, täglich aus einem Stückchen Brot und etwas Wasser. Ihr Mann ist 28, sie ist 26 Jahre alt. Beider Aussehen ist greisenhaft.

Im gleichen Ort lebt eine Familie mit sechs Kindern von 20 Tschechenkronen wöchentlicher Unterstützung. Das sind etwa 2 Mark. In einem Raum, der 4 mal 4 Meter groß ist, haust diese achtköpfige Familie noch mit zwei Schlafburschen zusammen. Die Kinder waren, als man sich

ihrer annahm, so schwach, daß sie seit Wochen nicht mehr die Schule besuchen konnten.

Ein Kind, das bei Bauern untergebracht wurde, schreibt nach Hause über sein gutes Essen. Seine Brüder, 8 und 10 Jahre alt, verlassen heimlich das Elternhaus und wandern 40 Kilometer über Land, um auch einmal ein Butterbrot zu bekommen."111

In Südmähren wurden einem Landwirt 3 Kühe durch den Blitz erschlagen. Die Kadaver mußten vom Wasenmeister eingescharrt werden. Trotzdem sie vor dem Einscharren schon 2 Tage gelegen hatten, machten sich hungernde Arbeitslose zur Nachtzeit mit Rucksäcken und Krampen bewaffnet ans Werk, gruben die bereits stark in Verwesung übergegangenen Tierleichen aus, um aus diesen die noch halbwegs verwendbaren Stücke herauszuschneiden und nach Hause zu tragen. (Zeit.)

Die Arbeiterin Julie Hauptmann in Kojetein fristete mit ihren Kindern ein kärgliches Leben. Ihr kleiner Verdienst reichte kaum für sie selbst aus und so äußerte sie in den letzten Tagen ihre Bedenken, ob sie wohl noch so lange, bis ihre Kinder in die Schule gehen könnten, mit ihren Kräften aushalten werde. Anfang August vergiftete sie in ihrer Verzweiflung ihre Kinder und sich selbst. Es gelang zwar, sie im Krankenhaus wieder zu Bewußtsein zu bringen, doch erlitt sie kurz darauf einen Tobsuchtsanfall, so daß man gezwungen war, sie mit Zwangsjacke ins Irrenhaus zu befördern. (Zeit.)

Da finden sich keine Ligen für Menschenrechte, die im Namen der Humanität gegen die planmäßig betriebene Massenverelendung im Sudetendeutschtum Einspruch erheben, da finden sich auch keine internationalen Gerichtskommissionen, die gegen die Beraubung des primitivsten Lebensrechtes von 3½ Millionen deutscher Menschen Anklage erheben und an die Weltgerechtigkeit appellieren, da rührt sich auch nicht das sattsam bekannte Weltgewissen, das sich immer dann bemerkbar macht, wenn einem jüdischen Verbrecher der Prozeß gemacht werden soll.

Als der Führer des in der Sudetendeutschen Partei geeinten Sudetendeutschtums, Konrad Henlein, an dieses Weltgewissen appellierte, da antworteten die tschechischen Humanitätsdemokraten mit wüsten Beschimpfungen und Verdächtigungen, die Welt aber schwieg!

[292] Es klang geradezu wie bitterer Hohn auf die sudetendeutsche Not, als der sozialdemokratische Fürsorgeminister als letztes Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftsnot mitteilte, daß in seinem Ministerium bereits Pläne ausgearbeitet und die Vorbereitungen getroffen werden, um eine Auswanderung größeren Ausmaßes zwar nicht in Kolonien, denn die besitzt die Tschechoslowakei nicht, aber dafür nach Frankreich und Sowjetrußland sicherzustellen.

Für das Wohl des russischen Kommunismus also wird ein "tschechoslowakischer" Bauer in einer Kollektivwirtschaft säen und für das Gedeihen des französischen Kapitalismus ein "tschechoslowakischer" Arbeiter in einem französischen Bergwerk sich abrackern müssen. Sollten diese Menschen das Glück haben Kinder großziehen zu können, dann würden diese ihren Vätern nicht nur in der Arbeit folgen, denn in der neuen Umgebung wäre die alte Heimat rasch vergessen.

Außer durch die "Entlastung des Arbeitsmarktes" wären schließlich diese Menschen nicht imstande gewesen der Heimat einen Dienst zu leisten. Dazu tauchte noch der Vorschlag auf, ganze Dorfgemeinschaften geschlossen zu übertragen, was ja letzten Endes einer Aufgabe des Bodens gleichkäme. Wir wissen nicht, ob sich zur Erfüllung solcher Funktionen die Tschechen und Slowaken drängen werden; dagegen wissen wir, daß das Sudetendeutschtum für diese "Exportförderung" und Erwerbslosenfürsorge dankt.

Anmerkungen:

111Der Volksdeutsche. Nr. 5/1936



V. Die volkspolitischen Auswirkungen im Sudetendeutschtum

1. Allgemeine Übersicht (Forts.)

a) Verarmung

Ein schöner Erfolg des Fleißes und der Sparsamkeit der sudetendeutschen

Bevölkerung, aber auch ein Beweis ihrer Genügsamkeit ist die Tatsache, daß die Einlagen in den deutschen Volksgeldanstalten 1931 über 9 Milliarden Kronen erreichten, womit sie in Gold- und Vorkriegsnoten umgerechnet 88 bis 90% der Friedenseinlagen erreichten. Krieg, Kriegsanleihe und Kronenentwertung waren überwunden und der durch die geschilderte Wirtschaftspolitik bedingte Verdienstentfall durch eine gesteigerte Sparsamkeit wettgemacht. Wenn es 1931 dennoch zum Zusammenbruch einiger deutscher Geldanstalten kam, so der Leitmeritzer Volksbank, der deutschen Bank in Reichenberg, und zum Moratorium der Kaadner Sparkasse, dann zeigten sich darin die ersten Rückwirkungen der hereinbrechenden Krise, auch wenn man der Leitung dieser Institute eine gewisse Schuld an dem Zusammenbruch zuspricht.

1932 begann der Rückschlag. Er kam, wie der Prager Börsenkurier feststellt, von der Währungsseite. Nervosität gegenüber der Währung verursachte vor allem eine starke Bautätigkeit, die Geldabfluß kostete. Die Unruhe steigerte sich aber von seiten der im Jahre 1931 von der Bankenseite her zugewachsenen [293] Einlagen. Diese Einlagen waren keine Spareinlagen, es war spekulatives, unsicheres Wanderkapital, das sich sofort, als sich die erste Besorgnis aus der Bankensanierung legte, wieder neuen lukrativeren Anlagen zuwandte. Das dritte und nachhaltigste Moment, das wirkte und noch heute wirkt, ist die fürchterliche Krise, die über Großindustrie, Großbanken, über mittlere und kleine Industrie, Handel und Gewerbe kam. So darf es nicht wundernehmen, daß Einlagen abwanderten. Obwohl 1932 vereinzelt recht hohe Ansprüche an Anstalten gestellt waren, haben 1932 die Sparkassen ganz und die Kreditgenossenschaften zum weitaus überwiegenden Teil diese erste Probe ihrer Liquidität gut bestanden. Zu Beginn des Jahres 1933 zeigen sich bei manchen Kreditgenossenschaften (Reichenberg - Gablonzer Gebiet) besondere Anspannungen, die zum Teil durch die unerledigte Angelegenheit Deutsche Volksbank Leitmeritz, in weiterer Folge durch den Schalterschluß zweier privater Geldanstalten (Bankhaus Massopust und der Friedländer Bankgesellschaft) ausgelöst wurden, und im Februar-März zum Schalterschluß der Haus- und Grundbesitzerkasse in Reichenberg und der gegenseitigen Spar- und Vorschußkasse in Gablonz führten. Als dann noch der Schalterschluß der Centralbank der deutschen Sparkassen dazukam, wurde die Krise der Volksgeldanstalten akut.

Wesentlich kritischer verlief (aus den gleichen Gründen) das Jahr 1933 für die Kreditgenossenschaften, die Vorschußkassen, obwohl auch diese Kassen geradezu Erstaunliches geleistet haben.

Und haben auch manche Vorschußkassen ihre Schalter geschlossen, so muß festgestellt werden, daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, der Großteil es tat, nachdem er 25 bis 30 und 40 Prozent seiner Einlagen

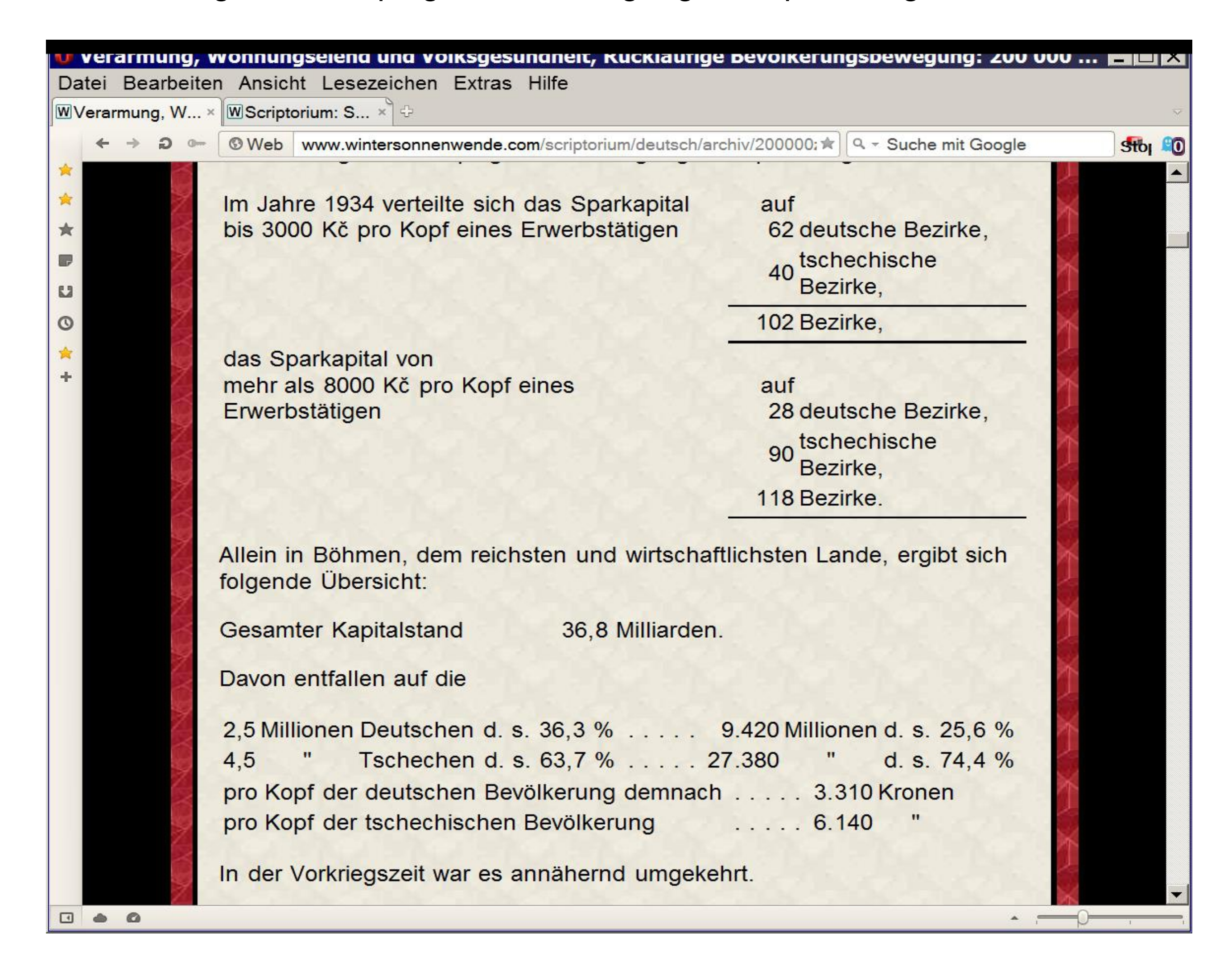
zurückgezahlt hatte.

Die Endbilanz 1933 spiegelt die Krise deutlich wider. Für die Sparkassen ergab sich ein reiner Kapitalrückgang um zirka 12,5 Prozent, unter Hinzurechnung der kapitalisierten Zinsen um 9,3 Prozent. Drei Sparkassen, Eger, Karlsbad und Fischern, waren gezwungen, zur Beschränkung der Auszahlungen zu greifen. Alle anderen Kassen hatten standgehalten und ihre innere Kraft bewährt.

Bei den Kreditgenossenschaften dürften sich die Rückgänge der Einlagen ungefähr in gleicher Höhe bewegen. Eine Reihe von Vorschußkassen blieb in der Form von Stillhalteabkommen, Auszahlungsbeschränkungen und offiziellen Moratorien auf der Strecke.

1934 und 1935 hat sich die Lage nicht geändert, nur holt man nicht mehr aus Angst und Nervosität seine Einlagen, sondern weil man sie wirklich braucht.112

[294] Die tiefgehende Verarmung der breiten sudetendeutschen Bevölkerungsschicht spiegelt die Bewegung der Spareinlagen.



Im Jahre 1934 verteilte sich das Sparkapital bis 3000 Kč pro Kopf eines Erwerbstätigen	auf 62 deutsche Bezirke, 40 tschechische Bezirke, 102 Bezirke,
das Sparkapital von mehr als 8000 Kč pro Kopf eines Erwerbstätigen	auf 28 deutsche Bezirke, 90 tschechische Bezirke, 118 Bezirke.

Allein in Böhmen, dem reichsten und wirtschaftlichsten Lande, ergibt sich folgende Übersicht:

Gesamter Kapitalstand 36,8 Milliarden.

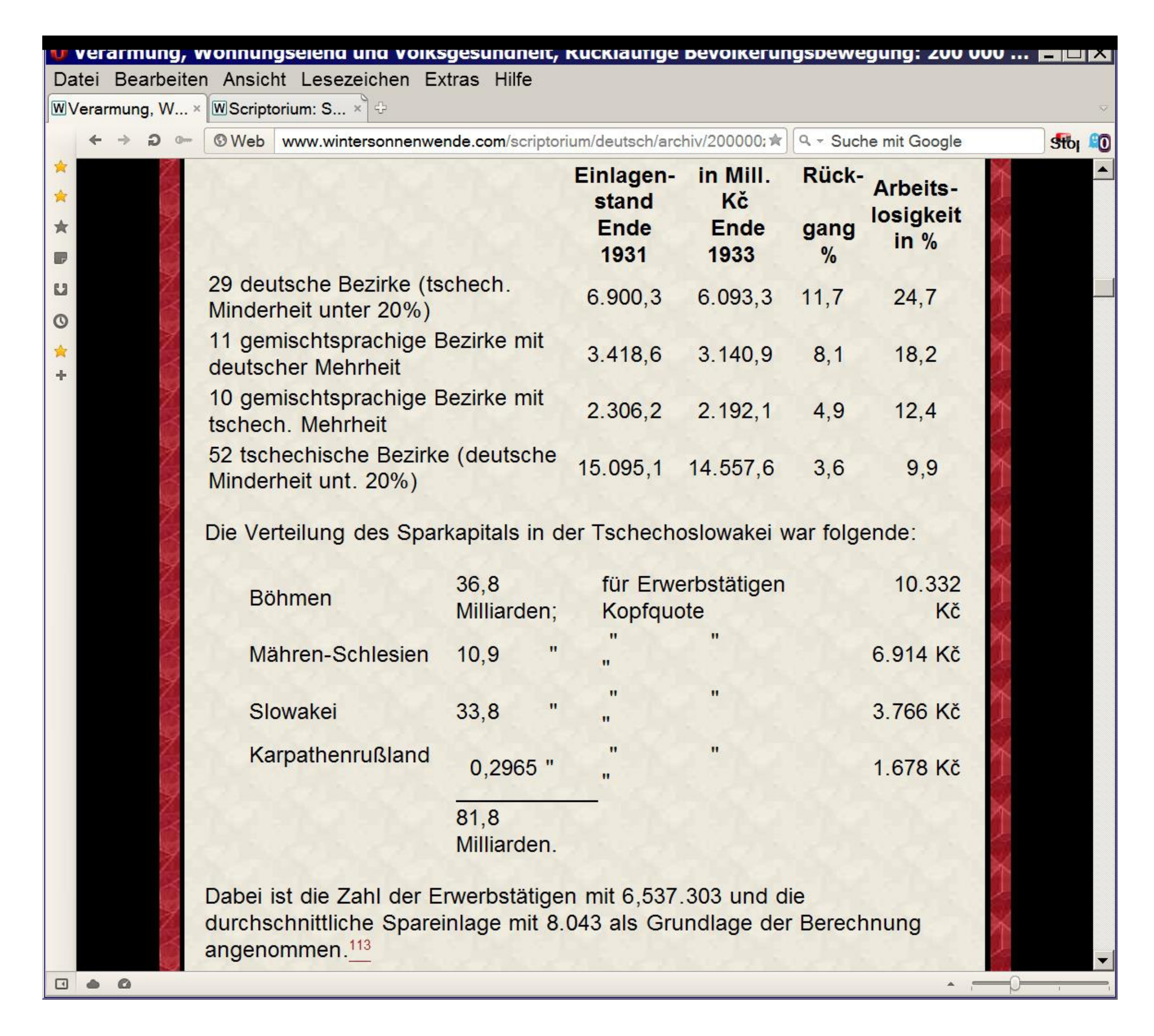
Davon entfallen auf die

2,5 Millionen Deutschen d. s. 36,3 %	.....	9.420 Millionen	d. s. 25,6 %
4,5 " Tschechen d. s. 63,7 %	.....	27.380 "	d. s. 74,4 %
pro Kopf der deutschen Bevölkerung demnach	.....	3.310 Kronen	
pro Kopf der tschechischen Bevölkerung	.....	6.140 "	

In der Vorkriegszeit war es annähernd umgekehrt.

Obzwar in den deutschen Bezirken Böhmens nur ein Viertel des gesamten Sparkapitals des Landes angesammelt ist, entfallen auf sie von dem Rückgang 1009 Millionen, auf die tschechischen Bezirke hingegen nur 762 Millionen. In Prozenten betrug der Spareinlagenrückgang der beiden letzten Jahre in den deutschen Bezirken 10,4, in den tschechischen hingegen nur 2,6. Verhältnismäßig am größten war der Spareinlagenrückgang in dem durch die Verlegung der Rothauer Eisenwerke noch ärmer gewordenen politischen Bezirk Neudek, wo die Spareinlagen um 25 v. H. bezw. um 21,8 Mill. auf 662 Mill. zurückgingen. Große Rückgänge ergaben sich auch in den Bezirken Schluckenau mit 20 v. H., Trautenau 16, Karlsbad 18, Rumburg 15, Leitmeritz, B.-Leipa, St. Joachimsthal, Friedland mit je 15, Gablonz 18 usw. In Gablonz betrug der Einlagenrückgang der letzten zwei Jahre 125,5 Mill Kc bei einem Stande von 675,6 Millionen im Jahre 1931, d. i. mehr als in Prag, wo bei einem fast zwanzigfachen Einlagenstande von 10.812,2 Millionen der Rückgang nur 114 Millionen, also ungefähr 1 v. H., betrug. Ebenso wie in Prag waren auch in den meisten anderen tschechischen Bezirken die Einlagenrückstände verhältnismäßig gering und jedenfalls erreichen sie nirgends so hohe Ziffern wie in den deutschen Gegenden, wo in fünf politischen Bezirken die Spareinlagen im Jahre 1933 unter den Stand von 1927 zurückgefallen waren, und zwar Podersam, Saaz, [295] Kaaden, Leitmeritz und Schluckenau. So wies z. B. der politische Bezirk Schluckenau 1928 449,1 Millionen Spareinlagen aus, 1933 aber nur noch 151,9. Einige Bezirke Böhmens konnten trotz der Krise das Sparkapital vermehren. Es gilt dies von den politischen Bezirken B.-Brod, Humpolee, Eule bei Prag, Melnik, Rican und Asch, letzterer ein weißer Rabe unter den deutschen Bezirken des Landes. In den tschechischen Gegenden verfügen auch die nicht durch besonderen Industriefleiß oder durch außerordentlich günstige Bodenbeschaffung ausgezeichneten Bezirke über reichliche Sparkapitalien. So sind z. B. selbst die Bezirke Milevsko, Sedlcan, Tabor, Strakonitz usw. verhältnismäßig reicher an Spareinlagen als Teplitz-Schönau oder Aussig und die meisten deutschen Bezirke überhaupt. Die an Spareinlagen reichsten Bezirke Böhmens mit einer Quote von über 13.000 Kc pro Erwerbstätigen waren im Jahre 1930: Prag mit 20.026 Kc, Königgrätz, Kolin, Nachod und Tabor mit 14.000 bis 15.000 Kc und Pisek, Nimburg, Podebrad, Sobieslau, Eger, Gablonz, Marienbad und Reichenberg mit 13.000 bis 14.000 Kc.

Eine andere Übersicht über den Rückgang der Spareinlagen und damit des Volksvermögens zeigt folgendes Bild von 102 Bezirken.



	Einlagen-stand Ende 1931	in Mill. Kč Ende 1933	Rück-gang %	Arbeits-losigkeit in %
29 deutsche Bezirke (tschech. Minderheit unter 20%)	6.900,3	6.093,3	11,7	24,7
11 gemischtsprachige Bezirke mit deutscher Mehrheit	3.418,6	3.140,9	8,1	18,2
10 gemischtsprachige Bezirke mit tschech. Mehrheit	2.306,2	2.192,1	4,9	12,4
52 tschechische Bezirke (deutsche Minderheit unt. 20%)	15.095,1	14.557,6	3,6	9,9

Die Verteilung des Sparkapitals in der Tschechoslowakei war folgende:

Böhmen	36,8 Milliarden;	für Erwerbstätigen Kopfquote	10.332 Kč
Mähren-Schlesien	10,9 "	" "	6.914 Kč
Slowakei	33,8 "	" "	3.766 Kč
Karpathenrußland	0,2965 "	" "	1.678 Kč
	81,8 Milliarden.		

Dabei ist die Zahl der Erwerbstätigen mit 6,537.303 und die durchschnittliche Spareinlage mit 8.043 als Grundlage der Berechnung angenommen.[113]

Gegenüber 1932 beträgt der Rückgang 3,2 Milliarden.

Seit dem Jahre 1929 ist das Nationaleinkommen in der Tschechoslowakei von 90 Milliarden auf 47 Milliarden herabgesunken. Da nun die Spareinlagen bei den Sudetendeutschen bedeutend stärker zurückgegangen sind, so beweist das abermals, daß von dem Rückgang des Nationaleinkommens in der Tschechoslowakei [296] um 43 Milliarden in erster Linie das Sudetendeutschtum betroffen ist, das bereits die Spareinlagen zur Existenzerhaltung überhaupt heranziehen muß.114

b) Wohnungselend und Volksgesundheit

Die seit Jahren ruhende Bautätigkeit hat zu einer geradezu katastrophalen Verelendung der Wohnverhältnisse geführt. Minister Necas hat in einer Sitzung des spezialpolitischen Ausschusses im November 1935 ein Bild von den Wohnungsverhältnissen entworfen, wie es drastischer nicht mehr gezeichnet werden kann.

[297=Fotos] [298] "Infolge der Krise", so sagt der Minister, "schränken immer weitere Kreise ihre Wohnungsbedürfnisse ein, so daß an größeren Wohnungen ein Überangebot besteht, während die Nachfrage nach Kleinstwohnungen, d. h. nach billigsten Wohnungen, sich ständig erhöht. Gegenüber dem Jahre 1932 sind in der zweiten Hälfte 1934 die Baukosten um etwa 30 Prozent gesunken. Trotzdem beträgt die Miete eines Wohnraumes in einem Neubau noch 1.500 bis 1.700 Kc (150 bis 170 RM)

Fast die Hälfte unserer Bevölkerung hat aber ein Einkommen unter dem Existenzminimum von 6.000 Kc (600 RM). **Das bedeutet, daß für diese**



[297] Hier wohnen Menschen! Riesengroß müßten diese Worte über dem Eingang dieser "Wohnung" stehen, um das ungeheure Verbrechen der tschechischen Bürokratie aufzuzeigen. Der Staat, der mit Überlegung auf die Vernichtung hunderttausender Menschen hinarbeitet, nur weil diese einem anderen Volke angehören, hat das Recht verwirkt Kulturstaat genannt zu werden.



[297] Selbst aus dieser Notbehausung muß der Arbeitslose mit seiner Familie weichen, da er 5 Kronen Mietzins nicht aufbringen kann.

Hälfte der Bevölkerung der Mietzins in einem Neubau unerschwinglich ist, denn er würde bei einer Wohnküche mehr als 30 und bei zwei Räumen bis zu 60 Prozent des Durchschnittseinkommens ausmachen! Darin liegt die

Hauptursache des Rückganges der privaten Bautätigkeit. Eine durchgreifende Besserung ist nicht zu erwarten, solange nicht in den Gehalts- und Lohnverhältnissen eine Besserung eintritt.

Die Unterstützung von Wohnungsbauten mit einem Wohnraum bedeute zwar in der Wohnungskultur einen Schritt zurück, aber es ist doch besser, die arme Bevölkerung in solchen Wohnungen unterzubringen als zuzulassen, daß die Ärmsten gezwungen sind, Notwohnungen in Felshöhlen oder Ziegeleien zu suchen, oder sie weiter in ungesunden Kellerwohnungen zu belassen.

Die Zahlen, die das Fürsorgeministerium aus einigen größeren Städten gesammelt hat, geben ein Bild direkt erschütternder Not und legen Zeugnis ab für die ständig fortschreitende Verarmung ganzer Bevölkerungsklassen. Zur Illustration mögen einige Ziffern dienen:

In Notwohnungen (Waggons, Magazinen, Baracken usw.) wohnen derzeit nach den Berichten aus 57 größeren Orten 5.298 Familien mit 21.080 Familienmitgliedern.

Aus dem deutschen Gebiet führt der Minister an, ohne natürlich anzugeben, daß auch von den nicht genannten 53 Orten die meisten im sudetendeutschen Gebiet liegen:

Komotau: 61 Familien mit 254 Köpfen,
Brüx: 82 Familien mit 307 Köpfen,
Aussig: 102 Familien mit 365 Köpfen,
Saaz: 270 Familien mit 1300 Köpfen,
Iglau: 124 Familien mit 466 Köpfen,
Znaim: 104 Familien mit 445 Köpfen.

An die Spitze der Betrachtungen über die Auswirkung der tschechischen Wirtschaftspolitik auf die Volksgesundheit sei ein Bericht eines sozialdemokratischen [299] Arztes gestellt, der in seiner Art eine furchtbare Anklage der Prager Regierung darstellt und dem man schwerlich eine "nationalistische" Tendenz bei seinen Ausführungen wird unterschieben können. Der Arzt schreibt u. a:

"Im Gegensatz zu anderen Ländern werden der breiten Öffentlichkeit Erfahrungen über die Auswirkungen der Krise auf die Volksgesundheit von Ärzten der Sozialversicherungsanstalten nur selten berichtet. Es hängt dies vielleicht zum großen Teil damit zusammen, daß bis heute eine geregelte ärztliche Versorgung der Arbeitslosen nicht vorhanden ist. Die in der amtsärztlichen Praxis in den Krankenkassen faßbaren Folgen der Krise auf die Volksgesundheit können sich daher nur auf die arbeitenden Menschen und ihre mitversicherten Familienangehörigen beziehen. Daß aber auch hier

schon Folgen festzustellen sind, soll an zwei Beispielen aus einem nordwestböhmischen Gebiete gezeigt werden.

In der Weihnachts- und Neujahrswoche wurden in diesem Bezirk einige Betriebe während der Feiertage stillgelegt. In diesen Tagen meldeten sich in der zuständigen Bezirkskrankenkasse eine größere Anzahl von Erwerbstätigen zur Untersuchung. Es waren zumeist langjährig arbeitende Menschen, die sich schon lange Zeit mit einem Leiden trugen und aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, die arbeitsfreien Tage benutzten, um etwas für ihren Körper zu tun.

Unter diesen waren schwer Lungenkranke, Magenkrebskranke und Leute mit schwerem Magengeschwür. Der Befund bei diesen Kranken war so schwerwiegend, daß man sich als Arzt wundern mußte, daß solche Menschen ihrer Arbeit noch nachgehen konnten. Auf Befragen, weshalb sich die Kranken nicht eher zur Untersuchung gemeldet haben, teilten diese dem Arzt mit, daß man als einziger Verdiener einer großen Familie nicht wagen könne, längere Zeit im Krankenstand zu bleiben, weil man einerseits vom Krankengeld eine Familie mit einigen erwerbslosen Erwachsenen nicht ernähren könne und es andererseits bei den heutigen Arbeitsverhältnissen leicht möglich sei, daß bei längerem Fernbleiben von der Arbeit ein anderer für den Kranken eingestellt wird.

Bemerkenswert ist, daß es sich in diesen Fällen meist um Arbeiter von großen Betrieben handelt. Ganz im Gegensatz zu früher vergeht fast keine Woche, in der man nicht einige Fälle von schwerer Lungentuberkulose bei kleinen Kindern und Säuglingen bei der Röntgenuntersuchung zu sehen bekommt, und dies zwar bei Kindern erwerbstätiger Arbeiter. Sicherlich sind es zum größten Teil Nachzustände von Infektionskrankheiten, wie Masern, Keuchhusten, doch auch diese Kinder sind Opfer der Krise. Wenn man sich über die Wohnungsverhältnisse, über die Zahl der vom Erwerb eines Menschen lebenden Familienmitglieder erkundigt, erfährt man die trostlose Lage der arbeitenden Menschen. Und dabei sind diese Menschen immer noch besser daran als jene, die arbeitslos sind und von keiner ärztlichen Untersuchung erfaßt werden. Bei dieser Betrachtung [300] ist es aber auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir nur zwei Anstalten für lungentuberkulose Kinder besitzen und daß die Aufnahme in diese Anstalten erst nach Monaten und da zumeist schon zu spät gelingt. Einige allgemein-öffentliche Krankenhäuser besitzen zwar Kinderabteilungen, doch stehen diese Kinderabteilungen zumeist ohne lungen- und kinderfachärztliche Beratung."115

Am Ende des Schuljahres 1933/34 - also anfangs Juli - wurde von den amtlichen Berufsberatungsstellen der Deutschen Jugendfürsorge eine ärztliche Untersuchung der schulentlassenen und stellungsuchenden sudetendeutschen Jugend angestellt, die nachstehendes erschütterndes Ergebnis hatte:

Tuberkuloseerkrankungen	25 %
Herzerkrankungen	13 %
Augenkrankheiten	21 %
Schwermütigkeit und Selbstmordabsichten	10 %
	69 %

Vier Fünftel der grenzdeutschen Jugend sind körperlich und seelisch krank.

Diese Tatsache wird durch einen Bericht des Abgeordneten und Vizepräsidenten des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses Siegfried Taub im sozialpolitischen Ausschusse Ende November 1934 nachdrücklichst unterstrichen.

Der Abgeordnete führte aus:

"Die Erhebungen, die ich nach dieser Richtung hin angestellt habe, haben ein Bild zutage gefördert, das geradezu als erschreckend bezeichnet werden muß. Vor allem muß es daher unsere Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß unsere Kinder gespeist und bekleidet werden. Ich möchte Ihnen aus der Fülle des Materials, das mir zur Verfügung steht, nur einiges anführen:

So wird mir aus dem Dux-Biliner Bezirk gemeldet:

Die Wirtschaftskrise macht sich besonders bei dem Gesundheitszustande der proletarischen Bevölkerung in ganz erschreckender Weise bemerkbar. Die Unterernährung der arbeitenden und arbeitslosen Proletarier ist jedem Laien in die Augen springend, der aus anderen Bezirken in den Dux-Biliner kommt. Die Zahl der Arbeitslosen ist höher als die der Versicherten der Krankenkassen, die zusammen 7.500 Versicherte haben, von denen die größte Zahl Kurzarbeiter sind.

Die Folgen dieser Unterernährung sind das gehäufte Auftreten der Tuberkulose und der Rachitis. Wenn sich auch die Jugendfürsorge, die Masarykliga, die Krankenkassen und verschiedene andere Organisationen bemühen, hier helfend einzugreifen, so sind deren Erfolge infolge der großen Zahl der Hilfsbedürftigen und der geringen zur Verfügung stehenden Mittel nur gering.

[301] Während früher Erkältungskrankheiten, Influenzen oder sonstige geringfügige Erkrankungen in wenigen Tagen geheilt waren, so haben diese Krankheiten infolge der geschwächten Widerstandskraft der Befallenen eine viel längere Dauer und sind häufig verbunden mit dem Aufflackern von bereits zum Stillstand gekommenen Tuberkulosen.

Die Folgen der Krise sind besonders bei den Schulkindern auffällig, wo ein noch viel größerer Schaden entsteht als bei den Erwachsenen. Die Infektionskrankheiten (Diphtherie, Scharlach) sind in unserem Bezirke schon durch fünf Jahre epidemisch geworden. Infolge Mangel an Kleidung sind Erkältungserkrankungen an der Tagesordnung und führen infolge der

Unterernährung zu oft schwierigen Komplikationen und dauernden Schädigungen.

Mehr als 70 Prozent der Schulkinder sind blutarm und unterernährt; ihr Körper ist den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen. Die Kinder kommen ohne Frühstück in die Schule und Ohnmachtsanfälle kommen fast täglich in den Schulklassen vor.



[301] Kindermord im Herzen Europas!
Rachitisch mit aufgedunsenem Bauch, so werden die Kinder in die Spitäler eingeliefert. Jede Hilfe kommt zu spät.

Was die kleinen Kinder betrifft, so sind vor allem diejenigen bedroht, welche infolge Unterernährung von den Müttern nur kurze Zeit gestillt werden können und wo dann die Mittel fehlen, um künstliche Nährmittel zu beschaffen. Deshalb sehen wir die Zahl der Todesfälle an Fraisen und Darmkatarrh in den letzten Jahren bei Kleinkindern besonders steigen. Durch die Unterernährung wird die Knochenbildung verzögert, die Zuführung von kalkhaltigen Nährmitteln fehlt, und die Folge sind dann rachitische Veränderungen des Skeletts, die man [302] seit der Hungersnot des Weltkrieges schon ausgerottet glaubte, die jetzt aber wieder viel häufiger zu sehen sind. Diese Schwächung des kindlichen Organismus durch ungenügende Ernährung ermöglicht auch der Tuberkulose eine vermehrte Ausbreitung, deren Folgen sich erst im späteren Alter der Kinder zeigen werden.

Wie schwer der Gesundheitszustand der arbeitslosen Bevölkerung durch Krise und Unterernährung geschädigt ist, beweisen die Ausgaben der Arbeitslosen-Heilfürsorge, welche monatlich nur für Medikamente über 5000 Kc betragen. Infolge dieser hohen Ausgaben war dieses Hilfswerk schon mehrmals in seiner Existenz bedroht. Es muß getrachtet werden, daß dieser so segensreichen Hilfsaktion die notwendigen Mittel zu ihrer Fortführung zur Verfügung gestellt werden. Ebenso muß für die Kinder genügend Milch zur Verfügung sein, da die Arbeitslosen nicht imstande sind, die Kosten hiefür

aufzubringen. Dasselbe gilt in der Frage der Bekleidung; auch hier sind weitgehende Hilfsmaßnahmen angezeigt.

Aus einem schulärztlichen Bericht, der mir aus Schönlinde zugegangen ist, entnehme ich folgende Daten:

In den ersten Klassen wurden 34 Knaben und 41 Mädchen untersucht. Bei diesen wurden festgestellt: Blutarmut in 20 Fällen, Reste von Rachitis in 13 Fällen, Drüsen in 43 Fällen, Zahnfäule in 38 Fällen. In den fünften Klassen wurde bei 64 Knaben und 50 Mädchen festgestellt: Blutarmut in 36 Fällen, Rachitis in 39 Fällen, Drüsen in 83 Fällen, Zahnfäule in 61 Fällen, Blähhals in 76 Fällen.

Aus Eger wird mir mitgeteilt:

Nach einem Bericht des Sanitätsrats Dr. Wilhelm Thieben sind in der Mutterberatungsstelle 70 Prozent der Säuglinge unterernährt. Nach dem schulärztlichen Bericht sind von 2643 untersuchten Kindern 85 Prozent unter dem Normalgewicht!

Ein ganz besonders erschütternder Bericht geht mir von der Tagesheimstätte für erwerbslose Jugend in Karlsbad zu:

In der Tagesheimstätte für erwerbslose Jugendliche sind 50 junge Burschen im Alter von 15 bis 20 Jahren untergebracht. Von den 50 Jugendlichen haben 26 einen Beruf erlernt, 21 davon mußten die Lehrzeit wegen Arbeitsmangels unterbrechen. Fünf Jugendliche haben ausgelernt und sind mit dem Tage der Freisprechung arbeitslos. In 20 Fällen ist der Vater verstorben, in acht Fällen die Mutter. In acht Fällen steht der Vater als Kurzarbeiter in Beschäftigung, in allen übrigen Fällen ist der Vater gänzlich erwerbslos. Die Mutter ist in 13 Fällen als Kurzarbeiterin beschäftigt.

Die Wohnverhältnisse sind sehr schlecht. 20 Familien bewohnen zwei Räume, 30 Familien einen Raum. Von den 50 Jugendlichen haben elf das eigene Bett, die übrigen müssen das Nachtlager mit Familienangehörigen teilen.

[303] Der ärztliche Befund lautet bei 13 Jugendlichen auf »ohne Besonderheiten«, bei allen übrigen sind besondere Mängel festzustellen. Drei Jugendliche benötigen dringend den Aufenthalt in der Lungenheilanstalt. Ein Jugendlicher ist im Vergleich zu Größe und Alter um 15 Kilogramm zu leicht. Die jungen Burschen kommen aus starken Familien, die bis zu 12 Köpfen zählen.

Nach einem Bericht des Herrn Dozenten Dr. Slavik, des leitenden Arztes des Kindererholungsheimes in Dittersbach, sind für das Jahr 1933/34, das sind sechs Belegsperioden mit 554 Kindern, folgende Feststellungen gemacht worden:

Blutarmut in 122 Fällen, Drüsen in 29 Fällen. Und es wird in diesem Bericht festgestellt, daß die Zahl der wegen Blutarmut eingewiesenen Kinder gegen das Vorjahr fast gleich ist, die der Blutarmut und Körperschäden bezeichneten dagegen um 5 Prozent höher.

Im Sammelbericht der Schulärzte im Bezirke Tetschen seien noch folgende Daten angeführt:

Es wurden 3879 Knaben und 4042 Mädchen untersucht. Bei 36 Prozent Knaben wurde Blutarmut, bei 1,1 Prozent Rachitis, bei 10 Prozent Tuberkulose, bei 4 Prozent Skrofulose und bei 15,1 Prozent Drüsen festgestellt. Bei den Mädchen war das Verhältnis: 34,5 Prozent Blutarmut, 0,8 Prozent Rachitis, 11 Prozent Tuberkulose, 5 Prozent Skrofulose, 11 Prozent Drüsen.

Im Bezirk Bensen wurden 1502 Knaben und 1434 Mädchen untersucht.

Hier wurde festgestellt bei Knaben: 30,3 Prozent Blutarmut, 0,5 Prozent Rachitis, 1 Prozent Tuberkulose, 1 Prozent Skrofulose, 16,5 Prozent Drüsen. Bei Mädchen: 29,4 Prozent Blutarmut, 1,2 Prozent Rachitis, 1 Prozent Tuberkulose, 2 Prozent Skrofulose, 11,5 Prozent Drüsen.

Im Bezirk Böhm.-Kamnitz wurden 1610 Knaben und 1566 Mädchen untersucht.



[304] Kranke unterernährte Kinder, fiebernd und verschwollen, wie sie heute bei den arbeitslosen Familien überall zu finden sind. Als Sudetendeutsche im Reiche 1936 Kinder aus der Heimat über den Sommer zur Erholung nach Sachsen bringen wollten, verbot die tschechische Regierung die Ausreise.

Das Bild stellt sich wie folgt dar: Bei Knaben: 20,6 Prozent Blutarmut, 10,9 Prozent Rachitis, 5 Prozent Tuberkulose, 7 Prozent Skrofulose, 18,2 Prozent Drüsen. Bei Mädchen: 25,1 Prozent Blutarmut, 7 Prozent Rachitis, 4 Prozent Tuberkulose, 7 Prozent Skrofulose, 16,3 Prozent Drüsen."

So weit der Bericht des sozialdemokratischen Abgeordneten, für den und für dessen Kolleginnen, deren Berichte im nachfolgenden wiedergegeben seien, das gleiche gilt, was wir eingangs zu dem Bericht des sozialdemokratischen Arztes gesagt haben.

Die Abg. Irene Kirpal schildert in einer Parlamentsrede anfangs Dezember 1934 die Not der sudetendeutschen Industriegebiete, in denen zum Teil fast jede Erwerbstätigkeit zum Stillstand gekommen ist, u. a. wie folgt:

"Unter dieser Erscheinung leiden besonders stark die Schulkinder, und es müssen Vorsorgen getroffen werden, damit die Schuljugend nicht mehr hungere und friere. Es sind [304] rund 300.000 Schulkinder der Erwerbslosen der größten Entbehrung ausgesetzt. Das sind oft keine Kinder mehr, das sind

lebende Leichname, die in den Elendsgebieten verwahrlost und verhungert früh in die Schule schleichen! Oft werden diese Kinder in der Schule ohnmächtig. Hier müßte der tschechoslowakische Staat endlich eingreifen und überall Schulküchen einrichten und eine umfangreiche Ernährungsaktion durchführen!"

Das gleiche erklärt die Abg. Schack aus ihrem westböhmischen Wahlkreis:

Bei Besprechung der furchtbaren Folgen der Krise für die Kinder der Arbeitslosen führt Rednerin ein Rundschreiben der Egerer Mutterberatungsstelle an, in welchem festgestellt wird, daß 70 Prozent der Säuglinge unterernährt sind und keine warme Kleidung haben, während 15 Prozent direkt rachitisch sind. Wie das Volk draußen lebt, darüber können die Pflegeschwestern Auskunft geben: Bei den Hausbesuchen finden sie die Kinder oft zu dritt und zu viert in einem Bett, das nurmehr aus armseligen Lumpen besteht.

Die größeren Kinder kommen oft ohne Frühstück und mangelhaft gekleidet zur Schule, und die Lehrer beklagen sich, daß die Kinder während des Unterrichtes vor Schwäche einschlafen oder ohnmächtig werden. Für diese armen Kinder muß bald ausgiebige Hilfe geschaffen werden, denn in den unterernährten Kindern dieser Arbeiter und Arbeitslosen ist die künftige Generation des Sudetendeutschtums auf das schrecklichste bedroht, wenn nicht in letzter Stunde ausreichende und dauernde Hilfe gebracht wird!

So schildern Regierungsabgeordnete die sudetendeutsche Jugendnot!

Im Gesundheitsausschuß des Abgeordnetenhauses erstattete am 28. November 1935 Dr. Czech (deutscher Sozialdemokrat) einen Bericht über die Auf- [305] gaben seines Gesundheitsministeriums. Dabei kam er auch auf das Kinderelend in den sudetendeutschen Gebieten zu sprechen. Er führte u. a. aus:

"Wie sehr es notwendig ist, die Krisenauswirkungen in den von der Arbeitslosigkeit am härtesten heimgesuchten Gebieten zu ermitteln und damit nicht nur der schweren Bedrohung der Gesundheit der Bevölkerung dieser Gebiete, sondern darüber hinaus auch der Nachbargebiete zu steuern, zeigen die Ergebnisse einer [306] Erhebung, die das Gesundheitsministerium in den von ihm in 78 Bezirken ins Leben gerufenen halbamtlichen Beratungsstellen »Unser Kind« vor ganz kurzer Zeit durchführen ließ, um für die von ihm geplante Kinderhilfsaktion greifbare Unterlagen zu erhalten. Die Ergebnisse dieser Erhebung sind geradezu aufregend. Doch es ist am besten, wenn wir sie - vorläufig ohne jeden Kommentar - für sich selbst sprechen lassen, wobei wir natürlich nur einzelne markante Beispiele herausheben wollen.

So hat die Brüxer Beratungsstelle festgestellt, daß im ersten Vierteljahr des Jahres 1935 gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1934 die Zahl der mit Affektion der Lymphdrüsen behafteten Kinder um 36 Prozent, die Zahl der tuberkulösen Kinder um 42 Prozent und die Zahl der rachitischen Kinder um 200 Prozent - wohlgemerkt, innerhalb eines Jahres! - zugenommen hat.

In Schüttenhofen wurde im Jahre 1935 gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des vorangegangenen Jahres eine Zunahme der Rachitis um 100 Prozent, eine Zunahme der Kinder mit schadhaftem Gebiß um 63 Prozent festgestellt.

In Teplitz-Schönau ergaben sich bei der gleichen Erhebung bei 40 Prozent der Kinder Erscheinungen der Rachitis.

In Asch wurde gegenüber dem Vorjahre ein rapider Aufstieg der Blutarmut und eine Zunahme von schadhaftem Gebiß als Folge der Unterernährung um 39 Prozent festgestellt.

Einige Daten aus dem Berichte des Chefarztes des vom Bezirk Tetschen errichteten Kindererholungsheimes in Dittersbach:

Danach waren 80 Prozent der dort aufgenommenen Kinder untergewichtig und dadurch in ihrer Entwicklung gehemmt, geschwächt oder sonst gestört. Die Zahl der Kinder mit Verbildungen im Knochensystem infolge der durchgemachten Englischen Krankheit betrug 50 Prozent. Bei 48 bis 65 Prozent fand man Wucherungen im Nasen- oder Rachenraum infolge quantitativ und qualitativ ungenügender Ernährung und unhygienischer Lebensweise, infolge Wohnungselends, ungenügender Bekleidung und Beheizung. 24 - 29 Prozent der Kinder waren engbrüstig, 34,5 bis 40 Prozent haben eine schiefe Körperhaltung mit einer mehr oder weniger hochgradigen Wirbelsäulenverkrümmung. 26 bis 34 Prozent haben neurotische Symptome als Ausdruck der allgemeinen Neuropathie. Dabei wird nur so nebenbei erwähnt, daß bei jedem Antransport von 100 Kindern 10 - 15 verlaust waren und ein Teil der Kinder in fadenscheinigen, geflickten und zerrissenen Kleidern, die vielfach bereits auseinanderzufallen drohten, ins Heim gebracht wurde.

[307] Ich beschränke mich auf diese Feststellungen hinsichtlich der Verelendung der Kinder. Ich kann aber auch nicht umhin, auf die traurige Lage der Frauen und stillenden Mütter in den von der Arbeitslosigkeit heimgesuchten Familien zu verweisen, und kann auch an der Tatsache nicht vorübergehen, daß die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeitslosen, deren Zahl Ende Oktober des Jahres, also noch in der Saisonzeit, die Höhe von 602.755 erreichte, geradezu niederdrückend sind. Welche gesundheitlichen Gefahren die Entbehrungen und die Erschöpfung des Organismus mit sich zu bringen vermögen, darüber gibt uns ein Bericht des Semiler Krankenhausarztes Dr. Vintrich ein geradezu erschütterndes Bild. In der Zeitschrift Praktischer Arzt erzählt er über den Notstand der Kinder in den Gebirgsgegenden und verweist auf die »vollständige Wehrlosigkeit des Organismus infolge andauernden Hungerns und Unterernährung«. Zum

Schluß sagt er wörtlich:

»Der Organismus gewisser Kranker ist derart erschöpft, daß sich bei den an ihnen durchgeführten Operationen die Schnittwunden nicht schließen!«

Berichte aus dem deutschböhmischen Erzgebirge besagen, daß z. B. in Rothau alle 100% der Schulkinder erkrankt sind, 79% allein weisen Schilddrüsenerkrankungen auf.

Im Adlergebirge betragen die Erkrankungen der Schuljugend durchschnittlich 76%, im Böhmerwald 82%."

Soweit der Gesundheitsminister.

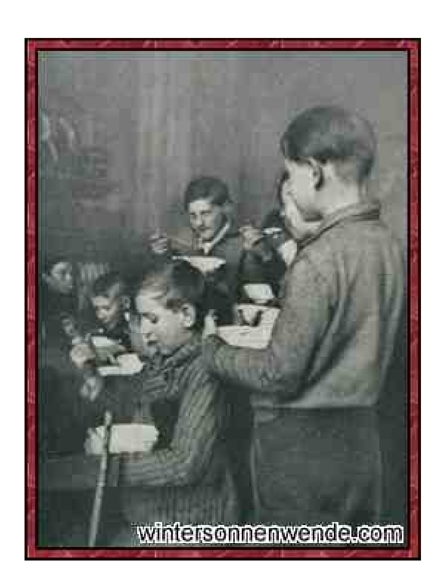
Der Amtsarzt der Bezirksbehörde Warnsdorf, Sanitätskommissär Dr. Orlik, überprüfte den Gesundheitszustand der Schüler der Volks- und Bürgerschule in Warnsdorf (Deutsch-Nordböhmen) im Herbst 1935. Bisher wurden die Kinder an der Volksschule des dritten Bezirkes und die Schüler und Schülerinnen der Bürgerschule untersucht. An der Volksschule im dritten Bezirk wurde festgestellt, daß 70% aller Kinder stark unterernährt sind. Noch krasser liegen die Dinge an der Bürgerschule, besonders in den ersten Klassen. Der größte Teil der Kinder bessergestellter Eltern trat zu Anfang des heurigen Schuljahres in die Staatsrealschule ein, weshalb in der ersten Klasse der Bürgerschule vorwiegend ärmere Kinder zurückblieben, so daß dort der Prozentsatz der Unterernährten besonders stark ist und über 70% hinausgeht. Zudem besitzen die Kinder fast durchwegs keine entsprechenden Kleider und erscheinen in dünnen, armseligen Kleidungsstücken zum Unterricht.

Über 50% der Untersuchten leiden zudem an der Kropfkrankheit. Fast alle haben sehr schlechte Zähne. Man sei, so erklärte Sanitätskommissär Dr. Orlik wörtlich, ob des Gesundheitszustandes der Kinder entsetzt.

[308] In der Stadt Rumburg sind von den das 1. Schuljahr besuchenden Kindern der Rumburger Schulen 75% unterernährt. Eine von den vier deutschen Volksschulen in Rumburg zählt 149 Kinder. Davon klagen 55% über ungenügende Ernährung und 18% der Kinder gehen betteln. Von 549 Schulkindern haben 253 arbeitslose Eltern.

Die letzten Eintragungen in den schulärztlichen Gewichtstabellen der Gemeinde Zeidler bei Nixdorf (Bezirk Hainspach) enthüllen ein kaum faßbares Kinderelend, wie es aus einem anderen Orte Nordböhmens bisher wohl nicht bekannt geworden ist. Von den 152 Kindern, welche die Schule besuchen, sind 103 oder 68% unterernährt und unter ihnen am stärksten die Kleinsten. Im ersten und zweiten Schuljahr wurden von 53 Kindern 42 unterernährte oder 81% Kinder festgestellt, im 3. und 4. Schuljahr von 58 Kindern 67%. Im 5. - 8. Schuljahr von 42 Kindern 22 oder 52%. Im 7. und 8. Lebensjahre wiegen die Kinder nur 16,5 bis 17 Kilo, im Alter von 9 und 10

Jahren 25 bis 29 Kilo.



[305] Kinderspeisung durch die Sudetendeutsche Volkshilfe. Überall in den Notgebieten versucht die Sudetendeutsche Volkshilfe mit den zur Verfügung stehenden Geldmitteln der größten Not zu steuern. Und da sind es vor allem wieder die hungernden Kinder, die durch unermüdliche Helferinnen betreut werden.

Viele Kinder kommen ohne Vormittagsbrot in die Schule, in der sie fleißig lernen und das Lehrziel erreichen sollen, obgleich sie nicht einmal die körperlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen können. Mit großem Appetit verzehren sie die Brotstücke, die sie von den andern Kindern bekommen oder die sie nach der Schule als "vergessen" vorfinden...

Bei Drucklegung des Buches lagen die amtlichen Berichte für 1936 noch nicht vor. Sie werden für dieses und die folgenden Jahre nur schlechter als besser sein.

Diese Zahlen und Berichte werden in ihrer ganzen Nüchternheit nicht nur laute Hilferufe an die Menschheit, sondern Ankläger zugleich gegen ein System, das sich der Welt im Gewande der demokratischen Humanität darstellt!

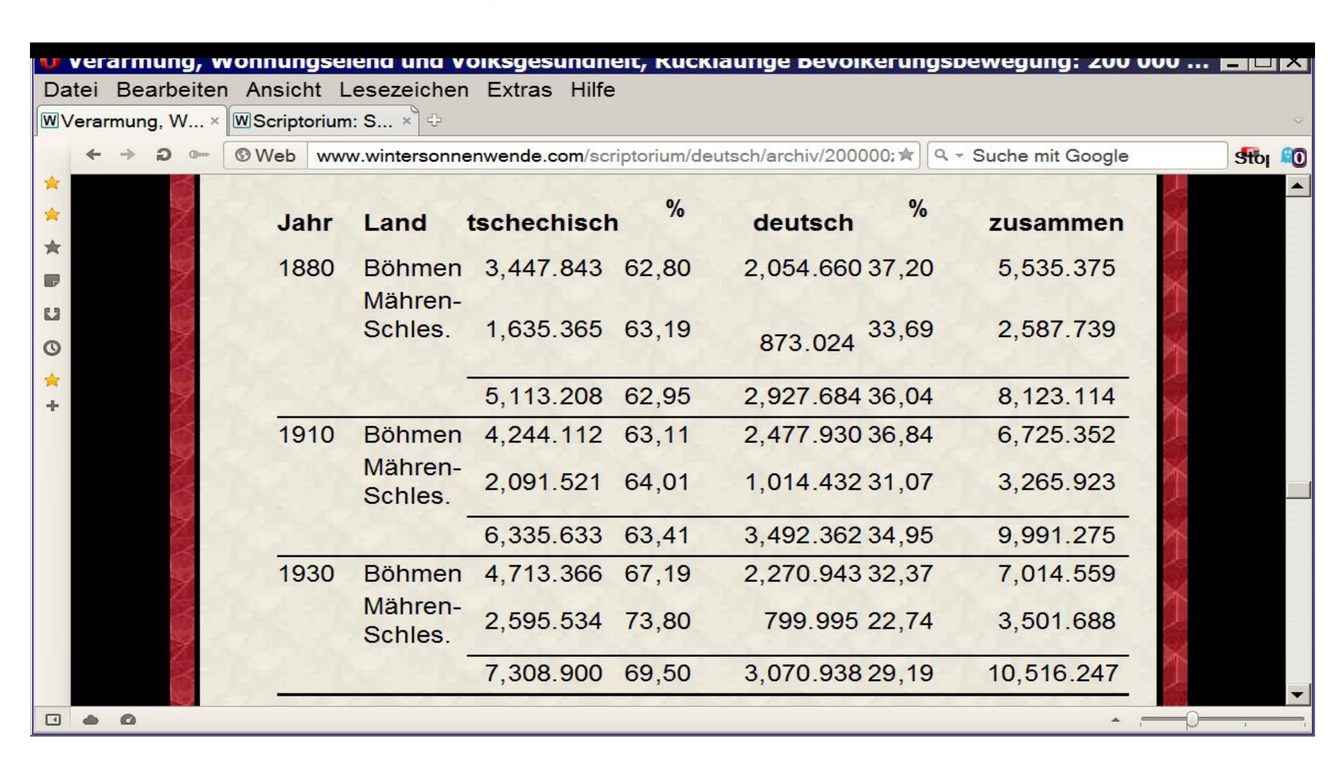
c) Rückläufige Bevölkerungsbewegung

Die tiefeinschneidenden Veränderungen, denen das völkische und wirtschaftliche Leben der Sudetendeutschen seit der Errichtung des tschechoslowakischen Staates ausgesetzt war, und ihre unmittelbaren Auswirkungen, die zu einer Verengung des Lebensraumes, zur Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze, zur reihenweisen Stillegung deutscher Betriebe, zur Zerstörung wirtschaftlicher Existenzen in Handel und Gewerbe führten und damit die Erwerbslosigkeit zur sozialen Massenerscheinung machen, in

deren Gefolge weiterhin die Verarmung der Menschen und ihrer Gemeinden steht, die schließlich zu Hunger, Unter- [309] ernährung und Erkrankung der Bevölkerung und völliger finanzieller Verelendung der Gemeinden führt, konnten nicht ohne nachteiligen Einfluß auf die biologische Volksbewegung des Sudetendeutschtums bleiben.

Die Übersicht über die Bevölkerungsentwicklung seit 1880 in den Sudetenländern zeigt, daß das Tempo der Bevölkerungszunahme bei den Deutschen ein langsameres ist als bei den Tschechen. (Siehe auch Seite 29 und die folgenden):

Die Bevölkerungsbewegung zeigt seit 1880 folgendes Bild:

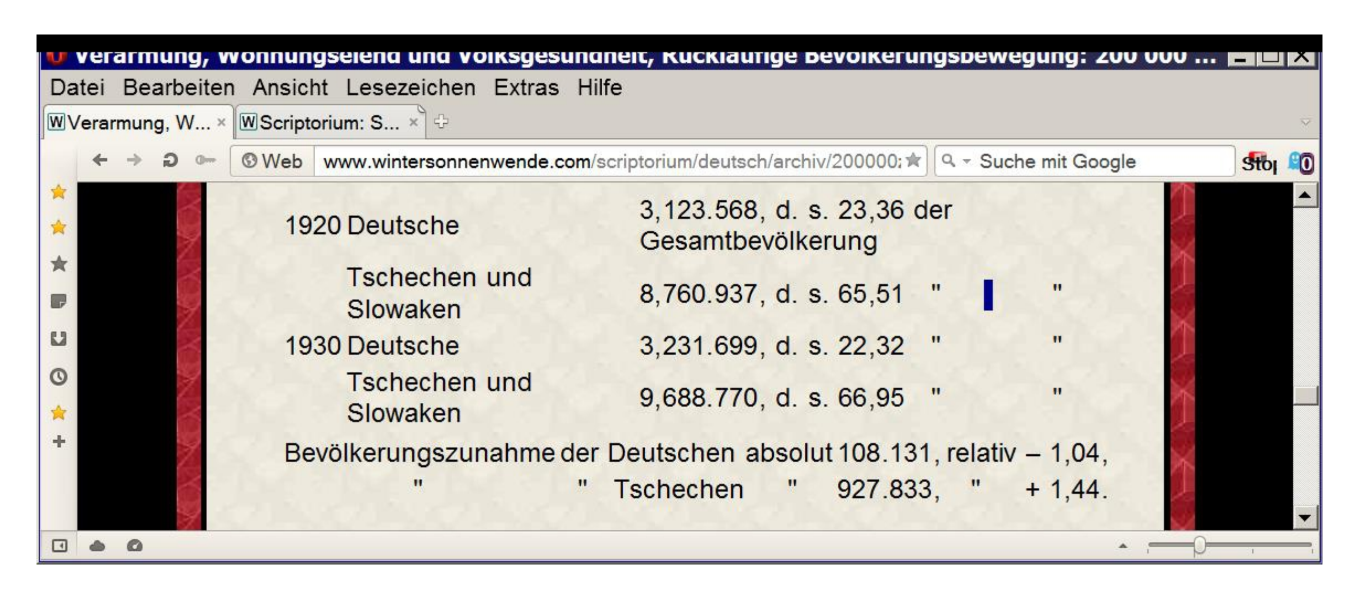


Jahr	Land	tschechisch	%	deutsch	%	zusammen
1880	Böhmen	3,447.843	62,80	2,054.660	37,20	5,535.375
	Mähren-Schles.	1,635.365	63,19	873.024	33,69	2,587.739
		5,113.208	62,95	2,927.684	36,04	8,123.114
1910	Böhmen	4,244.112	63,11	2,477.930	36,84	6,725.352
	Mähren-Schles.	2,091.521	64,01	1,014.432	31,07	3,265.923
		6,335.633	63,41	3,492.362	34,95	9,991.275
1930	Böhmen	4,713.366	67,19	2,270.943	32,37	7,014.559
	Mähren-Schles.	2,595.534	73,80	799.995	22,74	3,501.688
		7,308.900	69,50	3,070.938	29,19	10,516.247

Der Bevölkerungsanteil der Deutschen sank also innerhalb von 50 Jahren von 36,04 auf 29,19 v. H. der Gesamtbevölkerung. Die Ursachen für die ungleiche Entwicklung der Bevölkerungszunahme liegen in der wirtschaftlichen Struktur der beiden Völker und finden dadurch eine natürliche Begründung. Während die Tschechen in dieser Zeit eine noch vorwiegend agrarische Struktur zeigten, war die Industrialisierung im Sudetendeutschtum in der Vorkriegszeit bereits so weit vorgeschritten, daß es an der Spitze aller industriellen Volksgruppen marschierte. Sie brachte ihm in seiner Entwicklung alle Licht- und Schattenseiten eines auf den wirtschaftlichen Aufschwung begründeten Wohlstandes eines Volkes. Und so zeigt sich auch im Sudetendeutschtum die Dekadenz der liberalistischen Wirtschaftsepoche, indem gerade in den Schichten des gebildeten und wohlhabenden Bürgertums das Zweikinder-, Einkind- oder Keinkind-"System" seinen Einzug halten konnte.

Wenn es erbbiologisches Gesetz ist, daß in einem wachsenden und gesunden Volk ungefähr ein Drittel der Gesamtbevölkerung im Kindesalter (bis zum vollendeten 15. Lebensjahr) stehen muß, dann entspricht der Jugendanteil im Sudetendeutschtum im Jahre 1910 noch diesen Bestimmungen. Dann aber kommt das Jahrzehnt des Weltkrieges und die Jahre der Not unmittelbar nachher. Im Jahre 1930 gehörten nurmehr 23 v. H. dieser Altersgruppe an. [310] Es zeigen sich also bereits die Auswirkungen des mangelnden Willens zum Kind, der Verluste während des Weltkrieges, der Opfer des Hungers und des staatlichen Terrors der Nachkriegszeit.

Die Bevölkerungsbewegung bei den Deutschen und Tschechen im Gesamtstaatsgebiet in der Zeit von 1920 bis 1930 ist folgende:



1920	Deutsche	3,123.568, d. s. 23,36 der Gesamtbevölkerung
	Tschechen und Slowaken	8,760.937, d. s. 65,51 " "
1930	Deutsche	3,231.699, d. s. 22,32 " "
	Tschechen und Slowaken	9,688.770, d. s. 66,95 " "

Bevölkerungszunahme der Deutschen absolut 108.131, relativ – 1,04,
" " Tschechen " 927.833, " + 1,44.

In den folgenden Jahren trat eine Verschärfung dieser Entwicklung ein, die durch die katastrophale wirtschaftliche Lage bedingt und ausgelöst wurde. Wenn wir heute zurückschauen und nach einer Erklärung für die rückläufige Geburtenentwicklung suchen und zu dem Ergebnis kommen, daß die gesellschaftlichen Dekadenzerscheinungen weiterwirken,116 dann darf nicht übersehen werden, daß zu diesen Ursachen die natürlichen Auswirkungen eines wirtschaftlichen Verfalles traten, die allerdings erst in den folgenden Jahren in ihrer ganzen Tragik wahrnehmbar werden.

Die systematische Verdrängung von den staatlichen Arbeitsplätzen und die auch weiterhin geübte Abschließung der Sudetendeutschen von ihnen hat die Existenzgründung jenes männlichen Bevölkerungsteiles, der auf diese Arbeitsplätze abfloß, erschwert oder überhaupt unmöglich gemacht, also jenes Teiles, der trotz der "sicheren Position" an sich erbbiologisch an erster Stelle stand. Die stets wachsende Erwerbslosigkeit, die alle Berufe und Stände erfaßt hat, läßt den Kreis "gesicherter" Existenzen als der Voraussetzung für Familiengründung und Bevölkerungsvermehrung immer kleiner werden. Aber auch bei den in Arbeit und Verdienst Stehenden bedingt

der ständige Rückgang des Einkommens eine Einschränkung der Lebensführung, behindert die Familiengründung und setzt vor allem der Vermehrung Schranken.

Dazu kommt in den letzten Jahren eine Tatsache, die gerade für das Sudetendeutschtum nicht übersehen werden darf: die Unsicherheit über die wirtschaftliche Lage bei den noch in Arbeit stehenden und die Hoffnungslosigkeit bei jenen, die [311] bereits seit Jahren ihren Arbeitsplatz verloren haben. Heute wird in aller Öffentlichkeit gerade von staatlichen Funktionären erklärt, daß 200.000 Erwerbslose nicht mehr in den Arbeitsprozeß werden eingegliedert werden. Der arbeitslose Tscheche hat das Bewußtsein, daß für ihn der Staat sorgt, und sorgen wird! Dieses Bewußtsein fehlt dem Sudetendeutschen. Er sah und sieht, wie alle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung nur der tschechischen Wirtschaft und damit den Tschechen zugute kamen. Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit aber sind keine treibenden Kräfte in der Bevölkerungsentwicklung. Diese Tatsache wird man zur Erklärung für den krassen Rückgang des Geburtenüberschusses in den letzten Jahren anführen müssen.

Der bekannte sudetendeutsche Bevölkerungspolitiker Dr. Otto Muntendorf verweist in einer interessanten Studie auf die Tatsache, daß nicht etwa die Großstädte Prag, Brünn, Mähr.-Ostrau, Preßburg und Pilsen, sondern vielmehr unsere sudetendeutschen Mittel- und Kleinstädte die geringsten Geburtenziffern unter allen Städten der Republik aufzuweisen haben. Der Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte hat sich in den sudetendeutschen Städten in der katastrophalsten Weise ausgewirkt; wenn man bedenkt, daß im Durchschnitt (nach Harmsen) eine Lebendgeburtenziffer von rund 20 auf Tausend der Bevölkerung notwendig ist, um die Erhaltung auch nur des Bestandes einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu sichern, und nun an Hand der Veröffentlichungen des Statistischen Staatsamtes feststellen muß, daß im Jahre 1934 keine einzige sudetendeutsche Stadt (mit mehr als 10.000 Einwohnern) auch nur mehr eine Lebendgeburtenziffer von 14 a. T. erreichen konnte, ist es leicht einzusehen, daß bei einer Fortdauer der gegenwärtigen Geburtenverhältnisse in nicht allzuferner Zeit entweder mit einer raschen Abnahme der Bevölkerungszahl dieser Städte oder was noch viel näher liegt - mit ihrer zunehmenden nationalen Überfremdung gerechnet werden muß; umsomehr, als der Bevölkerungsnachschub aus dem bäuerlichen Hinterland dieser Städte - oft ist ein solches überhaupt nicht mehr vorhanden: Reichenberg! Gablonz! - längst nicht mehr in ausreichender Stärke erfolgen kann.

Unter den 12 böhmischen und mährisch-schlesischen Städten (mit mehr als 10.000 Einwohnern), die im Jahre 1934 eine Lebendgeburtenziffer von weniger als 9 a. T. aufwiesen, befanden sich, wie aus nachfolgender Tabelle hervorgeht, neun, d. s. 75 Prozent, deutsche Städte und weitere 2 Städte mit

einer fast 20-prozentigen deutschen Minderheit (Mähr.-Ostrau und Friedek). (Zu Vergleichszwecken sind auch die Zahlen für die Großstädte der Republik angeführt.)

[312]



Die geburtenärmsten Städte der Sudetenländer 1934
(Lebendgeburtenziffern a. T. in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern)

Stadt			
1. Mähr.-Schönberg	6,68	– 5,07	6,44
2. Reichenberg	6,90	– 4,52	**8,31**
3. Karlsbad	6,93	– 4,27	**7,65**
4. Teplitz-Schönau	7,96	– 4,57	**8,37**
5. Gablonz	7,96	– 1,18	**8,29**
6. Leitmeritz	7,97	– 4,51	6,61
7. Mähr.-Ostrau	8,14	+ 0,30	7,17
8. Neu-Titschein	8,34	– 4,14	6,06
9. Königgrätz	8,45	– 2,02	6,43
10. Troppau	8,62	– 4,02	7,22
11. Turn	8,76	– 3,00	**8,88**
12. Friedek	8,86	– 1,85	6,36
19. Pilsen	9,33	– 1,67	8,01
38. Prag	10,61	– 0,19	9,78
39. Brünn	10,61	+ 0,84	8,32

Anmerkung: Fett gedruckte Städtenamen = Deutsche Städte. Fett gedruckte Eheschließungsziffern = Zahl der Eheschließungen 1934 höher als die Gesamtzahl der Lebendgeburten.
(Bedeutung der Zahlenreihen: 1. Reihe = Lebendgeburtenziffern 1934,
2. Reihe = Differenz gegenüber dem Vorjahr, 3. Reihe = Eheschließungsziffern.)

Den "Rekord" unter den geburtenärmsten Städten der Sudetenländer hält also, wie unsere Tabelle zeigt, die Stadt Mähr.-Schönberg mit einer Lebendgeburtenziffer von 6,68 a. T. Wie groß die Gefahr der nationalen Überfremdung ist, in der sich gerade diese Stadt befindet (unser Beispiel hat jedoch auch für viele andere sudetendeutsche Städte volle Gültigkeit), können wir nur annähernd ermessen, wenn wir uns folgendes vergegenwärtigen: Das deutsche, durch die Industrie schon bis in die höchsten Gebirgsdörfer (Winkelsdorf) stark ausgelaugte Hinterland dieser Stadt kann längst nicht mehr die zur Erhaltung des derzeitigen Standes der deutschen Bevölkerung Mähr.-Schönbergs notwendigen biologischen Reserven stellen. Doch hart an der Stadtgrenze (2 Kilometer von ihr entfernt) beginnt das tschechische Sprachgebiet! Die Arbeiterschaft der Stadt ist heute schon zum größten Teile tschechisch; das gleiche gilt von den staatlichen Beamten und Angestellten; tschechische Kaufleute, Gewerbetreibende und

Handwerker rücken nach. 1921 betrug die Zahl der Tschechen in Mähr.-Schönberg 1991 (16 Prozent), 1930 war sie bereits auf 3434 (22½ Prozent) gewachsen. Und 1940, wenn sich erst, wie zu erwarten ist, der stärkere Geburtenrückgang auf deutscher Seite ebenfalls auf die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung auszuwirken beginnt?

[313] Doch ganz ähnliche Geburtenverhältnisse können wir auch in den beiden deutschböhmischen Städten Reichenberg und Karlsbad (vgl. die Tabelle!) feststellen. In Reichenberg war 1934 sogar die (absolute) Zahl der Eheschließungen um 44 v. H. höher als die Zahl der ehelichen Geburten! Aber auch in Mähr.-Schönberg, Karlsbad, Teplitz-Schönau, Gablonz, Leitmeritz, Troppau, Turn und Prag, also in insgesamt 9 Städten übertraf die (absolute) Zahl der Eheschließungen in diesem Jahr die der ehelichen Geburten. Und auch unter diesen 9 Städten waren wiederum 8 deutsche!

Der Überschuß der Zahl der Sterbefälle über die der Geburten (a. T.) überstieg 1934 bereits in 11 Städten der Tschechoslowakischen Republik (mit mehr als 10.000 Einwohnern) die Zahl von 3 a. T. Und unter diesen Städten befanden sich abermals 9, d. s. 82 v. H., deutsche Gemeinden! In der Stadt Mähr.-Schönberg war die (absolute) Zahl der Sterbefälle 1934 bereits um 76 Prozent, in Reichenberg um 66 Prozent höher als die der Lebendgeburten! 117

Wir sehen uns also Auge in Auge mit der Gefahr, daß das deutsche Element in den Sudetenländern noch weiter zurückgedrängt wird, als es nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung in den vergangenen 10 Jahren schon der Fall war.

Die Gefährdung der sudetendeutschen Volksgruppe aus den gesellschaftlichen Verfallserscheinungen und Auswirkungen der tschechischen Wirtschaftspolitik heraus wird aus den nachfolgenden letzten amtlichen Ziffern klar. Der Geburtenrückgang seit 1930 stellt sich wie folgt dar:


Verarmung, Wohnungselend und Volksgesundheit, Rückläufige Bevölkerungsbewegung: 200 000 ...

Jahr	für den ganzen Staat	davon Tschechen und Slowaken	davon Deutsche
1930	333.327	217.234	61.034
1931	318.192	207.928	57.742
1932	312.351	203.924	55.620
1933	287.454	188.573	51.035
1934	280.757	183.620	49.768
1935	268.346	174.956	46.441

Nach einer Zwischenbilanz für die 1. Hälfte des Jahres 1936 erreicht die

Zahl der Lebendgeburten im ganzen Staate nur 118.264, davon 88.285 Tschechoslowaken und nur mehr 18.297 Deutsche.

Wir sehen also ein ständiges Abgleiten der Geburtlichkeit, von dem sowohl der tschechisch-slowakische Bevölkerungsanteil als auch das Sudetendeutschtum betroffen ist. Die ungleich stärkere Gefährdung der sudetendeutschen Volks- [314] gruppe wird aber erst dann ganz klar ersichtlich, wenn wir den verhältnismäßigen Anteil der Deutschen an der Gesamtzahl aller Geburten errechnen. Dabei sei vorausgeschickt, daß die Volkszählung 1930 den deutschen Anteil an der Gesamtbevölkerung des Staates mit 22,32% ergab. Unser Anteil an den Lebendgeburten betrug aber nur mehr:

1930	18,9 %
1931	18,5 %
1932	18,2 %
1933	17,8 %
1934	17,8 %
1935	17,3 %

Er lag also weit unter dem sogenannten Bevölkerungsschlüssel, so daß in den nächsten Jahren mit einer starken deutschen Bevölkerungsabnahme zu rechnen sein wird.

Noch deutlicher tritt die Bedrohung des zahlenmäßigen Bestandes des Sudetendeutschtums in Erscheinung, wenn wir den reinen Geburtenüberschuß in Betracht ziehen. Auch hier sollen die nüchternen Zahlen sprechen. Sie ergeben ein anschauliches Bild. Es wurden auf sudetendeutscher Seite mehr Menschen geboren als starben:

1930	15.586
1931	11.487
1932	9.999
1933	5.942
1934	7.041
1935	1.857

Die Bevölkerungsbewegung am Schlusse des 1. Halbjahres 1936 ergab bereits keinen Geburtenüberschuß mehr! Damit tritt zum relativen Abgleiten des deutschen Bevölkerungsanteiles in den Sudetenländern auch das absolute, was die Befürchtung zu bestätigen scheint, daß das Sudetendeutschtum bei der kommenden Volkszählung hart an die, wenn nicht unter die 3-Millionen-Grenze gelangt. Die eigentlichen Auswirkungen der nun seit Jahren herrschenden wirtschaftlichen Verelendung im Sudetendeutschtum mit der völligen Erschütterung seines Gesundheitszustandes wird sich in den folgenden Jahrzehnten zeigen.

Auffallend in der Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse in der Tschechoslowakei sind die unehelichen Geburten als eine weitere soziale Massenerscheinung im Sudetendeutschtum. Im Jahre 1933 war der Landesdurchschnitt der unehelichen Geburten
in der Slowakei mit 8,9 % am niedrigsten,
in Böhmen mit 13,3 % am höchsten.

Hinter diesem Landesdurchschnitt in Böhmen blieben fast alle tschechischen Bezirke zurück. Anders ist das Bild in den sudetendeutschen Grenzgebieten.
So betrug der Prozentsatz der unehelichen Geburten in
St. Joachimsthal 33 %,
Bensen, Duppau, Neudek, Büchau über 30 %,
St. Sebastiansberg, Görkau, Auscha, Elbogen,
Katharinaberg, Podersam, Preßnitz, Hartmanitz, Saaz 25 - 30 %.

[315] Nur wenige deutsche Bezirke liegen unter 20%. Da das Ansteigen der Zahl der unehelichen Geburten gleichzeitig erfolgt mit dem Ansteigen der Arbeitslosenziffer, so ergibt sich daraus von selbst die Tatsache, daß diese soziale Erscheinung eine Folge der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse in der Tschechoslowakei ist, die sich in jeder Hinsicht bei den Sudetendeutschen stärker als bei den Tschechen auswirken, und die die Eheschließungen fast unmöglich machen!

Die fortschreitende wirtschaftliche Verelendung und die dadurch bedingte Hoffnungslosigkeit, die in breiten Bevölkerungskreisen Platz gegriffen hat, ließ eine Selbstmordepidemie zur sozialen Massenerscheinung werden!

Sie setzte besonders nach dem Bekanntwerden von der Nichteinlösung der dem österreichischen Staate gezeichneten Kriegsanleihe durch die Tschechoslowakei ein. Damals machten Hunderte kleiner Beamter und Rentner, die ihre Altersversorgung in Glauben und Treue dem Staate der Habsburger geopfert hatten und nun plötzlich vor dem Nichts standen, ihrem Leben ein Ende, oft, weil sie Armut als Schande empfanden, in den meisten Fällen aber, weil sie einen elenden Hungertod vor Augen sahen. Ihnen folgten aber Hunderte, die der Zusammenbruch des Jahres 1918 aus der eingeschlagenen Lebensbahn geworfen hatte, die brot- und existenzlos geworden sind, und schließlich Tausende, die seit Jahren das Schicksal der Arbeitslosigkeit ertragen mußten und keine Hoffnung mehr finden und schöpfen konnten, nochmals in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden.

Der offiziellen Statistik über die Selbstmorde in der Tschechoslowakei ist ein ständiges Steigen derselben zu entnehmen, das nicht zuletzt auf die herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Die Anzahl der Selbstmorde in den einzelnen Jahren betrug:

1927 - 3.734
1928 - 4.116
1929 - 4.048
1930 - 4.415
1931 - 4.399
1932 - 4.464
1933 - 4.562
1934 - 4.596

Auf 1000 Einwohner entfielen im Staatsdurchschnitt 1927 - 2,6, im Jahre 1934 dagegen 3,1 Selbstmorde. Besonders groß war die Zahl der Selbstmörder in Böhmen, wo 1927 - 3,4 und 1934 sogar 4,1 Selbstmorde auf 1000 Einwohner entfielen. In Mähren-Schlesien 2,5 bzw. 2,8; in der Slowakei 1,4 bzw. 1,5 und in Karpathenrußland 0,8 bzw. 1,0. So wie die wirtschaftliche Not in den von Deutschen bewohnten Randgebieten am höchsten ist, so ist auch die Zahl der Selbstmorde im deutschen Siedlungsraume der [316] CSR am größten. Im Jahre 1934 hatten von den 104 politischen Bezirken Böhmens nachfolgend angeführte mehr als 5 Selbstmorde auf je 1000 Einwohner. Es waren dies:

Politischer Bezirk	Bevölkerungsanteil d. Deutschen auf je 100 Einw.	Auf je 100 Einw. (Deutsche und Tschechen) entfallen Selbstmorde
Laun	1,0 %	0,51 %
Senftenberg	43,3 %	0,52 %
Neuhaus	36,5 %	0,52 %
Schlan	0,3 %	0,53 %
Trautenau	70,7 %	0,53 %
Braunau	70,7 %	0,54 %
Deutsch-Gabel	94,1 %	0,54 %
Warnsdorf	92,6 %	0,56 %
Karlsbad	95,2 %	0,56 %
Tetschen	91,7 %	0,56 %
Joachimsthal	96,3 %	0,56 %
Tepl	98,2 %	0,57 %
Turnau	2,7 %	0,58 %
Reichenberg	83,2 %	0,58 %
Melnik	0,6 %	0,59 %
Dauba	82,9 %	0,60 %
Gablonz	82,0 %	0,61 %
Hohenelbe	90,8 %	0,61 %
Leitmeritz	62,9 %	0,65 %
Komotau	86,5 %	0,65 %
Friedland	95,0 %	0,69 %
Starkenbach	20,0 %	0,86 %

Von den vorangeführten 22 politischen Bezirken mit der größten Anzahl von Selbstmördern sind lediglich 7 mit einer tschechischen, dagegen 15 oder 68,18 v. H. mit einer überwiegenden deutschen Mehrheit. Von den 104 politischen Bezirken Böhmens haben jedoch nur 40 oder 38,46 v. H. eine deutsche Mehrheit. Die Bezirke mit der größten Zahl der Selbstmörder haben zumeist auch die höchsten Arbeitslosenziffern. Ein Beweis dafür, daß das ständige Steigen der Selbstmorde in erster Linie mit auf die ungeheuere wirtschaftliche Not in den von Deutschen bewohnten Randgebieten des Staates zurückzuführen ist.

Wie hoch diese Ziffern sind, weist die nachfolgende internationale Selbstmordstatistik nach dem Jahresdurchschnitt pro 10.000 Einwohner auf:

Österreich	3,45
Ungarn	2,98
Griechenland	2,72
Tschechoslowakei	2,70
Schweiz	2,51
U.S.A.	1,39
Australien	1,28
England	1,26
Irland	1,10
Spanien	1,08
Norwegen	1,04
Holland	1,00
Italien	1,00
Chile	0,32

Die höchste Ziffer Deutschlands wurde mit 5,3 Selbstmördern in Hamburg erreicht.

Die erschreckenden Ziffern der rückläufigen Bevölkerungsbewegung im Sudetendeutschtum gewinnen ihre ganze Bedeutung durch den Hinweis auf die Tatsache, daß von tschechischer Seite nichts, aber auch gar nichts getan wird, sie abzubremsen, und die nachfolgenden Schilderungen sudetendeutscher Gegenwart.



112Prager Börsenkurier vom 13. Dezember 1934.

113Rumburger Zeitung, 8. November 1934.

114Die Reichenberger Zeitung veröffentlicht folgendenden interessanten Bericht:

Unter dem Pseudonym Hynek Pencik erhebt ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter des Venkov eine schwere Anklage gegen das tschechische Großkapital, das mehrere Milliarden Kc ins Ausland gebracht hat. Nach dem Umsturz hätten sich die Agrarier die landwirtschaftlichen, politischen und militärischen Ressorts gesichert, die Sozialisten die Fürsorge und die verwandten Aufgaben, während die Finanz- und Handelsangelegenheiten den Industriellen und Kapitalisten überlassen wurden. Man habe geglaubt, daß diese Leute die finanziellen Angelegenheiten am besten verstehen und

daß sie sie im Interesse des Staates und des Volkes gut verwalten würden. Erst die Wirtschaftskrise habe vielen die Augen geöffnet. Man kam zu der Erkenntnis, daß die Finanzpolitik nur für die Häupter des Großkapitals vorteilhaft war, das Volk und den Staat aber schädigte. Der Aufklärungsarbeit, die nun folgte, sei es zu danken, daß anfangs 1934 zum ersten Male seit dem Umsturz das konzentrierte Großkapital aufhörte, in der Nationalbank zu diktieren. Zum ersten Male seit dem Umsturz setzte es seinen Willen in einigen Finanzangelegenheiten nicht durch und darum trat es aus der Regierung und aus der Mehrheit aus. Das sei für den Staat und für das Volk ein Glück gewesen.

Wenn es keine nationaldemokratische Opposition gäbe, hätte man nicht erfahren, daß in einer Zeit, da der Bauer doppelt arbeitete, um das Volk zu erhalten, da die Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren und nur von der staatlichen Arbeitslosenunterstützung lebten und die Volkswirtschaft unter dem Mangel der Produktionsmittel litt, die Kapitalisten Milliarden Kc ins Ausland ausführten. In der letzten Sitzung des Bankrates der Nationalbank vor Weihnachten wurde das Ergebnis der Konskription ausländischer Werte mitgeteilt. Obwohl kein amtlicher Bericht herausgegeben wurde, dringt in die Öffentlichkeit folgendes durch:

52.915 Bürger unseres Staates bekannten, daß sie im Auslande für 247 Millionen Kc reines Gold liegen haben. Wenn man die ausländischen Devisen hinzurechnet, ergibt sich eine Summe von über einer Milliarde Kc. Ferner haben sie ausländische Obligationen (Caisse Commune, Staats- und Eisenbahnanleihen) für eine weitere Milliarde im Ausland. Den größten Posten stellen die ausländischen Aktien dar. Bis 15. Dezember konnte die Nationalbank erst für 180 Millionen Kc ausländische Aktien bearbeiten, also einen Bruchteil. Es verbleiben noch 45.000 Anmeldungen ausländischer Aktien zu bearbeiten. Eingeweihte Kreise sagen, daß mehr als eine Milliarde Kc zusammenkommen werde. Einen weiteren Posten stellen die tschechoslowakischen Auslandsanleihen dar, von denen hiesige Bürger fast eine Milliarde Kc besitzen. Das Volk glaubt, daß sich der Staat das Geld vom Ausland lieh, inzwischen sei die tschechoslowakische Dollaranleihe zu 70 Prozent von eigenen Staatsangehörigen gezeichnet worden. Die Kapitalisten liehen also dem eigenen Staate Dollar, aber nicht Kc. ..

115Sozialdemokrat, Prag vom 22. Januar 1935.

116Sudetendeutschtum im Kampf, herausgegeben von der S. D. P. 1936, S. 165.

117Rundschau, Prag. Folge 28.